

# Das Parlament

Berlin, Montag 17. September 2012

www.das-parlament.de

62. Jahrgang | Nr. 38/39 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Denkanstoß in Straßburg

**José Manuel Barroso** Der EU-Kommissionspräsident sorgte dafür, dass Europa am vergangenen Mittwoch nicht nur nach Karlsruhe zum Bundesverfassungsgericht und seinem Urteil zum Rettungsschirm ESM schaute: In Straßburg beschwor der konservative Portugiese zur gleichen Zeit vor dem Europaparlament in seinem Bericht zur Lage der EU eine „Föderation der Nationalstaaten“ als Vision. Und sorgte so für reichlich Diskussionen. Was er genau mit der Föderation meint, ließ der 56-Jährige offen. Noch vor der Europawahl 2014 wolle er dies aber konkretisieren, versprach er in Straßburg. Immerhin stieß Barroso, dessen Amtszeit 2014 nach zehn Jahren endet, mitten in der Staatsschuldenkrise der EU eine wichtige Debatte jenseits der Krisenszenarien an. Und zeigte damit Profil. (Seite 11) *kru*

## ZAHLE DER WOCHE

190.024.800.000

**Euro** betragen die deutschen Zahlungsverpflichtungen im Rahmen des permanenten Euro-Rettungsschirms ESM. Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Urteil am vergangenen Mittwoch diese Zahl als Obergrenze ausdrücklich festgeschrieben. Insgesamt beträgt die Kapitalausstattung des ESM durch die 17 Euro-Länder 700 Milliarden Euro.

## ZITAT DER WOCHE

»Ich finde, wir haben super gearbeitet.«

**Angela Merkel**, Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende, in ihrer Rede auf der Generaldebatte des Bundestags am vergangenen Mittwoch zum Haushalt 2013

## IN DIESER WOCHE

**MENSCHEN UND MEINUNGEN**  
**Interview** Der FDP-Haushaltsexperte Otto Fricke zum neuen Bundesetat Seite 2

**EUROPA UND DIE WELT**  
**EU-Etat 2013** Regierungen streiten mit Europaparlamentariern um Einsparungen Seite 10

**INNENPOLITIK**  
**Organspenden** Ausschuss debattiert über Konsequenzen nach den Skandalen Seite 13

**KEHRSEITE**  
**Ausstellung** Bundestag widmet sich 150 Jahren deutscher Sozialdemokratie Seite 14

## MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



# Elefantenrunde mit Urteilskraft

**GENERALDEBATTE** Die Karlsruher Entscheidung zum ESM beherrscht die Diskussion über den Etat 2013

Es ist einiges anders als sonst gewesen in dieser Haushaltswoche: Während die Abgeordneten in der ersten Lesung des Bundeshaushalts 2013 ihr vornehmstes Recht, das Budgetrecht, wahrnahmen, galt es am Mittwoch durch das Bundesverfassungsgericht Grundsätzliches zu klären: Wie ist es mit dem Königsrecht des Parlaments im Zeiten der Euro-Rettung überhaupt bestellt? Die Souveränität über den Haushalt sah eine Reihe von Klägern in Karlsruhe in Frage gestellt, sollte die Bundesrepublik dem Rettungsfonds ESM und dem Fiskalpakt beitreten. In einer mit Spannung erwarteten vorläufigen Entscheidung machten die Richter in Karlsruhe den Weg für ESM und Fiskalpakt am Mittwoch schließlich frei. Sie stellten aber zwei Bedingungen: Der deutsche Haftungsrahmen beim ESM in Höhe von 190 Milliarden Euro dürfe sich ohne deutsche Zustimmung – und damit des Bundestages – nicht erhöhen. Und die Parlamentarier müssen zweitens stets auf dem Laufenden bleiben, was man beim Rettungsfonds vorhat.

Um das für 10 Uhr angekündigte Urteil aus Karlsruhe abwarten zu können, wurde am vergangenen Mittwoch zunächst über den Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung debattiert, bevor Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) den Haushalt von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) kurz vor 12 Uhr aufrief – und damit die traditionelle Generaldebatte eröffnete. Und dann ging es – ganz im Lichte der Karlsruher Entscheidung – um die Krise der Gemeinschaftswährung und den richtigen Weg zu ihrer Stabilisierung, aber auch um aktuelle Fragen zu Renten und Altersarmut sowie zur Energiewende.

»Guter Tag für Deutschland« Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier begrüßte das Karlsruher Urteil. »Politisch können und müssen wir über den richtigen Weg aus der europäischen Krise streiten. Aber wir müssen es auf verfassungsrechtlich gesichertem Grund tun«, sagte Steinmeier und fuhr fort: »Europäische Integration kann es nur mit parlamentarischer Kontrolle und Beteiligung geben.« Dies sei die Kernbotschaft des Urteils. Ansonsten aber ließ der Vorsitzende der größten Oppositionsfraktion am Kurs der Koalition kein gutes Haar. Ob Europa, Energiewende, Rente, Betreuungsgeld oder die Verfolgung von Steuerlindern: »Nichts geht mehr in dieser Regierung«, resümierte der Sozialdemokrat und zitierte einen seiner Vorgänger, Franz Münterfering: »Das ist eine Politik ohne morgen.« Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sprach mit Blick auf die Entscheidung der Karlsruher Richter von einem »guten Tag für



An Europa kann weiter genäht werden: Das Bundesverfassungsgericht und der deutsche Bundestag gaben am vergangenen Mittwoch den Eurorettern Rückenwind.

Deutschland und für Europa«. Indem das höchste deutsche Gericht den Weg für den ESM und den Fiskalvertrag freigemacht und die Rechte des Parlaments bekräftigt habe, sende Deutschland ein »starkes Signal«. »Deutschland geht es gut«, sagte die Kanzlerin, es sei »Stabilitätsanker« und »Wachstumsmotor« in Europa. Das sei auch ein Erfolg der christlich-liberalen Koalition, die an drei Prinzipien festhalte: solide Finanzen, Solidarität mit den Schwachen und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit – zu Hause in Deutschland und in Europa. Das freilich sah der Fraktionsvorsitzende der Linken, Gregor Gysi, ganz anders. Er sprach von »Abzocke der Banken« und zog den Vergleich zu »Spielcasinos«. Die Klage seiner Fraktion gegen ESM und den Fiskalpakt habe die Demokratie »bereichert«. »Wir haben erreicht, dass es eine Haftungsbegrenzung für Deutschland gibt und dass Bundestag und Bundesrat mehr Rechte haben«, sagte Gysi. Der Fraktionschef der FDP, Rainer Brüderle, stellte der Koalition ein gutes Zeugnis aus: »Deutschland geht besser da als die meisten Länder der Welt. Das ist kein Zufall«, sagte

Brüderle. Die Koalition habe die Weichen für Wachstum und Beschäftigung gestellt, betriebe eine »wachstumsfreundliche Konsolidierungspolitik«. Brüderle verwies auf die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, betonte aber, dass seine Fraktion »eine dauerhafte Staatenfinanzierung durch die Notenpresse« für falsch halten würde. Geldwertpolitik sei »stille Sozialpolitik«, stabiles Geld die »Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft«. Die Fraktionschefin von Bündnis 90/Die Grünen, Renate Künast, warf der Regierung vor, einen »Wahlkampfhaushalt« für das kommende Jahr vorgelegt zu haben. Der Koalition fehle der Mut zu »strukturellen Entscheidungen«, das Land sozial, ökologisch und finanziell weiterzuentwickeln. Es mangle, Vorsorge bei sprudelnden Steuereinnahmen zu treffen, bei Bildung und Integration voranzukommen oder die Sozialsysteme für die Zukunft widerfest zu machen. Stattdessen »kein Projekt, keine

Reform, keine Wegmarke, sondern Stillstand und Zank«, kritisierte Künast. Der Unionsfraktions-Vorsitzende Volker Kauder (CDU) betonte hingegen: Diese Regierungskoalition habe in »schwierigster Zeit zur Stabilisierung in Europa beigetragen«. Mit dem Urteil aus Karlsruhe seien zwei Dinge bestätigt worden, die noch vor Monaten niemand für möglich gehalten habe: Der permanente Rettungsschirm ESM, der für Solidarität, und der Fiskalpakt, der für Strukturveränderungen in Europa stehe. Die Frage, wie Entscheidungen in Europa parlamentarisch begleitet werden, werde den Deutschen Bundestag noch intensiv beschäftigen. Für ihn sei nicht die erste Frage: »Was übertragen wir an Kompetenzen?«, sondern: »Wie können wir demokratische Legitimation in diesem Europa sicherstellen?«, betonte Kauder. »Wir wollen kein Europa der Bürokraten, sondern ein Europa der Demokraten.« *Alexander Heinrich*

## EDITORIAL

### Der ESM ist starkklar

VON JÖRG BIALLAS

Der Haushaltsplan 2013, der in der vergangenen Woche in den Bundestag eingebracht wurde, hätte ein besonderer werden können. Nach Berechnungen der FDP wäre es nämlich möglich gewesen, mit diesem Etat den deutschen Schuldenberg zu reduzieren. Jedenfalls dann, wenn den Bundesländern die kürzlich versprochenen Finanzspritzen vorenthalten geblieben wären und der Haushalt nicht die Last des Euro-Rettungsschirms drückte. Es ist anders gekommen, auch durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, den Euro-Rettungsfonds ESM und den Fiskalpakt im Grundsatz zu akzeptieren. Besonders den zahlreichen Klägern – 37.000 Bürger, die Bundestagsfraktion der Linken, weitere Abgeordnete und eine Gruppe namhafter Wirtschaftswissenschaftler – wird das nicht gefallen. Aber auch sie halten seit der Urteilsverkündung ein hohes Gut in den Händen: Rechtssicherheit in einer Frage, die aus nachvollziehbaren Gründen kontrovers diskutiert worden ist und weiterhin diskutiert wird. Die umfangreichste Verfassungsbeschwerde in der Geschichte der Bundesrepublik hat somit letztlich dazu geführt, den Euro dauerhaft zu stützen. Einen großen Teil dieser Verpflichtung trägt die Bundesrepublik: Mehr als ein Viertel des ESM-Kapitals wird aus dem deutschen Steuersäckel abgedeckt. Ohne diesen Löwenanteil wäre das Projekt einer Gemeinschaftswährung wohl eingegangen, noch bevor es die Chance erhält, in voller Blüte zu stehen. Ein Schaden von nicht kalkulierbarer Dimension mit unwägbar Auswirkungen auf die Finanzmärkte hätte Europa, ja die ganze Welt belastet. Dieser Umstand war das entscheidende Motiv für eine deutliche Mehrheit im deutschen Parlament, den ESM mitzutragen. Eine konsequente Haltung, die jetzt durch den Spruch aus Karlsruhe Rückendeckung erfahren hat. Die große Schar der Euro-Skeptiker im Land mutmaßt, dass die Verfassungsrichter angesichts der fortgeschrittenen ESM-Planung gar nicht anders konnten, als die politische Vorgabe durchzuwinken. Die Auflagen des Gerichts, die Betonung der Parlamentsbeteiligung sowie die vielfach bewiesene Unabhängigkeit in anderen Verfahren belegen, dass dieser Vorwurf nicht haltbar ist. Der ESM, ein Finanzprojekt gigantischen Ausmaßes, ist absehbar starkklar. Bleibt zu hoffen, dass es dem Euro die dauerhafte Stabilität gibt, die er so dringend braucht.

### »Europäische Integration kann es nur mit Kontrolle der Parlamente geben.«

Frank-W. Steinmeier (SPD)

## Gemeinsames Aufatmen in Deutschland und Europa

**REAKTIONEN** Der ESM kann nach dem Karlsruher Urteil in Kraft treten. In Brüssel und Berlin überwiegt die Erleichterung

Die Karlsruher Richter haben gesprochen, und ein Seufzer der Erleichterung hallt durch Deutschland und Europa: Ja, die Verträge zum permanenten Rettungsschirm ESM sowie dem Fiskalpakt sind verfassungskonform. Der 700-Milliarden-Euro-Rettungsschirm, an dem Deutschland mit einem dicken Anteil von 27 Prozent beteiligt sein soll, kann endlich aufgespannt werden. Die größte Verfassungsbeschwerde aller Zeiten hat damit in den Augen vieler ein gutes Ende gefunden. Der Dax schoss nach der Urteilsverkündung auf den höchsten Stand seit Juli 2011. Im Europäischen Parlament brach mitten in der Sitzung spontaner Beifall aus, als das Urteil bekannt wurde. Mit dem Stabilitätsmechanismus werde eine bessere Finanzierung der Krisenstaaten ermöglicht, lobte etwa EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD). Auch in Berlin war das Echo parteiübergreifend positiv. »Deutschland sendet heute einmal mehr ein starkes Signal nach Europa und darüber hinaus«, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Mittwoch sichtlich erleichtert im Bundestag. FDP-Chef Philipp Rösler betonte, man sei dem Ziel, den Euro stabil zu halten, einen wich-



Präsident Andreas Voßkuhle (M.) bei der Urteilsverkündung

tigen Schritt näher gekommen. SPD-Chef Sigmar Gabriel wertete das Urteil als »gute Nachricht für Millionen Arbeitnehmer«. Als einen »wichtigen Schritt aus der Krise« begrüßte es der Parteivorsitzende der Grünen, Cem Özdemir. Seine Partei forderte, den ESM nun schnell in Kraft zu setzen. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) würdigte insbesondere die Bestätigung des Gerichts, dass der Bundestag mit seiner Zu-

stimmung weder seine verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten noch seine haushaltspolitischen Kompetenzen und seine Budgetverantwortung an europäische Institutionen oder Organe abgetreten habe. Die gescheiterten Kläger sind mit dem Urteil erwartungsgemäß weniger zufrieden, aber auch nicht vollends enttäuscht. Immerhin hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 12. September zwei rote Linien gezogen: So darf Deutschland ohne Zustimmung des Bundestags nur für maximal 190 Milliarden Euro haften. Bundestag und Bundesrat müssen zudem immer umfassend über die ESM-Aktivitäten informiert werden. Der Linken-Vorsitzende Bernd Rixinger sprach daher von einem Teilerfolg seiner Partei. Dennoch sieht er in der grundsätzlichen Zustimmung der Richter zum ESM »die Geburtsstunde der Vereinigten Schulden von Europa«. Der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler, ei-

ner der Kläger in Karlsruhe, wertete es zwar als positiv, dass das Bundesverfassungsgericht dem Bundespräsidenten zum ersten Mal in seiner Geschichte für einen völkerrechtlichen Vertrag Auflagen gemacht habe. Mit der Haftungsbegrenzung, sagte Gauweiler, hätten die Richter immerhin einen Fuß in die Tür gestellt. »Aber es ist möglicherweise nur ein Fußchen«, betonte Gauweiler. Er hat bereits angekündigt, weiter gegen den ESM vorgehen zu wollen.

**Warnung an den Bundestag** Für die ehemalige Bundesjustizministerin Herta und Paul Amirian (SPD), die die Massenklage von 37.000 Bürgern vertreten hatte, war der 12. September durchaus »ein guter Tag für Deutschland«. Die Höchstgrenze der Haftung für Deutschland und die Beteiligungsrechte des Parlaments habe das Gericht völkerrechtlich abgesichert. Aber, mahnte sie: »Jetzt müssen die Abgeordneten ihre Rechte auch wahrnehmen und nicht immer alles glauben, was ihnen da als alternativlos vorgesetzt wird.« *Johanna Metz*

Mehr zum Thema auf den Seiten 2 und 11 sowie unter: [www.das-parlament.de](http://www.das-parlament.de)



GASTKOMMENTARE

VOLKSABSTIMMUNG ÜBER EUROPA?

Die beste Gelegenheit

PRO



Christian Bommarius DuMont  
Redaktionsgemeinschaft

Seit Jahrzehnten wird am „gemeinsamen Haus Europa“ gebaut, ohne dass ein Bauplan jemals bekannt geworden und mit den künftigen Bewohnern über deren Wünsche gesprochen worden wäre. Jetzt stocken seit Monaten die Arbeiten, auch tiefe Risse in den Wänden sind nicht zu übersehen. Das wäre eine gute Gelegenheit, Versäumtes nachzuholen und den Bauplan für ein künftiges Europa den Bürgern vorzulegen. Zu reden wäre nicht nur über die Raumaufteilung und die Kosten, sondern auch über die Rechte und die Pflichten der Hausbewohner. Am Ende müssten die Bürger natürlich darüber entscheiden, ob sie in dem Haus auch wohnen wollen. Die Gründe, mit denen bis heute die direkte Demokratie im Bund verweigert wird, waren, sind und bleiben falsch. Das gilt für die Behauptung, der parlamentarische Rat habe sie als Konsequenz auf die Erfahrung in der Weimarer Republik abgelehnt. Erstens hat er sich mit der Frage kaum befasst, zweitens schrieb er in Artikel 20 des Grundgesetzes: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt.“ Damals wurde nur darauf verzichtet, Anwendungsfälle für Abstimmungen zu benennen, aber die direkte Demokratie keineswegs ausgeschlossen. Deutschland ist eine repräsentative Demokratie, die plebiszitäre Elemente nur schwächen würden? Wer das behauptet, dem ist entgegen, dass es die vermeintlich Repräsentierten sind, die seit Jahren den Volksentscheid auf Bundesebene verlangen. Das heißt, die Einführung des Plebiszits würde den Mehrheitswillen der Bevölkerung repräsentieren. Etwas Besseres kann einer repräsentativen Demokratie gar nicht passieren. Die Entscheidung über die Zukunft Europas wäre die beste Gelegenheit, dem Mehrheitswillen eine Stimme zu geben.

Zeitpunkt verpasst

CONTRA



Ulrike Herrmann,  
»die tageszeitung«

Volksabstimmung“ – das klingt gut. Das klingt nach echter Demokratie. Endlich sollen die Bürger sprechen, nicht die Berufspolitiker. Doch was gut klingt, muss nicht gut sein. Denn wüber würde eigentlich abgestimmt? Über die EU? Über den Verbleib im Euro? Oder nur über so konkrete Maßnahmen wie den Rettungsschirm ESM, die Bankenunion oder eine gemeinsame Steuerpolitik in Brüssel? Wie schwer es ist, eine Frage zu finden, die sich für eine Volksabstimmung über Europa eignet, zeigte sich in Griechenland. Der ehemalige Premier Giorgos Papandreu schlug vor, die Bürger zum Euro zu befragen, doch die meisten Griechen lehnten dies ab. Sie wollten nämlich unbedingt im Euro-Verband bleiben – aber nicht die damit verbundenen Sparauflagen akzeptieren. Also fürchteten sie, dass eine Volksbefragung nur den Geberländern dienen würde. Was wie direkte Demokratie aussah, wurde als Knebelinstrument empfunden. Die Volksabstimmung fiel aus. Dieses Problem würde sich auch in Deutschland stellen. Die meisten Bundesbürger ahnen, dass eine Rückkehr zur D-Mark teuer würde. Sie wollen im Euro-Verband bleiben – finden aber einzelne Rettungsmaßnahmen problematisch. Auch hier könnte schnell der Eindruck entstehen, dass eine Volksbefragung letztlich nur dazu dienen soll, den politischen Widerstand gegen Instrumente wie den Fiskalpak und den ESM abzuwürgen. Anders gesagt: Der Zeitpunkt für eine Volksabstimmung wurde verpasst. Als es die D-Mark noch gab, hätte man mühelos darüber abstimmen können, ob der Euro eingeführt wird. Doch inzwischen hat die Gemeinschaftswährung eine komplexe neue Realität geschaffen, die sich nicht mehr mit einer simplen Frage fassen lässt.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 und 11  
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Herr Fricke, das Bundesverfassungsgericht hat am Mittwoch sein Urteil zum ESM gesprochen. Haben Sie mit diesem Urteilspruch gerechnet?

Ich habe mit einer „Ja-Aber“-Entscheidung gerechnet. Die genauen Konsequenzen werden wir uns im Detail ansehen müssen. Das betrifft sowohl die Folgerungen auf europäischer Ebene als auch die Aufgaben, die das Parlament vor sich hat, und das betrifft auch die Politik der EZB.

Was bedeutet dies für den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM?

Das Verfassungsgericht hat die Entscheidungen der Koalition bestätigt, den ESM als kurzfristige, im Zusammenspiel mit dem Fiskalpak als langfristige Lösungsperspektive für die Probleme in der Eurozone auf den Weg zu bringen. Das Gericht hat die Schlüsselrolle des Parlaments in seinem Königsrecht, der Haushaltshoheit, gestärkt und zugleich die Haftungsbegrenzung der Mittel, die das Parlament als Gewährleistungen bereitstellt, betont. Die deutsche Rolle in Europa hat damit eine ganz wesentliche Stärkung erfahren. Der ESM, der im Zusammenspiel mit dem Fiskalpak unsere gemeinsame Währung wieder auf stabile Füße stellen kann, wird jetzt auf den Weg gebracht. Auch dies ist aber nur eine Momentaufnahme. Die zu Grunde liegenden Probleme, die zu hohe Staatsverschuldung und das geschwundene Vertrauen, müssen gelöst werden. Wir haben dafür die richtigen Mittel beschlossen.

Nun zum Haushalt 2013, über den der Bundestag vergangene Woche erstmals beraten hat. Wo sehen Sie noch weitere Einsparmöglichkeiten?

Zuallererst: Das ist ein guter Haushalt. Diese Bundesregierung ist auf dem Konsolidierungspfad bereits ein gutes Stück vorangekommen. Sie hat es als erste Bundesregierung geschafft, die Ausgaben im Großen und Ganzen stabil zu halten. Wir werden zum Ende der Legislaturperiode als Bund jährlich weniger ausgeben als zu Beginn. Das halte ich für einen guten Erfolg. Im Übrigen: bei den Kernaufgaben des Bundes steht bereits im Haushalt 2013 eine schwarz-gelbe Null. Sieht man von den Belastungen durch den ESM in Höhe von rund acht Milliarden Euro sowie von den finanziellen Zugeständnissen ab, die der Bund den Ländern in Höhe von rund zehn Milliarden Euro gemacht hat, liegt für 2013 ein ausgeglichener Haushalt vor. Ich gebe aber auch zu: Ich persönlich hätte mir auch bei diesem guten Haushalt noch mehr gewünscht. Dabei kann ich mir nicht nur vorstellen, an die Subventionen heranzugehen. Auch eine Deckelung beim Elterngeld halte ich für diskussionswürdig. Es gibt noch Raum für weitere Konsolidierung.

Die Opposition wirft der Koalition sozialen Kahlschlag vor. Wie sehen Sie das?

In dieser Frage wird sehr viel mit dem Gefühl der Menschen gespielt. Wie sozial ein Haushalt ist kann man ganz nüchtern aber sehr schön an den Zahlen ablesen. Der Anteil, den der Bund für soziale Dinge ausgibt, die sogenannte Sozialquote des Bundes, liegt in dieser Legislatur zwischen 48 und 54 Prozent. Rund die Hälfte aller Ausgaben des Bundes fließt also in die soziale Sicherheit der Bürger. Das ist um einiges mehr als zu Zeiten von Rot-Grün.

Wo müssen andere Schwerpunkte gesetzt werden?

Die großen Fehler in der Haushaltspolitik werden dann gemacht, wenn es vermeintlich gut läuft. Wir sind weit davon entfernt, uns über neue Ausgaben Gedanken machen zu können. Kluges Sparen bedeutet aber auch, dass man Schwerpunkte setzt. Diese Koalition setzt Schwerpunkte mit 13 Milliarden Euro im Bereich Bildung und Forschung.

»Deutsche Rolle gestärkt«

OTTO FRICKE Der FDP-Politiker sieht keine Hindernisse mehr für ESM und Fiskalpak. Er will die Schuldenbremse schon 2013 erfüllen



nen, dass der Bund schon 2013, drei Jahre früher, die Vorgaben der Schuldenbremse erfüllt, was das strukturelle Defizit bremst.

Der Finanzminister hat für dieses Jahr einen zweiten Nachtragshaushalt angekündigt. Wozu ist dieser notwendig und kann die geplante Neuverschuldung von 32,1 Milliarden Euro eingehalten werden? Ein Nachtragshaushalt wird aus Gesichtspunkten der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit dann notwendig, wenn sich höhere Ausgaben oder Mindereinnahmen abzeichnen. Insofern ist ein Nachtragshaushalt ein Zeichen von Haushaltserlichkeit. Im Rahmen der europäischen Staatsschuldenkrise wurde unter anderem ein Wachstumspakt beschlossen, dessen deutscher Beitrag sich über die Europäische Investitionsbank auf 1,6 Milliarden Euro beläuft. Darüber hinaus haben auch an dieser Stelle die Bundesländer sich ihre Zustimmung zum Fiskalpak teuer bezahlen lassen. Der Bund übernimmt hier die Grundsicherung in Höhe von 580 Millionen Euro. Davon abgesehen bin ich guter Dinge, dass die prognostizierte Nettokreditaufnahme für 2012 eingehalten werden kann.

Welche Haushaltsrisiken sehen Sie noch in den kommenden Jahren?

Es gibt zwei Risiken, die wir im Auge behalten müssen. Zum einen das Risiko eines wirtschaftlichen Abschwungs. Hier hat die Bundesregierung jedoch bereits sehr vorsichtig gerechnet. Wie in den vergangenen Jahren der christlich-liberalen Koalition, ist auch der Etat 2013 sowie die mittelfristige Finanzplanung nicht auf Kante genäht. Die viel gravierendere Gefahr jedoch sind die Ausgabenwünsche vieler Politiker, im übrigen nicht nur in der Opposition. Gerade in Zeiten, in denen die Wirtschaft gut läuft und der Staat genug Geld durch Steuern erlangt, darf man nicht der Versuchung erliegen, neue Ausgaben zu erfinden. Wir Liberale sehen hier bekanntermaßen sowohl die Vorschläge zu einer Einheitsrente als auch zu einem Betreuungsgeld kritisch.

Bleibt Griechenland im Euro?

Das liegt in den Händen der Griechen. Unser Ansatz war immer: Wer sich der Stabilität verpflichtet und die notwendigen strukturellen Reformen durchführt, der kann mit klar definierter Solidarität der europäischen Wertegemeinschaft rechnen. Irland und Portugal sind gute Beispiele dafür, dass dies der richtige Weg ist. Griechenland hat auf diesem Weg noch ein langes Stück vor sich.

Wie lange werden wir mit der Krise noch zu tun haben?

Es gibt auch bei der Staatsschuldenkrise keinen Schalter, den man umlegen kann und dann ist wieder alles gut. Es sind viele kleine Schritte, die in die richtige Richtung gegangen werden müssen, damit man letztlich bei einem guten Ziel ankommt. Die Herausforderung, die geltenden und jetzt auf den Weg gebrachten Regeln einzuhalten und durchzusetzen wird kontinuierlich bestehen bleiben.

Wird die FDP auch nach der Bundestagswahl 2013 noch in der Verantwortung sein?

In den Fragen der Euro-Stabilisierung hat die FDP eine Schuldenbremse, die zu Lasten des deutschen Steuerzahlers gehen würde, verhindert. Im Bereich des Bundeshaushaltes ist die FDP der Garant dafür, dass die Ausgaben des Bundes stabil gehalten werden. An der Wertschätzung dieser Erfolge durch den Bürger werden wir arbeiten. Als Rheinländer bin ich auch in dieser Frage Optimist.

Das Interview führte Michael Klein.

Otto Fricke (46) ist Parlamentarischer Geschäftsführer und haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Chef-Haushälterin: Petra Merkel

Zufrieden zeigt sich Petra Merkel (SPD) unmittelbar nach dem Karlsruher Urteil zum Euro-Rettungsschirm ESM. „Ich begrüße die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts“, sagt die Vorsitzende des Bundestags-Haushaltsausschusses. So wie für die höchsten Richter ist auch für sie trotz aller Kritik am ESM und seinen immunen Gouverneuren, die künftig Milliardensummen von Staaten abrufen können, dieser Mechanismus noch beherrschbar. „Das ESM-Volumen ist überschaubar. Für Deutschland ist es laut ESM-Vertrag auf 190 Milliarden Euro festgelegt“, sagt Petra Merkel. Für „viel unkalkulierbarer“ hält die Berliner SPD-Abgeordnete die Europäische Zentralbank, wenn sie Staatsanleihen krankelnder Euro-Länder kauft. „Das Haftungsrisiko für Deutschland ist enorm und entzieht sich unserer parlamentarischen Kontrolle. Und wir kriegen es hinterher auf den Tisch.“ Die Euro-Krise dominiert schon gut zwei Jahre die Arbeit des Haushaltsausschusses. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinen Urteilen zur Euro-Rettung die Kompetenzen dieses Gremiums hierzu mehrfach gestärkt. Darüber freut sich Petra Merkel. Die „andere Frau Merkel“, die Kanzlerin Angela Merkel von der CDU einen „harten Job“ attestiert und von ihr schnellere Entscheidungen wünscht, gehört dem „Königsausschuss“ des Parlaments seit ihrem Bundestagszugeing 2002 an. Im November 2009 wurde die blonde Frau mit dem gewinnenden Lächeln, die an diesem Dienstag 65 wird, zur Vorsitzenden des 41-köpfigen Ausschusses gewählt. Traditionell fällt die Leitung dieses Gremiums zur Kontrolle der Ausgaben der Regierung der stärksten Oppositionsfraktion zu.

In ihm ist Merksels Fraktionskollege, der SPD-Haushaltssprecher Carsten Schneider, für harte Oppositions-Attacken zuständig, während der Vorsitzenden die Vermittlerrolle in den vielen Streitfragen zufällt. Dies kann Petra Merkel gut. In solchen „gruppenübergreifenden Prozessen“ wie im Ausschuss Kompromisse zu schmieden, mache ihr „viel Spaß“, sagt sie. „Dabei gebe ich aber nicht meine Gesinnung ab.“ Die Parteileitke Petra Merkel vertritt klassische SPD-



»Die Bundesregierung müsste die Neuverschuldung jetzt stärker zurückfahren.«

Positionen – sie kämpft für allgemeine Mindestlöhne, Bürgerversicherung im Gesundheitssystem, mehr Engagement für die Bildung, stärkere Regulierung der Finanzmärkte. Was hält die Chef-Haushälterin von jetzt vorgelegten Etatentwurf der Regierung für 2013? Obwohl die Neuverschuldung um 13,3 Milliarden auf 18,8 Milliarden Euro sinkt, „liegt sie immer noch über der vor drei Jahren“, kritisiert Merkel. Dies sei „nicht sehr ambitioniert“ angesichts einer immer noch florierenden Wirtschaft mit sprudelnden Steuereinnahmen. „Die Regierung müsste die Neuverschuldung jetzt stärker zurückfahren“, sagt sie. Schon vor der Schul-

denbremse 2016 könnte der Bund die Neuverschuldung auf Null senken, fordert die SPD-Abgeordnete. Beim Sparen denkt sie zuerst an den immer noch zweitgrößten Posten Verteidigungshaushalt, wo man längst mehr auf europäischen Füßen stehen könnte. Mit dem Sparen kennt sich Petra Merkel aus. Als Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus (1989-2001) kämpfte sie lange im Hauptausschuss und als Parlamentarische Fraktions-Geschäftsführerin für einen Ausweg aus der Finanzmisere an der Spree. Damals legte sie auch den Grundstock ihres bis heute guten Verhältnisses zum Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD). Die gebürtige Berlinerin ist seit 1974 SPD-Mitglied. Nach der Geburt ihrer Tochter hatte sie Bekanntschaft mit der harten Realität der wenigen Kitaplätze im damaligen West-Berlin gemacht. Die SPD mit ihren bildungspolitischen Verheißungen wurde für sie Zukunftshoffnung. Als Kaufmännische Angestellte mit Mittlerer Reife schaffte sie als Aufsteigerin mit viel Fleiß den Erfolg in der Politik. Dreimal gewann sie den eher bürgerlichen Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf für die SPD direkt. Dabei profitierte sie von ihrer intensiven Wahlkreisarbeit. Die beliebte Politikerin kann gut zuhören, wenn Bürger ihre Probleme schildern. Jetzt aber teilt sie den „lieben Genossinnen und Genossen“ vor Ort mit, 2013 aus persönlichen Gründen nicht mehr zu kandidieren. Petra Merkel will sich vom politischen Dauerstress verabschieden und mehr Zeit für ihre 87-jährige Mutter und die beiden drei und fünf Jahre alten Enkel haben. Und ihre Hobbys mehr zu pflegen, zum Beispiel als Vorsitzende des Chorverbandes Berlin.

Hans Krump

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 x  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,  
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24

Internet:  
http://www.das-parlament.de  
E-Mail:  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur  
Jörg Biallas (jb)

Verantwortliche Redakteure  
Dr. Bernard Bode (bob)  
Alexander Heinrich (ah), stellv. Cvd  
Michael Klein (mik)  
Hans Krump (kru), Cvd  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz  
Dr. Verena Renneberg (ver)  
Annette Sach (as)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)  
Dr. Thomas von Winter (twv)

Fotos  
Stephan Roters

Redaktionsschluss  
14. September 2012

Druck und Layout  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kuhhusenstraße 4-6  
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-Vertriebsleitung  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Klaus Hofmann (verantw.)  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung Das Parlament  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-42 53  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Karin Kortmann  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-43 75  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition  
Zeitungsanzeigengesellschaft  
RheinMainMedia mbH  
Andreas Schröder  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-41 33  
Telefax (0 69) 75 01-41 34  
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.  
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.





Herr der Zahlen: Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bei seiner Rede im Bundestag

# Keine Spielräume für Geschenke

**HAUSHALT 2013** Koalition will weniger neue Schulden machen. Die Opposition fürchtet sozialen Kahlschlag

Die Bundesregierung will ihren Weg der wachstumsfreundlichen Konsolidierung fortsetzen. Dies betonte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) in der vergangenen Woche zu Beginn der viertägigen Haushaltsberatungen. Nicht zuletzt durch diese „erfolgreiche“ Politik sei Deutschland für viele europäische Staaten ein Vorbild geworden. Nach der guten wirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen Jahren, sagte Schäuble voraus, dass sich das Wachstum im kommenden (Wahl)jahr nicht in gleichem Maße fortsetzen werde. Die gute Entwicklung bei den Steuereinnahmen und auf dem Arbeitsmarkt werde sich vermutlich abschwächen, so dass es „keine weiteren Spielräume“ für zusätzliche Ausgaben gebe.

**Weniger Ausgaben** Der Etatentwurf der Regierung (17/10200), den der Minister am Dienstag in den Bundestag einbrachte, sieht für kommendes Jahr Ausgaben von 302,2 Milliarden Euro vor. Das sind 10,5 Milliarden Euro weniger als in diesem Jahr (312,7 Milliarden Euro). Die Nettoneuverschuldung soll im kommenden 18,8 Milliarden Euro betragen. In diesem Jahr sind dafür 32,1 Milliarden Euro vorgesehen. Für den

Schuldendienst plant die Regierung für 2013 insgesamt 31,67 Milliarden Euro ein. Das sind 2,54 Milliarden Euro weniger als in diesem Jahr – trotz höherer Gesamtschulden. Bei den Steuereinnahmen prognostiziert die Regierung eine Steigerung um 7,53 Milliarden Euro auf 260,11 Milliarden Euro. Schäuble kündigte an, dass spätestens 2016 ein ausgeglichener Haushalt ohne neue Schulden vorgelegt werde. Auch für den haushaltspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Barthle, ist der „Etatentwurf ein Ausweis unserer erfolgreichen Politik“. So würden die Ausgaben erreicht, betonte der Abgeordnete. Trotz stetig wachsender Einnahmen würden die Ausgaben gesenkt oder konstant gehalten. „Das nennt man Sparen“, sagte er. Barthle wies darauf hin, dass auch 2013 rund 145 Milliarden Euro für soziale Sicherung ausgegeben würden. So werde die Koalition ihrer sozialen Verantwortung gerecht.

Bei den Ausgaben setze die Koalition die „richtigen“ Schwerpunkte: Die Ausgaben für Bildung und Forschung würden um 800 Millionen Euro auf 13,17 Milliarden Euro erhöht und die Investitionen in die Ver-

**Parlamännchen**  
Politik für Kinder

**Bundshaushalt**

Jede Familie führt einen Haushalt. Damit ist nicht nur Wäsche waschen oder Geschirr spülen gemeint, sondern auch die Ordnung des Geldes. Die Eltern können nur ausgeben, was sie vorher eingenommen haben. So macht das auch der Staat. Über Steuern nimmt er Geld ein und gibt es dann wieder für wichtige Dinge aus. Zum Beispiel, um für alle eine Straße zu bauen. Weil der Haushalt von Deutschland sehr hoch ist, ist eine genaue Planung der Einnahmen und Ausgaben wichtig. Das gewählte Familienoberhaupt von Deutschland, die 620 Abgeordneten des Bundestages, haben vergangene Woche zum ersten Mal darüber beraten, wie der Haushalt für 2013 genau aussehen soll.

kehrinfrastruktur würden auf rund zehn Milliarden Euro verstetigt. Außerdem würden die Mittel im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit erhöht.

Der haushaltspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Otto Fricke, wies darauf hin, dass die Koalition am Ende dieser Legislaturperiode weniger ausgeben als am Anfang. Alle Vorgängerregierungen hätten dagegen die Ausgaben erhöht. Als größtes Risiko beim kommenden Haushalt bezeichnete er den Bundesrat, dessen Mehrheit sich jedes Zugeständnis „teuer“ bezahlen lasse. Insgesamt seien dies mehr als zehn Milliarden Euro. Außerdem müssten im kommenden Jahr noch acht Milliarden Euro für den Euro-Rettungsschirm ESM gezahlt werden. Wenn diese beiden Zahlungen nicht notwendig wären, hätte schon 2013 ein ausgeglichener Etat vorgelegt werden können, sagte Fricke. Die Sprecher der Oppositionsfaktionen kritisierten vor allem, dass die Koalition nicht genügend spare; sie diagnostizierten einen sozialen Kahlschlag im Etatentwurf. So warf der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Joachim Poß, der Koalition sozialpolitische Ignoranz vor. Gespart werde bei den Arbeitslosen und Schwachen, während die Vermögenden geschont würden. Weiter kritisierte er, dass in den Planungen vorausgesetzt werde, dass es

bis 2016 keinerlei Krisen gebe. „Dies ist Schönfärberei“, betonte er. Auch Dietmar Bartsch (Die Linke) warf der Koalition eine „knallharte Klientelpolitik“ vor. Es werde Wasser gepredigt und Wein getrunken. Vom Sparen könne keine Rede sein: In dieser Legislatur werde die Koalition insgesamt 112,2 Milliarden Euro neue Schulden machen. Er forderte, dass die Einnahmen erhöht werden müssten. Dieses könne zum Beispiel bei den Vermögensmillionären und bei der Erbschaftsteuer geschehen. „Die Schere zwischen arm und

reich wird immer größer“, betonte er. Auch die haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Priska Hinz, forderte eine Vermögensabgabe. Sie sah in dem Etatentwurf ein Dokument des „andauernden Versagens“. Es sei notwendig, Vorsorge für die Eurokrise, die Sozialpolitik und für die Energiepolitik zu treffen. „Nichts davon ist geschehen“, betonte sie. Die Regierung würde von den anderen europäischen Staaten drastische Einsparungen verlangen, im eigenen Etat aber nichts einsparen. *Michael Klein*

**STICHWORT**

**BUNDESHAUSHALT 2013 – Immer weniger neue Schulden**

**> Ausgaben** Der Bund soll im kommenden Jahr nach den Plänen der Regierung 302,2 Milliarden Euro ausgeben können. In diesem Jahr betragen die Gesamtausgaben noch 312,7 Milliarden Euro.

**> Einnahmen** Die Regierung rechnet allein mit Steuereinnahmen von 260,11 Milliarden Euro (2012: 252,59 Milliarden Euro). Dazu kommen noch Verwaltungseinnahmen und Kredite.

**> Schulden** Die Schulden des Bundes sollen sich im kommenden Jahr um 18,8 Milliarden Euro erhöhen. In diesem Jahr beträgt die Nettoneuverschuldung 32,1 Milliarden Euro. Ab 2016 will der Bund keine neuen Schulden mehr machen.

**Regierungsentwurf des Bundeshaushaltes 2013**

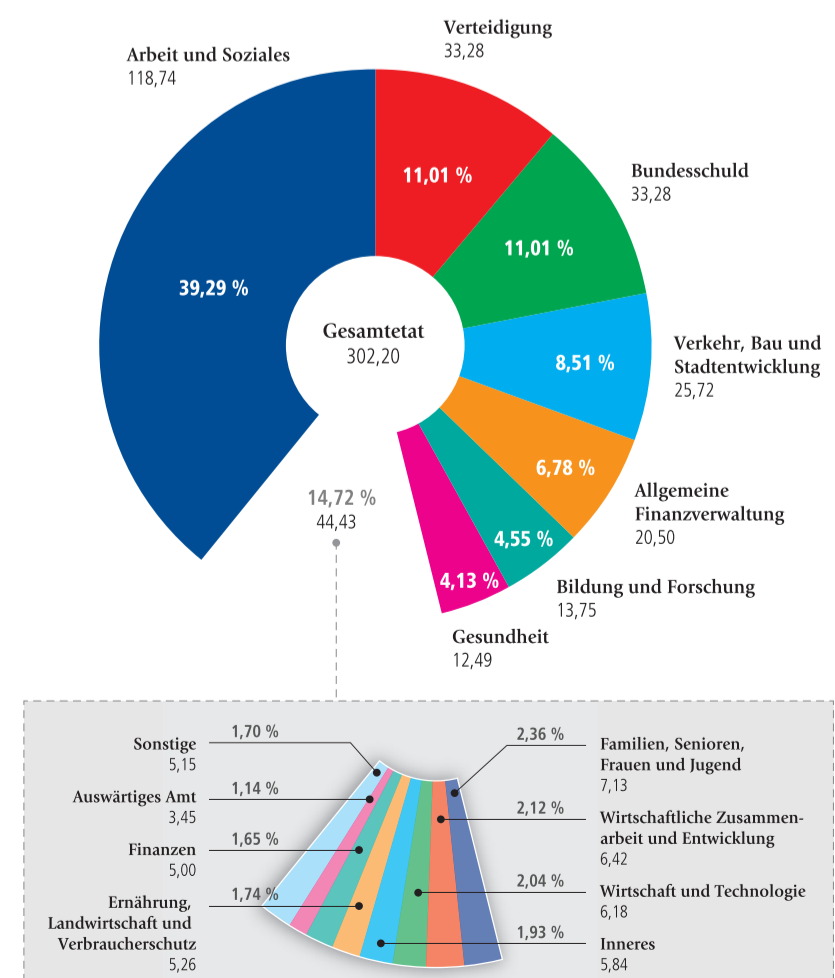
Einzelplan	EINNAHMEN		AUSGABEN	
	2013 in 1.000 €	Veränderungen zu 2012 in 1.000 €	2013 in 1.000 €	Veränderungen zu 2012 in 1.000 €
01 Bundespräsident und Bundespräsidialamt	193	-	32.241	+ 1.499
02 Deutscher Bundestag	1.832	+ 144	726.260	+ 32.274
03 Bundesrat	81	+ 30	22.813	+ 1.074
04 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	3.112	- 11	1.952.071	- 10.339
05 Auswärtiges Amt	123.851	+ 13.528	3.451.936	+ 128.212
06 Bundesministerium des Innern	405.871	- 9.831	5.844.842	+ 354.525
07 Bundesministerium der Justiz	484.002	+ 42.500	595.390	+ 87.134
08 Bundesministerium der Finanzen	246.222	+ 24.827	4.995.810	+ 390.586
09 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	426.313	+ 51.421	6.179.609	+ 71.626
10 Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	63.154	+ 4.467	5.260.184	- 19.882
11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales	1.832.725	- 3.797.439	118.737.993	- 7.392.947
12 Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	5.732.620	- 309.453	25.720.392	- 213.746
14 Bundesministerium der Verteidigung	323.332	- 260	33.283.104	+ 1.411.247
15 Bundesministerium für Gesundheit	92.172	- 180	12.489.216	- 1.996.166
16 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	326.524	- 27.063	1.645.251	+ 54.727
17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	67.213	+ 5.006	7.127.825	+ 338.105
19 Bundesverfassungsgericht	40	-	45.129	+ 15.177
20 Bundesrechnungshof	354	-	132.851	+ 10.104
23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	559.593	- 100.666	6.420.441	+ 37.531
30 Bundesministerium für Bildung und Forschung	111.746	- 14.750	13.752.096	+ 810.872
32 Bundesschuld	20.245.613	- 13.221.913	33.282.752	- 2.476.221
60 Allgemeine Finanzverwaltung	271.153.437	+ 6.839.643	20.501.794	- 2.135.392
<b>SUMME</b>	<b>302.200.000</b>	<b>- 10.500.000</b>	<b>302.200.000</b>	<b>- 10.500.000</b>

Quelle: Bundestag, Drucksache 17/10200

Grafik: Stephan Roters

**Ausgaben im Bundeshaushalt 2013**

Einzeljets der Ministerien in Mrd. Euro und Anteile am geplanten Gesamtetat



Quelle: Bundestag, Drucksache 17/10200 (leichte Abweichungen rundungsbedingt)

Grafik: Stephan Roters



## Weniger Geld an Arbeitsagentur

**HAUSHALT** Die Bundesregierung will die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung streichen. Dies geht aus dem Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2013 (17/10588) hervor, der vergangene Woche erstmals beraten wurde. Gleichzeitig soll der von der Bundesagentur für Arbeit an den Bund zu leistende Eingliederungsbeitrag wegfallen. Dadurch sollen sich für den Bund im kommenden Jahr Minderungen von 2,15 Milliarden Euro ergeben. In den Jahren 2014 bis 2016 sind diese Minderungen mit jeweils rund zwei Milliarden Euro veranschlagt.

Weiter soll im kommenden Jahr der Zuschuss für die gesetzliche Krankenversicherung einmalig um zwei Milliarden Euro abgesenkt werden. Außerdem ist geplant, den allgemeinen Bundeszuschuss an die allgemeine Rentenversicherung im kommenden Jahr um eine Milliarde Euro und um jeweils 1,25 Milliarden Euro in den Jahren 2014 bis 2016 abzusenken. Dadurch soll die erwartete Absenkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung zum 1. Januar 2013 um 0,1 Prozent geringer ausfallen.

Aufgrund der anhaltend günstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und der strukturellen Auswirkungen des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt sei die Bundesagentur für Arbeit finanziell stabil aufgestellt, schreibt die Regierung zur Begründung. Deshalb werde die Bundesagentur bis zum Jahr 2016 voraussichtlich kein Darlehen des Bundes benötigen und Rücklagen aufbauen können. Auch die finanzielle Situation der gesetzlichen Krankenversicherung habe sich derart verbessert, dass der Bundeszuschuss für das Jahr 2013 einmalig abgesenkt werden könne, heißt es weiter. Zudem werde als Folge der notwendigen Haushaltskonsolidierung der allgemeine Bundeszuschuss an die allgemeine Rentenversicherung vorübergehend gekürzt. *mik*



Der neue Flughafen in Berlin liegt brach. Einen Blankoscheck werde der Bund nicht ausstellen, sagte Minister Ramsauer.

# Ramsauer: Erhalt vor Neubau

**VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG** Etat soll leicht steigen. Opposition kritisiert fehlende Visionen und Konzepte

**V**erkehr und Bau geht alle an. Ob als Pendler auf Schiene oder Straße, ob als Wohnungseigentümer oder Mieter, ob als Anlieger einer stark befahrenen Straße, eines Schienenweges oder eines Flughafens – immer sind die Folgen der Verkehrs- oder Baupolitik unmittelbar spürbar. Um diese Folgen zu lindern, muss oft Geld ausgegeben werden, das im Bund vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung verwaltet wird, über dessen Etat für 2013 der Bundestag am vergangenen Freitag erstmals debattierte.

**Viertgrößter Einzeletat** Insgesamt hat die Regierung in ihrem Entwurf dafür im kommenden Jahr Ausgaben von 25,72 Milliarden Euro vorgesehen. Das sind 231,75 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr (2012: 25,94 Milliarden Euro). Somit ist dies der zweitgrößte Einzelplan des Bundeshaushalts. Die Einnahmen sollen laut Regierung 5,73 Milliarden Euro (6,04 Milliarden Euro) betragen. Die Investitionen sollen 2013 um 525,06 Milliarden Euro auf insgesamt 13,64 Milliarden Euro (14,17 Milliarden Euro) fallen. Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind 8,45 Milliarden Euro (8,27 Milliarden Euro) vorgesehen. Die Personalausgaben werden von der Regierung mit 1,52 Milliarden Euro (1,43 Milliarden Euro) etatisiert. Minister Peter Ramsauer (CSU) bezeichnete in der Debatte Mobilität und Wohnen als Grundbedürfnisse der Menschen. Deshalb sei hier Verlässlichkeit besonders wichtig. Er wies darauf hin, dass sein Etat die meisten Investitionen mit rund 13,6 Milliarden Euro habe. „Damit verantwortete ich mehr als die Hälfte aller Investitionen des Bundes“, sagte Ramsauer. Ebenso wichtig seien die Beiträge seines Ministeriums zur Energiewende, da 70 Prozent des Verbrauchs der Primärenergie beim Verkehr und den Gebäuden anfallen. Deshalb müsse das Gebäudesanierungsprogramm weiterhin absolute Priorität haben. „Dieses

Programm soll auch in Zukunft das Zugpferd der Energiewende sein“, betonte er. Weiterhin werde das Programm der energetischen Stadtsanierung im kommenden Jahr auf 100 Millionen Euro aufgestockt. Insgesamt würden 455 Millionen Euro für die Stadtförderung bereitgestellt werden. Für die Verkehrsinvestitionen wolle die Regierung im kommenden Jahr erneut insgesamt zehn Milliarden Euro aufwenden. Damit würden diese Investitionen verstetigt. Allerdings stehe wegen der Geldentwertung tatsächlich immer weniger zur Verfügung. Deshalb gebe es eine Finanzierungslücke von rund 1,7 Milliarden Euro. Insgesamt sprach sich Ramsauer dafür aus, dass im Verkehrsbereich der Erhalt vor dem Neubau Priorität haben solle. Bei der weiteren Finanzierung des Berliner Flughafens betonte Ramsauer, dass der Bund keinen Blankoscheck ausstellen werde. Er wies darauf hin, dass der Bund lediglich 26 Prozent an der Flughafengesellschaft halte und nur zwei von insgesamt 15 Aufsichtsräten stelle. „Der Flughafen muss zügig zum Erfolg gebracht werden“, forderte der Minister.

**Konsequenzen gefordert** Claudia Winterstein (FDP) sprach sich dafür aus, so wenig Eigenkapital wie möglich für die weitere Finanzierung des Flughafens zur Verfügung zu stellen. Zusätzliche Zahlungen des Bundes müssten jedoch auf jeden Fall Konsequenzen in der Geschäftsführung haben. Für die Abgeordnete der Liberalen ist eine funktionierende Infrastruktur entscheidend für weiteres Wirtschaftswachstum und die Sicherung von Arbeitsplätzen. Die schwarz-gelbe Koalition sei dem Investitionsstau zu Beginn der Legislaturperiode entgegengetreten. Insgesamt werde beim Etat des Bundesverkehrsministeriums „besonnen und zielgerichtet“ investiert. Auch für den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Arnold Vaatz (CDU), werden im Verkehrs- und Bauetat „grundsätzlich die richtigen Weichen“ gestellt.

Auch er sprach sich dafür aus, dass Erhaltungsmaßnahmen Vorrang vor Neubau haben sollten. Weiterhin sah er dringenden Bedarf, erneut über die Luftverkehrssteuer zu diskutieren.

Kritisch kommentierten die Sprecher der Oppositionsfraktionen den Etatentwurf. Florian Pronold, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, warf Ramsauer vor, dass außer Ankündigungen „nichts“ passiere. So sei unter anderem die angekündigte Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene nicht erfolgt. „Versprochen – gebrochen ist die Devise des Ministeriums.“

**Energetische Gebäudesanierung** Weiter kritisierte Pronold, dass trotz Pkw-Maut nicht mehr Mittel für die Straße zur Verfügung stünden. Im Baubereich seien die Programme zur energetischen Gebäudesanierung und für Städtebauförderung gekürzt worden. „Sie lassen die Menschen vor Ort im Stich“, betonte er. Es fehlten Visionen und Konzepte.

Auch Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen) konnte vor allem „viel heiße Luft“ feststellen. Das grundsätzliche Problem im Verkehrsetat sei, dass lediglich 20 Prozent der geplanten Neubauprojekte finanziert seien. Der Bundesverkehrswegeplan sei „maßlos überbucht“. Deshalb sei ein grundsätzlicher Neuanfang mit einem Bundesmobilitätsplan notwendig. Roland Claus (Linksfraktion) sprach sich dafür aus, dass Mobilität und Wohnen auch in Zukunft für alle bezahlbar bleiben müsse. Die Koalition gehe aber in die andere Richtung, in dem sie alle sozialen Programme reduziere oder abwickele. Weiterhin sei die Altschuldentilgung auch 20 Jahre nach der Wende noch immer ein Thema. „Dies hätte ich mir 1990 als Mitglied der letzten Volkskammer der DDR nie vorstellen können“, sagte er. *Michael Klein*

Mehr zum Thema unter: <http://www.bmbws.de>

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### Weitere Steigerung der Steuereinnahmen erwartet

**ALLGEMEINE FINANZVERWALTUNG** Im kommenden Jahr sollen die Einnahmen des Bundes um 6,84 Milliarden Euro auf 271,15 Milliarden Euro (2012: 264,31 Milliarden Euro) steigen. Im Wesentlichen stammen die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, die 2013 insgesamt 260,11 Milliarden Euro (252,59 Milliarden Euro) betragen sollen. Die Verwaltungseinnahmen sollen hingegen von 9,56 Milliarden Euro auf 8,71 Milliarden Euro fallen.

Im Einzelnen erwartet die Regierung bei den Einnahmen des Bundes aus der Umsatzsteuer eine Steigerung von 76,25 Milliarden Euro auf 80,28 Milliarden Euro. Für Einnahmen aus der Lohnsteuer sind 66,32 Milliarden Euro (62,67 Milliarden Euro) vorgesehen; der 50prozentige Anteil des Bundes an der Körperschaftsteuer soll 10,65 Milliarden Euro (9,15 Milliarden Euro) betragen.

Die Einnahmen aus den Energiesteuern sollen insgesamt 39,77 Milliarden Euro (39,95 Milliarden Euro) betragen. Leicht steigen sollen die Einnahmen aus der Tabaksteuer von 14,2 Milliarden Euro auf 14,33 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus der Kaffeesteuer sollen mit 1,04 Milliarden Euro gleich bleiben. Die Einnahmen aus der Versicherungsteuer sollen beinahe unverändert bei 11,05 Milliarden Euro liegen.

Der Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank soll 2013 insgesamt 1,5 Milliarden Euro (2,2 Milliarden Euro) betragen. Aus dem Verkauf von Beteiligungen und aus der Verwertung von Kapitalvermögen erwartet die Regierung Einnahmen von 3,25 Milliarden Euro (5,1 Milliarden Euro). Dazu gehört auch der Börsengang der Deutschen Bahn AG. Die Privatisierungen sollen kapitalmarktgerecht erfolgen, heißt es im Entwurf.

Weiter gehören dazu unter anderem die Beteiligungen an der Deutsche Telekom AG, der Deutsche Post AG, an den Flughäfen Köln/Bonn und München, der Duisburger Hafen AG, der Gästehaus Petersberg GmbH sowie die Einnah-

men aus der Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung.

Im Bereich „Leistungen im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit“ sollen die Gesamtausgaben im kommenden Jahr 382,15 Millionen Euro (393,52 Millionen Euro) betragen. Dabei werden die Zuweisungen an den Entschädigungsfonds auf 250 Millionen Euro (261,35 Millionen Euro) abgesenkt.

**Mittelfristige Finanzplanung** Die Bundesregierung rechnet auch in den kommenden Jahren mit „deutlich“ steigenden Steuereinnahmen. Dies geht aus dem Finanzplan des Bundes 2012 bis 2016 (17/10201) hervor, den der Bundestag in der vergangenen Woche ebenfalls beraten hat. Zusammen mit einem „sehr moderaten“ Ausgabenwachstum werde sich der Trend der sinkenden Neuverschuldung fortsetzen, schreibt die Regierung.

Nach 32,1 Milliarden Euro in diesem Jahr und 18,8 Milliarden Euro im kommenden Jahr sollen 2014 noch 13,1 Milliarden Euro Kredite vom Bund aufgenommen werden. Nach 4,7 Milliarden Euro im Jahr 2015 sollen laut mittelfristiger Finanzplanung schließlich 2016 von Bund keine neuen Schulden mehr gemacht werden.

Der Bereich der sozialen Sicherung ist danach der größte Ausgabenblock im Bundeshaushalt. Die Bundesregierung hat in ihrem Haushaltsentwurf 2013 rund 145 Milliarden Euro dafür vorgesehen. Das sind 48,1 Prozent der gesamten Ausgaben des Bundes. Bis 2016 sollen die Ausgaben für die soziale Sicherung auf 155 Milliarden Euro anwachsen.

Davon sind die Leistungen an die Gesetzlichen Rentenversicherung laut Regierung die größte Position. Für 2013 sind dafür rund 81,5 Milliarden Euro vorgesehen.

Diese Leistungen sollen bis 2016 voraussichtlich auf 87,1 Milliarden Euro steigen. Den größten Anteil daran bilden die Bundeszuschüsse an die allgemeine Rentenversicherung mit rund 60 Milliarden Euro im Jahr. *mik*

### Halbe Milliarde Euro für den BND

**BUNDESKANZLERAMT** Der Etat der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes kann 2013 über 1,95 Milliarden Euro verfügen. Das sind 10,34 Millionen Euro weniger als in diesem Jahr (2012: 1,96 Milliarden Euro).

Während für das Personal insgesamt 267,78 Millionen Euro (252,83 Millionen Euro) eingeplant sind, sollen die sächlichen Verwaltungsausgaben 657,11 Millionen Euro (624,95 Millionen Euro) betragen. Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind nach 858,97 Millionen Euro 2013 insgesamt 869,4 Millionen Euro eingeplant.

Den größten Anteil am Gesamtetat hat der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Hier sollen 1,02 Milliarden Euro (1,08 Milliarden Euro) zur Verfügung stehen. Für die Bundeskanzlerin und ihr Amt sind 47,28 Millionen Euro (42,58 Millionen Euro) eingeplant. Die

Ausgaben des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung sollen von 84,63 Millionen Euro auf 96,07 Millionen Euro steigen. Das Bundesarchiv soll über 56,18 Millionen Euro (53,83 Millionen Euro) verfügen können.

Der Zuschuss an den Bundesnachrichtendienst beträgt 531,17 Millionen Euro (504,77 Millionen Euro). Der Etat der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR soll 100,01 Millionen Euro (102,38 Millionen Euro) umfassen.

Für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sollen 5,04 Millionen Euro (4,92 Millionen Euro) bereitgestellt werden.

Die Ausgaben des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa sollen 991.000 Euro (942.000 Euro) betragen. *mik*

### Seit' an Seit' mit Bauern

**LANDWIRTSCHAFT** 20 Millionen Euro weniger Ausgaben

Mit einem Finanzbedarf von insgesamt 5,26 Milliarden Euro für das Jahr 2013 leistet das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz einen Konsolidierungsbeitrag von knapp 20 Millionen Euro gegenüber 2012. „Nicht immer die Ausgaben ausweiten, aber umschichten, wo es notwendig ist“, lautete daher die Devise von Agrarministerin Ilse Aigner (CSU) bei der Präsentation ihres Haushaltsentwurfs am vergangenen Donnerstag im Bundestag.

„Die Koalition steht geschlossen den Landwirten zur Seite“, pries die Ministerin trotz Budgetkürzung den Entwurf an. Rund 70 Prozent des Gesamtetats fließen in die landwirtschaftliche Sozialpolitik. Die übrigen frei verfügbaren 30 Prozent sieht Aigner effektiv angelegt: „Fünf Millionen Euro fließen zusätzlich in die Verbraucherinformation und 1,5 Millionen in die Stiftung Warentest.“ Für Ulrich Kelber (SPD) bezugte der Entwurf „nur kleine Taten“. Kelber kritisierte

die Ministerin als zu passiv. „Ihnen fehlt die Unterstützung ihrer Fraktionen“, unterstellte er Aigner. Deswegen könne die Ministerin zum Beispiel nicht die Interessen der Verbraucher im Hinblick auf steigende Kosten bei der Energiewende wahrnehmen.

Ein Vorwurf, den Rainer Erdel (FDP) als Wahlkampf der Opposition auf dem Rücken der Verbraucher abtat. „Keine Regierung hat in der Vergangenheit in der Verbraucherpolitik so viel umgesetzt wie unsere“, sekundierte Franz-Josef Holzenkamp (CDU). Die Ausgaben seien in diesem Bereich gesteigert worden, ohne finanzielle Einschnitte bei der Förderung des ländlichen Raums vorzunehmen. „Die Regierung legt einen Haushalt vor, der Maß hält“, lobte Erdel, denn der Agrarhaushalt nutze den Spielraum, um die Herausforderungen der Zukunft anzunehmen.

Für Roland Claus (Die Linke) stand jedoch weniger das konkrete Zahlenwerk im Mittelpunkt: „Das Problem dieses Etats ist, was nicht drin steht.“ Er kritisierte, dass die „Agrar- und Verbraucherschutzpolitik heute an Börsen und bei Discounterketten gemacht wird.“ Die Regierung unternehme zu wenig gegen die „Börsenspekulation mit Nahrungsgütern“.

Katja Dörner (Bündnis 90/Die Grünen) schlug vor, statt zwei Millionen Euro für die Forschungskoperation zur Verbesserung der Welternährungssituation auszugeben, die Exporte von Nahrungsmitteln zu stoppen, die demorts die Entwicklung regionaler Märkte stören würden. *Jan Eisel*



Regenerative Energien – neues Standbein für Landwirte

#### KURZ NOTIERT

#### 2,2 Millionen Euro an die Künstlerhilfe

Der Bundespräsident und das Bundespräsidialamt sollen 2013 über 32,24 Millionen Euro (2012: 230,72 Millionen Euro) verfügen können. Für Investitionen sind nach 1,3 Millionen Euro im Jahr 2012 für kommendes Jahr 1,12 Millionen Euro eingeplant, für Zuweisungen und Zuschüsse 3,81 Millionen Euro (3,8 Millionen Euro). Die Ausgaben des Bundespräsidenten sollen 4,62 Millionen Euro (4,6 Millionen Euro) betragen. Dabei sind für Zuweisungen und Zuschüsse wie bisher 3,55 Millionen Euro vorgesehen. 2,2 Millionen Euro davon sind gleichbleibend für die Deutsche Künstlerhilfe reserviert. 1,38 Millionen Euro sind unverändert vorgesehen für die Gewährung von Ehrenabgaben an Alters- und Ehejubilare, sowie die Übernahme von Patenschaften. Die Bezüge des Bundespräsidenten sollen von 199.000 Euro auf 217.000 Euro im kommenden Jahr angehoben werden.

#### Mehr Geld für die Europaabgeordneten

Der Deutsche Bundestag, der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages und die Mitglieder des Europäischen Parlaments können im Jahr 2013 über 726,26 Millionen Euro verfügen. Das sind 32,27 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr (2012: 693,99 Millionen Euro). Die meisten Mittel sind dabei für das Personal reserviert. Die Ausgaben betragen dafür 496,78 Millionen Euro (469,78 Millionen Euro). Für Investitionen sind 15,99 Millionen Euro (20,09 Millionen Euro) eingeplant und für sächlichen Verwaltungsausgaben 118,97 Millionen Euro (111,28 Millionen Euro). Die Gesamtausgaben des Wehrbeauftragten sollen 2013 rund 4,02 Millionen Euro (3,86 Millionen Euro) betragen. Für die 99 Abgeordneten Deutschlands im Europäischen Parlament stehen 2013 insgesamt 5,83 Millionen Euro (5,56 Millionen Euro) bereit.

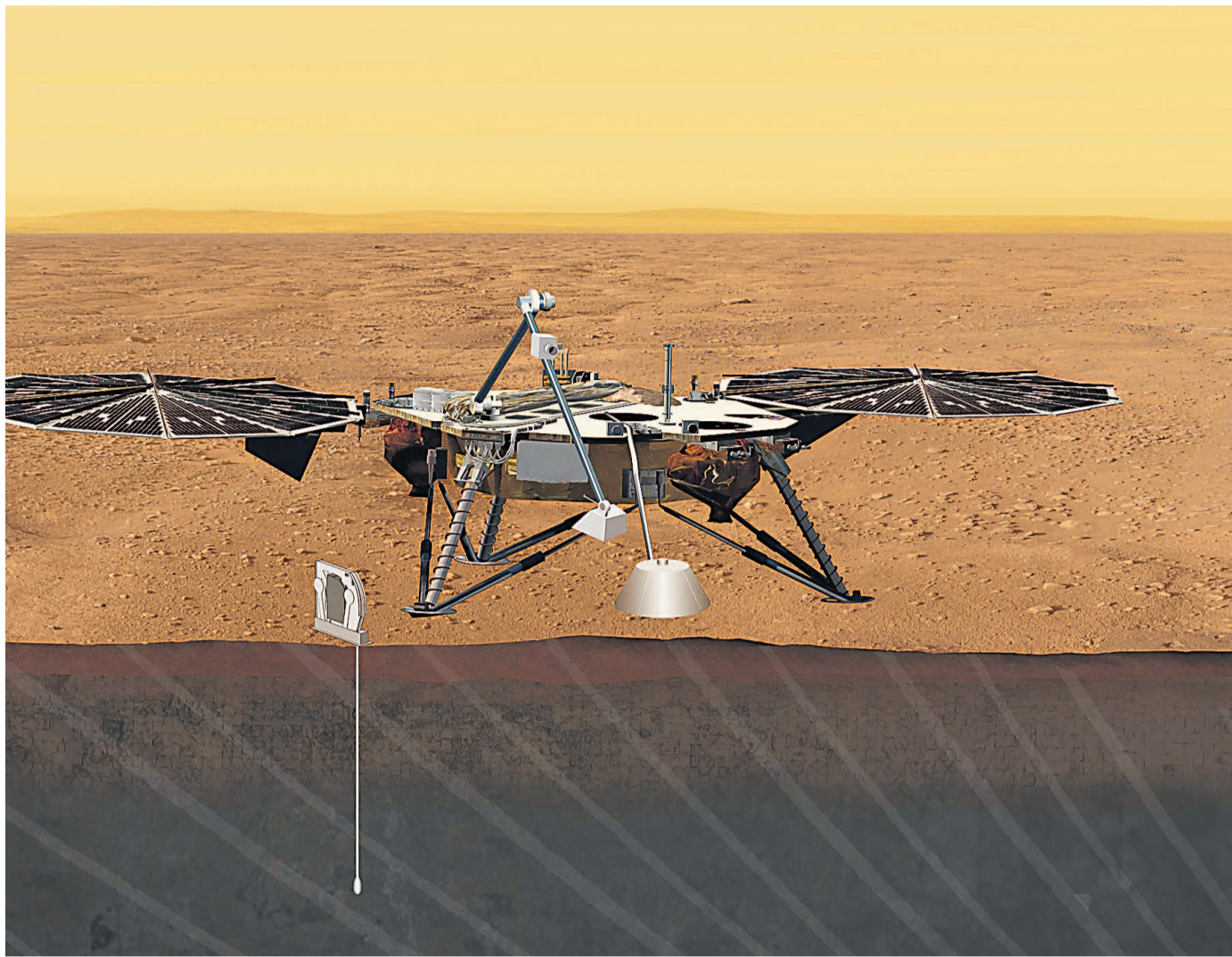
#### Steigende Personalausgaben beim Bundesrat

Der Etat des Bundesrates soll von 21,74 Millionen Euro in diesem Jahr auf 22,81 Millionen Euro im Jahr 2013 steigen. Dabei steigen die Personalausgaben von 13,7 Millionen Euro auf 14,67 Millionen Euro. Für sächliche Verwaltungsausgaben sollen unverändert 7,48 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Für Investitionen sind nach 340.000 Euro im kommenden Jahr 325.000 Euro vorgesehen. Für Zuweisungen und Zuschüsse stehen 330.000 Euro (2012: 215.000 Euro) bereit. *mik*

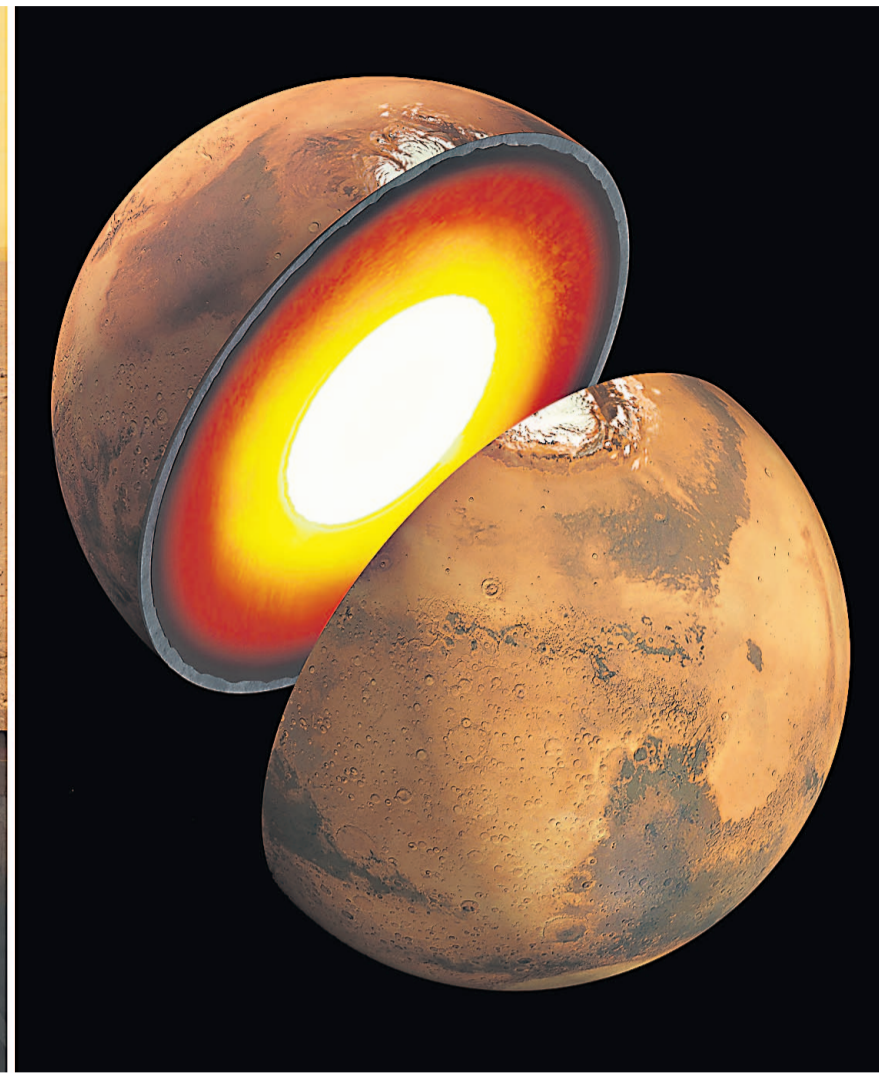
#### Beilagenhinweis

Unserer Ausgabe liegt eine Beilage der Firma RSD-Reiservice bei. *■*





An der Mars-Erforschung wirken deutsche Forscher mit – gefördert aus dem Wirtschaftsetat. Eines Tages könnte im Weltall nach Rohstoffen gesucht werden.



## Schäuble hat viel zu tun

**FINANZEN** Eine Vielzahl von Aufgaben hat das Bundesfinanzministerium. So ist das Haus von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nicht nur für den Etat und die Steuergesetze zuständig, sondern auch für die 38.000 deutschen Zöllner, die etwa die Hälfte der dem Bund zufließenden Steuereinnahmen erzielen. Zöllner kontrollieren auch die Einhaltung von außenwirtschaftsrechtlichen Bestimmungen beim Warenverkehr über die Grenze. In der Praxis heißt das, dass Zollfahnder auf großen Messen erscheinen und nach verbotenen Plagiaten Ausschau halten. So geschah es zuletzt auf der Elektronikmesse IFA, als 40 Berliner Zöllner aufgrund der Anzeige eines italienischen Patentvermarkters die Stände von sechs asiatischen Ausstellern durchsuchten. Den Firmen wird vorgeworfen, keine Lizenzgebühren für die Nutzung der Patente gezahlt zu haben. Vor vier Jahren benötigte der Zoll nach einer ähnlichen Aktion auf der IFA mehrere Lastwagen, um beschlagnahmte Elektronik-Artikel wie TV-Geräte und MP3-Player abzutransportieren. Aber auch auf Baustellen sind Zollbeamte regelmäßig anzutreffen. Die „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“, zu der 6.500 Zollbeamte gehören, sucht nach Schwarzarbeitern und illegal Beschäftigten. Damit trägt der Zoll zur Stabilisierung der Sozialsysteme bei. Nicht zu vergessen sind die klassischen Aufgaben des Zolls: die Bekämpfung des Rauschgift- und Zigarettschmuggels sowie der Geldwäsche. Insgesamt soll das Haus von Minister Schäuble im kommenden Jahr knapp 5 Milliarden Euro ausgeben. Das sind 390 Millionen Euro mehr als im Haushaltsplan 2012 stehen. Der Anteil der Personalausgaben steigt von 2,6 auf 2,86 Milliarden Euro, die sächlichen Verwaltungsausgaben steigen von 555,42 auf 607 Millionen Euro. Größte Subvention im Bereich des Einzelplans ist der Zuschuss an die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein mit 80 Millionen Euro. Da das deutsche Branntweinmonopol aufgrund von EU-Vorschriften Ende 2017 ausläuft, wird die Monopolverwaltung aufgelöst. Die Zuschüsse an die Branntweinproduzenten entfallen. *hle*

# Neue Industrie-Revolution

**WIRTSCHAFT** Breite Mehrheit setzt sich für Energiegroßverbraucher ein. Koalition missfällt Solarförderung

Die deutsche Wirtschaft ist robust. Und mit gezielten Maßnahmen will Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) besonders industrielle Arbeitsplätze sichern. „Es geht nicht nur darum, energieintensive Unternehmen insgesamt zu entlasten, sondern die gesamte deutsche Wirtschaft“, betonte der Minister am Donnerstag in der Haushaltsdebatte zum Wirtschaftsetat. Er forderte, dass Energie bezahlbar bleiben müsse. Dazu müsse es zu einer Kürzung der Subventionen für erneuerbare Energien kommen. „Es gibt 100.000 Arbeitsplätze in der Solarwirtschaft, aber 800.000 im Bereich der energieintensiven Unternehmen. Denen fühlen wir uns genauso verpflichtet wie in allen anderen Branchen auch“, sagte Rösler. Rösler's Etat sieht im kommenden Jahr Ausgaben von rund 6,18 Milliarden Euro vor. Das sind 71,6 Millionen Euro mehr als im Haushalt dieses Jahres. Größter Fördertopf mit 1,4 Milliarden Euro ist die Luft- und Raumfahrt. Sogar in Projekten der Marserrkundung sind deutsche Forschungseinrichtungen engagiert.

„Wirtschaftspolitische Konzepte mit immer mehr Schulden ohne Reformen haben sich überholt“, sagte Rösler und empfahl, „sich auf die Tugenden der sozialen Marktwirtschaft zu besinnen“. Stattdessen würden SPD und Grüne in die Motenkiste der 1970er Jahre greifen. Mit Forderungen nach einer Vermögenssteuer fahre Rot-Grün einen Angriff auf den unternehmerischen Mittelstand und gefährde damit Arbeitsplätze. „Ein solcher Weg ist mit uns definitiv nicht zu machen“, sagte Rösler. Hubertus Heil (SPD) warf Rösler vor, keine Ministerrede gehalten zu haben, sondern die Rede eines FDP-Vorsitzenden, „dem das Wasser bis zum Hals steht“. Das Problem in der Wirtschaftspolitik sei, dass Rösler seinen Job nicht mache und dass es keine Koordinierung der Wirtschaftspolitik in Europa gebe. Rösler habe sich auf der guten konjunkturellen Entwicklung der letzten Jahre ausgerichtet. In der Energiepolitik fahre die Regierung einen Zick-Zack-Kurs und werde damit zum Investitionshindernis. Heil legte ein Bekenntnis zur Industrie ab und verteidigte auch die Rabatte für energieintensive Unter-

nehmen beim Strompreis. Aber die Koalition habe die Ausnahmen von der Energiebesteuerung selbst auf Betriebe ausgeweitet, die noch Reserven bei der Energieeffizienz hätten. „Deutschland geht es gut, und ich bin es leid, dass immer nur gejammert wird“, ärgerte sich Michael Fuchs (CDU) über seinen sozialdemokratischen Vorredner, dem er vorwarf, zum größten Teil „heillosen Unsinn“ zu verbreiten. Fuchs verwies auf die Gefahr für die Industrieproduktion durch die gestiegenen Energiepreise: So sei der Strompreis seit 1998 um acht Prozent gestiegen, aber die Steigerung bei Steuern und Abgaben auf den Strompreis habe 178 Prozent betragen. Die Photovoltaik werde in nicht mehr verantwortbarer Weise gefördert. Die mit Solarfonds erreichbare Rendite von neun Prozent sei „unanständig“ und bedeute eine Umverteilung von unten nach oben, kritisierte Fuchs.

Betriebe beschränkt bleiben. Doch die Koalition habe die Ausnahmen verzehnfacht. Selbst die nicht im internationalen Wettbewerb stehende Braunkohle bekomme Preisreduzierungen. Andreae verlangte außerdem, die Staatsverschuldung zu reduzieren,

was durch eine Vermögensabgabe geschehen könne. Dagegen sprach sich Florian Toncar (FDP) strikt gegen Steuererhöhungen aus. Man müsse alles sein lassen, was Arbeitsplätze gefährden könne. *Hans-Jürgen Leersch*



»Neun Prozent Rendite mit Solarfonds sind unanständig.«

Michael Fuchs (CDU/CSU)

**Angriffe auf Rot-Grün** Der Wirtschaftsminister sparte nicht mit Angriffen auf Rot-Grün. In der Regierungszeit von SPD und Grünen seien eine Million sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verlorengegangen. Seitdem Schwarz-Gelb regiere, „sind 1,1 Millionen neue Arbeitsplätze auf-

gebaut worden“. Auch in wirtschaftlich schwieriger werdenden Zeiten stehe das deutsche Wirtschaftswachstum in Europa an der Spitze. Die letzten drei Jahre christlich-liberaler Koalition hätten Deutschland sehr gut getan. Die Politik der Regierung habe sich bewährt und werde fortgesetzt. „Deutschland geht es gut, und ich bin es leid, dass immer nur gejammert wird“, ärgerte sich Michael Fuchs (CDU) über seinen sozialdemokratischen Vorredner, dem er vorwarf, zum größten Teil „heillosen Unsinn“ zu verbreiten. Fuchs verwies auf die Gefahr für die Industrieproduktion durch die gestiegenen Energiepreise: So sei der Strompreis seit 1998 um acht Prozent gestiegen, aber die Steigerung bei Steuern und Abgaben auf den Strompreis habe 178 Prozent betragen. Die Photovoltaik werde in nicht mehr verantwortbarer Weise gefördert. Die mit Solarfonds erreichbare Rendite von neun Prozent sei „unanständig“ und bedeute eine Umverteilung von unten nach oben, kritisierte Fuchs.

Für Roland Claus (Die Linke) ist mit dem Etat des Bundeswirtschaftsministerium kein Staat und erst recht keine Wirtschaftspolitik hierzulande zu machen. Wenn man von den sechs Milliarden Euro Ausgaben des Etats die Subventionen für die Steinkohle und Raumfahrt abziehe, würden für Wirtschaftspolitik gerade ein Prozent des Bundesetats zur Verfügung stehen. Zudem beklagte Claus, dass Ostdeutschland wirtschaftlich langsamer wachse als der Westen: „So geht Aufholen nicht.“ Wenn die Konjunktur nachlasse, werde der ganze Haushalt Makulatur sein, warnte Kerstin Andreae (Bündnis 90/Die Grünen). Der Minister habe die Wachstumsprobleme in Europa nicht auf dem Radar, kritisierte Andreae. In der Energiepolitik müssten die Steuervergünstigungen auf energieintensive

Anzeige

**SCHÜTZT Tetra Pak WAS GUT IST**

**ICH BIN RESSOURCENSCHONER.**

**Du hast es in der Hand.**

Heute schon am morgen denken: Tetra Pak Getränkekartons bestehen überwiegend aus dem nachwachsenden Rohstoff Holz. Der Vorteil: Holz steht bei verantwortungsbewusster Waldwirtschaft nahezu unbegrenzt zur Verfügung und lässt somit die Natur weitgehend im Gleichgewicht. Damit trägt Tetra Pak schon heute zum Schutz natürlicher Ressourcen bei.

tetrapak.de

## Kleiner Haushalt mit großen Aufgaben

**Umwelt** Der Etat verzeichnet ein leichtes Plus. Opposition sieht die Energiewende in Gefahr

Auf den ersten Blick zählt Peter Altmaiers (CDU) Etat mit 1,65 Milliarden Euro zu den kleineren Posten im Bundeshaushalt. Damit hat der neue Bundesumweltminister allerdings bis zum Ende der Legislaturperiode eine der größten Aufgaben zu bewältigen: die Energiewende. Sie sei, sagte Altmaier in der vergangenen Woche, „das größte wirtschaftspolitische Projekt seit dem Wiederaufbau Deutschlands“. Ihr Ziel sei nicht nur der Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2020, sondern auch der Aufbau einer Energieversorgung, die bis zum Jahr 2050 zu 80 Prozent aus erneuerbaren Energien bestehen soll. Dafür hat Altmaier 54,7 Millionen Euro mehr in seiner Kasse – eine Steigerung von 3,4 Prozent.

**Teurer Atommüll** Dieses Geld wird jedoch vor allem für den Mehrbedarf bei den Kosten für die End- und Zwischenlagerung atomarer Abfälle gebraucht. Allein für die Maßnahmen für die Vorbereitung und Stilllegung des Atommüllagers Asse, in dem 126.000 Fässer schwacher und mittelradioaktiver Müll lagern, sollen zusätzlich 42,6 Millionen Euro in die Hand genommen werden. Nochmals 30,7 Millionen Euro mehr benötigt der Umweltminister für die Steigerung des Verwaltungshaushaltes, mit dem Personal und Infrastruktur seines Mi-

nisteriums bezahlt werden. Hier hakte auch gleich die Opposition ein. „Sie richten 40 neue Planstellen ein und überschreiben diesen Vorgang mit dem Begriff Energiewende“, konstatierte Matthias Miersch (SPD) und fragte: „Was sind das für Stellen?“ Die Antwort darauf gab er gleich selber: „Auch wenn Sie noch 100 Planstellen schaffen, gehen Sie nicht an die Wurzel des Übels.“ Er fügte hinzu: „Bei der Energiewende stehen sich sechs Ministerien gegenüber, die sich gegenseitig blockieren.“ Damit spielte Miersch auf die Konflikte zwischen Wirtschafts- und Umweltministerium an. Stephan Thomaie (FDP) sieht in diesem Nebeneinander keine Gefahr, sondern einen Vorteil: Durch den nötigen Abstimmungsbedarf werde garantiert, „dass unterschiedliche Gesichtspunkte der Beteiligten wirksam in die Diskussion einfließen könnten“, argumentierte er. Denn, sagte Thomaie, „man kann die Energiewende nicht einfach anordnen“.

**Querschnittsaufgabe** Auch der Berichterstatter der Union, Bernhard Schulte-Drüggelle (CDU) machte deutlich, dass es sich beim Umweltschutz um eine Querschnittsaufgabe handele. Dafür stünden insgesamt 7,5 Milliarden Euro zur Verfügung, wozu nochmals 2,1 Milliarden Euro aus dem Son-

dervermögen Energie- und Klimafonds hinzugerechnet werden. Dabei handelt es sich um Sondermittel des Bundes, die nicht aus Steuern, sondern aus den Erlösen des CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandels finanziert werden.

**Schattenhaushalt** Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen) bezeichnete gerade diesen Fonds als „Schattenhaushalt“. Hier verwende die Regierung eine unsolide Berechnungsbasis. So werde für eine Tonne CO<sub>2</sub> ein Preis von 10 Euro angesetzt, obwohl der Zertifikatspreis bei 8 Euro liege. Daher sei der Fonds schon 2012 von 780 auf 450 Millionen Euro zusammengestrichen worden. Diese Kürzungen zeigten, dass die Regierung die Energiewende mit Absicht „in den Sand“ setze. „Selbst Sie, Herr Altmaier, können diese Offensive gegen die erneuerbaren Energien nicht wegtwittern“, sagte Kindler. Die Linke kritisierte fehlende soziale Hilfen bei der Energiewende. Man werfe den energieintensiven Unternehmen „das Geld in den Rachen“ und verteuere damit die Energiewende für alle anderen, warf Eva-Bulling-Schröter (Die Linke) der Regierung vor. „Es sind keine Mittel in den Haushalt eingestellt, um Energiearmut zu verhindern“, kritisierte sie und erklärte: „Mit einer solchen Ignoranz setzen Sie die Energiewende aufs Spiel.“ *Annette Sach*







Die Gretchenfrage der Rentenpolitik lautet seit 25 Jahren: Ist die Rente sicher? Energisch beginnt Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) ihre Rede vor dem Bundestag: Der Haushaltsentwurf für 2013 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales stand vergangenen Donnerstag auf der Agenda des Plenums. 90 Minuten lang debattierten die Parlamentarier diesen Etat. Und die Ministerin gibt ihre Antwort auf die historische Frage: „Ja, die Rente ist sicher, aber nur wenn wir fleißig arbeiten, wenn wir zusätzlich privat vorsorgen und genügend Kinder erziehen.“ Anders ginge es nicht. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters um zwei auf nunmehr 67 Jahre und die Absenkung des Rentenniveaus – bis auf 43 Prozent im Jahr 2030 – sei unausweichlich, „damit die nachkommenden Generationen von den Rentenlasten nicht erdrückt werden“, erklärte von der Leyen. Die Bekämpfung der Altersarmut gebe es „nicht zum Nulltarif.“ Das Geld werde im Alter nicht bei allen reichen, „obwohl sie immer eingezahlt haben.“ Mindestlöhne allein lösten das Problem der Altersarmut nicht, sagte sie im Hinblick auf die Lösungsansätze der Oppositionsfaktionen. Die von ihr selbst geplante Zuschussrente erwähnte die Ministerin allerdings nicht in ihrer Rede. Ihr Vorschlag liege auf dem Tisch, „über die Details können wir streiten“, sagte sie abschließend. Die Einführung der Zuschussrente erfolgt bereits 2013 „mit einer Übergangszeit, während der erleichterte Zugangsbedingungen gelten“, heißt es seitens des Arbeitsministeriums. Nach dessen Schätzungen würden rund 25.000 Menschen bereits im Einführungsjahr von der Zuschussrente profitieren. Sie richte sie an Geringverdienende, die 40 Versicherungsjahre sowie 30 Jahre Beitragszahlungen an die Rentenkasse nachweisen können. 2030 soll sie 1,4 Millionen Rentnern zugutekommen. Allerdings muss, wer diese Rente erhalten will, ab 2019 eine zusätzliche Bedingung erfüllen: Er muss dann mindestens fünf Jahre in eine private Altersvorsorge investiert haben. Und nach 2019 steigt diese Anforderung sogar weiter an. Wer 2049 in Rente geht, muss 35 Jahre zusätzlich privat vorgesorgt haben. Kritiker bemängeln an dem Konzept den Zwang zur privaten Altersvorsorge.



Bei der Einführung des Einwegflaschenpfands 2003 ahnte wohl niemand, dass es einmal die Renten aufbessern würde.

»Agent Provocateur« Auf die Ministerin folgt die SPD-Abgeordnete Andrea Nahles an das Rednerpult. Ein »Agent Provocateur der Versicherungsbranche« sei ihre Vorrednerin, Frau von der Leyen. Zur Begründung führt sie aus, dass „viele denken, sie müssten jetzt eine private Rentenversicherung abschließen“. Dabei würde die Bundesregierung von „falschen Zahlen ausgehen“, davon, dass die Betroffenen im Alter alleinstehend seien und nichts dazu verdienen würden. Es handle sich vielmehr um eine „Entwertung der Sozialpolitik der Union.“ Der Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales 2012 umfasst Ausgaben in Höhe von 118,74 Milliarden Euro. Immerhin 7,4 Milliarden Euro weniger als in 2012. Den Löwenanteil der Ausgaben bilden die Zuweisungen und Zuschüsse mit 118,4 Milliarden Euro. 31,33 Milliarden Euro werden 2013 voraussichtlich die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende betragen, 1,41 Milliarden weniger als 2012. Darin enthalten sind die Ausgaben für das Arbeitslosengeld II mit 18,76 Milliarden Euro (2012: 19,37 Milliarden Euro). Der Bundeszuschuss der Rentenversicherung beläuft sich auf 81,48 Milliarden Euro (2012: 81,63 Milliarden Euro). Darin enthalten sind der Zuschuss an die allgemeine Rentenversicherung von 30,63 Milliarden Euro (2012: 31,57 Milliarden Euro) und ein zusätzlicher Zuschuss an die allgemeine Rentenversicherung von 21,03 Milliarden Euro (2012: 20,12 Milliarden Euro). Ebenfalls enthalten sind die Beitragszahlungen für Kindererziehungszeiten an die allgemeine Rentenversicherung, die sich auf 11,65 Milliarden Euro (2012: 11,63 Milliarden Euro) summieren. Claudia Winterstein (FDP) entgegnete auf die Vorwürfe Nahles, dass der Schwerpunkt des Haushalts auf der sozialen Sicherung liege, die fast die Hälfte der Ausgaben ausmache. Die rot-grüne Bundesregierung habe lediglich 42 Prozent der Ausgaben für die

# Die Armen fest im Blick

**ARBEIT UND SOZIALES** Fast die Hälfte des Bundesetats 2013 entfällt auf soziale Sicherung. Parallel steigt die Armutsgefahr

soziale Sicherung aufgebracht. Winterstein betonte in ihrer Rede, dass „Sparen der einzige Weg zur Konsolidierung des Haushalts“ sei und ergänzte, dass sich die Koalition trotz ihrer „sozialen Verantwortung bewusst“ sei. Das Ziel des ausgeglichenen Haushalts wolle sie bis 2016 erreichen. **Steigende Armutsgefahr** Am Tag der Debatte veröffentlichte allerdings das Statistische Bundesamt in Wiesbaden aktuelle Zahlen und Prognosen zur Armutsgefahr in Deutschland. Ihre Quote ist 2011 nämlich im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 Prozentpunkte auf 15,1 Prozent im Bundesdurchschnitt gestiegen. In Bremen und Mecklenburg-Vorpommern lag sie sogar bei 22,3 beziehungsweise 22,2 Prozent. Als armutsgefährdet, also als in relativer Armut lebend, gilt, wer weniger als 60 Prozent des Einkommensdurchschnitts zur Verfügung hat. Wer 2011 weniger als 848 Euro monatlich verdiente, war relativ arm. Die Gefährdungsquote stieg bei den über 65-Jährigen um einen Prozentpunkt – mehr als

bei allen anderen Bevölkerungsgruppen. Ihre Quote lag 2011 somit bei 13,3 Prozent. Die Linke-Abgeordnete Gesine Lötzsch forderte die Überwindung des „menschenunwürdigen Hartz-IV-Systems“. Dazu führte sie einige Zahlen an. Unter anderem müssten 2,6 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zusätzlich zu ihrer beruflichen Haupttätigkeit noch einen Minijob ausüben. „Wann haben diese Leute Zeit für Familie, Freunde, für ein Ehrenamt oder für sich selbst?“, fragt Lötzsch. „Das Jobwunder“, womit sie die von den Rednern der Koalitionsfraktionen in der Debatte oft zitierten sinkenden Arbeitslosen- und steigenden Beschäftigungszahlen meinte, basiere „doch nur auf Leiharbeit“. Deshalb fordere ihre Fraktion die Erhöhungen der Einkommens-Erbschafts-, Millionärs- sowie der Finanztransaktionssteuer. Priska Hinz (Bündnis 90/Die Grünen) nannte den Etat für Arbeit und Soziales „das Sparschwein des Finanzministers“. Schließlich werde in keinem anderen Ressort so stark gespart. „Gerade in Zeiten der Krise brauchen wir die Bundesagentur für Arbeit“, sagte Hinz, diese dürfe „nicht geschöpft werden“. Der Bundesregierung warf sie vor, deren Etat 20 Millionen Euro entnommen zu haben. „Wir brauchen eine steuerfinanzierte Garantie, Mindestlöhne, einen sozialen Arbeitsmarkt und dafür werden wir kämpfen“, erklärte die Grünen-Politikerin. Bei den Reden der Opposition würde der Eindruck entstehen, in Deutschland drohe „blanke Verelendung“, eröffnete Karl Schiewerling (CDU) seine Rede. Die Langzeitarbeitslosigkeit sei um etwa 40 Prozent zurückgegangen und erstmals seit 45 Jahren erlebe Deutschland, „dass nach einer Rezession kein höherer Sockel von Arbeitslosen zurückbleibt, sondern dass der Sockel der Arbeitslosen, auch der Langzeitarbeitslosen, kleiner wird“. In diesem Kontext kam er auf den Fachkräftemangel zu sprechen: „Uns fehlen keine Akademiker, uns fehlen gut ausgebildete Handwerker.“ Bildung sei nicht gleichzusetzen mit Hochschulbildung, sagte Schiewerling und betonte die

Bedeutung des Handwerks für die deutsche Wirtschaft. Allerdings hänge „alles davon ab, wie sich die Staatsschuldenkrise entwickelt und auf unsere Konjunktur auswirkt“, erklärte er, gab sich aber optimistisch. Die von Schiewerling genannten positiven Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt stehen offensichtlich den Zahlen und Fakten zur Altersarmut des Statistischen Bundesamtes konträr gegenüber. Umso überraschender sei es, dass „die Armutsgefährdungsquote bislang nicht darauf reagiert“ habe, erklärt Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Ein möglicher Grund aber könne die Zunahme „prekärer Beschäftigungsverhältnisse“ sein. Mit 4,6 Milliarden Euro will sich der Bund an den Kosten für Unterkunft und Heizung von Hartz-IV-Behringern beteiligen, das sind rund 31 Prozent der Gesamtkosten. In diesem Jahr sind dafür noch 4,9 Milliarden Euro vorgesehen. Die Verwaltungskosten der Grundsicherung sollen sich auf 4,05 Milliarden Euro belaufen, die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit abgesenkt werden – und zwar von 4,4 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 3,9 Milliarden Euro. **Acht Euro mehr** Ebenfalls am Donnerstag gab das Bundesarbeitsministerium bekannt, dass das Bundeskabinett in dieser Woche die Erhöhung der Hartz-IV-Sätze verabschieden will. Bereits ab Januar 2013 sollen Hartz-IV-Empfänger acht Euro mehr pro Monat erhalten. Der Hartz-IV-Satz steigt dann von aktuell 374 Euro auf 382 Euro. 2013 sollen auch erstmals die Sätze für Kinder angehoben werden. Der Regelbedarf für das kommende Jahr wird jeweils im Herbst auf Grundlage von Löhnen und Preisen angepasst. Allerdings muss die Erhöhung der Sätze anschließend noch den Bundesrat passieren. **Verena Renneberg**

## Ein zufriedener Minister glänzt mit seinen Zahlen

**GESUNDHEIT** Daniel Bahr verkündet »größten Sparbeitrag«

Selten sah man Daniel Bahr (FDP) so entspannt wie in der Debatte am vergangenen Dienstag über den Etat des Gesundheitsministeriums. Stolz verkündete der Ressortchef die Kürzung der Bundeszuschüsse in seinem Etat um zwei Milliarden Euro 2013. Das sei eine „gute Nachricht für den Sozialstaat“ und der „größte Sparbeitrag eines Einzelplans im gesamten Bundeshaushalt“. Der Etat für Gesundheit – künftig fünfgrößter im Ressortvergleich – sinkt nach dem Haushaltsentwurf 2013 um zwei Milliarden auf 12,49 Milliarden Euro. Dabei wird der Bundeszuschuss für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) wegen der guten Konjunkturlage von 14 auf zwölf Milliarden Euro einmalig gekürzt. Mit den 14 Milliarden aus dem Bundesetat an den Gesundheitsfonds sollen versicherungsfremde Leistungen bezahlt werden, in erster Linie die kostenlose Mitversicherung von Familienangehörigen. Die nun gekürzten zwei Milliarden waren 2012 für einkommensschwache Versicherte eingeplant, deren Kasse hohe Zusatzbeiträge nimmt. Diese Gelder hatten die Kassen aber nicht von ihren Mitgliedern eingefordert. Gesundheitsminister Bahr sagte in der Debatte, nicht nur die gute Konjunkturlage habe Anteil an den hohen Überschüssen der GKV, die im Juli 21,8 Milliarden Euro betragen. Auch die Gesundheitspolitik von Schwarz-Gelb habe daran ihre Verdienste. Er verwies auf moderate Ausgabesteigerungen bei Kliniken und geringe Honorarzuwächse bei Ärzten sowie sinkende Ausgaben bei Arzneimitteln. „Es hat einen Paradigmenwechsel im Gesundheitswesen gegeben“, betonte Bahr.



Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP)

Dagegen stellten die Redner der Koalition die solide Finanzlage der Krankenkassen in den Vordergrund. Der stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende, Johannes Singhammer (CSU), sprach angesichts der Milliardenüberschüsse von einer „Luxusdebatte“ der Opposition. Jetzt habe man die „Chance für Nachhaltigkeit“ bei den Kassen, wenn es mit der Konjunktur wieder bergab gehe. Otto Fricke (FDP) sagte, niemand könne von Finanzproblemen bei der GKV reden: „Die Opposition ist hilflos.“

**Wenig Veränderungen** Sieht man von der Zwei-Milliarden-Kürzung des Bundeszuschusses ab, gibt es im Gesundheitsetat nur wenig Veränderungen. Die Personalausgaben steigen 2013 leicht auf 195,59 (2012: 187,05) Millionen Euro, die sächlichen Verwaltungsausgaben von 133,06 auf 138,5 Millionen Euro. Investiert wird 2013 nur noch für 58,06 (69,91) Millionen Euro. Die geplanten Einnahmen bleiben im nächsten Jahr mit 92,17 (92,35) Millionen Euro nahezu konstant.

### »Der Minister hat Angst vor einer Einführung der Kopfpauschale.«

Birgitt Bender, Bündnis 90/Die Grünen

**Begehrlichkeiten** Wegen der Milliardenüberschüsse der GKV strebte Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) ursprünglich einen noch höheren Konsolidierungsbeitrag von Gesundheitsminister Bahr an. Im Frühjahr war von vier Milliarden Euro die Rede. Für Begehrlichkeiten sorgen vor allem der Gesundheitsfonds und die Krankenkassen, die am Ende des ersten Halbjahres ein Finanzpolster von 21,8 Milliarden Euro angehäuft hatten. Weil der Bund seit der Gesundheitsreform von Union und SPD 2007 für einen Teil der steigenden Gesundheitskosten geradesteht, bestimmt der Finanzminister nun in finanziellen Dingen zunehmend in diesem Ressort mit – ob bei der Pflegereform, dem Landärztegesetz oder der Klinikfinanzierung. So sperrt sich Schäuble derzeit gegen das Vorhaben von Gesundheitsminister Bahr und seinen Parteifreund, Wirtschaftsminister Philipp Rösler, Apothekern höhere Honorare zu zubilligen. Gleichwohl hat der Gesundheitsminister in dieser Wahlperiode aus der großen Liste der Baustellen das meiste abgearbeitet. Nach der Verabschiedung der Pflegereform im Juni ist nun nur noch die Präventionsstrategie als größeres Vorhaben offen. Bahr will dazu noch 2012 ein Konzept vorlegen. **Hans Krump**



Angst vor Altersarmut beschäftigte zu Monatsbeginn auch streikende Flugbegleiter.

Anzeige

## Macht vor Recht?



**Staatsräson**

Steht die Macht über dem Recht?

Herausgegeben von Rüdiger Voigt

2012, 243 S., brosch., 29,- €

ISBN 978-3-8329-7054-3

(Staatsverständnisse, Bd. 50)

Staatsräson ist ein schillernder Begriff, der sowohl positive wie negative Elemente enthält. Der Gegensatz zwischen dem Recht des Staates auf Selbstverteidigung einerseits und dem Anspruch, Staatsfeinde ohne Gerichtsverfahren außerhalb rechtsstaatlicher Verfahren in letzter Konsequenz auch gezielt töten zu dürfen, bildet den Ausgangspunkt für die hier anzustellenden Überlegungen.

Weitere Informationen: [www.nomos-shop.de/14165](http://www.nomos-shop.de/14165)

**Nomos**

Mehr zum Thema auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)





Bewaffnete Rebellen in der Millionenstadt Aleppo im Norden Syriens: Hier wurde der Arabische Frühling zum Bürgerkrieg.

## Die magischen 0,7 Prozent im Visier

**ENTWICKLUNG** „0,7 Prozent“ ist ein Schlüsselbegriff der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, der vergangene Woche im Bundestag auch die erste Lesung des Etats 2013 des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geprägt hat. Gemeint sind die 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), die Deutschland nach dem Millenniumsziel der Vereinten Nationen 2015 für Entwicklungszusammenarbeit ausgeben soll. Noch liegt die Bundesrepublik deutlich unter dieser Marke: Nach einer im Etatentwurf der Regierung für 2013 angeführten Zusammenstellung hat sie 2010 insgesamt 9,8 Milliarden Euro für die Entwicklungszusammenarbeit verwendet – knapp 0,4 Prozent des damaligen BIP. Für die Opposition belegt der Etatentwurf, dass die Lücke nicht mehr fristgerecht geschlossen wird. Er zeige, dass Ressortchef Dirk Niebel (FDP) „meilenweit vom 0,7-Prozent-Ziel entfernt“ sei, kritisierte die SPD-Abgeordnete Bärbel Kofler in der Debatte. Sie hätte gerne von dem Minister gehört, wie er es schaffen wolle, mit den „beiden noch ausstehenden Haushalten das 0,7-Prozent-Ziel bis 2015 zu erreichen“. Diese Frage müssten sich die gesamte Bundesregierung und vor allem Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) stellen. Für Die Linke rechnete Niema Movassat vor, dass der Entwurf des BMZ-Etats einen Aufwuchs von 37,5 Millionen Euro im Vergleich zu 2012 vorsehe, aber zirka zwei Milliarden Euro nötig wären, um die 0,7 Prozent bis 2015 zu schaffen. „Sie haben das 0,7-Prozent-Ziel begraben“, warf er der Koalition vor. Sein Grünen-Kollege Thilo Hoppe hielt es für „schlicht unmöglich“, dieses Ziel bis 2015 noch zu erreichen. Spätestens mit dem Etatentwurf 2013 sei „völlig klar, dass dieses Versprechen gebrochen worden ist“.

**»Auf gutem Weg«** Davon wollte die FDP-Abgeordnete Christiane Ratjen-Damerau nichts wissen. Gemessen am Bruttoinlandsseinkommen steige der Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit „seit 2009 kontinuierlich und wird 2011 0,4 Prozent erreichen“, argumentierte sie. Damit sei man auf gutem Weg, das „international vereinbarte und mehrfach bekräftigte“ Ziel von 0,7 Prozent zu erreichen. Die Vorsitzende des Entwicklungsausschusses, Dagmar Wöhl (CSU), räumte ein, gern mehr Geld für den BMZ-Etat haben zu wollen. Angesichts der Vorgabe der Haushaltskonsolidierung sei es aber „wichtig und positiv“, einen „leichten Zuwachs“ erreicht zu haben. Niebel selbst verwies darauf, dass die Kanzlerin „wiederholt das Erreichen des 0,7-Prozent-Ziels zu ihrer eigenen Sache gemacht“ habe. Er hob zugleich hervor, dass 67 Prozent der für seinen Etat veranschlagten Mittel investiver Natur seien. „Der BMZ-Haushalt ist der zweitgrößte Investitionshaushalt des Bundeshaushalts“, unterstrich der Minister. Nach dem Regierungsentwurf sollen seinem Ressort im kommenden Jahr 6,42 Milliarden Euro zur Verfügung stehen nach gut 6,38 Milliarden Euro im laufenden Jahr. Dem stehen Einnahmen von knapp 559,6 Millionen Euro gegenüber, 2012 waren es 660,3 Millionen Euro. Die Ausgaben des Ministeriums für Investitionen sollen insgesamt um 24,44 Millionen Euro auf 4,34 Milliarden Euro leicht sinken und die Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse um 37,24 Millionen Euro auf 1,95 Milliarden Euro geringfügig steigen. Den Löwenanteil der BMZ-Ausgaben bildet mit 1,62 Milliarden Euro die „Bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit“. Dahinter verborgen sich unter anderem Darlehen und Zuschüsse an unterentwickelte Länder. **Helmut Stoltenberg**

# Im Zeichen der Revolten

**AUSWÄRTIGES** Opposition und Koalition streiten über die deutsche Rolle im syrischen Bürgerkrieg

**D**iese Empörung kann keine Rechtfertigung für Gewalt sein,“ verurteilte Außenminister Guido Westerwelle (FDP) zum vergangenen Wochenende die Unruhen in gleich mehreren arabischen Staaten als Reaktion auf ein islamfeindliches Video. Nach der Erstürmung der deutschen Botschaft im Sudan kündigte er an, Sicherheitsmaßnahmen für deutsche Auslandsvertretungen in der arabischen Welt zu verstärken. Die arabische Welt, sie stand bereits im Zentrum der Plenardebatte zum Etat des Auswärtigen Amtes 2013 am Mittwoch vergangener Woche im Bundestag.



**»Diese Empörung kann keine Rechtfertigung für Gewalt sein«**  
Guido Westerwelle (FDP)

Sowohl Koalition als auch Opposition nutzten ihre Redezeit, um außenpolitisch Position zu beziehen. Erst unmittelbar vor der Debatte waren die Anschläge auf das US-Konsulat in Bengasi bekannt geworden, bei denen der US-Botschafter in Libyen sowie drei seiner Mitarbeiter getötet worden waren. „Wir verurteilen die Übergriffe auf das Schärfste“, mit diesen Worten eröffnete Westerwelle seine Rede. Den Anschlag nahm der Außenminister zum Anlass, die Regierungen in Ägypten und Libyen aufzufordern, die Sicherheit ausländischer Arbeiter in beiden Ländern zu gewährleisten. Die Lage in Syrien sei bestürzend, fuhr er fort.

Das Land müsse den Händen des Präsidenten Baschar al-Assad entzogen werden. Westerwelle kam so auf die Lage im gesamten Nahen und Mittleren Osten zu sprechen, auf Iran und sein Atomprogramm sowie auf den arabischen Frühling. Mit Blick auf Syrien kritisierte er „die Blockadepolitik Chinas und Russlands im UN-Sicherheitsrat“. Später warf ihm der Linkspolitiker Jan van Aken vor, Panzer an die Türkei, Saudi-Arabien und Katar geliefert zu haben, „die an die Rebellen in Syrien weitergegeben wurden“.

Die Bundesregierung habe „somit die Gewalt in Syrien gefördert.“ Guido Westerwelle warnte, noch unter dem Eindruck seiner Israel-Reise stehend, deutlich vor einer Eskalation der Situation zwischen Iran und Israel. Zum Haushaltsentwurf des Auswärtigen Amtes äußerte sich Westerwelle nur indirekt, was ihm später der SPD-Abgeordnete Rolf Mützenich zum Vorwurf machte. In dem Etat für 2013 sind Ausgaben in Höhe von 3,46 Milliarden Euro vorgesehen – 128 Millionen Euro mehr als 2012. Ein Teil der Gelder soll in Demokratisierungs- und Ausstattungshilfe investiert werden.

Etwa konkreter als Westerwelle wurde sein Parteikollege, der Abgeordnete Bijan Djir-Sarai: „50 Millionen Euro für Transformationspartnerschaften in den Regionen“ seien im Etat 2012 vorgesehen. In Syrien drohe wegen des anhaltenden Bürgerkriegs eine humanitäre Katastrophe. 185 Millionen Euro, „so viel wie noch nie“, seien deshalb für humanitäre Hilfe vorgesehen. Die Gelder für Afghanistan würden mit 180 Millionen Euro im kommenden Jahr auf dem gleichen Niveau bleiben wie 2012, erklärte Djir-Sarai. Im Entwurf finden sich aber auch Positionen, die gegenüber dem Vorjahr mit Kürzungen belegt werden, so zum Beispiel der Beitrag des Auswärtigen Amtes an die Vereinten Nationen. Er soll sich 2013 auf 607,19 Millionen Euro belaufen. Das wären rund 7 Millionen weniger als im aktuellen Haushalt. Diese Summe umfasst auch die Beiträge zu verschiedenen UN-Missionen weltweit. Dazu zählen unter anderem die Missionen Unifil im Libanon und die Unamid in Darfur (Sudan) sowie die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe für Ex-Jugoslawien und Ruanda. Linksfractions-Redner Jan van Aken kritisierte, dass „der Etat für Abrüstung schon wieder gekürzt“ worden sei, er sei „praktisch auf 36 Millionen Euro“ gesunken und damit halbiert worden. Dagegen seien 927 Millionen Euro für neue Waffen eingeplant, „25 mal so viel für Auf- wie für Abrüstung“, sagte van Aken. Weiter warf er dem Außenminister und der Bundesregierung vor, das Versprechen, dass die letzten in Deutsch-

land noch stationierten US-Atomwaffen abgezogen werden, nicht eingelöst zu haben. Die Waffen seien vielmehr modernisiert worden, was Auf-, nicht Abrüstung bedeute. Auch sei die Regierung indirekt an der Eskalation in Syrien beteiligt, ihr „Spionageschiff“ gebe offenbar Informationen an syrische Rebellen weiter.

**Paroli bieten** In Bezug auf deutsche Rüstungsexporte argumentierten Rolf Mützenich und der Grünen-Abgeordnete Frithjof Schmidt ähnlich wie Jan van Aken: „In Spannungsbereichen müssen Sie der Waffenindustrie Paroli bieten, notfalls auch dem Wirtschaftsminister“, appellierte Schmidt an Westerwelle und sprach von „Doppelmoral und Doppelpolitik“. Mützenich forderte die Regierung auf, nicht zuerst ihre Partner, sondern das Parlament zu konsultieren. Zudem verlangte er, die Auseinandersetzung mit dem politischen Islam zu intensivieren.

Der Unions-Parlamentarier Andreas Schockenhoff (CDU) ging zwar ebenfalls auf die Lage im Nahen und Mittleren Osten ein, äußerte sich darüber hinaus aber dezidiert zur Situation der Europäischen Union. Zuerst einmal sei der Bericht der Troika über die Lage in Griechenland abzuwarten, sagte Schockenhoff. Das bedeute allerdings nicht, dass nicht trotzdem „schon einmal mögliche außenpolitische Folgen eines Scheiterns Griechenlands“ durchzugehen seien. Sollte Griechenland scheitern, zeigte sich Schockenhoff überzeugt, sei das „nicht nur ein

ökonomischer Schock, sondern das Land könnte in eine politische Instabilität abgleiten“. Die Ausschreitungen der jüngsten Zeit würden das bereits ahnen lassen. Die Regierungen müssten daher „alles unternehmen, um die Schuldenkrise zu bewältigen und Europa wettbewerbsfähiger zu machen“. Die Frage, ob Europa die Krise erfolgreich bewältige, „entscheidet auch darüber, ob sich die EU über Kroatien hinaus erweitern kann“, erklärte Schockenhoff weiter. Schließlich kam er noch auf Serbien zu sprechen: Das Land wolle möglichst bald in den Beitragsdialog treten. Doch zuvor müssten eine Reihe von Auflagen erfüllt werden. Zentral seien die Beziehungen zum Kosovo.

**Sanierungsmaßnahmen** Mit fast 410 Millionen Euro plant die Bundesregierung im Haushalt 2013 Sanierungs- und Neubaumaßnahmen für deutsche Konsulate und Botschaften weltweit. Für die „Herrichtung“ der Kanzleietage im brasilianischen Rio de Janeiro etwa sind 3,14 Millionen Euro kalkuliert. Für die Sanierung von Kanzlei, Residenz und Dienstwohnungen in der brasilianischen Hauptstadt Brasilia werden sogar 17,46 Millionen Euro veranschlagt. Ähnliche Baumaßnahmen werden in insgesamt 88 deutschen Auslandsvertretungen weltweit vorgenommen. Um auf das Deutschlandbild im Ausland Einfluss zu nehmen, stellt das Auswärtige Amt 2013 13,71 Millionen Euro zur Verfügung. 2012 entfielen diese Positionen auf 12,51 Millionen Euro. **Verena Renneberg**

## Opposition fordert Korrekturen bei Bundeswehrreform

**VERTEIDIGUNG** Trotz sinkender Soldatenzahlen sollen die Ausgaben auf 33,28 Milliarden Euro steigen. Minister de Maizière begründet dies mit der letzten Tarifrunde im öffentlichen Dienst

Für die Opposition ist die Sache klar: Die Reform der Bundeswehr ist schon jetzt ein Fehlschlag. Keines der anvisierten Ziele werde durch die Verkleinerung und den Umbau der Truppe erreicht, kritisierte der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer Arnold, am vergangenen Mittwoch in der ersten Lesung des Wehretats für das kommende Jahr. „Die Sparvorgabe wird nicht erreicht – das können wir verstehen; wir haben Ihnen von Anfang an gesagt: Sie brauchen mehr Geld“, sagte Arnold. Auch die Leistungsfähigkeit der Streitkräfte werde nicht erhöht. „Die Bundeswehr“, so fügte er an, „wird weniger können, und das, was sie leistet, ist in hohem Maße darauf zurückzuführen, dass die Soldaten bereit sind, hohe Belastungen, manchmal auch unverantwortliche Belastungen, wenn es um die Einsatzdichte geht, auf sich zu nehmen.“ Nach einer aktuellen Studie des Bundeswehrverbandes glaubten 90 Prozent der Soldaten, dass die Reform einer baldigen Korrektur bedarf, hielt Arnold Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) entgegen.

aber durch die Lohn- und Gehaltsrunden im öffentlichen Dienst und die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes zu erklären, argumentierte de Maizière. So erhielten die Soldaten und Zivilbeschäftigten seit dem 1. Januar diesen Jahres 5,82 Prozent mehr Lohn, zum 1. Januar und im August 2013 kämen jeweils weitere 1,2 Prozent hinzu.

**Mietzahlungen** Die Personalkosten werden im Verteidigungshaushalt trotz des eingeleiteten Truppenabbaus mit einem Anstieg von 848 Millionen auf 15,77 Milliarden Euro der mit Abstand größte Ausgabenposten bleiben. Rechnet man die Verwaltungsausgaben hinzu, die um 749 Millionen auf 5,91 Milliarden Euro steigen sollen, sind bereits mehr als zwei Drittel des Etats ausgeschöpft. Die steigenden Verwaltungskosten begründet das Ministerium vor allem mit den Mietzahlungen an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Im Jahr 2013 würden auch die Liegenschaften im Wehrbereich West in das Einheitliche Liegenschaftsmanagement überführt. De Maizière warb im Parlament mit Nachdruck für den Umbau der Streitkräfte, dieser sei „sauber durchgeplant“. Fast 5.000 von 6.400 militärischen und zivilen Organisationseinheiten hätten umstrukturiert werden müssen. Es sei ihm bewusst, dass

dies Kraft koste und zu Unsicherheiten bei den Soldaten führe. Er nehme das Ergebnis der Studie des Bundeswehrverbandes ernst. De Maizière sagte zu, die Reform in der Truppe besser zu kommunizieren und die Führungskräfte besser einzubinden. Er verwies zugleich darauf, dass drei Viertel aller Führungskräfte in den Streitkräften von der Notwendigkeit der Neuaufrichtung über-

zeugt seien, allerdings seien ebenso viele mit der Umsetzung derzeit noch unzufrieden.

**Beschaffungen** Abstriche wird die Bundeswehr im kommenden Jahr bei der Beschaffung von Ausrüstung und bei der Materialerhaltung machen müssen. Mit 10,37 Milliarden Euro werden voraussichtlich 226

Millionen Euro weniger zur Verfügung stehen als in diesem Jahr. Den größten Posten stellt nach den Planungen das Kampflugzeug Eurofighter mit 1,05 Milliarden Euro dar. Weitere 725 Millionen Euro sind für die Beschaffung des neuen Transportflugzeuges Airbus 400M eingeplant.

An diesen Beschaffungen, deren Kosten in der Vergangenheit stets teurer ausfielen als geplant, entzündete sich in der Debatte erneut Kritik. Es sei zwar „gut und richtig“, dass de Maizière mit der Industrie eine Reduktion der bestellten Stückzahlen des Schützenpanzers Puma ausgehandelt habe, lobte der Haushaltspolitiker Tobias Lindner (Bündnis 90/Die Grünen) den Verteidigungsminister. Allerdings müsse dies auch bei den Hubschraubern Tiger und NH-90 erreicht werden, forderte er. Fundamentaler formulierte die Haushaltspolitikerin Gesine Lötzsch (Die Linke) ihre Kritik. Es sei bekannt, dass die Preisexplosion bei Rüstungsprojekten nicht unbedingt den veränderten Bedrohungsszenarien geschuldet sei, sondern auch dem „Bedienen alter Liegenschaften in der Rüstungsindustrie“. Die Regierung halte an „Dinosaurierprojekten“ wie dem Eurofighter aus dem Zeitalter des Kalten Krieges fest. Unterstützung für den Kurs von Minister de Maizière kam hingegen aus den Reihen der



Aufklärungsdrohne vom Typ Luna auf der Luftfahrtausstellung (ILA) in Berlin

**Lohnerhöhungen** Der Minister räumte ein, dass der Ausgabenanstieg seines Ressorts um 1,41 Milliarden Euro auf 33,28 Milliarden Euro in Zeiten der Haushaltskonsolidierung groß sei. Im Wesentlichen sei dies

Koalitionsfraktionen. Mit ihm sei die Bundeswehr „auf dem richtigen Weg“, lobte die FDP-Verteidigungspolitikerin Elke Hoff. Und ihr Kollege Reinhard Brandl (CSU) betonte, der Haushaltsentwurf unterstreiche das Reformversprechen, die Bundeswehr zu verkleinern und effizienter zu machen. Der Entwurf bestehe die Gratwanderung zwischen den haushalts- und verteidigungspolitischen Notwendigkeiten, attestierte der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Ernst-Reinhard Beck (CDU).

**Debatte um Drohnen** Eine hitzige Diskussion entbrannte um die von Luftwaffen-Inspekteur Generalleutnant Karl Müller geforderte Anschaffung von sogenannten Kampfdrohnen. Die Linke und Grüne lehnten dies kategorisch ab. Vor einem Einsatz von unbemannten und bewaffneten Flugsystemen müsse eine ethische Diskussion über diese Waffen geführt werden, forderte der FDP-Haushaltsexperte Jürgen Koppelin. Derzeit verfügt die Bundeswehr nur über Aufklärungsdrohnen. Koppelin übte scharfe Kritik an der Forderung des Inspektors. Darüber habe ausschließlich das Parlament zu entscheiden. Auch Beck sprach sich für eine Diskussion aus, riet jedoch zur Gelassenheit. Dafür seien derzeit keine Gelder im Haushalt eingeplant. **Alexander Weinlein**



# Im Herzstück der Demokratie

**TAG DER EIN- UND AUSBLICKE** 23.000 Bürger schauen hinter die Kulissen des politischen Alltags im Bundestag



Die Politik öffnet ihre Türen: Neben Unterhaltung und Musik bot der Tag der Ein- und Ausblicke vor allem einen Blick auf die vielfältige Arbeit des Deutschen Bundestages.

**D**er rote Teppich ist ausgerollt, die Blaskapelle vor dem Eingangstor steht in Position, und schon geht es mit Pauken und Trompeten los: Hier, wo sonst die Stimme des Volkes tagt, nimmt diesmal das Volk persönlich Platz. Beim Tag der Ein- und Ausblicke am 9. September im Bundestag erleben die Bürger Politik aus nächster Nähe. Ob Ausschusssäle, Hammelsprung oder Eurokrise – das Parlament lässt die Vorhänge fallen. 23.000 Besucher nutzen diese Gelegenheit, machen sich an jenem Sonntag selbst ein Bild und blicken hinter die Kulissen des politischen Alltags in Berlin.

**Im Plenarsaal** Er ist wie immer an seinem Platz: Der Bundesadler hängt mächtig-majestätisch direkt neben der Eingangstür: „3000 Kilo schwer, 60 Quadratmeter groß“, so lässt der Besucherdienst die Gäste wissen. Ansonsten ist im Plenarsaal verkehrte Welt: Die Stühle sind leer, dafür herrscht im Gang dichtes Gedränge. Jeder Besucher möchte einen Blick in Deutschlands Herzstück der Demokratie werfen. Wie sieht der Plenarsaal in Wirklichkeit aus? Welche Fraktion sitzt wo? Diese Fra-

gen werden am Sonntag im Bundestag direkt beantwortet. „Ich habe ihn mir viel größer vorgestellt“, schmunzelt Hildegard Pausch aus Bayern, als sie den Plenarsaal betritt. Es ist das erste Mal, dass sie einen Blick hinter die sonst geschlossenen Türen des Parlaments wirft. Natürlich löchert sie wie alle Besucher den Besucherdienst mit vielen Fragen. Vor dem langen Tisch mit den Drucksachen bleibt sie kurz stehen, blättert in den Gesetzentwürfen. „Wie viel Papier produziert der Bundestag eigentlich?“, möchte sie wissen. „In einer Sitzungswoche sind es rund drei Tonnen“, antwortet der Besucherdienst. Die junge Frau aus Bayern kommt ins Staunen – wie so oft an diesem Nachmittag. „Das heute ist die physische Wahrnehmung des Parlaments. Was ich sonst nur aus irgendwelchen Skizzen oder Bildern kenne, kann ich jetzt erleben“, freut sich die Besucherin und setzt ihre Tour durch das Parlamentsviertel fort. Nächster Anlaufpunkt ist für sie die Bundestagsbibliothek. Diese steht im Mittel-

punkt des Angebots im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus. Über die große Freitreppe – im Parlamentsdeutsch auch „Beamtenlaufbahn“ genannt – kommen die Besucher auf die andere Seite der Spree. Führungen durch das Parlamentsarchiv und das Pressearchiv werden dort stündlich angeboten. Auch der Kunstsaal des Bundestages öffnet seine Türen. Es geht um Linien und geflügelte Worte, die die Besucher hier zeichnend zum Ausdruck bringen. Die richtige Linie zu finden ist manchmal ein schwieriges Unterfangen – vor allem im Plenum. „Im Saal geht es mal heiter, mal wolkig zu“, begrüßt Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) die Besucher auf seinem Rundgang. So ist es irrend gewöhnlich auch an diesem Sonntag. Es geht um die Rolle des Parlaments in der aktuellen Eurokrise, das Wahlrecht und um Bürgerbeteiligung – Themen, die den Besuchern unter den Nägeln brennen. Passend dazu gibt Lammert den Startschuss für das neue Online-Petitionsportal. Damit kann sich der

Bürger direkt und barrierefrei am Politikgeschehen beteiligen. Lammert spricht von einer „Brücke zwischen Parlament und den Wählern“. Besonders mutig ist am Sonntag der kleine Emil. Er möchte seine Frage vom Präsidenten persönlich beantwortet haben. „Warum steht auf den Türen im Reichstagsgebäude ja und nein?“, hebt der kleine Knirps seinen Arm. Norbert Lammert erklärt, dass die Abgeordneten bei unklarem Stimmverhältnis durch diese Türen gehen. Dies ist der sogenannte Hammelsprung. **Schüler-Bigband** Aber auch über die Aufgaben und Arbeitsweise des Parlaments und des Bundestagspräsidenten erfahren die Interessierten einiges. Dabei unterstreicht Lammert auch die Funktion des Arbeitsparlaments. „Die Leistungsfähigkeit hängt von der Arbeitsteilung ab“, sagt Lammert. Dass dabei der Präsident gelegentlich zum Dirigenten wird, können die Besucher zum Tag der Ein- und Ausblicke live erleben. Zwar nicht im Plenarsaal, dafür leitet Lammert mit musikalischem Schwung die Schüler-Bigband des Gymnasiums Puchheim vor dem Paul-Löbe-Haus.

Während sich im Paul-Löbe-Haus die Bundestagsverwaltung vorstellt, können die Besucher im Reichstagsgebäude einmal selbst hinter dem Rednerpult stehen – so wie Lindsey und Valerie. Die beiden Kinder sind mit ihren Eltern eigentlich auf Familienbesuch in Berlin, machen zum Tag der Ein- und Ausblicke jedoch einen Abstecher in den Bundestag. Denn an diesem Sonntag gibt es im Parlamentsviertel viel zu entdecken. Dazu gehört auch der Andachtsraum des Bundestages. Der Alltag im politischen Berlin sei oft wie in einem Bienenstock, verrät der Besucherdienst. Da sei ein Rückzugsort wie der Andachtsraum wichtig. „Wenn die Tür hinter ihnen ins Schloss fällt, herrscht hier gedämpfte Ruhe“, so die Besucherführerin. Ein paar Schritte weiter zeigt Kristina Volke vom Kunstreferat der Bundestagsverwaltung den Besuchern die „geheimen Gärten“. Sie erzählt von der landschaftlichen Gestaltung im Parlamentsviertel und ihrer geschichtlichen Tradition. Zum Schluss bekamen die Besucher eine Samenmischung für den eigenen Garten mit der Kräutersammlung des Innenhofes an der Dorotheenstraße. Es ist ein kleines Stück Bundestag, welches die Besucher mit nach Hause nehmen. *Linda Dietze*

**Die Besucher konnten an der Spree endlich einmal die Politik aus nächster Nähe erleben.**

## KOMPAKT

- > **Zum 10. Mal** Der Tag der Ein- und Ausblicke fand am 9. August diesen Jahres zum zehnten Mal statt.
- > **Besucherzahlen** Rund 23.000 Besucher strömten am Sonntag durch den Bundestag.
- > **Liegenschaften** Die Besucher hatten Zutritt zum Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, dem Paul-Löbe-Haus und dem Reichstagsgebäude. Zum ersten Mal war dabei der Plenarsaal komplett begehbar.
- > **Musik und Kunst** Neben den Infoständen sorgten unter anderem mehrere Bands, ein Clown sowie zahlreiche Künstler und Akrobaten für kurzweilige Unterhaltung.
- > **Online-Petition** Als Besonderheit eröffnete Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) am Sonntag das neue Online-Petitionssystem des Deutschen Bundestages.



»Unsinnige Konkurrenz«

**EUROPARAT** Eigentlich klingt das gut: Die EU hat jetzt einen Menschenrechtsbeauftragten, der sich um die Verankerung der Grundrechtspolitik in der Brüsseler Außenpolitik kümmern soll. In dieses neue Amt berufen hat die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton den ehemaligen griechischen Außenminister Stavros Lambrinidis. In Straßburg ist man indes verschnupft über diesen Schritt: Er nährt im Europaparlament aufs Neue den Unmut über den Kurs Brüssels, zunehmend auf dem Terrain des Staatenbunds zu wildern – nämlich beim Engagement für Freiheitsrechte und Rechtsstaatlichkeit. Die Kompetenz von Lambrinidis zweifelt niemand an. Dessen neues Amt aber stehe, moniert die liberale luxemburgische Europaratsabgeordnete Anne Brasseur, in „offenem Gegensatz“ zur Übereinkunft zwischen Europarat und EU, wonach für Menschenrechtspolitik Straßburg zuständig sei. Brasseur ärgert sich über „unnütze Doppelarbeit“ und fragt, ob die neue Stelle angesichts der Sparzwänge zu rechtfertigen sei. So soll sich Lambrinidis weltweit für die Abschaffung der Todesstrafe einsetzen – doch genau dies tut bereits im Auftrag des Europarats die konservative Liechtensteiner Parlamentarierin Renate Wohlwend. Schon mehrfach hat Straßburg außerdem die EU-Grundrechteagentur in Wien kritisiert, welche die gleiche Aufgabe wie der Staatenbund hat – und jährlich 20 Millionen Euro kostet. Der deutsche Europaratsabgeordnete Christoph Strässer (SPD) beklagt eine „unsinnige Konkurrenz“, die Wiener Einrichtung sei eine „ebenso teure wie überflüssige Behörde“. Überdies ist Brüssel immer noch nicht der Menschenrechtscharta des Europarats beigetreten – damit würde sich die EU der Rechtsprechung des Menschenrechtsgerichts unterwerfen. Sozialdemokrat Strässer vermutet hinter derartigen Bremsmanövern die Absicht, die EU-Souveränität nicht durch einen Machtzuwachs der Europaratsrichter beschneiden zu lassen. Eindringlich fordert daher eine Kommission von Abgeordneten des EU- und des Europaratsparlaments, endlich eine Einigung zwischen dem Staatenbund und Brüssel über den EU-Beitritt zur Charta zu erzielen. *Karl-Otto Sattler*



Arbeitssuchende in Spanien: Neben Strukturreformen soll auch der Wachstumspakt Ungleichgewichte in der EU abbauen.

Millionen Syrer auf der Flucht

**MENSCHENRECHTE** Ein Zehntel der syrischen Bevölkerung – rund 2,2 bis 3 Millionen Menschen – befinden sich derzeit nach Schätzungen der Vereinten Nationen und des Internationalen Roten Kreuzes auf der Flucht. Angesichts dieser Zahlen sprachen Vertreter der Bundesregierung am vergangenen Mittwoch im Menschenrechtsausschuss von einer „humanitären Krise“ in Syrien. Sie betonten, dass die Bundesregierung Hilfen in Höhe von 23,3 Millionen Euro zugesagt habe, um die Not der Flüchtlinge zu lindern. Auch die EU habe 95 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. In den Flüchtlingslagern der benachbarten Länder sei die Lage jedoch stabil, es gebe „keine akute Notsituation“, betonten die Regierungsvertreter. Die meisten Flüchtlinge würden dank familiärer Beziehungen in der Region unterkommen, es gäbe daher „keinen massiven Druck wegzugehen“, beispielsweise nach Deutschland. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert die Bundesregierung dennoch auf, syrische Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen, um Staaten wie die Türkei und Jordanien zu unterstützen. In einem entsprechenden Antrag (17/10638) warnte sie, die Anrainerstaaten würden „angesichts des anhaltenden Ansturms an Flüchtlingen an ihre Grenzen kommen“. *jbb/bob*

Sparen oder Wachsen

**EU-HAUSHALT** Das Europaparlament legt sich mit dem Ministerrat an. Es geht um den Etat 2013 – und ums Prinzip

Zwischen dem Europaparlament (EP) und dem Ministerrat bahnt sich ein ungewöhnlich heftiger Streit über das EU-Budget 2013 an. In der Vertretung der 27 EU-Länder herrsche „Chaos“, die Budgetplanung sei unannehmbar, kritisierte der Verhandlungsführer des Parlaments, Giovanni La Via (EVP). Auch deutsche EU-Abgeordnete sind empört. Der Vorschlag des Rats sei ein „Stück aus Absurdistan“, kritisierte Grünen-Abgeordnete Sven Giegold. Die Mittel reichten nicht aus, um den im Juni beschlossenen Wachstumspakt zu finanzieren.

Denn zum einen hatten die Staats- und Regierungschefs erst beim EU-Gipfel im Juni beschlossen, den Sparkurs im Zuge der Eurokrise durch einen Wachstumspakt zu ergänzen. Dieser Pakt soll zu großen Teilen aus dem EU-Budget finanziert werden. Zum anderen stehen im Herbst auch noch Verhandlungen über den neuen Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2020 an. Ratspräsident Herman Van Rompuy hat sogar einen Sondergipfel im November einberufen, um die zahlreichen Streitfragen zu klären. Selbst bei diesem Gipfel sei noch kein Durchbruch zu erwarten, heißt es in Brüssel.

**Sparsam haushalten** Der EU droht also ein „heißer Herbst“ ums Geld. Es stehen sich nicht nur wie üblich Nettozahler und Nettoempfänger gegenüber, sondern auch Krisengewinner und Krisenverlierer, Traditionalisten und Modernisierer. Deutschland hat sich zusammen mit sechs anderen Ländern für eine strikte Begrenzung der Ausgaben ausgesprochen. Auch beim Streit über das Budget 2013 vertritt die Bundesregierung eine harte Linie. Demgegenüber sind die deutschen Europaabgeordneten eher auf Seiten der EU-Kommission. Haushaltskommissar Janusz Lewandowski will mit seinem Budgetentwurf „Wachstum und Arbeitsplätze“ fördern. Die geplante Erhöhung entspreche der Inflationsrate und sei daher mit dem Ziel sparsamen Haushaltes vereinbar. „Unter den derzeitigen Umständen sind die Haushalte der Mitgliedstaaten und der EU-Haushalt mehr denn je als komplementär anzusehen: Während die Mitgliedstaaten schmerzhafte, aber notwendige Einschnitte vornehmen müssen, konzentriert sich der EU-Haushalt auf Investitionen und fungiert damit als Anti-Krisenpaket“, betont der EU-Kommissar. Der zyprische EU-Vorsitz setzt ähnliche Schwerpunkte wie die EU-Kommission, zieht jedoch andere Schlüsse. Am wichtigsten sei es, nachhaltiges Wachstum zu fördern und die EU-Agenda 2020 umzusetzen, betonte der stellvertretende Europaminister

Die Mitte kehrt zurück

**NIEDERLANDE** Euro-Befürworter steuern auf Große Koalition zu

Jan Kees de Jager wirkte sichtlich angeschlagen. „Nein“, sagte der noch amtierende niederländische Finanzminister auf die Frage, ob sein „christdemokratischer Appell“ (CDA) trotz der Wahlniederlage auch dieses Mal wieder an eine Regierungsteilnahme denke: „Was mich betrifft, liegt das nicht auf der Hand.“ Nach der Wahl am vergangenen Mittwoch steht fest: Mit nur noch 13 Mandaten wird der CDA in die 150 Sitze starke „Tweede Kamer“, das niederländische Parlament, einziehen – die größte Wahlniederlage in seiner Geschichte. 2010 ging der CDA das Wagnis ein, mit der rechtsliberalen VVD-Partei von Ministerpräsident Mark Rutte ein Minderheitskabinetts zu formen, das auf die Unterstützung der islam- und europafeindlichen „Partij voor de Vrijheid“ (PVV) von Geert Wilders angewiesen war – ein Experiment, das den CDA nicht nur intern spaltete und zu Protesten führte. Auch viele Wähler fanden, dass die Partei damit ihre christlich-sozialen Prinzipien verraten hat und viel zu sehr nach rechts abgedriftet war. Dafür hat sie nun die Quittung bekommen. Allerdings wird der CDA immer wieder als potenzieller dritter Koalitionspartner genannt, der als Bindeglied zwischen den beiden Siegern der Parlamentswahl fungieren könnte: der rechtsliberalen VVD von Mark Rutte und der sozialdemokratischen „Partij van de Arbeid“ seines Herausforderers Derk Samsom. Beide hatten sich bis zuletzt ein Kopf-an-Kopf-Rennen geliefert, erst gegen drei Uhr morgens stand fest, dass Rutte mit einem Vorsprung von drei Parlamentssitzen das Rennen gemacht hatte. Während sich die Sozialdemokraten mit 38 Sitzen zufrieden geben müssen, hat mehr als bisher, bringt es die VVD auf 41 Mandate: „Das beste Ergebnis unserer Geschichte“, jubelte Rutte.

zen ließ. Er hatte versprochen, diese vorgezogenen Neuwahlen zu einem Referendum über Europa zu machen. Eine Rechnung, die zwar aufging – aber die Wähler sagten Ja zu Europa. Denn im Gegensatz zu Wilders und auch Roemer sind Rutte und Samsom überzeugte Europäer – auch wenn Rutte den strengeren Sparkurs vertritt und immer wieder betont, die Griechen würden keinen Cent mehr bekommen, während Samsom bereit ist, ihnen notfalls auch ein drittes Mal zu helfen. Größer sind die Unterschiede, wenn es um längst fällige Reformen auf dem Gesundheitssektor und dem Arbeitsmarkt geht: So etwa wollen sich die Sozialdemokraten mit der Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre mehr Zeit lassen und nicht am Kündigungsschutz rütteln. Schon im Wahlkampf hatte Rutte vor der „roten Gefahr“ gewarnt und Samsom die Politik der VVD als „elendig“ be-



Die Wahlsieger Rutte (links) und Samsom

**Protestparteien** Die bislang stark fragmentierte niederländische Parteienlandschaft – und damit hatte niemand gerechnet – wird nun von zwei großen Blöcken beherrscht. Von einer „Rückkehr der Mitte“ ist die Rede. Vorbei die Ära des Unfriedens und des Pessimismus, die mit der Revolte des 2002 erordneten rechtspopulistischen Politikers Pim Fortuyn eingeläutet worden war. „Protestparteien können daraus nun kein politisches Kapital mehr schlagen“, sagt Staatsrechtsprofessor Wim Voermans von der Universität Leiden. Die Wähler haben sich für Stabilität ausgesprochen, „keine Experimente mehr“, lautet ihre Botschaft. Die Sozialisten konnten nicht wie erwartet zulegen, sondern liegen auf Platz drei – weit abgeschlagen und wie gehabt mit 15 Sitzen. Auf mehr als 15 Sitze bringt es auch die Partei am anderen Ende des politischen Spektrums nicht mehr: Wilders' PVV, bislang 24 Mandate, gehört ebenfalls zu den großen Verlierern. Fast die Hälfte der Wähler sind der Partei davongelaufen und in der Hauptsache bei der VVD gelandet: „Wir lecken unsere Wunden“, sagte Wilders, der sich viele Sympathien verschertze, als er im April wegen der geplanten strengen Sparmaßnahmen das von ihm geduldet Minderheitskabinetts aus Rechtsliberalen und Christdemokraten plat-

zeichnet. „Das Ruder kann und muss herumgerissen werden!“, kündigte er in der Wahlnacht an, während Rutte sich durch den Sieg seiner VVD darin bestärkt sieht, „so weiterzumachen wie bisher“. Einfache Koalitionsverhandlungen sind also nicht zu erwarten. Das Parlament hat VVD-Minister Henk Kamp zum sogenannten „Verkenner“, Erkunder, ernannt. Bis Donnerstag, wenn die „Tweede Kamer“ erstmals in ihrer neuen Zusammenstellung zusammentritt, soll er mit allen Fraktionsvorsitzenden sprechen, um alle möglichen Konstellationen auszuloten. Eines allerdings steht fest: Rutte und Samsom werden nicht aneinander vorbeikommen; Konstellationen, bei denen einer von beiden fehlt, sind unwahrscheinlich oder haben keine Mehrheit. Von einer Vernunft-Debatte ist die Rede, und von einem „Moetje“, wie die Holländer das nennen, einem „Müsslein“. Hochzeiten, die in aller Eile stattfinden müssen, da Nachwuchs ansteht. Aber, so ein Wähler aus Den Haag optimistisch: „Auch solche Ehen können glücklich werden.“ *Kerstin Schweighöfer*

Die Autorin ist freie Korrespondentin in Den Haag.

Scharfe Töne an der Moldau

**TSCHECHIEN** Streit um geplante Rückgabe von Kirchenbesitz

Der Streit um die Rückgabe von enteignetem Kirchenbesitz in Tschechien spaltet Politik und Gesellschaft. Die Prager Mitte-Rechts-Regierung will mit umgerechnet etwa fünf Milliarden Euro die Religionsgemeinschaften für das Eigentum entschädigen, das die kommunistischen Machthaber in den 1940er und 1950er Jahren verstaatlicht haben. Die sozialdemokratische Opposition kritisiert das Vorhaben als „Verschwendung von Steuergeldern“. Seit mehr als 20 Jahren ringen Kirchen und Staat in Tschechien um eine Aussöhnung. Der Streit belastet die Beziehungen und wird inzwischen in ungewöhnlich scharfem Ton geführt. Ob die Regierung von Premierminister Petr Necas von der bürgerlichen Partei ODS das Vorhaben tatsächlich umsetzen kann, steht noch nicht fest. Denn bevor das Abgeordnetenhaus über die Kirchenrestitution abstimmt, muss die Koalition eine weitere Belastungsprobe überstehen: Necas will die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt auf

21 Prozent anheben, um den Haushalt zu konsolidieren. Nachdem er bei einer ersten Abstimmung am Widerstand einiger Parteifreunde gescheitert ist, verbindet er ein erneutes Votum Anfang Dezember mit der Vertrauensfrage. Ob er seine Koalition damit auf einen gemeinsamen Kurs einschwören kann, gilt unter Beobachtern als unklar.

**Absolute Mehrheit** Ähnlich wackelig sind die Mehrheitsverhältnisse für die Kirchenrestitution, die unmittelbar nach der Vertrauensfrage behandelt werden soll. Die Regierung braucht mindestens 101 der insgesamt 200 Stimmen im Abgeordnetenhaus – nachdem der Senat als zweite Parlamentskammer den Kompromissvorschlag abgelehnt hat, kann nur eine absolute Mehrheit das Veto überstimmen. Die Opposition will geschlossen gegen das Vorhaben votieren, aber auch einige Abgeordnete aus der Koalition haben sich bereits kritisch geäußert.

Der Ausgleich mit den 17 in Tschechien registrierten Religionsgemeinschaften sieht vor, Immobilien im Wert von umgerechnet etwa drei Milliarden Euro an die Kirchen zurückzugeben. Hinzu käme eine finanzielle Kompensation, die sich mit Zinsen und Inflationsausgleich auf bis zu vier Milliarden Euro summieren könnte und innerhalb der nächsten 30 Jahre ausgezahlt werden soll. Den mit Abstand größten Anteil erhalte die mitgliederstärkste katholische Kirche. Im Gegenzug zu den Zahlungen müssten die Kirchen künftig ihre Geistlichen selbst bezahlen – bislang werden die Priestergehälter vom Staat getragen. Damit die Entschädigungslösung für die Religionsgemeinschaften in Kraft treten kann, muss sie nach der Zustimmung des Parlaments durch Präsident Václav Klaus ratifiziert werden. *Kilian Kirchgöbner*



Milliarden für die Kirchen? Opposition und Regierung in Prag sind uneins.

Der Autor ist freier Korrespondent in Prag.

**KURZ NOTIERT**

**Grüne: Palästinensern bei Anhebung ihres Status helfen**

Die Bundesregierung soll gemeinsam mit den EU-Partnern die palästinensische Führung bei einem möglichen Antrag auf Anhebung des Status ihrer Vertretung auf den sogenannten Vatikan-Status in der Generalversammlung der Vereinten Nationen unterstützen. Das fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (17/10640). Dabei handelt es sich um einen Beobachterstatus wie ihn der Vatikan oder auch die Schweiz genießen. Um Bewegung in den „in der Sackgasse steckenden Verhandlungsprozess“ zu bringen, sollte der UN-Sicherheitsrat außerdem eine Resolution verabschieden, die „klare Rahmenbedingungen“ für die Verhandlungen um einen endgültigen Status beinhaltet, schreibt die Fraktion in einem Antrag. Für diese Resolution könne auf die Erklärung Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands zurückgegriffen werden, die diese Ende Februar vorigen Jahres abgegeben haben. *bob*

**Spielraum** Die CSU-Europaabgeordnete Monika Hohlmeier spricht von einer „ungewöhnlich schwierigen Situation“. Nettozahler wie Deutschland seien nur begrenzt belastbar, gleichzeitig müsse der Rat aber zu seinen Zusagen stehen. Um den Wachstumspakt zu finanzieren, könne an anderer Stelle – etwa bei den EU-Agenturen – gespart werden. Auch bei der EU-Verwaltung gebe es noch Spielraum. Dies habe auch die Kommission erkannt, sagt Hohlmeier. Nun müsse sich der Rat bewegen, um eine Einigung herbeizuführen. „Wir streben keinen Eklat an“, betont die CSU-Politikerin. *Eric Bonse*

Der Autor ist freier Korrespondent in Brüssel.



# Großes Ja, klares Aber

**URTEIL** Das Bundesverfassungsgericht hat die Teilnahme am Rettungsschirm ESM gebilligt. Eine Beratung zur Rettungspolitik der Europäischen Zentralbank steht allerdings noch aus



Die Richter haben gesprochen, ESM und Fiskalpakt können in Kraft treten. Die umstrittenen Anleihekäufe der EZB werden sie allerdings im Herbst noch einmal beschäftigen.

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) ist eine Art Bank. Er soll Euro-Staaten helfen, wenn sie Probleme haben, sich am normalen Kapitalmarkt zu erträglichen Konditionen zu finanzieren. Ihnen kann er Kredite zu günstigen Zinsen oder Kreditgarantien geben. Bundestag und Bundesrat haben dem ESM-Vertrag Ende Juni mit großer Mehrheit zugestimmt. Dagegen klagten unter anderem der CSU-Abgeordnete Peter Gauweiler, die Bundestagsfraktion der Linken, eine Professorengruppe um den Rechtsprofessor Karl-Albrecht Schachtschneider und der Verein „Mehr Demokratie“, der von rund 37.000 Bürgern unterstützt wurde. Am Mittwoch entschied das Bundesverfassungsgericht schließlich im Eilverfahren: Deutschland darf sich am ESM beteiligen, er verstößt nicht gegen das Grundgesetz. Die Währungsunion sei weiter als Stabilitätsgemeinschaft konzipiert, das Demokratieprinzip bliebe gewahrt. Unter das Urteil setzten die Richter jedoch ein klares „Aber“. Zwei Punkte muss Deutschland in völkerrechtlich verbindlicher Form klarstellen: Zum einen dürfe die Information der Bundestags-Abgeordneten nicht durch die im Vertrag erwähnte Verschwiegenheitspflicht der ESM-Mitarbeiter behindert werden. Zum anderen gilt es, die im Vertrag vereinbarten Haftungsgrenzen einzuhalten. Danach haftet Deutschland für etwa 27 Prozent der Gesamtsumme von 700 Milliarden Euro – das sind rund 190 Milliarden Euro. Im Vertrag steht zwar, dass diese Haftungsgrenze „unter allen Umständen“ gelte. Doch die Kläger befürchteten, dass dieser Passus nicht wasser-

dicht ist und doch höhere Pflichten auf Deutschland zukommen könnten. Die Verfassungsrichter haben die Regierung deshalb verpflichtet, verbindlich klarzustellen, dass 190 Milliarden auch bei Ausfällen anderer Staaten die Haftungsgrenze für Deutschland darstellen. In welcher Form die Klarstellung erfolgen wird, prüft die Bundesregierung noch. Der ESM kann sein Kapital dennoch erhöhen, dann aber muss der Bundestag vorher zustimmen, urteilten die Richter. Karlsruhe hat dem Bundestag in dieser Frage einen großen Einschätzungsspielraum eingeräumt – wie schon im vergangenen Herbst beim Urteil über den vorläufigen Rettungsfonds EFSF. Für das Wagnis spreche, sagten die Richter, dass auch bei einem Auseinanderbrechen der Eurozone gewaltige Probleme drohten. Solche Abwägungen müsse die Politik treffen, nicht ein Gericht. Die Prozessbevollmächtigten des Bundestages zeigten sich angesichts dieser Entscheidungen am Donnerstagmorgen im Haushaltsausschuss zufrieden mit dem Urteil.

**Schuldenbremse** Auf ganzer Linie scheiterten die Einwände gegen den Fiskalpakt. Er schreibt vor, dass alle EU-Staaten (außer Großbritannien und Tschechien) eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild einführen müssen. Die Staaten sollen dabei in ihre Verfassungen eine Pflicht zu ausgeglichenen Haushaltsabschlüssen aufnehmen. Im Regelfall dürfen die Schulden 0,5 Prozent der Wirtschaftsleistung nicht übersteigen. Im deutschen Grundgesetz steht seit 2009 eine ähnliche Schuldenbremse, die ab 2020 voll wirksam sein soll. Vor allem Die Linke kritisierten es jedoch als undemokratisch, wenn diese nie wieder abgeschafft werden könne. Sie be-

fürchtet, dass ein Schuldenverbot vor allem zu Sozialkürzungen führt. Die Richter teilten diese Bedenken nicht: Die völkerrechtliche Verpflichtung des Gesetzgebers auf eine bestimmte Haushaltspolitik sei nicht demokratiewidrig, befanden sie. Ein Haushalt ohne Schulden erhöhe langfristig schließlich auch die Gestaltungsspielräume der Politik. Das Thema Euro-Rettung ist mit den Entscheidungen vom Mittwoch längst nicht vom richterlichen Tisch: Noch in diesem Herbst soll in Karlsruhe eine neue mündliche Verhandlung stattfinden. Dann will das Gericht über die Klagen in der Hauptsache verhandeln. Mit Blick auf den ESM wird es nur noch um Details gehen, die innerstaatlich umgesetzt werden können. Von Bedeutung aber

## KOMPAKT

**> Massenklage** Gegen ESM und Fiskalpakt hatten neben dem CSU-Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler und der Fraktion die Linke mehr als 37.000 Bürgerinnen und Bürger geklagt.

**> Start im Oktober** Der ESM soll nun im Oktober seine Arbeit aufnehmen. Bundespräsident Joachim Gauck hat bereits einen Tag nach der Urteilsverkündung die Gesetze zum ESM und Fiskalpakt unterzeichnet.

**> Vorbehalte** Damit der ESM-Vertrag völkerrechtlich in Kraft treten kann, muss die Bundesregierung die Vorgaben des Gerichts erfüllen. Ihre Vorbehalte muss sie bei der Ratifizierung mitteilen.

ist, dass Karlsruhe nun auch über die Rettungspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) beraten will. Diese hatte Peter Gauweiler in einem Eilantrag ebenfalls gerügt.

**Umstrittener EZB-Kurs** Das Thema ist ein heißes Eisen: Anfang September hat die EZB beschlossen, Anleihen finanzschwacher Staaten in unbeschränkter Höhe, aber gegen Auflagen, aufzukaufen. Besonders in Deutschland ist dieser Schritt heftig umstritten. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt oder Bundesbankpräsident Jens Weidmann etwa kritisieren ihn als unerlaubte „Staatsfinanzierung“. EZB-Chef Mario Draghi verteidigt das Vorgehen: Das Kaufprogramm zeige schon jetzt „positive Ergebnisse“. Darüber hinaus hat er angeboten, dem Bundestag seine Krisenstrategie zu erklären. Bundestagspräsident Norbert Lammert dankte für das Angebot, zahlreiche Fachausschüsse, darunter der Europa-Ausschuss des Parlaments, haben inzwischen Einladungen an den EZB-Chef verschickt. Karlsruhe hat in Sachen EZB keine Kompetenz: Die Bank ist als europäisches Organ nicht an das Grundgesetz gebunden. Die Richter könnten das Thema aber zur Entscheidung an den Europäischen Gerichtshof überweisen. Der Präsident des Karlsruher Gerichts, Andreas Voßkuhle, hat bereits Erwartungen geweckt: Er zitierte am Mittwoch Aussagen aus EU-Verträgen, nach denen die Finanzierung von Staaten durch die Notenpresse „als Umgehung des Verbotes monetärer Haushaltsfinanzierung ebenfalls untersagt“ ist. *Christian Rath/Johanna Metz*

*Christian Rath arbeitet als freier Korrespondent in Brüssel.*

## Die Krise besser im Blick

**FINANZAUF SICHT** Rolle der Bundesbank wird gestärkt

Eine Ursache der großen Finanzkrise ist unbestritten: Die Warnsysteme hatten versagt, als sich die amerikanische Immobilien-Krise 2008 nach der Pleite von Lehman Brothers auf Europa ausdehnte und hier zum Zusammenbruch etlicher Banken führte. Deutschland blieb nicht außen vor: Mit der „Hypo Real Estate“ brach sogar ein Dax-Unternehmen zusammen und musste vom Staat übernommen werden. Auch die Commerzbank musste gestützt werden. Zahlreiche Maßnahmen waren auf europäischer und nationaler Ebene in den vergangenen Jahren auf den Weg gebracht worden, um die Finanzmärkte zu beruhigen. Produkte wurden reguliert, Banken zum Vorhalten von mehr Eigenkapital veranlasst. Jetzt soll die deutsche Finanzaufsicht gestärkt werden. Dieses Ziel verfolgt der von der Bundesregierung eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der deutschen Finanzaufsicht (17/10040). Der Entwurf sieht unter anderem die Gründung eines Ausschusses für Finanzstabilität vor. Dem Gremium sollen Vertreter der Deutschen Bundesbank, des Bundesfinanzministeriums, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sowie ein Vertreter der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (ohne Stimmrecht) angehören.

**Ständige Beobachtung** Mit dem Gesetzentwurf wird der Deutschen Bundesbank die Aufgabe zugewiesen, auch zur Wahrung der Finanzstabilität beizutragen, indem sie „laufend die für die Finanzstabilität maßgeblichen Sachverhalte analysiert, um Gefahren für die Finanzstabilität zu identifizieren und gegebenenfalls Vorschläge zu Warnungen vor diesen Gefahren beziehungsweise zu Empfehlungen von Maßnahmen zur Abwehr dieser Gefahr zu erarbeiten“. Auf dieser Grundlage solle dann der Ausschuss für Finanzstabilität gegebenenfalls Empfehlungen an zuständige nationale Stellen zur Beseitigung von Gefahren für die Finanzstabilität aussprechen. „Durch

den Ausschuss für Finanzstabilität wird in Fragen der Finanzstabilität ein strukturierter und transparenter Dialog zwischen den für die Beaufsichtigung und Regulierung des deutschen Finanzplatzes maßgeblichen Institutionen geschaffen“, heißt es in der Begründung. Weitere geplante Maßnahmen sind Änderungen bei der Zusammensetzung des BaFin-Verwaltungsrates und die Einrichtung eines Verbraucherbeirates. Gerade die Zusammensetzung des BaFin-Verwaltungsrates stieß bei mehreren Sachverständigen in einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses zu dem Entwurf in der vergangenen Woche auf Kritik. So pochte die deutsche Kreditwirtschaft, der Zusammenschluss der Bankenverbände,

**»Den Kontrollierten darf man nicht die Kontrolle der BaFin überlassen.«**

*Rudolf Hickel (Uni Bremen)*

auf ihr Recht, Vertreter in das Gremium entsenden zu können. Im Gesetzentwurf ist vorgesehen, die zehn Mandate für die Finanzbranche im Verwaltungsrat auf sechs zu reduzieren und das ausschließliche Bestellungsrecht dem Finanzministerium zu übertragen. Damit würden „den bisherigen Repräsentanten der beaufsichtigten Wirtschaftszweige ihre Mandate im Verwaltungsrat der BaFin de facto künftighin entzogen“, protestierte die Kreditwirtschaft. Die Versicherungswirtschaft erklärte, da die beaufsichtigten Branchen die BaFin zu 100 Prozent finanzieren würden, sei das vorgesehene Vorschlags- und Anhörungsrecht bei der Besetzung des Gremiums nicht ausreichend. Die Gegenposition vertrat Professor Rudolf Hickel (Universität Bremen): „Den Kontrollierten darf man nicht die Kontrolle der BaFin überlassen.“

Mit Blick auf die auf EU-Ebene geplante Schaffung einer europäischen Aufsicht äußerten Bundesbank und BaFin übereinstimmend die Auffassung, es werde noch Jahre dauern, bis man einen einheitlichen Aufsichtsansatz haben werde. Auch Professor Stephan Paul (Ruhr-Universität Bochum) sagte, es werde bis zum 1. Januar 2013 nicht möglich sein, eine einheitliche Aufsicht über mehr als 6.000 Kreditinstitute in Europa zu schaffen. *Hans-Jürgen Leersch*

## »Euro-Rettung gelingt«

**FINANZEN** Chinesische Delegation warnt vor Schuldenpolitik

Deutschland sei „fest entschlossen, den Euro zu retten. Ich bin auch überzeugt, dass dies gelingt“, erklärte der FDP-Abgeordnete Volker Wissing am vergangenen Dienstag bei einem Gespräch mit Mitgliedern des Finanzausschusses des Bundestages mit einer Delegation des Finanz- und Wirtschaftsausschusses des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China. Wissing war im Juni dieses Jahres Leiter einer Delegation des Finanzausschusses gewesen, die in China unter anderem Peking, Shanghai und Hongkong besucht hatte. Gegenüber der siebenköpfigen Delegation aus China erklärte Wissing: „Es ist gut und wichtig, dass wir uns mit unseren Freunden austauschen.“

**Reformen angemahnt** Wissing versichert, dass Deutschland zu zeitlich begrenzten Hilfen für die Euro-Länder bereit sei, die Probleme hätten. Diese Länder müssten aber Strukturformen vornehmen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Das seien „harte Auflagen“, gegen die es auch Widerstände gebe, aber die Regierungskoalition halte diese Strategie für richtig. Es gebe inzwischen erste Erfolge, sagte Wissing mit Blick auf Portugal und Irland. Man sei entschlossen, auch größere Volkswirtschaften wie Italien und Spanien zu stabilisieren. Der Leiter der chinesischen Delegation, Gao Qiang, stellvertretender Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsausschusses des Nationalen Volkskongresses, verwies auf die weitreichenden Auswirkungen der europä-

schen Schuldenkrise. Auch China sei davon betroffen. Sein Land habe Interesse an einer angemessenen Lösung der Probleme in Europa und vertraue darauf, dass der Euro lange Bestand haben werde und in seinem Wert konstant bleibe. Zugleich kritisierte Gao Qiang eine zu starke Kreditfinanzierung von Staatshaushalten. Ein solches Verhalten wirke sich auf eine Volkswirtschaft negativ aus. Er warnte auch davor, leichtsinnig Sanktionen gegen die eine oder andere Seite im Handel zu verhängen. *h/e*



Volker Wissing (links), Gast Gao Qiang

## Barrosos Pläne für den Kontinent

**EUROPA** Der Kommissionspräsident wirbt vor dem Europaparlament für die „Föderation der Nationalstaaten“. Auch EU-Vertragsänderungen sollen kein Tabu sein

Europa hat am vergangenen Mittwoch den Atem angehalten. In Karlsruhe entschieden die Richter, ob der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Zeitgleich gingen in den Niederlanden die Wähler an die Urnen, auch um den Europa-Kurs ihres Landes zu bestimmen. Die Entscheidungen waren richtungweisend dafür, wie die Rettung des Euro weitergehen kann (siehe Seiten 1 und 10). In Straßburg kamen die Abgeordneten des Europaparlaments (EP) zusammen, um die dritte Rede zur Lage der Union – die State of the Union – von EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso zu hören. Die Bürger erwarten in der Euro-Krise Antworten, und Barroso versuchte diese Erwartung zu erfüllen. Hatte der Chef der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, in der Vorwoche die „Ba-zooka“ herausgeholt, indem er den unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen ankün-

digte, fuhr der Portugiese ebenfalls großes Geschütz auf: Nichts Geringeres als eine „Föderation der Nationalstaaten“ will Barroso schaffen. Die Europäische Union, so seine Überzeugung, muss aus der Krise die Lehre ziehen, dass es nur mit noch größerer Integration nach vorn geht. „Ich rede nicht von einem Superstaat“, betonte der Kommissionschef. Es seien auch keine neuen Institutionen für diese Föderation notwendig.

**Verhaltene Reaktion** Aber Barroso scheute sich nicht, den Tabubegriff Vertragsänderung zu benutzen. Sie sei „der realistische Weg nach vorn“. Das wird uns stärker machen“, beschwor er die Parlamentarier. „Niemand wird gezwungen, mitzumachen“, sagte Barroso. „Und niemand wird gezwungen, außen vor zu bleiben.“ Schon im Jahr zuvor hatte der Chef der EU-Exekutive bei seiner State of the Union betont, dass nicht die Langsamsten

die Geschwindigkeit der gesamten Gemeinschaft vorgeben dürften. Jetzt aber ging er viel weiter und bezog sich dabei auch auf das Grundsatzpapier, das er derzeit mit dem Präsidenten des Europäischen Rats, Herman Van Rompuy, dem Chef der Euro-Gruppe Jean-Claude Juncker und EZB-Präsident Mario Draghi ausarbeitet. „Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion“, lautet dessen Titel, und Barroso sieht es als einen ersten Schritt für eine neue Gestalt der Union. Schon beim Gipfel des Europäischen Rats am 18. und 19. Oktober wird den Regierungschefs ein Zwischenbericht vorgestellt. Zum Dezember-Gipfel soll es fertig sein. Und noch vor der nächsten Europawahl im Jahr 2014 will Barroso die konkreten Vertragsänderungen für eine zukunftsfähige Integration der Wirtschafts- und Währungsunion vorstellen. Für eine politische Union, die am Ende dieser Entwicklung stehen müsse.

Bis dahin ist es ein langer Weg. Fast eine Dreiviertelstunde sprach Barroso, und er übte sich auch in Selbstkritik. „Unsere Antworten haben weder die Bürger, noch die Märkte oder unsere internationalen Partner überzeugt. Die Zweifel sind groß“, räumte er ein. Die Menschen seien frustriert, sie hätten Angst, dass ihr Lebensstil auf dem Spiel stehe. In Hinsicht auf die Krise gebe es daher nur einen Ausweg: „Wir dürfen keine Zweifel an der Integrität der Europäischen Union oder an der Unumkehrbarkeit des Euro zulassen.“ Das Krisenmanagement dürfe aber nur mit demokratischer Legitimation stattfinden, sagte Barroso. „Deshalb wird das Europäische Parlament bei der Bankenunion eine entscheidende Rolle spielen“, versprach er. Die Abgeordneten, die bei der Gestaltung ein größeres Mitspracherecht fordern, kann er damit zwar auf seine Seite ziehen. Aber gene-

rell war die Reaktion auf die Rede verhalten. Besonders der Chef der Fraktion der Liberalen, der Belgier Guy Verhofstadt, geht Barrosos Plan für eine Föderation der Nationalstaaten nicht weit genug. „Das haben wir doch schon alles, das ist doch nichts anderes als der Europäische Rat!“ Auch der Grünen-Fraktionsvorsitzende Daniel Cohn-Bendit forderte ein „postnationales Europa“.

**Bankenaufsicht** Die Bankenunion ist da schon ein konkreteres Projekt, das bis Ende des Jahres vorrangig die institutionelle Debatte bestimmen wird. Barroso ging auch hier ins Detail – bereits im Januar 2013 soll die bei der EZB angesiedelte Aufsicht nach seinen Vorstellungen die Arbeit aufnehmen und die ersten Finanzhäuser, die bereits am Brüsseler Zapfhahn hängen, kontrollieren. Bis Anfang 2014 soll der Aufbau abgeschlossen sein. Alle 6.000 Banken in Europa wür-

den dann von Frankfurt aus beaufsichtigt und bekämen im Krisenfall Zugang zum ESM. Sowohl zeitlich als auch von der Dimension her stößt Barroso allerdings mit dem deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) zusammen, der nur die „systemischen“ Banken unter EZB-Kuratel sehen will und den Januar-Termin für nicht machbar hält. In Brüssel hingegen hat Barroso Unterstützung: „Es ist eine der wichtigsten Lehren der Krise, dass auch kleine Banken große Schwierigkeiten schaffen können“, meint der zuständige Binnenmarktkommissar Michel Barnier. Auch auf den Franzosen kommt noch mancher Konflikt mit Berlin zu, etwa in Hinsicht auf einen europäischen Einlagenversicherungsfonds, den die Bundesregierung ablehnt. *Stefanie Bolzen*

*Die Autorin ist Brüssel-Korrespondentin der Tageszeitung „Die Welt“.*



**KURZ NOTIERT**

**Regierung will Haftung für Freie Berufe beschränken**

Als Alternative zur Limited Liability Partnership (LLP) will die Bundesregierung eine Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung für Angehörige freier Berufe schaffen. Zu diesem Zweck werde im Partnerschaftsgesellschaftsgesetz (PartGG) „selbst eine Haftungsbeschränkung geschaffen, die eingreift, wenn bestimmte Voraussetzungen vorliegen“, schreibt die Regierung in ihrem „Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung und zur Änderung des Berufsrechts der Rechtsanwälte, Patentanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer“ (17/10487). Die bisherige Partnerschaftsgesellschaft soll jedoch neben der Möglichkeit einer Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung (PartG mbB) bestehen bleiben. *ver*

**EU-weite Vereinheitlichung von Unterhaltsansprüchen**

Die Bundesregierung hat den „Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung des Haager Übereinkommens vom 23. November 2007 über die internationale Geltendmachung der Unterhaltsansprüche von Kindern und anderen Familienangehörigen sowie zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiet des internationalen Unterhaltsverfahrensrechts“ (17/10492) in den Bundestag eingebracht. Nachdem der Rat der Europäischen Union das Haager Übereinkommen im Juni 2011 genehmigt hatte, will die Bundesregierung nun das geltende deutsche Recht anpassen, „um eine Rechtszersplitterung zu vermeiden“, heißt es in der Vorlage. *ver*

**Kultur und Sport sollen ins Grundgesetz**

Kultur und Sport sollen nach dem Willen der SPD-Fraktion ins Grundgesetz aufgenommen werden. Die Fraktion brachte einen entsprechenden Antrag (17/10644) ein, in dem sie darauf verweist, dass Kultur und Sport „wesentliche Elemente unserer Gesellschaft“ seien, ihre Bedeutung aber dort keinen entsprechenden Ausdruck finde. Daher soll der Artikel 20a der Verfassung dem Gesetzentwurf zufolge um die Staatsziele Kultur und Sport erweitert werden. In ihrer Begründung schreiben die Abgeordneten, „Kultur sei ein ‚grundlegender Bestandteil unseres Zusammenlebens‘, stifte Identität und besitze politische Integrationskraft. Sie sei ‚gleichermaßen Ausdruck wie Voraussetzung von Freiheit‘“, heißt es weiter. *sto*

**Rechnungen der Fraktionen für 2011 geprüft**

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat die geprüften Rechnungen der fünf Bundestagsfraktionen für das Kalenderjahr 2011 als Unterrichtung (17/10560) vorgelegt. Danach gab die Fraktion der CDU/CSU im vergangenen Jahr fast 25,78 Millionen Euro aus, die SPD knapp 20,52 Millionen Euro. Die Ausgaben der FDP-Fraktion betragen gut 12,44 Millionen Euro. Die Fraktion Die Linke verzeichnete Ausgaben in Höhe von 12,26 Millionen Euro, während die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen rund elf Millionen Euro ausgab. Der größte Teil der Fraktionseinnahmen bestand aus Geldleistungen nach Paragraph 50 Absatz 1 des Abgeordnetengesetzes aus dem Bundeshaushalt. Den größten Anteil machten in allen Fraktionen die Personalkosten aus. *sto*

**Linke will PKV als Vollversicherung abschaffen**

Die Fraktion Die Linke will die Private Krankenversicherung (PKV) als Vollversicherung abschaffen. In einem Antrag (17/10119) fordert die Fraktion, dass alle Privatversicherten gleichzeitig in die gesetzliche Krankenversicherung aufgenommen werden sollen. Die PKV soll dann künftig nur noch für Zusatzversicherungen für medizinisch nicht relevante Leistungen zuständig sein. Zur Begründung schreibt die Fraktion, dass die privat Versicherten „tatsächlich ähnlich schutzbedürftig“ wie die Versicherten der GKV seien. Gut die Hälfte der derzeit privat Versicherten würden ein Einkommen unterhalb des Durchschnittseinkommens erzielen und 87 Prozent lägen unterhalb der Versicherungspflichtgrenze. *as*

**Bundesregierung plant Änderung des Mietrechts**

Bei einer energetischen Modernisierungsmaßnahme soll innerhalb von drei Monaten die Miete nicht gekürzt werden dürfen. Dazu hat die Regierung den Entwurf eines Mietrechtsänderungsgesetzes (17/10485) eingebracht. Ist die Wohnung jedoch unbenutzbar, so bleibt das Minderungsrecht in vollem Umfang erhalten. Der Entwurf sieht zudem vor, sogenannte Contracting Kosten als Betriebskosten auf den Mieter umzulegen. Hierbei müsse jedoch für den Mieter Kosteneutralität gewährleistet sein. *tk*



Organnotstand in Deutschland: Jedes Jahr werden rund 12.000 Organe benötigt. Bislang gab es bundesweit aber nur 1.200 Organspender pro Jahr.

# Auf Leben und Tod

## ORGANSPENDE Nach den Vorfällen in Göttingen fordern Politik und Ärzteverbände Konsequenzen

Eigentlich hätten die 24 Millionen Versicherten der Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) schon in diesem Monat Post von ihrer Krankenkasse bekommen sollen. Darin wollte die Kasse ihren Mitgliedern Informationen zum Thema Organspende und den Vordruck für einen Spenderausweis zuschicken, wie es auch die Änderungen zum Transplantationsgesetz (TPG) vorsehen, das am 1. November in Kraft treten soll. Nach dem Skandal um manipulierte Daten und Regelverstöße bei Transplantationsverfahren in den Universitätskliniken in Göttingen und Regensburg hat die AOK die Versandaktion erst einmal gestoppt. Man müsse die Vorgänge aufklären, brauche mehr Transparenz im Organspendeverfahren und eine strikte Kontrolle, hieß es dazu in der vergangenen Woche vom AOK-Bundesverband. Das alles möchten auch die Abgeordneten des Bundestages. Am vergangenen Freitag ließen sie sich von Ärzten, Aufsichtsgremien und Vertretern der Länder über die Ereignisse an den beiden Universitätskliniken informieren. Gleichzeitig wurde im Gesundheitsausschuss diskutiert, welche Konsequenzen aus den Vorfällen gezogen werden müssen.

**Unter der Lupe** Der Vorsitzende der zuständigen Prüfungs- und Überwachungskommission der Bundesärztekammer, Professor Hans Lippert, will dazu erst einmal die Transplantationseinrichtungen genau unter die Lupe nehmen: „Alle Zentren werden im Laufe der nächsten Monate überprüft“, künd

igt er an. Einige von ihnen wurden bereits untersucht – und vor allem bei zwei großen Transplantationszentren habe man bereits „gute Ergebnisse“ erzielt, sagte Anne-Gret Rinder, die ebenfalls für das Aufsichtsgremium tätig ist. Hilfreich sei dabei, dass die Zentren jetzt auskunftspflichtig seien und es ein Prüfschema gebe, das „große Gerechtigkeit bei der Beurteilung der Zentren“ garantiere, sagte sie.

**Mehr-Augen-Prinzip** Interessante Details wusste Rinder auch über die Untersuchungen an der betroffenen Universitätsklinik in Göttingen zu berichten. Dort hatte der beschuldigte Oberarzt zwischen 2008 bis zur Aufdeckung des Skandals Mitte 2012 insgesamt 150 Transplantationen durchgeführt und in 40 Prozent der Fälle Krankenakten manipuliert oder gegen bestehende Richtlinien verstoßen. Auf diese Weise gelang es ihm, seine Patienten auf die oberen Plätze der Wartelisten zu befördern. Dadurch sollten sie schneller mit einem Spenderorgan versorgt werden. Um genau das zu vertuschen, sorgte der Mediziner dafür, dass alleine er für Transplantationen zuständig war. Und auch in der für Transplantationen vorgesehenen Stabstelle, der eigentlich das Mehr-Augen-Prinzip herrschen sollte, war er lediglich sich selbst unterstellt. Dabei war der Mediziner bereits einige Jahre zuvor bei seiner Arbeit am Transplantationszentrum der Uniklinik in Regensburg auffällig geworden. Entsprechende Hinweise über Manipulationen von Krankenakten waren 2006 an die Staatsanwaltschaft in Regensburg übermittelt wor-

den. Die hatte das Verfahren jedoch wegen eines mangelnden Anfangsverdachts eingestellt, berichtete Hans Nefz, der Vertreter des Landes Bayern. Der Präsident der Bundesärztekammer, Frank Ulrich Montgomery, zeigte sich verwundert, dass im Jahr 2006 nichts passiert

kammer warnte davor, beide Fälle miteinander gleichzusetzen. „Das Fehlverhalten in Göttingen ist völlig anderer Natur“, sagte sie. Es sei zudem nicht die Aufgabe der Prüfungskommission, einen in Verdacht geratenen Arzt dauerhaft zu beobachten: „Wir müssen die Leute nicht auf ihrem Lebens-



Ende August diskutierte Gesundheitsminister Bahr (FDP) (r.) mit Ärztekammerpräsident Montgomery (l.) und dem Vorsitzenden des GKV-Spitzenverbandes von Stackelberg(m.).

sei: „Hätte man in Regensburg reagiert, hätte es Göttingen nicht gegeben“, zeigte sich Montgomery überzeugt. Auch mehrere Abgeordnete wollten wissen, warum nach den Vorfällen in Regensburg nicht genauer hingeschaut worden sei. Anne-Gret Rinder von der Prüfungskommission der Bundesärzte-

weg begleiten“, verteidigte sie das Verhalten des Gremiums. Um derartige Fälle in Zukunft zu vermeiden, setzte die Kommission der Bundesärztekammer daher auf strukturelle Verbesserungen. Ganz wichtig etwa sei, betonte Rinder, die Schaffung einer interdisziplinären Transplantationskonferenz,

bei der Ärzte verschiedener Fachrichtungen gemeinsam an einem Tisch säßen: „Je mehr Leute sie haben, desto schwerer ist es, Manipulationen vorzunehmen“, argumentierte sie. Der Präsident der Deutschen Transplantationsgesellschaft, Professor Wolf Bechstein, lobte, dass den Vertretern des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) und der Länder bei Beratungen in Transplantationsfragen bereits jetzt ein Gaststatus eingeräumt worden sei. Schon bald sollen die Vertreter von Bund und Ländern dort mit einem ständigen Sitz vertreten sein und ein Stimmrecht erhalten.

**Kein Organspende-Skandal** Professor Günter Kirste von der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) war vor allem eines wichtig: „Es handelt sich nicht um einen Skandal der Organspende, sondern im Transplantationsbereich“, sagte er. Inwiefern allerdings die Bürger zwischen diesen beiden Bereichen unterscheiden, ist unklar. Bisher ist auch nicht abschätzbar, wie sich die Vorfälle in Göttingen und Regensburg auf die Bereitschaft der Menschen auswirken, einen Spenderausweis aufzufüllen – ein Schritt mit lebenswichtigen Konsequenzen. Denn nach Angaben der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzGA) warten jedes Jahr 12.000 Menschen auf ein Spenderorgan. 2011 gab es bundesweit jedoch nur rund 1.200 Organspender in Deutschland. Nach Meinung von Ärzte-Präsident Montgomery zeigen die Vorfälle daher vor allem eines: „Im Kern erleben wir hier die Auswirkungen des dramatischen Mangels an Organen.“ *Annette Sach/tw*

# Fortsetzung einer unendlichen Geschichte

## FAMILIE Experten erteilen dem Betreuungsgeld mehrheitlich eine Absage. Abschließende Lesung des Gesetzentwurfes wird voraussichtlich verschoben

Die Befürworter des umstrittenen Betreuungsgeldes haben es nicht leicht in diesen Tagen. Sollte der von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP noch kurz vor der Sommerpause eingebrachte Gesetzentwurf (17/9917) ursprünglich noch im September durch den Bundestag gebracht werden, so scheint sich der Termin nun doch in den Oktober zu verschieben. Denn das Unbehagen über die neue familienpolitische Leistung, die vor allem von der CSU vehement gefordert wird, stößt nicht nur bei der Opposition auf Ablehnung. Auch in der Koalition, vor allem bei den Liberalen, ist das Unbehagen groß über das Vorhaben, das im Koalitionsvertrag zwischen festgeschrieben wurde. Am vergangenen Freitag – im Plenum waren die Haushaltsdebatten gerade verklungen – bekamen die Gegner des Betreuungsgeldes in einer öffentlichen Anhörung des Familienausschusses noch einmal Rückendeckung von Expertensicht. Diese sprachen sich mehrheitlich gegen die Einführung der Leistung aus. Da Sachverständige gemäß der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag von den Fraktionen benannt werden, lässt sich daraus schon ablesen, dass das Vorhaben wohl eher aus Koalitionstreue den Bundestag passieren könnte als aus tieferer Überzeugung.

Jürgen Freese von der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände war der einzige geladene Sachverständige, der sich nicht zu einem eindeutigen Votum für oder gegen das Betreuungsgeld hinreißen lassen wollte. Allerdings appellierte er eindringlich an die Parlamentarier im Ausschuss, nur ein verfassungsrechtlich einwandfreies Gesetz zu verabschieden. Die Kommunen kämen als ausführendes Organ in eine „höchst missli-

che Lage“, wenn das Bundesverfassungsgericht das Gesetz nach einem Jahr wieder kippen würde und sie den Beziehern des Betreuungsgeldes erklären müssten, warum sie es dann wieder gestrichen bekommen.

**Handfester Verfassungsstreit** Doch über diese verfassungsrechtliche Beurteilung waren sich die Experten alles andere als einig. Während der Jurist Winfried Kluth von der

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg das Betreuungsgeld im Einklang mit dem Grundgesetz sieht, sprachen sich seine Kollegen Ute Sacksofsky von der Goethe-Universität in Frankfurt am Main und Joachim Wieland von der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer aus verfassungsrechtlichen Gründen gegen die Gesetzesvorlage aus. Der Staat, so lautete ihr Argument, dürfe keine Kompensation an seine Bürger zahlen, wenn sie eine staatliche Leistung – in diesem Fall den Platz für ihr Kind in einer öffentlich geförderten Kindertagesstätte – nicht in Anspruch nehmen. Schon deshalb nicht, weil die Betreuungseinrichtungen nicht kostenfrei seien. Kluth hielt dagegen, dass diese Kita-Gebühren deutlich unter den eigentlichen Kosten für einen Betreuungsplatz lägen. Dies käme einer staatlichen Förderung gleich. Durch das Betreuungsgeld werde eine Rechtslage geschaffen, in der sowohl die Eltern finanziell unterstützt werden, die ihre ein- und zweijährigen Kinder in einer Kita betreuen lassen, als auch jene, die dies nicht tun.

Auch Birgit Kelle, Vorsitzende des Vereins „Frau 2000plus“, forderte, dass der Staat bei Erziehungsmodelle neutral unterstützt. Dies sei auch durch das Bundesverfassungsgericht mehrfach so entschieden worden. Vehement sprach sie sich gegen jede Bevor-

mundung von Eltern aus, wie sie derzeit im politischen Streit um das Betreuungsgeld und den Kita-Ausbau zu vernehmen sei. Dieser Forderung schloss sich Franziska Pappst vom Paritätischen Gesamtverband an. Zugleich stellte sie jedoch fest, dass eine echte Wahlfreiheit für Eltern nur dann realisiert sei, wenn ausreichend und flächendeckend Betreuungsplätze geschaffen werden. Wenn das Betreuungsgeld eine Anerkennung der Erziehungsleistung sei, sagte Pappst, dann ginge es umgekehrt aber nicht an, es auf den Hartz-IV-Satz und andere Sozialleistungen anzurechnen. Ansonsten würde man die Eltern in „gute“ und „schlechte“ unterscheiden. Susanne Viernickel von der Alice Salomon Hochschule Berlin warnte eindringlich davor, die unterschiedlichen Betreuungsmodelle einseitig zu kritisieren. Es käme nicht darauf an, wo ein Kind schwerpunktmäßig erzogen und betreut werde, sondern wie – die Qualität sei ausschlaggebend. Am Ende der öffentlichen Anhörung hatten sich zwar sechs Sachverständige eindeutig gegen und nur vier für das Betreuungsgeld ausgesprochen. Doch über die seit dem Jahr 2008 so kontrovers diskutierte familienpolitische Leistung wird in den kommenden Wochen abschließend im Parlament entschieden. *Alexander Weinlein*



Wer sein Kind zuhause betreut, soll in Zukunft 150 Euro monatlich erhalten.



Im Europasaal 4.900 verwandelten sich die Abgeordneten vergangenen Donnerstag bei der Beschäftigung mit der Erschießung der Polizistin Michèle Kiesewetter und der schweren Verletzung eines Kollegen von ihr in Heilbronn zeitweise in Kriminalisten. Man habe bei dieser inzwischen dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) zugerechneten und bis heute rätselhaften Tat vom April 2007 sage und schreibe rund 5.000 Spuren verfolgt, berichtete Christoph Meyer-Manoras. Im Detail debattierten die Parlamentarier mit dem Staatsanwalt und mit Axel Mögelin, dem Chef der Soko „Parkplatz“, kontrovers, warum etwa ein bei einer Ringfahndung registriertes Kennzeichen eines nach späteren Erkenntnissen von einem NSU-Mitglied angemieteten Wohnmobils lange Zeit nicht überprüft wurde, wieso eine private E-Mail-Adresse Kiesewetters nicht ausgewertet wurde oder warum im weiteren Umfeld des Tatorts gefundene Taschentücher mit Blutspuren erst mit Verzögerung untersucht wurden. Doch auch diese kriminalistischen Anstrengungen vermögen die Feststellung Mögelins nicht in Frage zu stellen, dass „Iatrogen und vor allem Motiv dieses Mords „wohl ungeklärt bleiben“.

**»Merkwürdige Einlassungen** Zwei Tage zuvor staunte der Untersuchungsausschuss, der Fehlgriffe bei den Ermittlungen zur Erschießung Kiesewetters und neun türkisch- oder griechischstämmiger Kleinrentner durchleuchten soll, über die laut Grünen-Obmann Wolfgang Wieland „merkwürdigen“ Einlassungen eines hessischen Ex-Verfassungsschutzers zum Mord am Kasseler Internetcafé-Betreiber Halit Yozgat im April 2006. Der Geheimdienstler war unmittelbar vor dem Attentat am Tatort, Andreas T. erklärte, er habe keine Schüsse gehört und nichts gesehen. Als einziger Kunde des Lokals hatte er sich nicht sofort als Zeuge bei der Polizei gemeldet, aus „Angst“, dass sein privates Internetsurfen „rauskommt“.

Bei ihm sei rechtsextrêmes Schriftgut gefunden worden und früher sei er im Dorf „Klein-Adolf“ genannt worden, hakte Abgeordnete nach. Ja, in seiner Jugend habe er sich mit diesem Gedankengut befasst, sagte T., aber das sei vorbei: „Ich bin kein Rechts-Extremist.“ Für Wieland und Unions-Sprecher Clemens Binninger war dieser Auftritt alles andere als glaubwürdig. Das sei jedoch „kein Beweis für eine Verwicklung“ in den Mord, sagte der CDU-Politiker. Ermittlungen gegen T. waren eingestellt worden.

Ende August waren der Ausschussvorsitzende Sebastian Edathy (SPD) und sein Vize Stephan Stracke (CSU) mit Opfern der Kölner Bombenanschläge von 2001 und 2004 zusammengekommen; vergangene Woche nun befasste sich das Gremium zwei volle Tage kritisch mit den Fällen Kiesewetter und Yozgat. Doch mehr noch als diese Themen trieben die Abgeordneten spektakuläre Enthüllungen um, die andeuten, dass Polizei und Geheimdienste am NSU-Trio möglicherweise doch nah dran waren. So hatte das Berliner Landeskriminalamt (LKA) offenbar jahrelang einen Rechtsextrémisten als Spitzel geführt, gegen den mittlerweile die Bundesanwaltschaft wegen des Verdachts ermittelt, ein Helfer der Terrorzelle gewesen zu sein. Der V-Mann soll Hinweise zum abgetauchten NSU geliefert haben, den Terroristen Sprengstoff besorgt haben und zeitweise mit NSU-Mitglied Beate Zschäpe liiert gewesen sein. Zudem hat der Streit über die vom Ausschuss ans Tageslicht beförderten Anwerbeversuche des Militärischen Abschirmdiensts (MAD) beim späteren NSU-Aktivisten Uwe Mundlos im Jahr 1995 und über den seitherigen Umgang der Geheimdienste mit diesem Kontakt Volker Limburg, Chef des Verfassungsschutzes von Sachsen-Anhalt, das Amt gekostet.

**Aufklärung zugesagt** Ins Rollen gebracht hat die Berliner Affäre der für den Ausschuss tätige Ermittlungsbeauftragte Bernd von Heintschel-Heinegg, der aufgrund einer Unterrichtung durch die Bundesanwaltschaft einen „sehr präzisen und hochbrisanten Hinweis“ (Binninger) auf eine Akte bei der Berliner Polizei mit Informationen entdeckte, die 2002 möglicherweise zum Aufenthaltsort des NSU hätten führen können. Die Parlamentarier erregten sich, dass ihnen erneut wichtige Unterlagen vorenthalten worden seien. SPD-Obfrau Eva Högl sprach von einem „Skandal“, Wieland von einem „Schlag in die Magengrube“. Petra Pau (Lin-



Reges Medieninteresse: Der Grünen-Abgeordnete Ströbele (o. l.), MAD-Präsident Birkenheier (o. r.) sowie die Ausschussmitglieder Wieland (Grüne), Edathy (SPD), Wolff (FDP), Pau (Linke) und Binninger (unten v.l.n.r.) in der vergangenen Woche im Bundestag

# Spitzeinsatz mit Sprengkraft

**NSU-AUSSCHUSS** Polizei und Geheimdienste waren möglicherweise doch nahe an der Zwickauer Zelle dran

ke) will nicht mehr akzeptieren, dass Akten erst dann geliefert werden, wenn sie vom Ausschuss identifiziert worden seien. Ob die Angaben des LKA-Spitzels Thomas S. zur Entdeckung des NSU geführt hätten, ist offen. Zu welchen Erkenntnissen die Recherchen der Berliner Landespolitik führen, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Innensenator Frank Henkel (CDU) sagte Aufklärung zu. Die Bundestagsabgeordneten wollen auch wissen, ob das LKA die in der Mordserie ermittelnden Sokos und Staatsanwälte anderer Länder über die Existenz des V-Manns unterrichtet hat. Derweil wirbeln Medienberichte über Details der Spitzeltätigkeit gehörig Staub auf. Danach soll S., der bei Vernehmungen die Beschaffung von Sprengstoff in den 1990er Jahren für den NSU eingeräumt habe, zwischen 2001 und 2005 fünf Mal Angaben zum Zwickauer Trio gemacht haben. So soll er gesagt haben, auf die Spur des NSU könne man über die rechtsextrême Musikszene in Sachsen kommen. Thomas S. war offenbar 1996/97 mit Zschäpe verbandelt.

Zu der Berliner Affäre gehören Meldungen, wonach das Bundesamt für Verfassungsschutz Unterlagen zu S. geschreddert haben soll. Nach bisherigen Informationen wurden die Ergebnisse dieser 2010 vernichteten Akten nach dem Aufliegen der NSU-Zelle 2011 rekonstruiert und an die Bundesanwaltschaft, aber nicht an den Untersuchungsausschuss weitergeleitet. Die rekonstruierten Dokumente selbst soll der Verfassungsschutz 2012 wieder gelöscht haben. Auch eine MAD-Affäre ärgert den Ausschuss gewaltig. Während seiner Bundeswehrzeit 1995 war der mutmaßliche Rechtsterrorist Uwe Mundlos wegen rechtsextrémistischem Verhalten vom MAD ins Gebet genommen und dabei gefragt worden, ob er Anschlagpläne aus dieser Szene mitteilen wolle. Mundlos lehnte eine Zusammenarbeit ab. Dem Bundeswehr-Geheimdienst zufolge war dies kein Anwerbeversuch für den MAD – was insofern stimmt, als der MAD nach Mundlos' damals bevorstehendem Ausscheiden aus der Bundeswehr gar nicht für ihn zuständig gewesen wäre. MAD-Chef Ulrich Birkenheier, vom Ausschuss spontan zu einer nichtöffentlichen Vernehmung einbestellt, sagte indes anschließend, eine eventuelle Informantentätigkeit von Mundlos sei Sache des Verfassungsschutzes gewesen, dem man den Fall übergeben habe.

**Kritik an Informationspolitik** Seinerzeit übermittelte der MAD ein Doppel dieser Akte an den Verfassungsschutz in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt sowie auf Bundesebene und vernichtete die eigenen Papiere in üblicher Frist. Zwar erhielt der Untersuchungsausschuss im Frühjahr 2012 aus Sachsen einen kurzen Hinweis auf die Existenz von Unterlagen, was aber in einem Aktenberg unentdeckt blieb. Die Dokumente selbst, deren Doppel letztlich doch noch beim Bundesamt für Verfassungsschutz aufgetaucht ist und von denen auch Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) wusste, erhielten die Abgeordneten aber erst jetzt nach einer Anfrage des Grünen-Parlamentariers Christian Ströbele an die Regie-

Der Ausschussvorsitzende Edathy hält diese Informationspolitik „für unglaublich, für unsensibel, wenn nicht bösartig“. Ende Oktober will man sich einen ganzen Tag mit dem Kontakt des MAD zu Mundlos befassen. Der sachsen-anhaltinische Geheimdienstchef Limburg trat zurück, weil entgegen bisherigen Beteuerungen auch in seinem Amt die MAD-Akten plötzlich aufgetaucht sind. So sehr jetzt auch diese Affären die Schlagzeilen beherrschen, so gehen die Fälle Kiesewetter und Yozgat im Ausschuss doch nicht unter. Zoff birgt das Problem in sich, dass es der damalige hessische Innenminister und heutige Regierungschef Volker Bouffier (CDU) sowie der seinerzeitige Verfassungsschutz-Präsident Lutz Irrgang 2006 ablehnten, die zum Kasseler Mord ermittelnde Polizei die Spitzel des V-Mann-Führers Andreas T. vernehmen zu lassen. Bei der Befragung Irrgangs vergangene Woche waren die Bundestagsabgeordneten zuweilen konsterniert, wie hartnäckig der Ex-Geheimdienstler diese Entscheidung wegen des Quellenschutzes verteidigte. Ende September wird dazu Bouffier persönlich im Ausschuss befragt.

**»Kein schlüssiges Gesamtbild«** Trotz der im Detail kritisch diskutierten Ermittlungen bei der Ermordung Kiesewetters verteidigten Mögelin und Meyer-Manoras ihr damaliges Vorgehen. Man habe nun mal keine Hinweise auf die Täter gefunden. Die im Rahmen enormer Anstrengungen von Zeugenbefragungen über Funkzellenauswertungen, DNA-Analysen und Profilertheorien bis hin zur Erfassung von 30.000 Auto-kennzeichen gewonnenen „vielen Puzzleteile“ hätten, sagte Mögelin, einfach „kein schlüssiges Gesamtbild“ ergeben. Bis zum Aufliegen des NSU 2011, betonte Meyer-Manoras, „haben wir komplett im Dunkeln getappt“. Binninger monierte indes, man habe einen „Riesenaufwand bei der Verfolgung aller möglichen Spuren“ betrieben, aber die „konkrete Datenauswertung“ sei unzureichend gewesen. Karl-Otto Sattler

## Eingeschränkte Erkundung

**GORLEBEN** Hennenhöfer vor dem Untersuchungsausschuss

Mit der Vernehmung Gerald Hennenhöfers hat der Gorleben-Untersuchungsausschuss des Bundestags am vergangenen Donnerstag einen der wichtigsten Zeugen gehört. Der 64-Jährige sollte Auskunft über Änderungen am Erkundungskonzept für den Gorlebener Salzstock aus der Zeit geben, zu der er zwischen 1994 und 1998 als Leiter der Abteilung für Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium (BMU) wirkte; dieses Amt trat er 2009 erneut an. In den 1990er Jahren hatte man beschlossen, sich bei der Erkundung vorerst auf die Nordostpassage im Gorlebener Salzstock zu beschränken, da für die Südwestpassage nicht die notwendigen Salzrechte vorlagen. Die Abgeordneten hielten Hennenhöfer Warnungen von Behördenexperten vor, die aus sicherheitstechnischen Gründen solch eine Beschränkung kritisch sahen. Auf die Frage, ob diese Warnungen zu ihm als Abteilungsleiter durchgedrungen seien, antwortete er: „Ich kann mich nicht erinnern.“

**»Phantomdiskussion«** Der Spitzenbeamte berichtete, dass ihn der Nordost-Vorschlag anfangs verblüfft habe. Schließlich seien seine Mitarbeitern zu dem Schluss gekommen: „Das geht so.“ Dagegen habe er nichts vorzubringen gehabt. Er wisse nicht, was an dieser Entscheidung „so anrüchig“ sei. „Das ist eine Phantomdiskussion“, sagte Hennenhöfer. Der Ausschuss geht der Frage nach, ob es bei der Entscheidung der Bundesregierung im Jahr 1983, sich bei der Suche nach einem Endlager für Atommüll auf den Standort Gorleben zu beschränken, zu Einflussnahmen oder Manipulationen gekommen ist.

Das Klima in Teilen der Politik und der Energieversorgungsunternehmen (EVU) beschrieb Hennenhöfer damit, dass es in Gorleben vorangehen sollte, „aber nicht zu schnell“. „Es sollte nicht zu viel investiert und es sollten nicht zu viele Fakten geschaffen werden“, fügte er hinzu und betonte: „Wir dagegen waren mehr vom Verantwortungsgedanken geprägt.“ Man habe wissen wollen, ob der Standort grundsätzlich in Frage kommt oder nicht. „Ein Erkundungsmoratorium lehnten wir ab, ein Errichtungsmoratorium konnten wir uns vorstellen.“ Er sei davon ausgegangen, dass erst einmal Fakten gesammelt würden. „Wie damit umgegangen wird, ist offen.“

**»Andere Zeiten«** Die EVU hätten sich damals auf den Wettbewerb vorbereitet und Kosten senken müssen. „Man warf uns in den Planungen zu große Volumina vor und war der Meinung, irgendwann wird man irgendwo im Osten die radioaktiven Abfälle lagern.“ Die Suche nach einem Endlager wird von den EVU finanziert. Ferner behandelten die Abgeordneten eine Art Positionspapier, das Hennenhöfer 1995 angefertigt hatte. „1995 war die Nutzung der Atomenergie für den Beamten Hennenhöfer zu fördern“, sagte er nun über das Papier. „Damals waren andere Zeiten.“ Den heutigen Ansatz unterstütze er nachhaltig. Hennenhöfers Vernehmung galt auch der Vorbereitung auf die nächste Zeugin, die am 27. September vor dem Ausschuss aussagen wird. Es handelt sich um seine damalige Vorgesetzte als Bundesumweltministerin, die heutige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Jan Rübel

## Parlamentskontrolle nötig

**INNERES** Polizeikooperation mit Weißrussland 2011 beendet

Die Ausbildungs- und Ausstattungshilfe für Weißrussland durch die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt hat in der vergangenen Woche den Innenausschuss beschäftigt. Ein Vertreter des Bundesinnenministeriums nannte dabei als Kriterien für Auslandsseinsätze von Polizisten neben der Kriminalitätsbekämpfung die Unterstützung anderer Länder beim Rechtsstaatsaufbau. Er verwies darauf, dass es ab 2005 zunächst einen Wandel in der Zusammenarbeit mit Weißrussland gegeben habe, in dem damals Perspektiven hin zu einer möglichen rechtstaatlichen Entwicklung gesehen worden seien. Von 2008 bis 2011 gab es nach den Worten des Ministeriumsvertreters Ausbildungs- und Ausstattungshilfe in einer Gesamthöhe von 175.000 Euro für das osteuropäische Land mit dem Motiv, dort eine solche Entwicklung zu unterstützen.

**Auch EU war aktiv** Nachdem mit der gefälschten Wahl in Weißrussland im Jahr 2010 deutlich geworden sei, dass sich das Land nicht in Richtung Rechtsstaat entwickelt, sei jedoch entschieden worden, das deutsche Engagement gegenüber der eigentlichen weißrussischen Polizei zu beenden. 2011 wurde dies den Angaben zufolge auf den Grenzschutz-Bereich ausgeweitet und 2012 schließlich ein Verbindungsmann aus Weißrussland abgezogen. Der Ministeriumsvertreter machte zugleich deutlich, dass Deutschland nicht ohne Abstimmung mit anderen Staaten der Europäischen Union gehandelt habe. Wie er weiter erläuterte, war bis 2011 auch die Europäische Union in

Weißrussland aktiv gewesen. Eine Vertreterin des Auswärtigen Amtes sprach in diesem Zusammenhang von einer Reaktion der EU auf „Öffnungstendenzen“ in Weißrussland.

**»Rote Linke«** Die CDU/CSU-Fraktion betonte die Notwendigkeit von Auslandsseinsätzen deutscher Polizisten. Dabei gebe es Übereinstimmung darin, dass Polizeibeamte aus der Bundesrepublik in solche Einsätze geschickt werden. Nötig sei dabei die parlamentarische Kontrolle. Die SPD-Fraktion bejahte die anfängliche Zusammenarbeit mit Weißrussland, doch müsse es bei solchen Kooperationen eine „rote Linie“ geben. Es sei „schon ein bisschen arg lang“ gewesen, dass die Zusammenarbeit bis 2011 fortgesetzt worden sei, monierte sie. Zugleich wandte sie sich dagegen, „eine Art Parlamentspolizei“ einzurichten.

Die FDP-Fraktion unterstrich, man müsse darauf achten, unter welchen Umständen solche Ausbildungsleistungen erfolgen. Auch müsse klar sein, dass Bundespolizisten keinem Risiko ausgesetzt werden. Notwendig sei ein Monitoring, um diese Kräfte gegebenenfalls abzuziehen. Die Fraktion Die Linke nannte es wichtig, dass es eine parlamentarische Kontrolle von Auslandsseinsätzen deutscher Polizeibeamter gebe. Sie warf zudem die Frage auf, welche Kriterien es für Auslandsseinsätze der Bundespolizei gibt. Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hob hervor, dass solche Einsätze parlamentarischer Absicherung bedürften. sto



Gedenken an den ermordeten Halit Yozgat im April 2012 am Kasseler Tatort

Anzeige

**DAS WILL ICH ONLINE LESEN!**

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.

Mehr Themen.

Mehr Hintergrund.

Mehr Köpfe.

Mehr Parlament.

www.das-parlament.de  
parlament@fs-medien.de  
Telefon 069-75014253

Direkt zum E-Paper



**AUFGEKEHRT**

**Nichts zu verschenken**

Deutschland hat nichts zu verschenken. Das sollte man wissen, schließlich stand es in der Zeitung – und zwar in dieser Zeitung. Genauer: in der vorherigen Ausgabe, auf Seite 19. Und wer hat's gesagt? Niemand hat's gesagt, es war bloß die Überschrift eines Artikels aus dem Jahr 2001, abgedruckt als Faksimile anlässlich des 60. Erscheinungsjahres von „Das Parlament“.

Deutschland hat nichts zu verschenken, so war laut Artikel der Tenor der Vorstellung des Bundeshaushaltes für das Jahr 2002 durch den damaligen Finanzminister Hans Eichel (SPD). Endlich sollte gespart und das leidige Thema der Staatsverschuldung angegangen werden. Nicht umsonst kündigte Eichel an, die Neuverschuldung des Bundeshaushaltes auf fünf Milliarden Euro bis zum Jahre 2005 zu senken. Ab dann sollte der Haushalt ausgeglichen sein und keine weiteren Schulden gemacht werden. Schließlich hatte Deutschland nichts zu verschenken, damals.

Und heute? Deutschland hat noch immer nichts zu verschenken. Deshalb verhandelt Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auch so hart über die Euro- und Griechenlandsrettung. Wir verschenken nämlich kein Geld, sondern geben lediglich Hilfskredite. Und die beinhalten – im Unterschied zu Schenkungen – eine Verpflichtung zur Rückzahlung, theoretisch zumindest. Praktisch – wir werden sehen.

Deutschland hat nichts zu verschenken, deshalb sparen wir uns momentan die Zinsen auf Staatsanleihen. Wer die will, soll gefälligst zahlen.

Kritische Zeitgenossen werden jetzt fragen, was aus dem Vorsatz geworden ist, ab 2005 keine weiteren Kredite mehr aufzunehmen. Für 2013 sind immerhin neue Schulden in der Höhe von 18,8 Milliarden Euro eingeplant. Die Antwort ist also ganz einfach: Den Vorsatz haben wir uns – geschenkt!  
Julian Burgert

**VOR 40 JAHREN ...**

**Als das Patt ein Ende nahm**

**20. September 1972: Brandts Vertrauensfrage** Erleichtert wischt sich Kanzler Willy Brandt (SPD) am Abend des 19. November 1972 Schweiß von der Stirn. Gerade haben die Sozialdemokraten mit 45,8 Prozent der Stimmen die von ihm herbeigeführte Neuwahl des Bundestages gewonnen, sind erstmals stärkste Fraktion im Parlament. Zwei Monate zuvor hatte die Koalition aus SPD und FDP keine Mehrheit mehr im Bundestag. Als einige Abgeordnete aus Protest gegen Brandts Ostpolitik das rot-gelbe Lager ver-



Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) stellt am 20.09.1972 die Vertrauensfrage.

ließen und zur Opposition aus CDU und CSU wechselten, hatten beide Seiten 248 Stimmen. Um dieser Patt-Situation ein Ende zu setzen, stellte Brandt am 20. September 1972 als erster Kanzler in der Geschichte der Bundesrepublik die Vertrauensfrage – und verlor sie, um am Ende doch der Gewinner zu sein.

Dabei war Brandt schon seit dem Frühjahr angezählt: Als die sozial-liberale Mehrheit zu schmelzen begann, versuchte Rainer Barzel (CDU) im April per konstruktivem Misstrauensvotum Brandt aus dem Amt zu fegen. Die Abstimmung endete zwar zugunsten Brandts, die schwierigen Mehrheitsverhältnisse aber blieben. Da das Grundgesetz eine einfache Auflösung des Bundestages nicht vorsieht, stellte er die Vertrauensfrage und machte keinen Hehl daraus, was er vorhatte: Es gehe ihm nicht „um ein Votum für die Fortsetzung meiner Arbeit mit dem Bundestag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung“, stellte er klar. „Mir geht es im Gegenteil darum, dass der Weg freigemacht wird für Neuwahlen.“ Sein Plan ging auf. Die Regierungsmitglieder enthielten sich, so dass nur 233 Abgeordnete Brandt das Vertrauen aussprachen. 248 stimmten gegen ihn.  
Benjamin Stahl

**ORTSTERMIN: AUSSTELLUNG ZU 150 JAHREN DEUTSCHER SOZIALDEMOKRATIE**



Einblicke in eine lange Parteigeschichte: Auf der Ausstellungseröffnung im Paul-Löbe-Haus sprachen zahlreiche SPD-Granden Grußworte.

**»Auf der richtigen Seite gestanden«**

„Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen“ – diese Worte sind im Bundestag öfter zu hören, jedoch selten von einem ausgewiesenen Christdemokraten. Und doch eröffnete Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) mit diesen Worten am Mittwoch Abend im Paul-Löbe-Haus des Bundestages die Ausstellung „150 Jahre deutsche Sozialdemokratie: Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“, die vom Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn erarbeitet wurde. Die Ausstellung bietet Ein- und Überblicke zu Vordenkern, Strömungen, Überzeugungen, zentralen Personen und Zäsuren der ältesten demokratischen Partei Deutschlands.

Mit seinen Worten erntete Lammert gleich zu Beginn ein vergnügliches Raunen der Anwesenden, so machem Sozialdemokraten entwich ein amüsiertes „sensationell“. Der Bundestagspräsident hob in seiner Rede die historische Bedeutung der Sozialdemokratischen Partei für die Geschichte Deutschlands und des deutschen Parlamentarismus hervor.

„Die historische Erfahrung zeigt, dass Demokratien entweder durch Parteien organisiert sind oder sie sind keine vitalen Demokratien“, sagte Lammert. Und keine andere Partei habe dabei den deutschen Parlamentarismus über eine so lange Zeit geprägt, wie die SPD.

Als Präsident der Friedrich-Ebert-Stiftung bedankte sich Peter Struck (SPD) für die Möglichkeit, die Ausstellung im Bundestag zu eröffnen. Dies sei ein würdiger Platz, um die große Spanne des Kampfes für Demokratie in Deutschland zu zeigen. Auch für SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles steht diese Ausstellung genau am richtigen Ort, nämlich „im Herzen der deutschen parlamentarischen Demokratie“. Dieser war dem Anlass entsprechend mit roten Rosen geschmückt.

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) erinnerte in seinem Grußwort an die Geschichte der ostdeutschen Sozialdemokratie zwischen Zwangsvereinigung mit der KPD zur SED 1946 und Gründung der ostdeutschen SDP im Herbst 1989. Gerade dieses Kapitel habe gezeigt, „dass man

niemals Gerechtigkeit und Freiheit gegeneinandersetzen, niemals das eine für das andere opfern darf“. Mit seiner emotionalen Rede traf Thierse den Nerv der Zuhörer. Auch von Jürgen Bohm. „Das bewegt einen schon, wenn man wie ich aus dem Osten kommt und die ganzen Veränderung damals direkt miterlebt hat“, so der Berliner.

Für SPD-Fraktionschef Frank Walter Steinmeier (SPD) zeigte diese Ausstellung, dass „die deutsche Sozialdemokratie in den entscheidenden Momenten der deutschen Geschichte auf der richtigen Seite gestanden hat“. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung von Hans-Eisler-Chor Berlin. Ausgelegte Textbogen luden zum Mitsingen ein, nicht viele im Saal benötigten jedoch diesen Service.  
Julian Burgert

Die Ausstellung kann nach vorheriger Anmeldung noch bis Mittwoch, 9. Oktober, im Paul-Löbe-Haus besichtigt werden, und zwar montags bis donnerstags jeweils um 11 und um 14 Uhr sowie freitags um 11 Uhr. Zur Ausstellung gibt es ebenso einen passenden Begleitband.

**LESERPOST**

**Zur Ausgabe 35-37 vom 27.08.2012, „60 Jahre Das Parlament“**

Ich war 15 Jahre Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP) und 34 Jahre Abgeordneter im Schweizerischen Nationalrat. Seit Jahrzehnten habe ich „Das Parlament“ abonniert. Heute bin ich Publizist. „Das Parlament“ hat mir die deutsche Politik nicht nur näher gebracht, ich habe bei der Lektüre viel gelernt und oft gute Ideen übernommen. Für mich als Schweizer Politiker ist „Das Parlament“ eine unverzichtbare Publikation aus dem für uns wichtigsten Nachbarland.  
Helmut Hubacher, Basel

Der Titel „Schreiben für die Demokratie“ führt in die richtige Richtung: Bei der Zeitung „Das Parlament“ handelt es sich in der Tat um ein unverzichtbares demokratisches Unikum! Hier wird versucht, die breite Öffentlichkeit näher über die Arbeit der Parlamentarier zu informieren, was in der ansonsten schnellleibigen und leider sehr oft oberflächlichen Medienlandschaft viel zu kurz kommt. Zusätzlich geben Sie den Parlamentariern die Möglichkeit einer gewissen Selbstreflexion, was wichtiger denn je erscheint, da politische Akkord-Entscheidungen auch nicht zu unterschätzende Fehlerisiken bergen. Meiner Meinung nach sollte das Angebot sogar noch ausgebaut werden, indem man sich zum Beispiel mit einem zweiten Standbein gezielt an junge Menschen wendet.  
Rasmus Helt, Hamburg

Alles Gute zum 60. Geburtstag und für die kommende Zeit. Seit etwa 20 Jahren lese ich nun schon „Das Parlament“ mit Gewinn. Als dann vor Jahren ein Professor im Fach Politikwissenschaften in einem Seminar die Artikel Ihrer Beilage

„Aus Politik und Zeitgeschichte“ (APuZ) als formal und inhaltlich gute Beispiele empfahl, wurden Ihre Produkte auch wissenschaftlich geadelt.  
Hans Dietrich Block, Detmold

Besonders gefreut habe ich mich als Betroffener – von 1977 bis 1991 war ich einer der Leitenden Redakteure – über den Dank von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) für unsere Arbeit. Das hatte ich von dieser Seite in meiner 14-jährigen Tätigkeit nie erfahren. Im Artikel „Mit Argusaugen bewacht“ meines früheren Kollegen Günther Pursch muss ich aber richtigstellen, dass ich vor Arbeitsaufnahme am 1.1.1977 nicht „enger Mitarbeiter des damaligen Bundesinnenministers Gerhart R. Baum“

war, sondern vom Referat Öffentlichkeitsarbeit des Bundesinnenministers Werner Maihofer als gelernter und erfahrener Redakteur zu „Das Parlament“ wechselte. Baum wurde erst Mitte 1978 nach Maihofers Rücktritt Minister. Zudem halte ich es übertrieben, dass unsere Arbeit „mit Argusaugen bewacht“ wurde, sondern eher mit Argwohn gelegentlich verfolgt worden ist. Das verschärfte sich auch erst allmählich und war vom Charakter und Temperament der auf einer parteipolitischen Seite wechselnden Direktoren der damaligen Bundeszentrale für politische Bildung abhängig. Nachdem zum Beispiel die Debattenbeiträge von Koalition und Opposition auf Seite 1 gleichberechtigt standen, gab es öfter Streit um das Titelbild der Ausgabe, weil sich die

Opposition gegenüber der handelnden Regierung naturgemäß im Nachteil fühlte. Erheblich schwieriger wurde es dann aber, wie Pursch behauptete, bei den Themenausgaben in den Parlamentsferien.  
Peter Juling, Bonn

**Anmerkung der Redaktion:** Der Autor des Artikels hat die geschilderte Unschärfe eingeräumt.

Zum 60. Geburtstag der Wochenzeitung „Das Parlament“ möchte ich zunächst herzlich gratulieren. Allerdings war ich während meiner Zugehörigkeit zum Direktorium der Bundeszentrale für Politische Bildung ein Verfechter der Einführung eines Redaktionsstatuts für die Wochenzeitung „Das Parlament“. Dafür konnte ich auch den damaligen Parlamentarischen Staatssekretär Gerhart Baum gewinnen, der sich mit einem einmütigen Votum des Kuratoriums der Bundeszentrale für die Zustimmung zu einem Redaktionsstatut eingesetzt hat.  
Horst Dahlhaus, St. Augustin

In schwierigen Zeiten einen Überblick bei den Massenmedien zu behalten, fällt oft sehr schwer. Deshalb gefiel mir besonders der Artikel „Formatierung der Realität“ von Herrn Professor Bolz. Dessen mahnende Worte, dass Nachrichten und Meinungen heutzutage nicht mehr getrennt seien, sind ernst zu nehmen, da das Vermischen von tatsächlichen Vorgängen mit emotionalen Belangen erschreckend und hinderlich für eine eigene Meinungsbildung ist. Dies ist einer der Gründe, weshalb viele Jugendliche überhaupt kaum mehr in der Lage sind, sich unabhängig ein richtiges Bild von Politik und Welt zu machen.  
Jan Lüneberger, Köln

**SEITENBLICKE**



**PERSONALIA**

**>Josef Vosen † Bundestagsabgeordneter 1979-1998, SPD**

Am 21. August starb Josef Vosen im Alter von 69 Jahren. Der Diplom-Ingenieur aus Düren, SPD-Mitglied seit 1964 und von 1969 bis 1982 Mitglied des Kreistages, amtierte von 1984 bis 1999 als Dürener Bürgermeister. Vosen war von 1984 bis 1994 forschungspolitischer Sprecher seiner Fraktion.

**>Reiner Krziskewitz Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU**

Am 19. September wird Reiner Krziskewitz 70 Jahre alt. Der Bernburger Buchhändler trat 1958 der CDU in der DDR bei. 1989 wurde er stellvertretender CDU-Kreisvorsitzender und war 1990 Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer. Im Bundestag engagierte er sich im Finanzausschuss.

**>Hans-Joachim Jentsch Bundestagsabgeordneter 1976-1982, CDU**

Hans-Joachim Jentsch wird am 20. September 75 Jahre alt. Der promovierte Jurist, CDU-Mitglied seit 1960, war von 1987 bis 1990 hessischer Landtagsabgeordneter. Von 1982 bis 1985 amtierte er als Wiesbadener Oberbürgermeister und von 1990 bis 1994 als thüringischer Justizminister. Im Bundestag gehörte er zuletzt dem Innenausschuss an. Jentsch war von 1996 bis 2005 Bundesverfassungsrichter.

**>Walter Wallmann Bundestagsabgeordneter 1972-1977, CDU**

Am 24. September vollendet Walter Wallmann sein 80. Lebensjahr. Der promovierte Jurist, CDU-Mitglied seit 1961, war von 1966 bis 1972 hessischer Landtagsabgeordneter und amtierte von 1977 bis 1986 als Oberbürgermeister in Frankfurt am Main. 1986 wurde er zum ersten Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit berufen und übernahm 1987 das Amt des hessischen Ministerpräsidenten.

**>Gerhard Rübekönig Bundestagsabgeordneter 1994-2005, SPD**

Am 24. September wird Gerhard Rübekönig 70 Jahre alt. Der Ingenieur aus Ahnatal bei Kassel wurde 1969 SPD-Mitglied, engagierte sich seit 1972 kommunalpolitisch und gehörte dem SPD-Unterbezirksvorstand in Kassel an. Rübekönig war im Bundestag zuletzt Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses und Mitglied des Haushaltsausschusses.

**>Volker Rühle Bundestagsabgeordneter 1976-2005, CDU**

Volker Rühle begeht am 25. September seinen 70. Geburtstag. Der Hamburger Gymnasiallehrer, CDU-Mitglied seit 1963, gehörte von 1970 bis 1976 der Bürgerschaft an und amtierte von 1989 bis 1992 als Generalsekretär seiner Partei. Von 1982 bis 1989 war er stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und von 1992 bis 1998 Bundesverteidigungsminister. Zuletzt amtierte er als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses.

**>Frank Haenschke Bundestagsabgeordneter 1972-1976, SPD**

Frank Haenschke wird am 27. September 75 Jahre alt. Der promovierte Chemiker aus Aalen war seit 1970 SPD-Mitglied, und 17 Jahre Kreistagsmitglied. Im Bundestag arbeitete Haenschke im Innenausschuss mit.

**>Kurt Neubauer Bundestagsabgeordneter 1952-1963, SPD**

Am 30. September vollendet Kurt Neubauer sein 90. Lebensjahr. Der Feinmechaniker aus Berlin trat 1946 der SPD bei und amtierte von 1962 bis 1972 als stellvertretender SPD-Landesvorsitzender. Neubauer war von 1963 bis 1977 Senator und zehn Jahre Bürgermeister seiner Heimatstadt.  
bmh

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 01. Oktober 2012.

**BUNDESTAG LIVE**

Topthemen vom 24.-28.09.2012  
Mietrecht, Vermögensabgabe (Do.), Patientenrechte (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:  
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream



Dr. Frank-Walter Steinmeier, SPD:

## Dieser Haushalt ist ein Dokument von Mutlosigkeit und Kurzsichtigkeit



**Frank-Walter Steinmeier (\*1956)**  
Wahlkreis: Brandenburg an der Havel - Potsdam-Mittelmark I - Havelland III - Teltow-Fläming I

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht nur wir, sondern ganz Europa wird heute Morgen nach Karlsruhe geschaut haben. Die Entscheidung ist, vermute ich, in ihrer Bedeutung für die Zukunft Europas überhaupt nicht zu unterschätzen. Wir ahnen wahrscheinlich alle miteinander, welche Last auf dem Gericht und den Richtern in den letzten Tagen gelegen hat.

Ich will es einmal so sagen: Politisch können und müssen wir über den richtigen Weg aus der europäischen Krise streiten. Aber wir müssen es auf verfassungsrechtlich gesichertem Grund tun. Diese Klarheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir seit heute wieder, und das ist gut an der Entscheidung.

Ich bin froh über diese Entscheidung, weil sie erstens den Weg für den Start des ESM freimacht, weil sie zweitens die Parlamentshoheit über den Haushalt bestätigt, weil es dadurch drittens keine Entscheidung im Rahmen des ESM geben darf, die die Haftung Deutschlands verändert, und weil dadurch viertens – wir haben in den Verhandlungen über Fiskalpakt und ESM darum gekämpft – das Informationsrecht des Bundestages, so das Bundesverfassungsgericht in meinen Worten, Vorrang haben muss vor den Vertraulichkeitsgrundsätzen der ESM-Gremien. Das ist ein wichtiger Gesichtspunkt.

Europäische Integration kann es nur mit demokratischer Kontrolle und Beteiligung geben. Das ist die Kernbotschaft, die wir heute aus Karlsruhe vom Bundesverfassungsgericht erhalten haben. Das ist die gute Botschaft aus Karlsruhe. Die Botschaft

ten, die wir gestern von der Bundesregierung gehört haben, sind hingegen nicht gut.

Auch ich weiß seit einigen Jahren, dass Generaldebatten über den Haushalt oft vieles sind, nur nicht Debatten über den Haushalt. Natürlich wird auch heute Bilanz gezogen nach drei Jahren erfolglosen Bemühens einer Koalition, zu einer Regierung zu werden.

Der Haushalt, den diese Regierung vorlegt, ist ein Dokument, das schon vieles vorwegnimmt. Man stelle sich das einmal vor: Ein Finanzminister im Glück – drei Jahre gute Konjunktur, ein Füllhorn, durch steigende Steuereinnahmen immer wieder aufgefüllt, zusätzlich 10 Milliarden Euro durch den historisch niedrigen Zins als Zusatzgewinn –, und was machen Sie damit? Was ist Ihr ehrgeiziges Ziel? Sie hätten die erste Regierung seit Jahrzehnten sein können, die die Neuverschuldung auf null bringt. Stattdessen verdaddeln Sie die Chance zwischen unseriöser Steuersenkungspolitik und Klientel-befriedigung, zwischen Mövenpick und Betreuungsprämie. Das ist genau das, was ich seit drei Jahren bei dieser Regierung feststelle: Sie, Union und FDP, wollten gemeinsam regieren. Aber Sie hatten nie ein gemeinsames Projekt, nie ein gemeinsames Ziel. Sie wollten die Regierung, aber Sie konnten damit nichts anfangen. Das ist „Politik ohne Morgen“, so hat Franz Müntefering vor kurzem geschrieben. Dafür war Ihre Rede gestern, Herr Schäuble, ein erschütternder Beweis.

Auf eines – auch das muss gesagt werden – ist in dieser Koalition immer Verlass: Jeden Sommer versinkt sie regelmäßig in Streit und Chaos. Da kämpft jeder gegen jeden. Verlässlich war bisher auch immer: Anfang September kündigt dann die Bundeskanzlerin den Neustart an. Dann geht alles wie nach dem alten Motto von Wiktor Tschernomyrdin: Wir wollten alles besser machen, aber am Ende kam es wie immer.

Ich rechne jetzt nicht drei Jahre auf, sage aber einfach nur mit Blick auf diesen einzigen Sommer: nicht nur Streit über Griechenland, nicht nur Streit über Europa, sondern auch Streit über die Energiewende und die Kosten, Streit über die Zuschussrente, Streit über das Betreuungsgeld, Streit über die gleichgeschlechtliche Ehe und steuerrechtliche Diskriminierung, Streit – selbst darüber – über die

Verfolgung von Steueründern; und neben alledem spielt der Innenminister mit den Sicherheitsbehörden „Reise nach Jerusalem“. Das ist der Sommer dieser Regierung.

Da ist keine Linie, da ist keine Führung, da ist keine Entscheidung. Im Kabinett ist jeder gegen jeden. Kaum kommt aus dieser Regierung einmal ein Vorschlag ans Tageslicht, ist entweder die CSU dagegen oder die FDP oder beide, und die CDU ist gespalten. Nichts geht mehr in dieser Regierung. Das ist die bittere Wahrheit über diese Koalition, und die muss heute zur Sprache kommen.

Mein Eindruck ist: Diese Regierung wirkt ein bisschen wie ein schwer angeschlagener Boxer, der in der nächsten Runde dem Ende entgegentaumelt. Ich sage nur: Deutschland braucht mehr. Deutschland braucht etwas anderes als ein weiteres Jahr diese schwarz-gelbe Agonie, die wir jetzt gesehen haben. Das geht so nicht weiter.

Nun ahne ich, Herr Kauder: Wenn das nur der Vorsitzende der Oppositionspartei sagt, dann lässt Sie das im Zweifel kalt. Aber ich ahne auch: Sie alle miteinander wissen sehr genau, das ist bittere Wahrheit. Wir haben keine Zeit für diesen Dauerstreit innerhalb der Koalition. Die Uhr tickt. Mit dieser Regierung läuft uns die Zeit davon.

Noch geht es uns gut; Gott sei Dank. Noch sind die Sozialkassen gut gefüllt. Noch sprudeln die Steuereinnahmen. Aber wenn ich die Vorzeichen richtig deute, dann ist doch eines ganz gewiss, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die fetten Jahre, die wir hatten, sind ganz eindeutig vorbei.

Dass es uns noch vergleichsweise gut geht – Gott sei Dank; ich freue mich darüber –, ist im Übrigen überhaupt nichts, worauf diese Koalition in irgendeiner Weise stolz sein könnte.

Dass es uns heute besser geht als anderen, ist das Ergebnis von Entscheidungen aus der Vergangenheit. Sie ernten auf Feldern, auf denen Sie nie gesät und nie gepflanzt haben. Das ist die Wahrheit.

Ob Sie das wahrhaben wollen oder nicht: Es waren in diesem Land eben Sozialdemokraten und Grüne, die die Weichen neu gestellt haben: mit viel

Streit mit Ihnen, mit viel Streit in den eigenen Reihen. Aber es waren Sozialdemokraten und Grüne, die das Fundament für den Erfolg von heute gelegt haben, niemand anders.

Wir sind damals darangegangen und haben einen Vorrat angelegt.

Wir haben damals den Vorrat angelegt, der uns einen Vorsprung vor anderen verschafft hat.

Aber dieser Vorrat – das wissen Sie auch, Herr Fricke – bleibt nicht ewig, weil Sie die Vorräte, die wir hatten, nicht ergänzen, sondern sie verfrühen.

Wenn man nicht endlich etwas für die Zukunft tut, dann ist der Vorsprung, den wir hatten, bald aufgebraucht.

Eine Lehre aus den schwierigen zehn Jahren, die wir hinter uns haben, sollten Sie mitnehmen: Hätten wir uns damals, vor zehn Jahren, so in die Furche gelegt wie Sie jetzt, dann wäre Deutschland das geblieben, was wir nach den 90er-Jahren waren: das Schlusslicht in der europäischen Wachstumstabelle oder, wie die Zeitungen geschrieben haben, der „kranke Mann Europas“.

Wir haben damals dafür gesorgt, dass dieses Land wieder auf Wachstumskurs geht. Das war Mut zur Verantwortung. Sie machen das genaue Gegenteil. Ihr einziges Ziel ist Machterhalt, und das ist zu wenig.

Meine Frage an diese Regierung und an die Bundeskanzlerin ist deshalb: Was tun Sie, damit unser Land auch in zehn Jahren noch Arbeit und Wohlstand hat? Was tun Sie gegen den drohenden Fachkräftemangel, gegen die Zunahme von prekärer Beschäftigung, gegen die Ungleichbehandlung von Mann und Frau im Beruf, gegen die ungelösten Probleme bei der Integration? Was tun Sie gegen die wachsende Undurchlässigkeit unseres Bildungssystems? Und: Was tun Sie angesichts des Desasters, in das Sie sich selbst mit Ihrer kopflosen Energiepolitik geführt haben?

Wenn es uns nicht gelingt, dafür zu sorgen, dass Deutschland auch in zehn Jahren noch ein attraktiver Industriestandort mit bezahlbaren Energiepreisen ist, dann können wir uns die ganzen gegenwärtigen Rentendebatten sparen. Ohne funktionierende Unternehmen wird auch der Sozialstaat ausbluten. Dann wird es keine Beschäftigung geben, jedenfalls nicht für 41 Millionen Menschen wie gegenwärtig.

Unser Land hat ein Zukunftsproblem; das habe ich eben kurz skizziert. Aber es hat auch ein Gerechtigkeitsproblem, und ich behaupte: Das

eine hat mit dem anderen zu tun. Frau von der Leyen hat mit großem Eifer in den letzten Wochen das Problem der Altersarmut entdeckt. Inzwischen hat die Regierung gegen Frau von der Leyen beschlossen, dass es doch keine Altersarmut gibt und damit auch keinen Handlungsbedarf. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, versuchen Sie, eine Debatte, die Sie zunächst begonnen haben, jetzt wieder möglichst schnell zu beerdigen, weil sie Ihnen schlicht unwillkommen ist.

Aber ich sage Ihnen voraus: Es gibt eine Wahrheit, an der sich auch eine Koalition von Union und FDP nicht vorbeidrücken kann. Wir müssen in dem Bereich der drohenden Altersarmut etwas tun. Nur, Frau von der Leyen, wie Sie es anfangen, geht es am Ende auch nicht. Sie zäumen das Pferd von hinten auf. Armut im Alter folgt der Armut im Erwerbsleben. Die Ursache von Altersarmut ist Erwerbsarmut.

Deshalb ist das beste Rezept gegen Altersarmut: gute Löhne, entschiedener Kampf gegen Missbrauch von Zeit- und Leiharbeit und – auch wenn Sie es nicht mehr hören können; ich sage es trotzdem noch einmal – ein bundesweit verbindlicher gesetzlicher Mindestlohn. Das brauchen wir.

Über all das muss man reden – über einen wirklichen Zukunftsentwurf, wenn Sie so wollen, der Arbeitsmarkt und Demografie endlich zusammenbringt –, aber eben nicht über ein allzu dürftiges Zuschussrentenkonzept, das noch nicht einmal in der eigenen Partei, geschweige denn in der Koalition auf Zustimmung stößt. Damit können Sie keine Angebote machen, über die man ernsthaft reden kann, meine Damen und Herren.

Aber, Herr Schäuble, nachdem ich Ihnen gestern zugehört habe, ist es auch gar nicht nötig, darüber zu reden. Sie haben gesagt, der Gegensatz zwischen Arm und Reich in Deutschland, der da herbeigeredet werde, sei – ich zitiere Sie wörtlich – „ein Hirngespinnst“. Das haben Sie geruht uns mitzuteilen. Wenn das Ihre Haltung ist, dann brauchen wir in der Tat auch keine Vorsorge gegen Armut im Alter. Dann brauchen wir in diesem Land

Fortsetzung auf Seite 2

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. [www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)



Fortsetzung von Seite 1: Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD)

keinen Kinderzuschuss für Alleinerziehende. Dann brauchen wir auch keinen Mindestlohn. Ich sage Ihnen nur: Wer so denkt, der versteht auch nicht, warum die normalen Leute in unserem Land es satt haben, immer wieder zur Kasse gebeten zu werden für die Folgen von manchen Maßlosigkeit und Verantwortungslosigkeit bei den wirtschaftlichen Eliten dieses Landes.

Sie werden nicht verstehen, warum die Menschen einfach nicht mehr kapieren und akzeptieren, dass, wenn wir über die Systemrelevanz von Banken reden, immer Opfer des Steuerzahlers gemeint sind, die anschließend eingefordert werden. Da gibt es entgegen Ihrer gestrigen Aussage, Herr Schäuble, ganz viel Ungerechtigkeit in unserem Land. Das ist kein Hirnspinnst. Ich sage, es ist im Gegenteil so: Soziale Balance ist systemrelevant für Demokratie. Wir werden das eine nicht ohne das andere haben. Das ist die Lehre, die wir aus der Krise auf den Finanzmärkten ziehen sollten.

Nicht nur diesen Zusammenhang haben Sie gestern geleugnet. Der Haushalt, den Sie diese Woche präsentieren, ist eigentlich ein Dokument von Mutlosigkeit und auch von Kurzsichtigkeit. Sie stellen sich einfach hin und sagen den Leuten überall in Europa: Nehmt euch ein Beispiel an uns! Wir sind ein Muster an Haushaltsdisziplin. – Nur, die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Sie predigen Wasser und trinken Wein. Sie setzen die Neuverschuldung jetzt mit 18,8 Milliarden Euro an. Das ist sogar noch mehr – daran führt kein Weg vorbei – als die 17,3 Milliarden Euro im Jahr 2011. Wir haben Ihnen gestern ja zugehört. Aber Sie können noch so kreativ mit Vergleichszahlen umgehen und hier herumdozieren, es bleibt dabei: Trotz jährlich steigen-

der Steuereinnahmen in den letzten drei Jahren steigt Ihre Neuverschuldung. Ich möchte einmal wissen, wem Sie das in Europa als Beweis für Haushaltsdisziplin durchgehen lassen würden – vermutlich niemandem.

Auch wenn Sie es gestern von hier aus noch einmal bestritten haben, Herr Barthle: Nicht nur die SPD und die anderen Oppositionsfraktionen haben den Verdacht, dass Sie sich mit all dem eine Sparbüchse – allerdings eine milliarden schwere Sparbüchse – angelegt haben, um dann im nächsten Jahr, im Wahljahr, dem einen oder anderen schwächelnden Minister noch ein bisschen unter die Arme greifen zu können. Das ist doch der Grund, weshalb nicht nur die Bundesbank, sondern auch der Bund der Steuerzahler Ihnen sagt: Dieser Haushalt zeugt von mangelndem Ehrgeiz. – Und das ist der Grund, weshalb wir sagen: Dieser Haushalt stellt vielleicht die Vorbereitung auf ein Wahljahr dar, nicht aber die Vorbereitung auf ein Haushaltsjahr; denn das Haushaltsjahr hätten Sie angesichts der enormen Steuereinnahmen ganz anders, viel besser, viel ehrgeiziger angehen können, als Sie es tun.

Die größte Gefahr ist allerdings nach wie vor die europäische Krise, zu deren Lösung Sie in den letzten drei Jahren nichts Entscheidendes haben beitragen können, noch nicht einmal zu deren Eindämmung. Im Gegenteil: Drei Jahre werkeln Sie herum. Die Krise eskaliert von Jahr zu Jahr. In diesen drei Jahren ist die Krise – an den Zahlen kann niemand vorbei – vor allen Dingen in südeuropäischen Staaten größer geworden. In diesen drei Jahren ist auch das Risiko für Deutschland gestiegen. Ich weiß nicht, ob Sie das über den Sommer hinweg verfolgt haben: Das sind schon dramatische Wachstumseinbrüche, die wir in einigen südeuropäischen Staaten haben, vor allen Dingen in einem Land, das hier relativ selten zur Sprache kommt, nämlich in Spanien. Deshalb darf man sich mit Blick auf die gesamte Währungszone nicht wundern, dass es innerhalb der Euro-Zone alles in allem einen Aufwärtstrend von 15 Prozent gibt. Ich spreche nicht von Griechenland. Ich spreche von der gesamten Währungszone. Sie haben auch gesehen, dass das mittlerweile in einzelnen Branchen bei uns ankommt. Kurzarbeit bei Ford in Köln ist nicht das einzige Signal.

Ich bin nicht hier, um schlechte Laune zu machen, sondern das sind schlicht und einfach die Zahlen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Wenn Sie einmal einen Blick auf diese Zahlen werfen – das sollten Sie nach der Haushaltsdebatte ernsthaft tun –, dann wissen Sie auch: Bei diesem europäischen Krisenszenario, über das wir hier jetzt zum wiederholten Male sprechen, ist Matthäi am Letzten. Jetzt mit dem Finger auf andere zu zeigen, wie sich das in den vergangenen Monaten und Jahren immer bewährt hat, hilft nicht mehr, weil jeder sieht: Der Werkzeugkasten,

auch der Werkzeugkasten dieser Regierung, ist leer.

Jetzt landen Sie genau da, wo ich es Ihnen in meiner vorletzten Rede hier im Deutschen Bundestag vorausgesagt habe. Ich habe gesagt: „Sie werden am Ende beim Anleihekauf der EZB landen“ – und das jetzt unbegrenzt. Das ist die grandiose Leistung, für die Sie sich, Herr Schäuble, gestern hier mit Selbstlob überschüttet haben.

Ich bin – da können Sie sicher sein – nicht mit den Klagezielen des Kollegen Gauweiler einverstanden. Aber in einem hat er recht: Es waren am Ende auch Sie, diese Bundesregierung, Frau Merkel, die die EZB nach und nach in diese Richtung geschoben haben. Nur, jetzt, am Ende dieser Entwicklung, können Sie sich doch nicht hinstellen und rufen: Haltet den Dieb. – Das geht nicht.

Es hat einige Jahre ganz gut funktioniert, sich hier und in der deutschen Öffentlichkeit immer als der deutsche Sparfuchs hinzustellen. Als Griechenland ein 40-Milliarden-Euro-Problem war, haben Sie posant: Keinen Cent für Griechenland! – Dann haben Sie den ersten Rettungsschirm aufgespannt, dann den zweiten und dann immer neue, immer zu spät, immer zu klein. Sie haben rote Linien gezogen, um anschließend, nach dem Überschreiten der roten Linien, das Gegenteil von dem zu machen, was am Tag vorher noch in Stein gemeißelt war. Was Sie gemacht haben, war – vermutlich wird sich das zeigen, wenn wir in einigen Jahren zurück auf diese Jahre schauen – die teuerste Variante der Antikrisenpolitik.

Jetzt, da Rettungsschirme in Milliardenhöhe gefüllt, verteilt, wieder aufgefüllt und wieder verteilt worden sind, kommt oben drauf, was vor einem Jahr für Sie alle noch der Gottseibeius war. Mit Verlaub, Frau Merkel, das war aus unserer Sicht immer ein wenig scheinheilig.

Was einen ärgert – auch das sage ich Ihnen ganz offen –: Sie haben sich oft auch von diesem Podium aus den Mund über Alternativen zu Ihrer Politik zerrissen, die auch von anderen ja durchaus vorgestellt worden sind. Sie haben sich über Ideen empört, selbst wenn sie aus Ihrem eigenen Sachverständigenrat, dem Rat der Weisen, kamen, etwa die Idee des europäischen Schuldentilgungsfonds. Sie haben sich nicht nur darüber empört, sondern Sie haben das geradezu als Verrat an deutschen Interessen dargestellt. Jetzt, nach dem Scheitern der ganzen Rettungsschirmpolitik, irrt dieser Teil des Plenums samt der Regierung einigermaßen plan- und ziellos herum. Jetzt auf einmal, am letzten Wochenende – ich traue meinen Augen nicht –, wird umstandslos gutgeheißen, was vor zwölf Monaten noch der Untergang des Abendlandes war.

Das können Sie doch der deutschen Öffentlichkeit nicht vorführen. So kann man doch Glaubwürdigkeit in der Politik nicht erlangen.

Damit ich nicht missverstanden werde: Der EZB ist dabei überhaupt nichts vorzuwerfen. Sie tut das, was jetzt noch zu tun ist, als die einzig noch verbliebene handlungsfähige europäische Institution. Sie muss das jetzt tun, weil kein anderer mehr in Europa verhindert, dass die Währungsunion den Bach runtergeht. Aber dass sie das so tut, wie es am Freitag beschlossen wurde, zukünftig ohne jede Begrenzung nach oben und ohne jede demokratische Kontrolle, liegt in der Verantwortung auch dieser deutschen Regierung, und das werden wir der Öffentlichkeit sagen.

Ich habe es ja geahnt – Herr Schäuble, Sie haben es gestern auch hier vom Podium gesagt –: Sie haben erklärt, es werde deshalb alles ganz anders, weil ja sichergestellt sei, dass die Länder, denen durch die Anleihekäufe der EZB Hilfe gewährt werde, erst einmal Programmland werden müssten. Im Übrigen könne ja nichts passieren, weil die EZB selbst auf den sogenannten Primärmärkten überhaupt nicht tätig werden dürfe. Ich habe es geahnt, dass diese Versicherung von heute an die deutsche Öffentlichkeit und auch hier an das Parlament geht.

Nur, es gibt ja schon Papiere Ihrer Regierung, die beschreiben, wie das in Zukunft anders aussehen könnte: dass die EZB spanische Anleihen auf dem Sekundärmarkt kauft, der ESM Anleihen auf dem Primärmarkt, der ESM dann die gekauften Anleihen an Drittbanken weiterverkauft und die EZB dieser Drittbank die Anleihen wieder abkauft. Im Ergebnis jedenfalls landen alle diese Anleihen bei der EZB, deren Anleihenportfolio auf diese Weise mit schlechten Anleihen immer mehr wächst. Das ist das Ergebnis der Entscheidung, die am Freitag getroffen worden ist, auch wenn das Handeln der EZB in dieser Situation notwendig ist.

Ob Sie das wahrhaben wollen oder nicht – wenn Sie es heute bestreiten, dann werden wir uns in sechs Monaten hier wieder darüber unterhalten –: Das ist nichts anderes als so etwas Ähnliches wie eine Banklizenz durch die Hintertür. Das ist natürlich unvermeidbar auch Vergemeinschaftung von Schulden, allerdings – das ist der Unterschied zu uns – ohne demokratische Kontrolle, ohne klare, nachvollziehbare Regeln und Auflagen, oder ganz kurz: Das, was Sie der deutschen Bevölkerung in den letzten Jahren immer als Ziel Ihrer Politik vor Augen geführt haben, wird jedenfalls durch die Entscheidungen, die Sie jetzt neuerdings begrüßen, ins Gegenteil verkehrt. Das müssen wir der Öffentlichkeit sagen.

Herr Schäuble, bei alledem, worüber wir reden: Was ist eigentlich mit der Besteuerung der Finanzmärkte?

Was die EZB jetzt zur Währungsstabilisierung in Europa tut und tun muss – ich sage es noch einmal –, das ist, ob man es beabsichtigt oder nicht – das muss gar nicht das Hauptziel sein –, ganz nebenbei, natürlich auch ein Bankensanierungsprogramm, weil auf diese Weise die Banken die Möglichkeit haben, schlechte Papiere, zum Beispiel über den eben beschriebenen Weg, bei der EZB zu deponieren. Deshalb ist es auch kein Wunder, dass die Märkte im Augenblick so reagieren. Die Bankenaktien schießen natürlich im Augenblick mit dieser Erwartung durch die Decke. Ich sage noch einmal: Das kann man vielleicht gar nicht vermeiden, dass sich die Banken auf diese Weise mit sanieren. Die Frage ist nur: Wo bleibt denn Ihre Forderung, dass der Bankensektor spätestens jetzt auch ernsthaft besteuert wird? Ich habe den ganzen Sommer über dazu von Ihnen nichts gesehen und gehört.

Es gab keinen Druck, der irgendwie sichtbar geworden wäre, keine Forderungen an die europäischen Partner, von denen ich gehört hätte.

Deshalb frage ich noch einmal mit Blick auf Ihre gestrige Rede, in der Sie sich ja für die Konditionalität so gelobt haben: Wo ist denn diese Konditionalität, wenn es einmal nicht um Sparprogramme bei der Sozialpolitik geht, sondern wenn es um die Beteiligung der Finanzmärkte an der Bewältigung der Kosten der Krise geht? Dazu haben wir hier etwas vermisst.

Ich verstehe es nicht. Ich verstehe dieses dröhnende Schweigen nicht, weil wir uns gemeinsam nach schwierigen Verhandlungen darauf verständigt haben, dass dies Ziel unserer gemeinsamen Politik ist. Was ich mich frage: Wann, wenn nicht in einer solchen Situation, wann, wenn nicht an einer solchen Schwelle, an der wir sozusagen die Methode der Auswege aus der europäischen Krise völlig umstellen, wann, wenn nicht jetzt, da die Europäische Zentralbank mit Ihrer Billigung neue Aufgaben erhält, wann, wenn nicht jetzt, gäbe es die Chance, die Skeptiker innerhalb der Währungsunion davon zu überzeugen, den Weg in die Finanzmarktbesteuerung mitzugehen? Jetzt wäre der Weg gegeben, und jetzt wäre Konditionalität gefragt.

Ich habe jedenfalls nicht gehört, dass irgendwelche Initiativen in diese Richtung unternommen worden sind. Das ist in meinen Augen auch in diesem Bereich ohne jeden Ehrgeiz. Es ist bei der Finanzmarktbesteuerung wie bei den anderen politischen Feldern, über die ich gesprochen habe: Es ist die Haltung dieser Regierung, möglichst die Ziele nicht ehrgeizig zu setzen, sondern irgendwie darauf zu vertrauen, dass man schon durchkommt. Ich sage am Ende nur: Das ist zu wenig für Deutschland. Das ist zu wenig für Europa. So kommen wir eben gerade nicht durch.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Beschlüsse

Im Plenum des Bundestages wurden am 13. September 2012 folgende Vorlagen ohne Aussprache abschließend beraten:

### Zustimmung

Haushalt Anträge „Entlastung der Bundesregierung für das Haushaltsjahr 2010“ (Bundesministerium der Finanzen, 17/5648, 17/6009);  
Unterrichtungen „Bemerkungen des Bundesrechnungshofes 2011 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes (einschließlich der Feststellungen zur Jahresrechnung 2010)“ (Bundesrechnungshof, 17/7600, 17/9250, 17/10104);  
Antrag „Rechnung des Bundesrechnungshofes für das Haushaltsjahr 2011“ (Bundesrechnungshof, 17/9600, 17/10105);  
Wahlvorschlag „Wahl eines Mitgliedes des Vertrauensgremiums gemäß Paragraph 10a Absatz 2 der Bundeshaushaltsordnung“ (CDU/CSU-Fraktion, 17/10660, gewählt: Stefanie Vogelsang)



Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

## Mir ist nicht Bange um die Zukunft Deutschlands



Angela Merkel (\*1954)  
Bundeskanzlerin

Wir hatten letztes Jahr 3 Prozent Wachstum, und wir sind auch robust in dieses Jahr gestartet. Die Arbeitslosigkeit liegt unter 3 Millionen. Es ist im Augenblick die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist zurückgegangen. Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen unter 25 Jahren hat sich seit 2005 mehr als halbiert. Die Jugendarbeitslosigkeit gehört zu den geringsten Jugendarbeitslosigkeiten in Europa. Das zeigt: Gerade junge Menschen haben in Deutschland eine Chance.

Wir haben immer wieder gesagt: Wir wollen stärker aus der Krise hervorgehen, als wir hineingegangen sind. – Genau das ist uns gelungen. Das ist vor allen Dingen der Erfolg der Menschen in diesem Lande, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Unternehmer. Aber es ist auch der Erfolg der christlich-liberalen Koalition.

Unsere Politik folgt dabei drei Prinzipien: solide Finanzen, Solidarität mit den Schwachen und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, um die Zukunft zu sichern.

Das gilt sowohl – da sprechen wir immer mit der gleichen Stimme – für unser Vorgehen in Europa als auch für unsere Politik hier bei uns zu Hause, und zwar ist das gespeist aus der festen Überzeugung, dass es Deutschland auf Dauer nur gut geht, wenn es auch Europa gut geht.

Deshalb sagen wir: Wir haben eine schwere Krise, eine Krise, die mit Staatsschulden zu tun hat, eine Krise, die mit unterschiedlicher Wettbewerbsfähigkeit zu tun hat.

Wir haben diese Krise noch nicht überwunden. Wir werden sie auch niemals mit einem Paukenschlag überwinden. Aber ich sage auch: Wir haben erste Fortschritte bei der Krisenbewältigung erreicht.

Wir haben Solidaritätsmechanismen – das sind der ESM und die EFSF – und auch Fortschritte bei der Wettbewerbsfähigkeit. Das heißt, wir haben auf der einen Seite Solidarität und auf der anderen Seite die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit immer zusammen gesehen.

Die Schwierigkeiten, die wir zurzeit haben, sind ganz wesentlich in den einzelnen Mitgliedsländern, insbesondere der Euro-Zone, entstanden. Deshalb müssen die Probleme, auch wenn es hart ist, auch wenn es den Menschen in diesen Ländern viel abverlangt und auch wenn schon sehr viel dabei erreicht

wurde, ganz vorrangig in den einzelnen Ländern gelöst werden.

Herr Steinmeier, Sie haben es so hingeworfen, Griechenland sei ein 40-Milliarden-Problem. Ich weiß nicht, ob Sie das ernsthaft glauben.

Schauen Sie sich bitte einmal die strukturellen Probleme Griechenlands an! Ich glaube, verantwortliche Politiker in Griechenland, die es gut mit Griechenland meinen und die die Probleme sehen – vom Katasteramt bis zum Eintreiben von Steuern und vielem anderen mehr –, würden einen solchen Satz nicht sagen, dass Griechenland ein 40-Milliarden-Problem ist.

Deshalb sage ich, dass die Dinge an der Wurzel angegangen werden müssen. Neben der Frage der Überwindung der Schuldenkrise zeigt sich immer mehr – das macht die Schwierigkeit aus –, dass wir gleich-

**Deshalb sage ich:  
Das ist ein guter  
Tag für  
Deutschland, und  
es ist ein guter  
Tag für Europa.**

zeitig eine unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit in Europa haben. Das ist das eigentliche Problem. Da stellt sich die Frage: Wohin wollen wir denn mit unserem europäischen Kontinent? Wollen wir vorne

mit dabei sein, oder wollen wir uns durch eine schnelle Haftungsunion in der Mitte treffen und dann alle von den Weltmärkten und den Schwellenländern abgekoppelt sein? Das wollen wir nicht, die christlich-liberale Koalition. Das ist der Unterschied, meine Damen und Herren.

Es ist doch verständlich: Wir in der Europäischen Union sind weniger als 10 Prozent der Bevölkerung der Welt. Wir produzieren ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts der Welt. Wir geben 50 Prozent der Sozialausgaben in der Welt aus. Das muss miteinander in Einklang gebracht werden, entweder indem wir wettbewerbsfähiger werden oder indem wir kürzen müssen. Ich möchte, dass wir wettbewerbsfähiger, innovativer, kreativer werden. Dieser Weg muss beschritten werden, und daran arbeiten wir.

In dieser schwierigen Krise hat jede Institution ihre Verantwortung. Da ist es richtig, dass der Europäische Rat, die Parlamente der Mitgliedstaaten des Euro-Raums, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament ihre Verantwortung wahrnehmen. Aber dazu gehört auch, dass die Europäische Zentralbank im Rahmen ihrer Verantwortung – sie gründet auf Unabhängigkeit und ist auf die Erhaltung der Geldwertstabilität begrenzt – ihre Pflichten wahrnimmt. Das tut sie, und, meine Damen und Herren, sie

tut es mit einer Maßgabe, die unseren Kurs unterstützt, nämlich mit der Maßgabe, dass die Ursachen ganz wesentlich in den Mitgliedstaaten selbst liegen und dass deshalb eine strenge Konditionalität die Maßnahmen der Europäischen Zentralbank begleiten muss. Das hat die Europäische Zentralbank gesagt, und nicht die, die ihre Unabhängigkeit zu respektieren haben. Deshalb sage ich: Wir empfinden das als Unterstützung unseres Kurses.

Im Kern geht es in Europa um noch etwas anderes. Das, was ich genannt habe, sind die Indikatoren; aber insgesamt geht es um die Rückgewinnung von verloren gegangenen Vertrauen. Die Glaubwürdigkeit unseres Handelns in der Europäischen Union und ganz besonders in der Euro-Zone ist angekratzt; sie ist erschüttert worden und muss wiedergewonnen werden. Man kann drum herumreden, wie man will: Das Zurückgewinnen von Vertrauen dauert. Das ist ein schwieriger Prozess, und an dem arbeiten wir.

Neben all den Maßnahmen, die in den Nationalstaaten zu passieren haben, neben den Solidaritätsmechanismen, die wir etabliert haben, brauchen wir natürlich auch etwas, das die Gründungsdefizite der Wirtschafts- und Währungsunion, das, was damals nicht geleistet wurde, ausgleicht. Deshalb müssen wir auch die Wirtschafts- und Währungsunion fortentwickeln. Wir haben dabei wichtige Schritte schon erreicht: Der Fiskalpakt ist heute vom Bundesverfassungsgericht genehmigt worden. Wir haben erreicht, dass wir einen Euro-Plus-Pakt haben, in dem wir sagen: Wir müssen koordinierter zusammenarbeiten. Aber ich sage, dass die Verbindlichkeit dieser Zusammenarbeit in beiden Bereichen noch nicht ausreicht. Deshalb wird sich Deutschland aktiv daran beteiligen, wenn es um die Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion geht, wie wir es bereits tun.

Das Prinzip dabei muss sein, dass wir nicht möglichst viel nach Europa geben, sondern nur das verbindlich machen, was unbedingt notwendig ist, auf der anderen Seite aber das bei den Nationalstaaten lassen, was bei den Nationalstaaten bleiben kann, aber dass das, was wir untereinander versprechen, auch wenn es zwischen den Regierungen ist, auch wirklich eingehalten wird. Was soll die Welt denn davon halten, wenn wir vor Jahr und Tag – im Übrigen unter meinem Vorgänger – beschlossen haben, dass jedes europäische Land 3 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung ausgibt, und man heute in Europa zwischen 0,7 Prozent und 3,5 Prozent alles finden kann, sich also keiner an das hält, was man beschlossen hat? Das muss aufhören, meine Damen und Herren. Deshalb müssen die nationalen Politiken verbindlicher werden; es muss von der Kommission eingefordert werden können, dass diese nationalen Poli-

tiken auch durchgesetzt werden. Darum geht es.

Wir werden deshalb in diesem Deutschen Bundestag bis Dezember über weitere Schritte zu einer Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion sprechen. Ich sage noch einmal: Dabei geht es nicht um die Form – brauchen wir eine Vertragsänderung: ja oder nein? –, sondern um das Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion. Was dafür notwendig ist, wird gemacht, und dann wird man auch den rechtlich notwendigen Weg finden. Es geht zunehmend – das sage ich ausdrücklich – auch um die demokratische Legitimierung dieser Schritte. Wir werden uns darüber zu unterhalten haben: Welche Rolle spielt das Europäische Parlament? Welche Rolle spielen die nationalen Parlamente? – Das ist ganz wichtig, um Akzeptanz in der Bevölkerung für unsere Weiterentwicklung zu schaffen, meine Damen und Herren.

Es ist auch vollkommen richtig, sich noch einmal daran zu erinnern, wie die ganze Krise eigentlich entstanden ist, und zu fragen: Was haben wir denn in der Finanzmarktregulierung erreicht, was haben wir im Bereich der Banken erreicht? Die Krise ist von Bankenversagen ausgegangen, und deshalb ist es richtig, dass wir festgestellt haben: In Europa – auch das müssen wir sehen – haben die nationalen Bankenaufsichten nicht ausreichend Handlungsfähigkeit bewiesen. Deshalb ist es gut und richtig, jetzt insbesondere im Euro-Raum Vorschläge für eine gemeinsame Bankenaufsicht zu machen. Die Kommission hat Vorschläge vorgelegt. Dazu wird die Bundesregierung Stellung nehmen; darüber werden wir uns im Parlament unterhalten. Aber auch hier sage ich: Es geht vor allen Dingen darum, dass diese Aufsicht qualitativ funktioniert, nicht darum, dass sie möglichst schnell in Kraft tritt, aber dann nicht funktioniert. Es geht auch nicht darum, dass möglichst jeder überwacht wird – das kann die Europäische Zentralbank gar nicht leisten –; es geht um die Qualität der Überwachung und nicht allein um die Quantität. Das wird der Maßstab unserer Prüfung sein.

Ich darf sagen, dass wir natürlich einiges bei der Regulierung erreicht haben, zum Beispiel schärfere Eigenkapitalregeln. Wir haben längst die für die Restrukturierung der Banken in Deutschland notwendigen rechtlichen Grundlagen erarbeitet; jetzt werden sie in Europa erarbeitet. Wir haben einzelne Finanzgeschäfte, zum Beispiel die Leerverkäufe, eingeschränkt; Europa ist nachgezogen. Wir werden jetzt im Bereich Hochfrequenzhandel tätig, und auch hier wird Deutschland Motor sein. Auf internationaler Ebene wird zurzeit insbesondere über die Schattenbanken gesprochen. Auch hier sage ich: Deutschland und Europa müssen



Fortsetzung von Seite 3: Dr. Angela Merkel (Bundeskanzlerin)

Motor sein, um diese internationale Finanzmarktregelung voranzutreiben. Es gibt Tendenzen, die zeigen, dass andere daran nicht so interessiert sind, und dagegen müssen wir uns mit aller Macht stemmen.

Wir haben hier im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Fiskalpakts miteinander davon gesprochen, dass wir eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionsteuer wollen. Der Bundesfinanzminister wird natürlich alles tun und tut alles, um dies umzusetzen. Dass die Kommission im August nicht gearbeitet hat, Herr Steinmeier, können Sie uns nicht anlasten. Aber schon beim nächsten Treffen der Finanzminister wird das Thema wieder auf die Tagesordnung kommen; denn wir wollen die Finanztransaktionsteuer. Tatsache ist, dass sich bei den Ländern, die im Augenblick akute Schwierigkeiten mit ihren Banken haben, die Euphorie, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen, im Augenblick etwas in Grenzen hält. Das heißt, wir werden in dieser Frage Treiber sein; aber wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass es Länder gibt, die dazu eine andere Meinung haben. Es ist gut, dass es dem Finanzminister gelungen ist, eine Gruppe von Ländern zusammenzubringen, die sich für eine verstärkte Zusammenarbeit einsetzen will. Selbstverständlich werden wir Ihnen regelmäßig darüber berichten.

Meine Damen und Herren, unsere nationale Politik findet jetzt in einem international schwierigen Umfeld statt. Das weltweite Wirtschaftswachstum ist schwach; das europäische Wachstum zeigt leicht rezessive Tendenzen, wenngleich wir das nicht kleinreden sollten. Als wir jüngst in Spanien auf der großen Investorenkonferenz waren, ist etwas sehr Interessantes berichtet worden; ich finde, man muss den Ländern auch ein bisschen Mut machen. Die Spanier haben gesagt: Die Absätze in der Industrie, insbesondere im Bereich Export, wachsen. – Der Einbruch beim Wirtschaftswachstum rührt natürlich daher, dass im öffentlichen Sektor erhebliche Reduktionen vorgenommen werden. Aber wollen Sie denn allen Ernstes sagen, dass das nicht gemacht werden soll, nur um kurzfristig gute Wachstumszahlen zu haben? Diese Anpassungen sind notwendig; gleichzeitig muss die Wettbewerbsfähigkeit für den unternehmerischen Sektor gestärkt werden, und genau das macht Spanien. Auf diesem Weg wünschen wir Spanien allen Erfolg.

Unsere nationale Politik entspricht den Prinzipien von soliden Finanzen, Solidarität mit den Schwachen und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Aber wir tragen auch im europäischen Umfeld Verantwortung. Immer wieder wird uns gesagt: Versucht, durch eine gu-

te Binnennachfrage einen Beitrag zur Ankurbelung der Weltwirtschaft zu leisten, weil ihr es euch aufgrund eurer Haushaltssituation leisten könnt. Genau das spiegelt sich in unserem Haushalt wider.

Ich bin etwas traurig, erschüttert und durcheinander, weil Sie zwischen Soll und Ist immer noch nicht unterscheiden können und deshalb falsche Informationen über die Haushalte verbreiten. Aber wir werden nicht nachlassen, unsere Statistiken immer wieder sorgsam nachzureichen.

Wir werden Ihnen unsere Statistiken immer wieder zur Verfügung stellen.

Auf jeden Fall werden wir schon im nächsten Jahr, also drei Jahre früher, als nach Vorgabe des Grundgesetzes erforderlich, die Schuldengrenze von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen. In dieser schwierigen Situation werden die Haushalte 2014 bis 2016 auf nahezu

dem gleichen Niveau bleiben – das zeigt die mittelfristige Finanzplanung –, und bei gutem Verlauf ist ein ausgeglichener Haushalt wieder in Reichweite gerückt. Wenn man einmal überlegt, dass wir 2009 mit einem veranschlagten Defizit von über 80 Milliarden Euro in die Debatte gegangen sind, kann ich nur sagen: Die christlich-liberale Koalition hat hier wunderbar gearbeitet.

Dieser Haushalt war – soweit es die Bundeskanzlerin betrifft – von mir zu verantworten. Ich finde nur, wir haben super gearbeitet. Wenn ich mit einem Defizit von über 80 Milliarden Euro gestartet bin und jetzt bei 18 Milliarden Euro angekommen bin, dann ist das doch eine tolle Arbeit.

Entschuldigung, das wird man doch einmal sagen dürfen.

Wir wollen, dass Deutschland menschlich und wirtschaftlich erfolgreich ist. Deshalb setzen wir vor allen Dingen auf Investitionen in die Zukunft. Das ist es, woran wir uns auch messen lassen. Deshalb haben wir Jahr für Jahr mehr Geld für Forschung und Entwicklung ausgegeben: 13 Milliarden Euro insgesamt in dieser Legislaturperiode. Meine Damen und Herren, man denkt: Da, wo nicht geklagt wird, passiert nichts. Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir im gesamten Forschungsbereich – durch die Hightech-Strategie, durch unsere Bildungsausgaben, durch den Ausbildungspakt und durch vieles andere mehr – Dinge geschafft haben, die man vor Jahren noch nicht für möglich gehalten hätte. Wir haben benachteiligten Kindern und Jugendlichen mehr Chancen gegeben. Wir haben mehr Studierende an den Hochschulen. Wenn der Bund nicht durch den Hochschulpakt helfen würde, hätten wir riesige Probleme. Benachteiligten Kin-

dern helfen wir durch das Bildungspaket.

Wir haben die berufliche Bildung modernisiert und neu strukturiert. Ich will an dieser Stelle noch einmal sagen: Egal wohin wir kommen in Europa – ob das Portugal ist, ob das Italien ist, ob das Spanien ist, ob das Frankreich ist –, wir werden um unser duales Ausbildungssystem beneidet; denn es ist für eine moderne Industriegesellschaft das geeignete Ausbildungssystem.

Deshalb ist es auch unsere gemeinsame Aufgabe, bei der OECD dafür zu sorgen, dass, neben den vielen guten und richtigen Aufforderungen, dass mehr Menschen studieren, das Berufsbildungssystem nicht einfach abgeschlagen zur Seite gestellt wird, sondern die Priorität hat und die Anerkennung bekommt, die diesem System in hochentwickelten Industriegesellschaften zukommt.

Ich habe doch nur gesagt: Lassen Sie uns das gemeinsam bei der OECD angehen. Ich bin schon in Brüssel vorstellig geworden und habe gesagt: Man kann auch eine gute Pflegekraft werden, wenn man nur zehn Jahre zur Schule gegangen ist und drei Jahre Ausbildung gemacht hat. Man muss nicht Abitur haben. – Das müssen wir gemeinsam vertreten. Das ist es, woran wir arbeiten müssen.

Der Bericht „Bildung in Deutschland“ zeigt, dass wir heute weniger Kinder mit sozialem und wirtschaftlichem Bildungsrisiko haben, dass wir bei der Bildungsbeteiligung von Migrantinnen und Migranten Fortschritte machen. Unsere Integrationsgipfel – das ist übrigens die Arbeit nicht allein der Bundesregierung, sondern auch der Länder und Kommunen – haben sich bewährt. Das

Niveau der Schulabschlüsse ist gestiegen. Mehr junge Menschen studieren Ingenieurwissenschaften, als wir es vor Jahr und Tag hatten. Das alles sind Entwicklungen, die sich in der Zukunft für uns auszahlen werden. Dabei leitet uns das Ziel: Jedes Kind soll die gleichen Chancen auf eine hervorragende Bildung haben. Ich habe in meinem Bürgerdialog, bei dem ich mit vielen Menschen gesprochen habe, die sich online beteiligt haben, immer wieder gehört, dass der Wunsch geäußert wird, den Menschen eine Chance auf Bildung zu geben, und dass Bund, Länder und Kommunen eng zusammenarbeiten. Deswegen unterstütze ich das, was Annette Schavan sagte, nämlich einen Bildungsrat einzurichten und alle Akteure zusammenzunehmen, um hier voranzukommen.

Meine Damen und Herren, Investitionen in die Zukunft, das heißt auch, sich auf die augenblicklichen und zukünftigen Entwicklungen vorzubereiten. Wir alle wissen, dass der demografische Wandel, die Ver-

änderung der Altersstruktur unserer Gesellschaft, das Thema der nächsten Jahre und Jahrzehnte sein wird. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Deutschland heute schon das Land mit dem höchsten Altersdurchschnitt in der Welt ist. Diese Tendenz wird sich verstärken. Was bedeutet das? Das bedeutet, dass die schleichende Veränderung, die wir gar nicht jeden Tag mitbekommen, dazu führt, dass sich in Zukunft Lebenszeit anders verteilen wird, dass sich in den ländlichen und städtischen Regionen der Bundesrepublik Deutschland die Bevölkerungsstrukturen verändern werden. Das heißt, die Frage: „Wie gestalte ich meine Lebenszeit?“ wird das tragende Thema der nächsten Zeit werden. Genau deshalb haben wir gesagt: Darauf brauchen wir Antworten. Deshalb haben wir unsere Demografiestrategie begonnen: zuerst mit einem Bericht über die Fakten im Oktober 2011, dann hat der Bundesinnenminister zusammen mit den anderen beteiligten Ressorts ein Aufgabenpaket vorgestellt.

Danach sind wir auf Länder, Kommunen, Sozialpartner und Bürgergesellschaft zugegangen und haben gesagt: Wir wollen sechs Handlungsfelder definieren und in Arbeitsgruppen darüber sprechen, was wir hier erreichen können. Am 4. Oktober wird der Demografiegipfel stattfinden; im Mai/Juni 2013 werden wir dann über die Ergebnisse berichten. Das Erstaunliche ist, dass alle, die wir ansprechen und mit denen wir reden, mehr als bereit sind, sich dieses Themas anzunehmen, und sagen: Wir wollen dabei mitwirken.

Natürlich haben wir auch eigene Aufgaben. Dazu gehört die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindertagesstättenplatz. Am 1. August 2013 muss dieses Ziel erreicht sein. Die Bundesregierung hat jetzt noch einmal 580 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, damit wir dieses Ziel wirklich erreichen können. Das war wichtig, weil die Zahl derer, die ein solches Angebot in Anspruch nehmen wollen, in unserer Gesellschaft zunimmt. Ich sage aber auch: Jetzt sind alle verpflichtet, dies umzusetzen, damit wir diesen Rechtsanspruch am 1. August nächsten Jahres einlösen können.

In diesem Zusammenhang werden wir für diejenigen, die staatliche Betreuungsangebote nicht in Anspruch nehmen wollen, im Herbst ein Betreuungsgeld verabschieden. Für uns gehört beides zusammen.

Wir haben auch in einem anderen Bereich gehandelt. Wir haben gesagt: Wir müssen die Pflegeversicherung reformieren. Dabei waren zwei Dinge wichtig: Zunächst brauchen wir eine bessere Betreuung von Menschen mit Demenzerkrankungen. Wir brauchen auch eine bessere Betreuung der Personen, die in Pflege

sind. Jeder weiß, wie viele Familien in unserem Lande umtreibt, wie das zu organisieren ist. Wir werden aber auch Anreize zur privaten Vorsorge setzen, weil wir glauben, dass das Pflegerisiko in der Zukunft steigen wird, und weil wir Menschen ermuntern wollen, für den Pflegefall Vorsorge zu treffen.

Private Vorsorge anzubieten, ist wie bei der Alterssicherung – darauf komme ich gleich noch – auch im Bereich Pflege sehr vernünftig.

Sie haben damals die Riester-Vorsorge als private Vorsorge vorgeschlagen.

Es gibt, glaube ich, gute Gründe, so auch in Bezug auf andere Lebensrisiken vorzugehen.

Weil wir wissen, dass die Rentenversicherung und die Altersarmut ebenfalls wichtige Themen sind, haben wir bereits in unserer Koalitionsvereinbarung verankert, dass wir uns genau mit diesen Fragen beschäftigen wollen. Deshalb ist es richtig, dass die zuständige Ministerin dazu Vorschläge gemacht hat. Dieses Risiko haben wir nicht erst vor drei Tagen gesehen. Vielmehr haben wir dies bereits zu Beginn unserer Regierungstätigkeit als ein Risiko notiert, bei dem Handlungsbedarf besteht.

Dass das ein sehr komplexes Fragenpaket ist, werden Sie erkennen, wenn Sie sich die Fakten anschauen. Hier sage ich: Wir brauchen unbedingt Antworten auf diese Fragen, vor allem für diejenigen, die wenig verdienen, die eine unterbrochene Erwerbsbiografie haben – hierunter übrigens viele Menschen in den neuen Bundesländern –, und zwar nicht erst in 30 Jahren, sondern relativ bald, weil schon 20 Jahre lang eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht. Das betrifft vor allen Dingen diejenigen, die heute niedrige Einkommen haben.

Zur Debatte gehört aber auch – und darauf werden wir achten –, dass sie realistisch geführt wird. Wer den Eindruck erweckt, dass ein Mindestlohn von 7,50 Euro oder 8,50 Euro eine Antwort auf das Problem der Altersarmut ist, der wird sich nicht um eine reale Betrachtung der Fakten verdient machen, sondern weiß, dass er mit Argumenten kommt, die nicht stimmen. Schauen Sie sich die Fakten an, und dann können wir darüber reden. Ich bin sehr dafür.

Auch bei uns in der Koalition gibt es Diskussionen über die Frage: „Brauchen wir Lohnuntergrenzen, ja oder nein?“ Aber den Eindruck zu erwecken, dass das Konzept eines einheitlichen Mindestlohns von 8,50 Euro eine Antwort auf das Problem der Altersarmut ist, ist nicht redlich. Deshalb müssen wir dagegen angehen.

Die Koalition wird Vorschläge unterbreiten, so wie wir es in der Koalitionsvereinbarung als Aufgabe definiert haben, und zwar relativ bald.

Wegen des demografischen Wandels werden wir uns weiterhin mit dem Thema Fachkräftemangel beschäftigen. Hier hat die Bundesregie-

**Deshalb ist es richtig, dass die zuständige Ministerin dazu Vorschläge gemacht hat.**



zung in zwei Bereichen gehandelt: auf der einen Seite mit der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse – diese Maßnahme beginnt jetzt zu wirken – und auf der anderen Seite mit der Umsetzung von Maßnahmen zur verbesserten Zuwanderung von Hochqualifizierten. Auch hier haben wir nicht nur weitreichende Vorschläge gemacht, sondern auch die entsprechenden Beschlüsse gefasst.

Wenn wir über Zukunft sprechen, dann sprechen wir auch über die Zukunft des Industriestandorts Deutschland. Natürlich war die Energiewende, natürlich waren die Beschlüsse, die wir im Juni 2011 im Lichte der Ereignisse von Fukushima gefällt haben, eine Zäsur. Ich möchte noch einmal daran erinnern: Damals

haben wir diese Beschlüsse in großer Gemeinsamkeit in diesem Hohen Hause gefällt. Es steht uns gut an, über dieses wirklich große Projekt, dieses große Ziel, bei dem viele Menschen auch außerhalb Deutschlands auf uns schauen und fragen: „Können wir es schaffen, das Zeitalter der erneuerbaren Energien schnell zu erreichen und trotzdem ein guter Industriestandort zu bleiben?“, weiter gemeinsam zu diskutieren und nicht Scheinbarrieren aufzubauen.

Man muss sagen: Wir haben gewusst, dass das kein einfacher Weg wird. Wir haben auch gewusst, dass wir dabei Neuland beschreiten.

Deshalb sage ich Ihnen: Sie werden noch in diesem Jahr den ersten Monitoringbericht über das, was geschafft wurde, bekommen. Darüber wird dann hier diskutiert. Es gibt inzwischen – ich will Ihnen berichten, was geschehen ist – eine Arbeitsstruktur mit vielen Unterarbeitsstrukturen.

Ich glaube, dass das sehr wichtig ist. Schauen Sie, die Energiewende kann der Bund alleine nicht schaffen.

Bund und Länder müssen zusammenarbeiten.

Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir viele Plattformen haben, auf denen diese gemeinsame Arbeit zwischen Bund und Ländern stattfindet.

Ich spüre den Willen der Ministerpräsidenten, der Energieminister und der Umweltminister der Länder – der Wirtschaftsminister und der Bundesumweltminister sind hier viel unterwegs –, dieses für Deutschland so wichtige Problem gemeinsam zu lösen.

Ich biete Ihnen, den Oppositionsfractionen, an, Sie in diese Gemeinsamkeit einzubeziehen.

Je gemeinsamer wir das machen, desto besser.

Der Ausbau der Netze kommt voran. Es gibt viele Projekte im Zusammenhang mit dem sogenannten ENLAG-Gesetz, die sich verzögert haben; ich will das hier nicht weiter ausführen. Der Netzbedarfsplan wird jetzt aber erstellt durch die Bun-

desnetzagentur, durch die Betreiber. Das entsprechende Gesetz werden wir vor Jahresende vorlegen.

Dabei geht es um die großen Gleichspannungsübertragungsleitungen, die die Grundlage dafür sind, dass wir mehr Strom aus erneuerbaren Energien an die Industrieproduktionsstandorte bekommen.

Der Ausbau im Bereich erneuerbarer Energien geht zügig voran. Die Probleme der Offshorewindenergieerzeugung sind gelöst worden. Die entsprechenden Kabinettsbeschlüsse dazu gibt es. Wir haben eine EEG-

Novelle auf den Weg gebracht, die sich mit der Reduktion der Förderung der Solarenergie befasst. Jetzt kommt ein Punkt, der zur Redlichkeit wirklich dazugehört, wenn wir das Projekt erfolgreich abschließen

wollen: Der Ausbau im Bereich der Solarenergie überschreitet alle Prognosen, die wir jemals gehabt haben. Ich erinnere an die wichtigen Studien von Prognos usw., die wir bekommen haben. Es hat technische Entwicklungen gegeben – das ist genau das, was ich mit „Neuland“ meine –, die man so nicht hat absehen können. Wir werden Ende des nächsten Jahres wahrscheinlich um die 40 Gigawatt Leistung im Solarbereich haben. Um einen Vergleich zu geben: An einem normalen Tag braucht Deutschland eine zur Verfügung gestellte Leistung von 60 Gigawatt. 40 Gigawatt werden wir mit Solarenergie erreichen – nur dass die Sonne nicht den ganzen Tag scheint. Wir haben einen Kompromiss gefunden: Wir haben den Ausbau im Bereich Solarenergie bei 50 Gigawatt gedeckelt.

Meine Damen und Herren, erst dafür zu sein, dass der Bereich der Solarenergie stärker gefördert wird, und sich anschließend, jetzt, im Herbst, darüber zu beklagen, dass die Umlage stärker steigen wird, als wir gedacht haben, das geht nicht zusammen, wenn man es mit der Energiewende ehrlich meint.

Es geht auch nicht, dass man verschweigt, dass Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, von der Umlage befreit werden müssen, weil sie sonst die Menschen, die dort beschäftigt sind, entlassen müssten. Man kann nicht dafür eintreten, dass auch diese Unternehmen die EEG-Umlage zahlen müssen, nur um sich bei Bürgerinnen und Bürgern lieb Kind zu machen. Das werden wir nicht durchgehen lassen; denn zur Redlichkeit gehört: Wir wollen eine effiziente Wirtschaft, wir wollen Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie, und wir wollen die Energiewende schaffen. Das muss zusammengebracht werden, und da muss man auch die unangenehmen Wahrheiten aussprechen.

Es wird im Verlaufe des Herbstes auf noch etwas ankommen. Wir ha-

ben nicht nur sehr große Kapazitäten im Solarbereich, sondern Planungen für Windenergie, nach denen wir, wenn wir sie addieren, um 60 Prozent über dem liegen, was wir an Windenergie in den nächsten Jahren brauchen werden. Deshalb müssen wir auch hier mit den einzelnen Ländern darüber sprechen: Wie bauen wir die Windenergie so aus, dass wir den richtigen Pfad von Preisgünstigkeit und Schaffung von mehr Kapazität für erneuerbare Energien hinbekommen?

Auch das geht ohne Absprachen zwischen Bund und Ländern nicht. Darauf werden wir im Laufe des Herbstes zurückkommen.

Ich sage Ihnen: Kassandrarufe bei dem Thema Energiewende sind völlig unangebracht. Neulich hat jemand in der Zeitung Die Zeit geschrieben: Wir sind auf einem 10 000-Meter-Lauf, und wer nach 1 000 Metern schreit: „Das ist alles nicht zu schaffen“, der hat die Aufgabe nicht verstanden. – Wir fühlen uns dieser Aufgabe verpflichtet – der Wirtschaftsminister, der Umweltminister, die ganze Bundesregierung, die Koalitionsfraktionen.

Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass wir das schaffen. Es wird eines der ganz gelungenen Projekte für Deutschland werden; ich bin davon zutiefst überzeugt.

Meine Damen und Herren, wir sind uns alle schnell darin einig, wenn es heißt: Der Aufschwung, das, was wir uns erarbeitet haben, muss bei den Menschen ankommen. Deshalb möchte ich noch zwei bzw. drei Themen ansprechen; eines hängt mit dem Umweltschutz zusammen.

Wir wissen, der große Markt, auf dem wir CO<sub>2</sub> einsparen können, auf dem wir Wachstum generieren können, ist die Gebäudesanierung. Seit über einem Jahr verhandeln wir nun über die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung. Es gibt Rechnungen über Rechnungen, in denen nachgewiesen wird, dass die Zunahme bei den Mehrwertsteuereinnahmen die Ausfälle bei der Einkommensteuer um ein Vielfaches übersteigt. Die Umweltverbände, das deutsche Handwerk, alle Gruppen, die mir überhaupt bekannt sind, haben sich vielfach flehentlich an die SPD-regierten Bundesländer gewandt, sie mögen hier doch bitte gemeinsam mit uns eine Lösung finden. Deshalb sage ich ganz einfach: Tun Sie etwas Gutes für die Energiewende, indem Sie endlich der Gebäudesanierung das Tor öffnen, damit wir hier handeln können.

Meine Damen und Herren, wir sollten gerade die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die so wesentlich dazu beigetragen haben, dass wir so gut durch die Krisenjahre gegangen sind, die zu Flexibilität bereit waren – wenn man sich einmal die Arbeitszeitkonten anschaut, dann sieht man, welche Flexibilität wir da gewonnen haben –, fair an den ansteigenden Einnahmen beteiligen. Es ist absolut unverständlich, dass es so schwierig ist, über einen

ansteigenden Grundfreibetrag und die Verringerung der kalten Progression mit der Sozialdemokratie und den Grünen zu diskutieren.

Wir haben vorgeschlagen, dass der Bund von den Steuerausfällen einen größeren Anteil übernimmt, als es eigentlich unsere Aufgabe wäre. Dass Sie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht das geben wollen, was ihnen zusteht, wenn sie die verdiente Lohnerhöhung bekommen, das werden wir thematisieren, wenn Sie Ihre Meinung nicht ändern.

Wir erleben täglich, dass sich Menschen in unserem Land den Veränderungen stellen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben das in der Krise getan. Wir sehen, dass die Soldatinnen und Soldaten es tun, wenn es um die Umstrukturierung der Bundeswehr geht. Wir haben über die Maßen bei der Aussetzung der Wehrpflicht das erfreuliche Erlebnis gehabt, dass der Zivildienst durch einen Bundesfreiwilligendienst ersetzt werden konnte, weil Menschen sich eingebracht haben. Es gibt ein überwältigendes ehrenamtliches Engagement in unserem Land. All das macht es möglich, auf eine sich verändernde Welt überhaupt reagieren zu können.

Die Menschen erheben auch ihre Stimme, wenn es um die Grundlagen unseres freiheitlichen demokratischen Zusammenlebens geht. Das haben wir bei den schrecklichen Attentaten im Zusammenhang mit den NSU-Morden erlebt. Ich wiederhole hier – auch angesichts der Vorgänge von gestern –: Wir tun alles – wenn ich „wir“ sage, dann meine ich die gesamte Bundesregierung –, um die Dinge aufzuklären, und der Bun-

desinnenminister tut alles, um die Sicherheitsstrukturen so zu formen, wie es notwendig ist, damit sich in Zukunft solche Dinge nicht wiederholen.

Wir wollen, dass die Menschen in diesem Land, auch wenn sie verschiedenen Religionen angehören, friedlich zusammenleben können. Deshalb wird die Bundesregierung auch das einlösen, worum sie der Bundestag gebeten hat, nämlich einen Gesetzesvorschlag für die Beschneidung vorlegen. Das ist uns wichtig. Das ist die Grundlage: Gewaltlosigkeit, Integration. Deshalb sage ich: Die Bundesregierung wird das alles unterstützen. Ich freue mich zum Beispiel darüber, dass die Bundesligavereine an diesem Samstag nicht mit ihren normalen Trikots spielen werden, sich für die Integration von Migranten einsetzen und sagen: Geh deinen Weg, egal woher du kommst. Wir wollen, dass du Erfolg in diesem Land hast. – Diese Bestrebungen wollen wir unterstützen.

Die Politik setzt Leitplanken – das tun wir –, aber die Politik ist auch darauf angewiesen, dass die Menschen in diesem Land ihr Land gern haben, ihr Land lieben und ihren Beitrag für das Gelingen dieses Lan-

des leisten. Ich habe Ihnen berichtet, welche Leitplanken wir setzen, und ich freue mich, das für ein Land zu tun, in dem die Menschen so aktiv, so bereit sind, eine gute Zukunft für ihre Kinder und Enkel zu gestalten. In diesem Sinne ist mir nicht bange um die Zukunft Deutschlands.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und FDP)

**Ich sage Ihnen:  
Kassandrarufe bei  
dem Thema  
Energiewende  
sind völlig  
unangebracht.**

**Wir erleben  
täglich, dass sich  
Menschen in  
unserem Land den  
Veränderungen  
stellen.**



Die EZB kauft ab jetzt unbegrenzt Anleihen der Krisenstaaten.



Dr. Gregor Gysi, DIE LINKE:

## Ich sage nur soviel: Sie bringen nichts mehr zustande



Gregor Gysi (\*1948)  
Wahlkreis: Berlin-Treptow – Köpenick

Meine Damen und Herren! Das Bundesverfassungsgericht hat heute früh entschieden, die einstweiligen Anordnungen nicht zu erlassen.

Sie haben davon gesprochen, Frau Bundeskanzlerin, aber Sie haben nichts zu den Auflagen gesagt. Herr Trittin meinte, die Linke hätte heute eins auf die Mütze bekommen.

Ich glaube, er hat das Urteil nicht verstanden.

Ich will versuchen, es Ihnen kurz zu erklären. Nach meiner Kenntnis – ich bin mir nicht hundertprozentig sicher – ist es überhaupt das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, dass das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, dass völkerrechtlich verbindliche Vorbehalte erklärt werden müssen – das ist sehr viel mehr als nichts –, und zwar in zwei Richtungen: Erstens muss völkerrechtlich verbindlich geklärt werden, dass es ein Überschreiten der Haftung Deutschlands von 190 Milliarden Euro nur dann geben darf, wenn Deutschland vorher zugestimmt hat.

Zweitens – ich sage gleich etwas zu Ihnen – muss trotz der Schweigepflicht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Europäischen Zentralbank und anderer Regelungen gesichert werden, dass der Bundesrat und der Bundestag umfassend und vollständig zu informieren sind. Wenn Sie sagen, dass das schon im Gesetz steht, dann sagen Sie dem Bundesverfassungsgericht, dass es Überflüssiges entschieden hat. Hat es aber nicht, ganz im Gegenteil.

Ich sage Ihnen auch, warum. Das ist ein indirekter Eingriff in die Verträge. Völkerrechtlich verbindliche Vorbehalte zu erklären, ist schwierig. Ich warne Sie jetzt vor Folgendem, Frau Bundeskanzlerin: Wenn Sie die Vorbehalte formulieren, lassen Sie das nicht allein die Regierung entscheiden. Bundestag und Bundesrat müssen

über die Vorbehalte mitentscheiden.

Um eine völkerrechtlich verbindliche Regelung zu treffen, könnte es sogar sein – das ist noch strittig –, dass alle anderen Länder zustimmen müssen. Ich sage Ihnen: Hier hat das Bundesverfassungsgericht erst einmal ein Stoppzeichen gesetzt, weil vieles zu klären ist. Das Bundesverfassungsgericht hat noch etwas gesagt: Wenn die Vorbehalte nicht wirksam werden, dann gelten die Verträge für Deutschland nicht. Das hat es ausdrücklich betont.

Wir haben also zwei Dinge erreicht – wir, nicht Sie; die Fraktionen von Union, SPD, FDP und Grünen haben diesbezüglich nichts unternommen; es hat sie nicht interessiert –: Wir haben erreicht, dass es eine Haftungsbegrenzung für Deutschland gibt und dass Bundesrat und Bundestag mehr Rechte haben. Das heißt, wir haben die Demokratie bereichert.

Eigentlich müssten Sie sich heute hier hinstellen und sagen: Danke, liebe Linke! – Denn das verdanken Sie uns. Das ist die Wahrheit.

Sie haben zu Recht, Frau Bundeskanzlerin, darauf hingewiesen, dass die Krise von den Banken verursacht wurde. Deshalb – ich wiederhole es – ist der Begriff Schuldenkrise völlig falsch, weil damit immer der Eindruck erweckt wird, als seien die Sozialausgaben und Ähnliches in den betroffenen Ländern zu hoch gewesen. Nein, wir haben für die Pleitebanken, die spekuliert und gezockt haben, gezahlt, in Griechenland, in Spanien, in Italien, in Deutschland, überall. Das hat die hohe Verschuldung verursacht. Ich frage Sie: Warum können wir uns nicht darauf verständigen, dass es nicht die Pflicht der europäischen und damit auch der deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ist, für die Zockerei der Banken zu bezahlen? Wieso werden die dafür eigentlich in Anspruch genommen?

In den Bundesländern wurde gerade über einen Staatsvertrag, in dem es um Spielkasinos geht, verhandelt. Folgendes fand ich ganz witzig: Eine linke Landtagsfraktion hat beantragt, die Banken mit aufzunehmen. Das ist von Ihnen natürlich abgelehnt worden. Aber ich sage Ihnen: Ja, die Banken sind zu Spielkasinos verkommen. Ich nenne Ihnen nur ein Beispiel: Was zurzeit weltweit in Bezug auf Lebensmittel geschieht, ist abenteuerlich. Da wird spekuliert, und die Lebens-

mittel werden immer teurer. Die nehmen Hunger in Kauf, nur um Profite zu machen. Das spricht für Menschenverachtung. Dagegen sollten Sie etwas tun, Frau Bundeskanzlerin.

In Europa wird nun der Weg der harten Kürzungsaufgaben beschritten. Ich halte diesen Weg für falsch; denn er verschärft die Krise. Ich nenne einige Zahlen: In Griechenland beträgt die Arbeitslosenquote derzeit 25 Prozent, in Spanien 22 Prozent. Die Jugendarbeitslosenquote beträgt in Griechenland 55 und in Spanien 53 Prozent. Ich frage Sie: Was soll aus diesen Jugendlichen werden? Ich ahne schon, wie die Überschriften in der Bild-Zeitung lauten werden, wenn diese Jugendlichen später kriminell werden und strafbare Handlungen begehen. Jetzt werden die Ursachen dafür gelegt. So kann man die Probleme Europas nicht lösen.

**Eigentlich müssten Sie sich heute hinstellen und sagen: Danke, liebe Linke!**

Wir erleben Kürzungen bei Löhnen, bei Renten, beim Arbeitslosengeld und bei Investitionen. Ich nenne Ihnen nur ein Beispiel – Sie haben es ja sehr gewür-

digt, Frau Bundeskanzlerin –: Portugal. In Portugal müssen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab 2013 um 7 Prozent höhere Versicherungsbeiträge zahlen, und die Unternehmen werden bei den Versicherungsbeiträgen um 5,5 Prozent entlastet. Es findet wie immer eine Umverteilung von unten nach oben statt. Und die Rentner in Griechenland? Sie sind krankenversichert und müssen trotzdem alle Medikamente selbst bezahlen, weil ihnen sonst nicht geholfen wird. Eine Frau, die in Griechenland zur Entbindung in ein Krankenhaus muss, muss die Entbindung selbst bezahlen; sonst wird ihr ärztlich nicht geholfen. Sagen Sie einmal: Wo leben wir eigentlich? Es gibt doch wohl Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen!

Die Wirtschaftsleistung Griechenlands ist um ein Fünftel zurückgegangen; solche Zahlen gab es früher nur im Krieg. Aber in einem Punkt hat Frau Bundeskanzlerin recht: Wenn Griechenland aus dem Euro-Raum austritt, dann wird Griechenland nicht nur verelenden, sondern das wird auch teuer für Deutschland. Das kostet uns mindestens 62 Milliarden, wenn nicht gar 80 Milliarden Euro. Außerdem würde das einen Dominoeffekt auslösen. Ich sage Ihnen: Die Ratingagenturen und Hedgefonds greifen sich dann Portugal, später Spanien und Ita-

lien, und dann ist der Euro tot. Wenn der Euro tot ist, führt das zu einer Katastrophe in Deutschland. Würden alle Länder in Europa ihre nationalen Währungen wiederbekommen, wäre das nicht nur ein Rückschritt, sondern hätte auch zur Folge, dass die anderen Länder ihre Währungen so lange abwerten würden, bis wir dorthin so gut wie nichts mehr verkaufen können. Dann bricht hier die Außenwirtschaft zusammen, mit allen damit verbundenen Folgen wie Arbeitsplatzproblemen etc. Tun Sie nicht so, als seien Sie altruistisch! Deutschland braucht dringend den Euro. Das ist die Wahrheit.

Wir müssen – ich sage es noch einmal – auch endlich von der gescheiterten Politik der Kürzungen wegkommen. Herr Steinmeier, Sie sind darauf eingegangen, dass SPD und Grüne die Voraussetzungen dafür geschaffen haben. Gerade jährt sich die Agenda 2010. Womit war die Agenda 2010 verbunden? Mit der Senkung des Rentenniveaus, mit der Teilprivatisierung der Rente, mit der Schaffung eines Niedriglohnssektors, mit einer umfassenden prekären Beschäftigung wie erzwungener Teilzeit, Befristung, Leiharbeit und all diesen üblen Sachen. Vorgestern feierte Gerhard Schröder den Jahrestag der Agenda 2010.

Auch Sie würdigen ihn; auch die SPD ist stolz. – Oskar Lafontaine sprach vor denselben Studierenden dagegen und erklärte: Sie war die Einleitung des Sozialabbaus und die Entsozialdemokratisierung der SPD. – Ich finde, nicht Gerhard Schröder, sondern Oskar Lafontaine hat recht.

In den letzten zehn Jahren sind die Reallöhne um 4,5 Prozent, die Renten um 8 Prozent und die Sozialleistungen um 5 Prozent gesunken. Knapp 8 Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnssektor, sie verdienen Stundenlöhne von unter 7 Euro, unter 6 Euro, sogar unter 5 Euro brutto. Im letzten Jahr waren 2,7 Millionen Menschen befristet beschäftigt. Fast jede zweite Neueinstellung ist befristet. Hinzu kommen Leiharbeiter, Aufstockerinnen und Aufstocker und anderes. Sie können doch die Probleme nicht einfach negieren. Schröder und Fischer, SPD und Grüne, aber auch Union und FDP begründen das immer damit, dass das im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, also im Hinblick auf hohe Exportzahlen, nötig sei. Deutschland lebt über seine Verhältnisse, weil wir sehr viel mehr herstellen, als wir verbrauchen. Andere Länder leben unter ihren Verhältnissen, weil sie weniger herstellen. Deutschland ist ja nicht zufällig Vizeexportweltmeister.

Aber wenn wir Länder arm machen, die bei uns kaufen, dann kau-

fen sie hier weniger ein, und auch wir spüren das dann. Fragen Sie doch einmal die Beschäftigten bei Opel, die das schon erleben. Die Exporte aus Deutschland nach Italien, Spanien, Griechenland und Portugal sind schon um 10 Prozent zurückgegangen. Wir senken in anderen Ländern die Kaufkraft, und das hat Folgen auch für uns; so einfach ist das. Alles steht doch in einem Zusammenhang. Wenn der Export in Deutschland zusammenbricht, führt das – ich habe es schon gesagt – zu einer steigenden Arbeitslosigkeit mit verheerenden sozialen Folgen.

Ich höre schon jetzt, wie Union, SPD, FDP und Grüne dann rufen: Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands wiederherstellen! – Wenn sie das rufen, dann heißt das: wieder runter mit den Löhnen und den Renten, noch mehr Geringverdienende und noch mehr prekär Beschäftigte.

Das ist der falsche Weg. Wir brauchen endlich, und zwar im Süden Europas wie in Deutschland, einen Weg, um die Binnenwirtschaft zu stärken. Wir brauchen höhere Löhne, höhere Renten und Sozialleistungen, mehr soziale Gerechtigkeit und darüber eine Stärkung der Binnenwirtschaft.

Für die Südländer, also Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, brauchen wir einen Marshallplan, wir brauchen Aufbau- und nicht Abbaukredite; das wissen wir aus unserer eigenen Geschichte. Außerdem müssen wir nicht immer den Umweg über private Banken gehen, die wir reich machen, sondern Direktkredite gewähren. Nur wenn die Länder über Steuereinnahmen verfügen, können sie Darlehen zurückzahlen. Anders kann das überhaupt nicht funktionieren. Wenn Sie den

Süden Pleite machen, sorgen Sie damit dafür, dass Deutschland seine Gelder nicht zurückbekommt. So einfach ist das.

Übersetzt bedeutet das Folgendes: Ich will immer, dass es meiner Nachbarin

gut geht. Aber wenn ich ihr Geld gebe, will ich erst recht, dass es ihr gut geht; denn nur dann bekomme ich mein Geld zurück. Das ist ganz einfach.

Die EZB leiht den Privatbanken Geld für 0,75 Prozent Zinsen für drei Jahre, und die Banken unterstützen dann Italien und andere Länder für 6 Prozent Zinsen. Das heißt, sie nehmen Staatsgeld, geben es einem Staat und verdienen die Differenz. Womit rechtfertigen Sie das eigentlich gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern in Deutschland?

Auch ich sage: Es muss Auflagen für Griechenland geben. Zum Beispiel müssen die Militärausgaben halbiert werden, die reichen Griechen endlich gerecht besteuert werden, Steuerhinterziehung wirksam

**Das heißt, sie nehmen Staatsgeld, geben es einem Staat und verdienen die Differenz.**



bekämpft werden. Dafür bin auch ich. Aber wir brauchen noch etwas: Wir müssen endlich den Weg gehen, die Verursacher der Krise und die, die einen Nutzen von der Krise haben, zur Bezahlung heranzuziehen, und nicht die Rentnerinnen und Rentner, nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, nicht die Erwerbslosen.

Ich nenne Ihnen nur zwei Zahlen: Vor der Krise gab es in Deutschland 720 000 Vermögensmillionäre. Jetzt gibt es 960 000 Vermögensmillionäre. Die Reallöhne wurden gekürzt, und die Zahl der Vermögensmillionäre ist größer geworden. 0,6 Prozent – 0,6 Prozent! – unserer Bevölkerung besitzen ein Vermögen von 2 Billionen Euro. Das entspricht der Höhe unserer gesamten Staatsschulden. Was ist das eigentlich für eine maßlose Ungerechtigkeit?

Beim Kampf gegen die Steuerhinterziehung höre ich immer ein Argument. Es kommt von der Union und, jetzt vielleicht nicht mehr

– das hoffe ich jedenfalls –, von der SPD. Das Argument heißt immer: Die Reichen bringen dann ihr Vermögen ins Ausland, oder sie nehmen ihren Wohnsitz auf den Seychellen oder in anderen Ländern. Deswegen kann ihr Vermögen nicht besteuert werden.

Ich kenne das Problem. Deshalb haben wir Ihnen vorgeschlagen – Sie haben das bisher aber abgelehnt –, dass wir diesbezüglich US-Recht einführen und die Steuerpflicht auch an die Staatsbürgerschaft binden. Ein Deutscher, egal wo er wohnt, wäre dann verpflichtet, hier in Deutschland sein Einkommen und sein Vermögen bekannt zu geben. Er kann auch bekannt geben, welche Steuern er woanders zahlt. Das wird angerechnet. Hinsichtlich der Differenz bekommt er einen Steuerbescheid. Dazu müsste jeder Deutsche, egal wo er wohnt, verpflichtet werden. So haben das die Amerikaner geregelt. Warum können wir das in Europa nicht endlich auch so regeln?

Das wäre übrigens auch für die 2 000 griechischen Familien wichtig, denen 80 Prozent des Vermögens Griechenlands gehört. Dann können auch sie zur Kasse gebeten werden. Aber Sie sträuben sich immer dagegen. Ich finde, Sie haben dafür keine guten Gründe.

Wenn ich das zusammenfasse, sage ich immer Folgendes: Es gibt drei Wege im Zusammenhang mit der Krise. Union und FDP gehen den Weg, Geld durch die Europäische Zentralbank drucken zu lassen. Wenn man Geld drucken lässt, entwertet man das Geld, entwertet man die Sparguthaben, entwertet man die Löhne und Renten. Sie dürfen die Folgen von dem, was Sie dort anrichten, nicht unterschätzen.

SPD und Grüne wollen den Weg über die gemeinschaftliche Ver-

schuldung gehen. So, wie Sie das vorschlagen, ist das abenteuerlich, weil die Leute für Dinge im eigenen, aber vor allen Dingen auch in anderen Ländern haften, auf die sie nicht den geringsten Einfluss haben.

Ich sage: Man kann das eine und das andere ein bisschen machen. Im Kern muss es aber einen anderen Weg geben, den Weg der Umverteilung, und zwar endlich einmal von oben nach unten und nicht von unten nach oben.

Wenn wir das nicht machen, bekommen wir die Krise weder bezahlt noch sozial gerecht bewältigt.

Kommen wir doch kurz einmal zur Energiewende. Als der Bundestag den Ausstieg aus der Atomenergie beschloss, Frau Bundeskanzlerin, habe ich hier – das muss ich ein-

mal sagen – als Einziger darauf hingewiesen, dass damit auch die soziale Frage verbunden ist. Das hat Sie damals alle noch nicht beschäftigt. Ich habe Ihnen gesagt: Der Strom wird sich verteuern. Die Frage ist: Wie wollen wir dieses Problem lösen?

Nein, ich habe nichts gegen den Ausstieg aus der Atomenergie, aber die sozialen Fragen müssen wir in diesem Zusammenhang sehen und beantworten.

Jetzt wird angedroht, dass sich die Preise um 30 Prozent erhöhen. Wollen wir, dass ganze Familien ohne Strom leben?

Ich finde übrigens die Millionen Stromabsperren, die wir haben, indiskutabel. Es verletzt die Würde eines Menschen, wenn er keine Energie hat. Ich finde, Stromabschaltungen müssten wir verbieten.

Das Zweite, das wir endlich begreifen müssen: Energieversorgung ist eine öffentliche Daseinsvorsorge.

Deshalb gehört auch sie in öffentliche Hände. Ich möchte, dass demokratisch gewählte Parlamente und Regierungen über das Verhältnis von Kosten und Preisen entscheiden. Genau das lehnen Sie ab.

Wahr ist – da haben Sie recht –, dass wir erneuerbare Energien benötigen. Aber dann erklären Sie mir doch einmal, warum Sie gesetzlich garantierte Förderung der erneuerbaren Solarenergie herunterfahren und die der Windenergie hochfahren. Dafür gibt es einen Grund: Die gesetzlich geförderte Solarenergie nutzt auch mittelständischen Unternehmen. Die Windparks an Nord- und Ostsee können sich nur die vier Konzerne leisten. Immer wieder treffen Sie Maßnahmen zugunsten der Konzerne. Hier kommt noch hinzu, dass die Solarindustrie nicht nur, aber überwiegend im Osten und besonders in Sachsen-Anhalt

entstanden ist. Ich sage Ihnen: De-industrialisieren Sie den Osten nicht zum zweiten Mal! Das ist nicht zu verkraften.

Wir wollen auch Sozialtarife. Ich mache Ihnen einen Vorschlag. Wir könnten doch sagen: Pro Person ist eine bestimmte Menge an Kilowattstunden – wir können über die Höhe diskutieren, vielleicht 500; ich weiß es nicht – beitragsfrei.

Dafür muss nichts bezahlt werden. Aber danach beginnt eine lineare Steigerung. Das heißt, wir erreichen zwei Dinge: Erstens. Es ist sozial. Zweitens. Wir setzen ökologisch durch, dass man mit Energie sparsam umgeht, weil man sie danach, linear steigend, zu bezahlen hat.

Wir wissen, dass es gerade bei ärmeren Familien viele Stromfresser gibt, weil sie sich keine neuen Haushaltsgeräte leisten können. Wie wäre es denn hier statt beim Auto mit einer Abwrackprämie von 100 Euro, wenn jemand sein Gerät zum Schrott bringt und sich dafür eine stromsparende Maschine kauft?

Aber es gibt ein weiteres Problem: die Mieten. Die Mieten werden langsam unbezahlbar. Das gilt für München und für viele andere Städte in Deutschland. Wohnen muss aber bezahlbar bleiben. Auch das hat etwas mit der Würde des Menschen zu tun. Ich finde, dass Obdachlosigkeit keine Lösung ist. Ergo müssen wir doch über eine Deckelung der Mieten nachdenken. Von der Bundesregierung kommt aber nichts. Ich möchte, dass Sie endlich Vorschläge unterbreiten.

Nun kommen wir zur Rente. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben über die Rente gesprochen, aber ein wirklich wichtiges Thema ausgelassen. Die Stärke der Linken reichte aus, um CDU, CSU und FDP dazu zu bringen, die Angleichung der Rentenwerte Ost und West in den Koalitionsvertrag aufzunehmen. Leider –

das muss ich den Wählerinnen und Wählern sagen – reichte aber unsere Stärke noch nicht aus, Sie dazu zu bringen, das auch umzusetzen. Sie haben sich jetzt für den Koalitionsvertragsbruch entschieden

und sagen: Die Angleichung fällt aus. – Ich bitte Sie: Wir haben jetzt 22 Jahre deutsche Einheit, und wie 1990 muss ich immer noch sagen: Zur Einheit gehört, dass man endlich für die gleiche Arbeit in gleicher Arbeitszeit den gleichen Lohn bekommt und für die gleiche Lebensleistung die gleiche Rente. Wer das nicht will, der spaltet Deutschland.

Nach der Entscheidung – auf unsere Kleine Anfrage hat die Regierung mitgeteilt, dass die Angleichung der Rentenwerte ausfallen wird – habe ich einen Brief von CDU-Frauen, Rentnerinnen aus dem Osten, bekommen, Herr Kauder, die sich bei mir über Sie be-

schweren. So weit ist es inzwischen schon gekommen.

Dann haben wir noch ein weiteres Thema: Altersarmut. Das betrifft ganz Deutschland. Ich danke Frau von der Leyen und auch Herrn Gabriel dafür, dass plötzlich die 35- und 45-Jährigen begriffen haben, dass es sie treffen wird und dass sie in noch schlimmerer Altersarmut als heute leben werden.

Die Grünen darf ich daran erinnern, dass sie bei der Senkung des Rentenniveaus immer behauptet haben, sie machen das im Interesse der jungen Generation. Gerade die junge Generation wird unter Altersarmut leiden. Korrigieren Sie sich diesbezüglich endlich!

Wir hatten im Jahr 2000 ein Rentenniveau vor Steuern von 53 Prozent. Heute sind es 51 Prozent, und im Jahr 2030 werden es nur noch 43 Prozent des durchschnittlich erzielten Lohns sein. Die Ursache der Rentenkürzungsprogramme haben Sie letztlich alle zusammen geschaffen, weil die Rentenformel geändert wurde. Sie haben Kürzungen bei der Ausbildung vorgenommen, und Sie haben noch dafür gesorgt, dass für Hartz-IV-Beziehende überhaupt keine Rentenbeiträge mehr gezahlt werden.

Natürlich hat Herr Gabriel völlig recht: Der Niedriglohnssektor und die prekäre Beschäftigung verschärfen die gesamte Situation. Er hätte aber auch sagen müssen, dass er es eingeführt hat, und er hätte wenigstens sagen müssen, dass das ein schwerwiegender Fehler der Sozialdemokratie war und dass er ihn korrigieren will.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben recht, wenn Sie feststellen, dass der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn die Probleme der Altersarmut nicht löst.

Aber ein bisschen hilft er schon. Wenn wir nämlich höhere Löhne haben, dann gibt es auch höhere Beiträge und damit höhere Renten. Insofern gibt es schon einen Zusammenhang. Es reicht nicht aus, aber immerhin.

Die private Vorsorge ist ein Flop. Die private Lebensversicherung können sich die Geringverdienenden nicht leisten. Die Riester-Renten bringen viel weniger Erträge als versprochen.

Nun kommen die Vorschläge von Frau von der Leyen und auch von der SPD. Frau von der Leyen will eine Zusatzrente, aber viele, die sie brauchen, sollen sie nicht bekommen. Das ist völlig unvollständig. Bei der SPD geht es um eine Mindestrente von 850 Euro brutto. Netto wären das übrigens 760 Euro, nur dass man auch das weiß. Das löst das Problem aber auch nicht, weil Sie nicht bereit sind, das Rentenniveau zu erhöhen. Das ist aber der wichtigste Schritt.

Ich schlage Ihnen noch einmal – weil das Schicksal der älteren Menschen uns alle angeht – einen Rentengipfel vor, an dem alle Parteien teilnehmen. Wir müssen dann über elf Fragen nachdenken. Ich will Sie Ihnen stellen.

Also: Erstens. Verzicht auf Beitragsenkung im nächsten Jahr. Wir brauchen das Geld.

Zweitens. Wiederherstellung des ursprünglichen Rentenniveaus, das heißt 53 Prozent des Lohns.

Drittens. Mindestrente beginnend mit – sagen wir mal, als einem Zuschlag auf die erworbenen Rentenansprüche – 900 Euro bei schrittweiser Anhebung auf 1 050 Euro.

Viertens. Abschaffung der Kürzung der Rente um zwei Jahre, also keine Rente erst ab 67 Jahre.

Fünftens. Ausbildungs-, Erziehungs- und Pflegezeiten müssen besser berücksichtigt werden.

Sechstens. Die Geringverdienenden sollen in der Rente so behandelt werden, als ob sie drei Viertel des

Durchschnittsverdienstes verdient hätten. Das war früher so geregelt. Das können wir wieder einführen.

Siebtens. Unverzüglich müssen wieder Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung für Hartz-IV-Beziehende gezahlt werden, und zwar so, als ob sie die Hälfte des Durchschnittslohns bezögen.

Achtens. Dann brauchen wir die Abschaffung der Abschläge und die Erhöhung der Erwerbsminderungsrenten.

Damit komme ich schon zum neunten Punkt: Ab einem bestimmten Zeitpunkt muss endlich eingeführt werden, dass künftig alle Menschen mit Erwerbseinkommen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, auch Unternehmer, Rechtsanwälte, Beamte und Bundestagsabgeordnete.

Zehntens. Dann müssen wir die Beitragsbemessungsgrenze aufgeben. Dann muss eben der nächste Ackermann einen bestimmten Prozentsatz von seinem gesamten Einkommen in die Rentenversicherung einzahlen. Die damit verbundenen Rentensteigerungen müssen abgeflacht werden.

Elftens brauchen wir eine Rentenangleichung zwischen Ost und West.

Meine vorgesehenen Schlussworte lasse ich nun weg. Nur so viel: Sie bringen nichts mehr zustande. Es gibt überhaupt keinen Grund – das hat die SPD völlig zu Recht festgestellt –, warum wir noch ein Jahr bis zur nächsten Bundestagswahl warten sollten. Eigentlich müssten wir sofort wählen. Es gibt nur ein Problem: Diese Koalition bringt noch nicht einmal ein grundgesetzgemäßes Wahlrecht zustande. Wir haben überhaupt keins mehr.

(Beifall bei der LINKEN)

### Die Reallöhne wurden gekürzt, und die Zahl der Vermögensmillionäre ist größer geworden.

### Diese Koalition bringt noch nicht einmal ein grundgesetzmäßiges Wahlrecht zustande.

### Wenn wir höhere Löhne haben, dann gibt es auch höhere Beiträge und damit höhere Renten.



Rainer Brüderle, FDP:

## Deutschland steht besser da als die meisten Länder der Welt



Rainer Brüderle (\*1945)  
Landesliste: Rheinland-Pfalz

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Deutschland steht besser da als die meisten Länder der Welt. Das ist kein Zufall. Das ist das Resultat harter Arbeit der Menschen, das Resultat erfolgreicher Unternehmen – sowohl des Mittelstands als auch von Konzernen –, das Resultat vernünftiger Tarifpartnerschaft. Das ist das Resultat der christlich-liberalen Regierungspolitik.

Wir haben die Weichen für Wachstum und Beschäftigung gestellt. Die Reallöhne steigen zum ersten Mal seit zehn Jahren das dritte Jahr hintereinander. Unsere Entlastungspolitik lohnt sich: 24 Milliarden Euro bei den Steuern, 9 Milliarden Euro bei den Rentenbeiträgen. Das hat Hunderttausende neue Jobs in Deutschland gebracht.

Die letzten Schritte bei der Rentenbeitragsentlastung blockiert die SPD im Bundesrat. Da vernebelt eine undurchdachte Wahlkampfstrategie den ökonomischen Durchblick.

Die christlich-liberale Koalition sorgt für Rekordbeschäftigung.

Wir haben 41 Millionen Erwerbstätige. So viele gab es noch nie in Deutschland.

Ich habe noch die schrillen Töne von Herrn Gabriel am Anfang dieser Legislaturperiode im Ohr. Er hat vor einer Abwärtsspirale und vor Massenarbeitslosigkeit gewarnt. Nichts von Ihren Kassandrarufern ist eingetreten. Ihre Lagebeurteilung war falsch, und Ihre Rezepte wären auch falsch gewesen.

Sie wollten eine Kurzarbeiterregelung bis zum Sankt-Nimmerleinstag, Staatshilfen für Opel und Abwrackprämien für Maschinen. Alles das war im Angebot von Herrn Gabriel. Es wäre teuer, sinnlos und kurzatmig gewesen. Das haben wir Gott sei Dank nicht gemacht.

Unsere Politik folgt langen Linien. Es gibt keine kurzatmigen Maßnahmen. Nicht kurzfristiges Hüpfen, sondern Durchhalten von Linien, das ist das Gegenmodell der christlich-

lich-liberalen Erfolgskoalition zu dem, was uns Rot-Grün immer wieder vorträgt.

Eines, Herr Steinmeier, muss ich Ihnen sagen, weil Sie mit solchem Selbstlob die rot-grüne Regierungszeit versehen haben:

Bei der Einführung des Euro hatten wir keine politische Union. Die war auch nicht machbar. Aber man hätte Europa weiterentwickeln, vorwärts entwickeln müssen. Aber Rot-Grün hat Europa rückwärts entwickelt. Sie haben Griechenland in die Euro-Zone aufgenommen, Sie haben die Stabilitätskriterien, sowohl die 3-Prozent-Regelung als auch die 60-Prozent-Regelung, gebrochen. Deshalb sollten Sie sich das Selbstlob über diese Periode sparen. Wir räumen heute die Scherben rot-grüner Politik weg, wir bringen Europa richtig nach vorne.

Dass Sie die Regierung nicht loben, kann Ihnen keiner krummnehmen. Das gehört zur Demokratie. So ist nun einmal das Rollenspiel. Aber dass Sie nicht zur Kenntnis nehmen, wie gut wir dank unserer Politik dastehen,

Wenn Sie, Herr Poß, mir nicht glauben, glauben Sie vielleicht großen Magazinen. Ich zitiere einmal das Time Magazine; dort heißt es wörtlich:

Deutschland geht es deswegen besser als dem Rest Europas, weil es sich nicht so verhält wie der Rest Europas.

Es ist die Politik in Deutschland, die zur Veränderung geführt hat!

Ihre Rezepte sind Steuererhöhung, Umverteilung, Vergemeinschaftung von Schulden. Das ist ein Rezessionsprogramm. Es geht immer wieder nach der alten Melodie, lieber Herr Poß: Fällt den Sozis etwas ein, muss es eine neue Steuer sein. – Die sollten Sie nicht mehr singen. Das ist einfach verkehrt. Herr Gabriel sollte einmal einen Blick auf sein sozialistisches Idol Hollande werfen. Der hat gleichzeitig mit seinen Steuererhöhungen Wachstumseinbrüche verkündet. Beides hängt miteinander zusammen. Das Modell, Wachstum mit Steuererhöhungen zu generieren, hat noch nie funktioniert.

Deshalb: Mehrbelastungen und Wachstumsschwäche dürfen in Deutschland nicht Regierungspraxis werden. Wir betreiben mit Wolfgang Schäuble an der Spitze eine wachstumsfreundliche Konsolidierungspolitik. Das ist der richtige Weg. Unsere Devise ist: nicht abrupt auf die

Bremse treten, sondern sinnvoll zurückführen, einfrieren und damit die Wachstumsimpulse verstärken.

Wir halten Ausgabendisziplin. Wir haben zwei Schwerpunkte gesetzt – die halten wir auch ein –, Bildung und Forschung, und wir haben die Schuldenbremse drei Jahre früher als geplant umsetzen können. Wir werden 2014 – davon bin ich überzeugt – die schwarze Null erreichen können. Ich erwarte die ersten Konsolidierungsvorschläge von Ihnen, Herr Poß, und der SPD-Fraktion. Ich habe bisher keine gehört.

Aber Sie sind auch mit anderen Dingen beschäftigt. Die SPD sucht den letzten Troikaner.

Unentschlossen, albern, reizlos – so zitiert die Süddeutsche Zeitung andere Spitzengenießer über die drei Fragezeichen, die Sie in der Landschaft haben, die drei Möchtegernkanzlerkandidaten. Bis Sie das ausgehoben haben, wird noch viel politisches Blut fließen.

**Wir fesseln den Drachen, den Rot-Grün gemästet hat. Das ist eben der Unterschied.**

Aber die SPD sucht nicht nur einen Kanzlerkandidaten, sie sucht auch ein Wahlkampfthema. Die SPD weiß

genau: Die Wirtschaftsbilanz von uns ist gut. Damit kann sie nicht punkten. Die Beschäftigungsbilanz von uns ist gut.

Das Krisenmanagement beim Euro ist gut. Die Haltung zu Euro-Bonds und zur Vergemeinschaftung von Schulden kommt bei ihrer eigenen Basis nicht an.

Herr Gabriel versucht es bei seinen Twitter-Stündchen zu Hause am Computer während der Babypause mit der Bankenschele per Interview. Aber die Haltung von Herrn Gabriel zu den Banken ist schon ein starkes Stück. Die SPD hat elf Jahre lang die Finanzminister in Deutschland gestellt und ist die ganze Zeit, elf Jahre lang, in die andere Richtung marschiert. Ich will Ihnen ersparen, im Einzelnen aufzuzählen, was Rot-Grün alles an Hedgefondsfreundlichkeiten und bei Derivaten eingeführt hat. Wenn ich mir die rege Vortragstätigkeit des Kollegen Steinbrück anschau, kann ich eine Kontaktscheue von ihm gegenüber Großbanken beim besten Willen nicht feststellen.

Ich kritisiere das nicht. Nein, ich halte keine Vorträge gegen Geld. Nein, das mache ich nicht.

Ein bisschen Praxisbezug täte Herrn Gabriel schon gut. Wenn er den hätte, würde er vielleicht zur Kenntnis nehmen, wer den Ordnungsrahmen für den Finanzmarkt grundlegend verbessert hat. Wir, die

christlich-liberale Koalition, haben das gemacht. Wir haben ungedeckte Leerverkäufe verboten. Wir haben den Anlegerschutz verbessert. Wir haben mit der Bankenabgabe die Akteure der Finanzmarktkrise an den Kosten beteiligt und damit auch Vorsorge für zukünftige Risikofälle getroffen. Wir haben die Ratingagenturen unter Aufsicht gestellt. Wir haben die Vergütungssysteme der Banken reguliert. Wir fesseln den Drachen, den Rot-Grün gemästet hat. Das ist eben der Unterschied.

Teile der Politik haben eine Diskussion um Altersarmut im Jahre 2030 losgetreten. Das ist sicherlich eine notwendige Debatte. Aber wir müssen diese Debatte seriös führen, damit sie nicht zu einem Angstverstärker wird. Wir alle kämpfen gerade um den Erhalt unserer Währung, um die Geldwertstabilität. Die Menschen haben aktuell vielfach Angst um ihr Ersparnis, um ihr Auskommen in der Zukunft. Wer in einer solchen Zeit ein Horrorszenario veranstaltet, ist nicht von politischer Klugheit geprägt, zumal viele Dinge unausgegoren sind. Private Vorsorge wird neben der betrieblichen und gesetzlichen Altersabsicherung eine starke Säule sein müssen. Auch deshalb müssen wir die kleinen und mittleren Einkommen, Herr Poß, von der kalten Progression entlasten.

Herr Gabriel sagt mit Blick auf die Rente: Mehr betriebliche Altersvorsorge! Wenn Sie es aber nicht zulassen, dass die Menschen von ihren Lohnerhöhungen einen fairen Anteil behalten: Wie sollen sie dann für das Alter vorsorgen? Es geht nicht an, ihnen das Geld zu verweigern und mehr Leistungen zu fordern. Das ist ein logischer Widerspruch. Damit kommen Sie nicht durch.

Jetzt lese ich: Herr Gabriel will in die andere Richtung; jetzt will er die Riester-Rente abschaffen, die ja von der SPD eingeführt wurde. Wenn ich es richtig sehe, ist Riester immer noch Mitglied der SPD. Das ist die nächste Rückwärtsrolle. Herr Steinmeier schweigt dazu – was ihn auszeichnet.

Aber, meine Damen und Herren, bevor wir in eine solche Debatte einsteigen, sollten wir eine saubere Generationenbilanz aufstellen. Es gibt viele ausgereifte wissenschaftliche Ansätze, nach denen man jeder Generation ein Konto der fiskalischen Be- und Entlastung zuordnen kann. Ohne seriöse Zahlengrundlage stochem wir im rentenpolitischen Nebel; das hat die Debatte der letzten Tage gezeigt. Hermann Gröhe hat für die CDU am Montag erklärt – ich teile das –: „Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit.“ Dem ist nichts hinzuzufügen. Genau so muss man an dieses Thema herangehen.

Meine Damen und Herren, Geldwertstabilität ist stille Sozialpolitik. Stabiles Geld schützt gerade die, die wenig haben, vor Eingriffen in die

Substanz, die sie sich erarbeitet haben, indem sie auf ihrem Sparbuch ein bisschen für das Alter angespart und damit Vorsorge getroffen haben. Deshalb ist Inflation für mich eine der größten sozialen Schweinereien. Wir müssen alles Erdenkliche tun, um genau diese Entwicklung zu vermeiden.

Vergessen wir nicht: Am Anfang und am Ende der unseligsten Zeit deutscher Geschichte stand eine galoppierende Inflation – und zweimal eine Währungsreform. Deshalb ist unsere Verpflichtung als Mitverantwortliche für die europäische Zukunft, eine hohe Sensibilität für Geldwertstabilität aufzubringen. Wer Spekulation bekämpfen will, muss für Geldwertstabilität sein. Denn nur dann ist die Nebelwand nicht da, die es Spekulanten erlaubt, ehrbaren Bürgern über Spekulationen Geld wegzunehmen. Deshalb: Stabiles Geld ist die Grundlage, die Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft. Wir steuern auch die Wirtschaft falsch, wenn die Preise nicht mehr die Knappheitsrelation widerspiegeln; denn die Preissignale – und nicht der Staat – steuern in der sozialen Marktwirtschaft die Volkswirtschaft. Wir brauchen aus Gründen der Effizienz einer Volkswirtschaft, auch der sozialen Gerechtigkeit, stabiles Geld. Dafür müssen wir engagiert eintreten.

Ich betone für meine Fraktion: Eine dauerhafte Staatsfinanzierung durch die Notenpresse ist grundfalsch; das darf so nicht sein.

Folglich haben wir auch eine unabhängige Europäische Zentralbank. Das war die Prämisse, und das haben alle Parteien den Deutschen versprochen. Die neue Währung, der Euro, sollte so stabil sein, wie die D-Mark es war, und die EZB sollte so unabhängig sein, wie die Bundesbank es war und ist. Daran müssen wir uns halten, auch wenn uns Entscheidungen einmal nicht passen; denn sonst gäbe es keine Unabhängigkeit.

Das, Herr Schneider, ist ja der Witz: Wenn es Ihnen passt, ist Unabhängigkeit gut. Aber wenn es Ihrer sozialistischen Vorstellung widerspricht, dann ist sie schlecht.

So kann man mit Unabhängigkeit nicht umgehen. Entweder man steht zur Unabhängigkeit, oder man meint es nicht redlich damit. Wir sind mit der Autonomie der Notenbank – das ist unsere deutsche Erfahrung – gut gefahren. Deshalb sollten wir dabei bleiben. Alles andere führte in die Inflationsunion. Wir teilen die Bedenken des Bundesbankpräsidenten voll und ganz.

Ich sage denen, die auf das Kursfeuerwerk dieser Tage hinweisen: Finanzmärkte haben die Perspektive von Stunden. Eine stabile Währung hat die Perspektive von Jahren und Jahrzehnten. Darüber sollten wir uns klar sein.

**Eine dauerhafte Staatsfinanzierung durch die Notenpresse ist grundfalsch; das darf so nicht sein.**



Ich finde es geradezu erstaunlich, was wir erleben: Die europäische Linke verbündet sich mit Wall Street. Die beiden Extrempositionen finden zusammen. Die wollen alles mit Geld fluten. Das war doch genau der Fehler der Amerikaner, der Fehler von Greenspan. Die lockere Geldpolitik, das permanente Gelddrucken in den USA ist eine der Ursachen mangelnder Wettbewerbsfähigkeit und falscher Strukturen.

So kann man Strukturprobleme nicht lösen. So kann man nur kurzfristig etwas abfedern. Alles mit Geld zuzuschütten, wie die Linken es wollen, wie Wall Street es will, ist keine Lösung.

Da müssen wir Maß und Mitte und Vernunft walten lassen und dürfen nicht die EZB zur Fed werden lassen. Das hat Amerika in die Krise hineingeführt. Deshalb haben wir einen klaren Kurs und eine klare Meinung. Herr Steinmeier, sagen Sie ehrlich, dass ich recht habe, auch wenn es der SPD schadet. Sie kommen dann aber weniger lang ins Fegfeuer; das ist auch ein Stück Fortschritt.

Was Greenspan gemacht hat, der sogenannte Greenspan-Put, den viele für legendär halten, war doch die Hauptursache, die zur Misere geführt hat.

Im Boom wurden die Zinsen nicht erhöht; in der Baisse wurden sie gegen null geführt. Falsche Zinsen führen zu falschen Entscheidungen.

Der Zins ist der Preis für Kapital. Wenn man den über längere Zeit künstlich anders gestaltet, verzerrt man eine Volkswirtschaft. Das ist das Problem der Amerikaner. Von daher tun sie sich so schwer, wieder hochzukommen.

Deshalb halten wir bei uns sorgfältige Beobachtung für notwendig. Die Güterpreise sind zwar stabil, aber bei den Vermögenspreisen müssen wir genau hinschauen. Partiiell gibt es im Immobiliensektor nach meiner Beobachtung schon Vorformen einer Blasenbildung. Wenn der DAX so schnell hochschießt, ist das auch eine nicht ganz gesunde Entwicklung. Deshalb: stabilitätsorientierte Geldpolitik!

Für die Grünen sind die Schicksalsfragen offenbar gar nicht so interessant. Schauen wir uns einmal an, was Sie von den Grünen bei Ihrer Klausur veranstaltet haben – das ist angesichts des Ernsts der Lage in Europa wirklich erstaunlich –: Abwrackprämien für Fahrräder! Frau Künast hat das dann wieder einkassiert. Dafür machen Sie Abwrackprämien für Kühlschränke – wahrlich ein großer Impuls für die europäische Zukunftsentwicklung!

Dass eine Partei, die einmal gegen die Wegwerfkultur angetreten ist, solche Anregungen gibt, ist sehr erstaunlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, haben Sie doch den Mut, bei der nächsten Klausur ihre Dienstwagen vorne zu parken, nicht versteckt hinter dem Haus!

Ich kann Ihnen versichern: Deutsche Autos sind gute Wertarbeit. Die kann man mit Stolz zeigen. Die sind auch ökologisch gut weiterentwickelt.

Sie brauchen nicht vor lauter Angst um Ihr Ökoimage Ihre Autos zu verstecken und vorne für das Pressefoto liebevoll irgendein Ökomodell, wahrscheinlich mit Sonnensegel, zu präsentieren. Das ist unauffällig und entspricht auch nicht der Sachlage.

Aber diese Zweischneidigkeiten kennt man bei Ihnen; das hat schon fast Tradition. Herr Kretschmann fliegt per Hubschrauber, lässt seinen Dienstwagen 600 Kilometer nachkommen. Jetzt verstehe ich Ihre Forderung nach neuen Mobilitätskonzepten.

Grün ist – jetzt habe ich es wirklich verstanden –, wenn ich für eine Strecke zwei Fortbewegungsmittel brauche. Das ist grüne Politik!

Aber das ist scheinheilig. Deshalb muss das ausgesprochen werden.

Das, was Sie propagieren und hier erzählen, und das, was Sie draußen machen, sind zwei Paar Stiefel. Die Menschen müssen endlich einmal die Wahrheit erfahren. Das ist Bio mit Schickleria – komische Mischung, aber nicht die Lösung der Probleme!

Zu Ihren energiepolitischen Vorstellungen. Für viele Menschen im Lande ist der Energiepreis auch ein Brotpreis. Dieser Preis steigt durch die EEG-Umlage wahn-sinnig. Wir haben Subventionszusagen von über 100 Milliarden Euro. Laut Hochrechnungen mancher Experten werden das bis 2030 über 300 Milliarden Euro sein. Das sind Beträge, die höher sind als das, was wir in 60 Jahren für die Kohleförderung in Deutschland ausgegeben haben. Die Solarlobbyisten bei den Grünen haben hier ganze Arbeit geleistet.

Meine Damen und Herren, Energie muss bezahlbar bleiben: für Familien, für den Mittelstand, für die Industrie.

Einer der weniger intelligenten Zwischenrufe des Kollegen Trittin

bei der Energiedebatte war neulich: „Morgenthau-Plan!“ Wollen Sie denn den Morgenthau-Plan für die deutsche Industrie? Wollen Sie diejenigen plattmachen, die unseren Wohlstand ermöglichen, die uns aus der Krise herausgezogen haben? Die SPD setzt ganz andere Akzente. Da ist offenbar der Groschen gefallen. Die Grünen setzen auf eine Energie- und Industriepolitik der sozialen Kälte. Das ist die Realität.

Sie diskutieren jetzt einen Sozialtarif, weil sie merken, was sie den Menschen mit ihrer falschen Politik zumuten. Deshalb ist es richtig, dass man das ändern muss. Ich setze auf

unser Duo Rösler und Altmaier, dass es genau das ändert.

Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif, aber Energie darf auch nicht zum Luxusgut werden. Man kann sie auch nicht nur auf

Erneuerbare reduzieren. Da Erneuerbare weitgehend nicht grundlastfähig sind, brauchen wir auch zukünftig Gas- und Kohlekraftwerke. Wir brauchen Tausende Kilometer an neuen Leitungen. Offshoreanbindung und Bundesnetzplan sind Ansätze der Bundesregierung, die richtig sind. Aber Ihre grün mitregierten Bundesländer sitzen im Bremserhäuschen. Bei der erneuerbaren Energie die Hand aufhalten und sich beim Netzausbau einen schlanken Fuß machen, das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Wir werden Sie überall stellen.

Eine Deindustrialisierung als Opfergabe für die Energiewende wäre genau der falsche Weg.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Politik der Bundesregierung sehr beeindruckend bestätigt. Ich finde das gut. Es hat eine klare Haftungsbegrenzung hinsichtlich der Parlamentsbeteiligung gesetzt und mehr Transparenz beim ESM gefordert. Das ist für mich auch eine indirekte Absage für Euro-Bonds und einen Altschuldentilgungsfonds. Wer so etwas diskutiert, bewegt sich verfassungsrechtlich auf sehr dünnem Eis, ökonomisch völlig auf dem Holzweg, weil ein Einheitszins völlig falsch ist. Wenn man gute und schlechte Risiken mit dem gleichen Zins und Preis bedenkt, dann macht man etwas fundamental falsch. Zinsen sind Fieberthermometer, und wer diese ignoriert, steuert unsere Volkswirtschaft völlig falsch.

Insofern hat das Gericht den erfolgreichen Kurs der Bundesregierung bestätigt.

Herr Trittin als Freund der Hochfinanz wird wahrscheinlich wieder die Banklizenz des ESM hochziehen, wie in Amerika demonstriert. Das Anwerfen der Notenpresse ist wirtschaftspolitisches Morphium. Lassen Sie also die Finger davon! Das vernichtet Vermögen. Das steuert falsch und ist der falsche Weg. Einen Dank an das Verfassungsgericht, das uns davor bewahrt, den Ansätzen eines inflationspolitischen Himmelfahrtskommandos von der linken Ecke her in Deutschland Raum zu geben. Nein, wir bleiben auf klarem Kurs. Dieser ist erfolgreich. Diesen setzen wir genau so fort.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CDU/CDU)

Renate Künast, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Dies ist der letzte Haushalt ihrer schwarz-gelben Regierung



Renate Künast (\*1955)  
Landesliste: Berlin

Meine Damen und Herren! Um es nach dieser Karnevalsrede einmal auf den Punkt zu bringen:

Dies ist der letzte Haushalt, den Schwarz-Gelb in den Deutschen Bundestag einbringt, weil das letzte Jahr einer schwarz-gelben Regierung bevorsteht.

Der Klamauk von Ihnen, Herr Brüderle, war der Beweis dafür, dass eine neue Regierung dringend notwendig ist.

Es hat Regierungen gegeben in diesem Land, es hat Kanzler gegeben in diesem Land, die haben das Land an manchen Stellen wirklich vorangebracht. Danke ich an Willy Brandt: die Ostverträge, die Öffnung in der Gesellschaftspolitik, das hat Mut erfordert. Danke ich – das wird Sie vielleicht verwundern – an Helmut Kohl: Er hat in der Europapolitik so manchen mutigen Schritt getan, weitsichtige Entscheidungen getroffen. Danke ich an die Regierung

Schröder/Fischer, so weiß ich: Da waren der Ausstieg aus der Atomenergie, die ökologische Steuerreform, die Realisierung, dass sich die Wirklichkeiten in Deutschland aufgrund des demografischen Wandels verändern, statt sich in falschen Sicherheiten zu wiegen.

Nach dem, was Frau Merkel heute zum Besten gegeben hat, muss ich feststellen: Sie, Frau Merkel, haben sich hier hingestellt und von einem großen Tag für Europa, von einer großen europäischen Botschaft gesprochen; aber das war ja nur von den Aktivitäten anderer abgeleitet.

Sie haben sich hier hingestellt und gesagt, Ihr Credo sei ein Dreiklang aus soliden Finanzen, Solidarität mit den Schwachen und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Ich muss wirklich sagen – mit Verlaub,

Frau Merkel –: Das war unwahr. Nichts, was sich positiv entwickelt hat, beruht auf dem Handeln von Schwarz-Gelb. Die drei Ihrem Credo zugrunde liegenden Dinge stellen nicht die Leitlinie Ihrer schwarz-gelben Regierung dar. Im Gegenteil: Mit Ihnen geht die Schere weiter auf, mit Ihnen wird nicht an soliden Finanzen gearbeitet.

Kein Projekt, keine Reform, keine Wegmarke, nichts, sondern Stillstand und Zank, den Sie in der Sommerpause gerade einmal ein wenig zurückgehalten haben. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: In diesem Land haben viele langsam die Nase voll von dieser Inszenierung von Politik, inszeniert je nach Meinungsumfrage, je danach, wo angeblich der Mitte der Schuh drückt. Dann zeigen Sie sich ein wenig: Jede Ministerin, jeder Minister darf einmal so herum und einmal so herum blinken, aber danach passiert nichts. Das ständige Nein in Europa führt dazu, dass die EZB jetzt diese Anleihen kauft, was Sie angeblich nicht wollten. Beim Mindestlohn gab es eine lange Inszenierung. Und, gibt es einen Mindestlohn? Gibt es nicht. Bei der Frauen-

quote gab es eine lange Aufführung von zwei Frauen. Passiert ist auch noch nichts. Höchstens die Flexi-Quote kommt.

Ich habe schon langsam ein Vonder-Leyen-Syndrom; das macht sich immer dann bemerkbar, wenn sie auftaucht. Die letzte Inszenierung ist die Zuschussrente. Da wird wahrscheinlich wieder nichts für die armen Rentner passieren, meine Damen und Herren. Das ist Ihre Methode. Vergleiche ich Sie mit anderen großen Kanzlern, kann ich nur sagen: So werden Sie nicht in die Geschichte eingehen, Frau Merkel.

Die Frage, die ich Ihnen stelle, ist: Was tun Sie eigentlich sozial, ökologisch und finanziell für dieses Land? Wo sorgen Sie eigentlich dafür, dass in Deutschland mehr Teilhabe möglich ist, dass Menschen Aufstieg erfahren können? Wo tun Sie etwas dafür, dass sich alle, die hier leben, einmischen können, Bürgerinnen und Bürger des Landes sind? Wo tun Sie etwas dafür, dass die zentralen Zukunftsfragen dieses Landes geregelt

Fortsetzung auf Seite 10



Fortsetzung von Seite 9: Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

werden? An keiner Stelle. Ich sage Ihnen: Dieses Land braucht eine andere Politik. Eine andere Politik ist möglich, und die wird auch kommen.

Beginnen wir doch einmal mit der Frage nach der Zukunft Europas. Da muss ich mich jetzt einen Augenblick von Frau Merkel abwenden und zu Gregor Gysi schauen. Das war eine Lachnummer, lieber Gregor Gysi. Indem Sie immer nur Nein sagen und zusammen mit dem Europagegner Gauweiler immer wieder nach Karlsruhe ziehen, haben Sie keinen Anteil daran, dass, wie auch heute wieder geschehen, die Beteiligung des Bundestages gesichert wurde.

Das ist das Bedauerliche beim ewigen Neinsagen. Wir dagegen haben uns wirklich Gedanken um Europa gemacht und dafür gesorgt, dass in die Vorlagen zum ESM eine ordentliche Parlamentsbeteiligung aufgenommen wurde.

Das haben wir – ich gebe es zu – auch mit Klagen in Karlsruhe erkämpft, aber auch in beinharten Verhandlungen hier. Deshalb hast du heute zusammen mit Gauweiler verloren. Frau Merkel hat auch keinen Grund, zu sagen, von ihrer Regierung gehe ein europäisches Signal aus.

Frau Merkel, ich würde mir wünschen, Sie hätten mehr Mut. Helmut Kohl hatte ihn. Er hat 1997 einmal gesagt:

... wer Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand

für alle Bürger unseres Kontinents auf Dauer sichern

will, der wird für das geeinte Europa eintreten.

Ich verstehe Ihre Notlage durchaus. Wenn Sie einen Schritt nach vorne machen, kommen all die Kleingeister aus Ihrer Fraktion. Die einen fordern den sofortigen Austritt Griechenlands und die anderen fordern die Abspaltung; aber nicht die Abspaltung Griechenlands, sondern die Abspaltung Bayerns, auch das hat es bei Ihnen gegeben. Um es einmal so zu formulieren: Für Söder und Dobrindt ist ja keine Forderung zu blöd. Außerdem wäre da noch der Bundeswirtschaftsminister, der uns damit beglückt, indem er immer wieder stolz sagt, um uns seine Tapferkeit zu beweisen, dass ein Euro-Austritt Griechenlands kein Problem mehr sei.

Ich sage Ihnen einmal, was kein Problem wäre: Es wäre kein Problem, wenn Philipp Rösler nicht mehr Bundeswirtschaftsminister wäre, weil es gar nicht auffallen würde.

Wie kann man in einer Situation, in der alle Finanzmärkte darauf lauern, ob wir in der Lage sind, das relativ kleine Griechenland zu halten, sagen, es wäre kein Problem, wenn es die Euro-Zone verlassen würde; denn wenn das der Fall wäre, dann wüssten alle, dass wir Italien, Spanien und andere nicht halten können, und dann gäbe es einen Dominoeffekt. Nur Philipp Rösler versteht das nicht.

All jenen, die fragen, wozu man ihn braucht, sage ich: Das Einzige, was von ihm in Erinnerung bleiben wird, ist die Tatsache, dass er Hermesbürgschaften für Legehennenfabriken in der Ukraine vergeben hat. Es wird eine aus deutschen Steuergeldern finanzierte Hermesbürgschaft übernommen, damit in der Ukraine Käfige aufgebaut werden können, die in Deutschland längst verboten sind. Für die viertgrößte Industrienation ist das erstens falsch und zweitens zu wenig, Herr Brüderle.

Lassen Sie mich diejenigen, die immer gerne nach Karlsruhe gehen, um den nächsten europäischen Schritt zu verhindern, an Folgendes erinnern: Werfen Sie einen Blick in die Präambel des Grundgesetzes; Sie sind ja immer so verfassungstreu. Dort steht, dass wir einen Staatszieleauftrag haben, und der lautet so:

... von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes

Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der

Welt zu dienen ...

– „in einem vereinten Europa“! Ich erwarte, dass wir eine Regierung haben, die sich endlich auf diesen Weg macht, statt immer nur Mausehelei zu betreiben und Zickzackkurse zu fahren. Das ist zu wenig.

Ihre Strategie ist gescheitert. Das verdeutlicht die Tatsache, dass die EZB gerade die Notenpresse anwerfen musste. Herr Brüderle kann noch so lange herumtanzen, es ist einfach passiert. Und nun, Herr Brüderle? Jetzt stellt er sich hierher, bläst sich auf und sagt: Aber nicht dauerhaft! Dabei werden Sie auch in diesem Punkt umfallen, wir wissen nur noch nicht, ob nächste Woche oder in ein, zwei Monaten.

Wir brauchen eine Regierung, die sich wirklich zu diesem vereinten Europa bekennt. Hierzu müssen weitere Schritte getan werden. Gerade die EZB weist uns darauf hin, dass der nächste Schritt Altschuldentilgungsfonds heißt; denn sowohl die Summe als auch die einzelnen Schritte sind überschaubar. Wo bleiben Ihre Aktivitäten?

Die Summe ist berechenbar. Wenn Sie die Schulden der Länder, die über dem Maastricht-Kriterien von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen, zusammenrechnen, wissen Sie, um was es geht.

Es war ein guter Kurs. Der Sachverständigenrat hat doch Ihrer schwarzen Bundesregierung in einer Antwort genau das vorgeschlagen. Die Idee kann also gar nicht so falsch sein.

Sie werden das alles nicht schon morgen Nachmittag hinkriegen, aber ich appelliere an Sie: Machen Sie sich auf den Weg und setzen Sie ein Signal! Natürlich wird es ein oder zwei Jahre dauern, bis Sie ihn

implementiert haben, aber das politische Signal brauchen wir schon jetzt. Ich möchte jetzt Aktivitäten sehen. Wo bleibt das europäische Investitionsprogramm, das wir hier beschlossen haben? Welche Schritte sind geplant? Ich möchte hören, dass wir uns an dieser Stelle zur Weiterentwicklung Europas bekennen, und zwar im Rahmen eines Europäischen Konvents, an dem wir die Zivilgesellschaft und die Sozialpartner beteiligen sollten, um wirklich eine Weiterentwicklungsperspektive für Europa zu haben. Dann wäre es ein richtiger Schritt, die gesamte europäische Bevölkerung in einem Referendum zu befragen. Wir brauchen

einen Europäischen Konvent für die Weiterentwicklung, bei dem man Ja sagen kann, wenn man möchte; man sollte es nicht den Stammischen in Bayern überlassen, ein Referendum zu fordern, bei dem man nur

Nein zu Europa sagen kann.

Welche Frage hatte ich eben gestellt? Ich fragte: Was tun Sie für die soziale, ökologische und finanzielle Weiterentwicklung unseres Landes? Das fragen sich die Menschen. Wenn ich mir nun vor diesem Hintergrund als Zweites den Haushaltsentwurf betrachte, den wir heute beraten, dann frage ich mich: Wo sind denn Ihre Sparanstrengungen?

Frau Merkel, Sie haben vorhin süffisant gesagt, einige würden Soll und Ist verwechseln. Nein, wir verwechseln nicht Soll und Ist, sondern wir sehen zurzeit aufgrund der guten Konjunkturlage und aufgrund der Einnahmen, die wir haben – allein 50 Milliarden Euro Gewinn durch den Wechselkurs –, insgesamt eine positive Entwicklung in Deutschland, wenn auch Auftragsrückgänge beispielsweise im Maschinenbau zu sehen sind. In dieser Zeit – das sagt selbst Herr Hundt vom BDA – muss man Vorsorge treffen. Was tun Sie aber? Sie haben nicht den Mut, Entscheidungen für strukturelle Veränderungen zu treffen, und bleiben damit sozusagen noch 3 Milliarden Euro unter den Möglichkeiten.

Sie haben einen Wahlkampfhaushalt vorgelegt; er ist reine Augenwischerei. Ab 2014 muss dann richtig gespart werden. Ich schließe daraus, dass Sie davon ausgehen, dass Sie 2014 nicht mehr an der Regierung sind.

An welcher Stelle mühen Sie sich, die Verschuldung ernsthaft anzugehen und die Lasten gerecht zu verteilen? 10 Prozent der Menschen besitzen zwei Drittel allen Vermögens. Wo beziehen Sie zur Finanzierung des Gemeinwesens die Vermögenden mit ein? Was ist mit einer Vermögensabgabe oder – das fordern wir – mit einem Spitzensteuersatz von 49 Prozent? Sie trauen sich nicht.

Sie trauen sich auch nicht – da finde ich nirgendwo etwas –, Prioritä-

ten zu setzen. Sie gehen nicht an die Subventionen heran, die ökologisch und ökonomisch unsinnig sind. Das gilt auch für Steuererleichterungen. Ich nenne Besteuerung von Dienstwagen, Ökosteuern, Mövenpick-Steuer, das Lieblingskind der FDP. An dieser Stelle gibt es nichts. Es gibt keine Umstrukturierung des Ehegattensplittings, um dieses Geld in Kinder zu investieren. Nichts. Kein Mut zur gesellschaftlichen Modernisierung, obwohl die CDU doch immer die moderne Großstadtpartei sein wollte. Nein, Sie hängen an einem Gesellschaftsbild der 50er-Jahre. Ein Kita-Sofortprogramm wäre die Antwort, stattdessen führen Sie das Betreuungsgeld ein. Ich frage mich, wo an dieser Stelle von der Leyen ist, die gegen Altersarmut kämpfen will. In den Jahren des Bezugs von Betreuungsgeld kämpft keine Frau gegen ihre Altersarmut; denn in dieser Zeit hat sie keinen sozialversicherungspflichtigen Job.

Frau Merkel, Sie sagen, Sie wollten Kinder quasi in den Mittelpunkt stellen. Ich sage Ihnen: Ich stelle mir unter gleicher Teilhabe und gleichen Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder etwas anderes vor. Ich halte das für eine der zentralen Gerechtigkeitsfragen des 21. Jahrhunderts, ob Teilhabe und Aufstieg möglich sind. Aber nur für jeden Fünften in diesem Land ist das die Realität. Sie, Frau Merkel, sagen: Wir müssen die duale Ausbildung bei der OECD inhaltlich vertreten, damit diese angemessen bewertet wird. Bitte, tun Sie es! Aber das ändert nichts daran, dass sich gerade Kinder aus den ärmeren und bildungsferneren Schichten trotz Abitur nicht trauen, das finanzielle Wagnis eines Studiums einzugehen. Das ist die Wirklichkeit.

Wo, wenn nicht bei der Bildung für jedes Kind und bei der Weiterbildung jedes Erwachsenen liegt hier eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe? Ich habe dazu entsprechende Sätze von Ihnen vermisst. Weg mit dem Kooperationsverbot, wäre der richtige Satz gewesen, damit wir diese Lasten in unserer Gesellschaft gemeinsam schultern können.

Ich nenne das Bürokratiemonster Bildungs- und Teilhabepaket, das das Ergebnis eines Von-der-Leyen-Spielchens war. Erinnern Sie sich? Mit großer Geste wurde gesagt: Jedes Kind in diesem Land wird eine Chipkarte haben. – Was haben wir nun? Ein Bildungs- und Teilhabepaket, bei dem die Gelder in den Kommunen nicht einmal abfließen können, weil die Kriterien unsozial sind.

Ich habe eine Frau getroffen – Migrationshintergrund, Hartz-IV-Bezug –, die mir vor einigen Monaten erzählt hat, wie glücklich sie ist, dass ihre Tochter sich entgegen der Empfehlung der Schule den Gang zum Gymnasium erkämpft hat. Sie sagte,

dass ihre Tochter in der Schule richtig gut ist, dass sie aber – und da traten Tränen in die Augen der Frau – Mathe nicht versteht. Ich fragte diese Frau: Was ist mit Nachhilfe? Sie antwortete mir: Frau Künast, Nachhilfe kann ich nicht bezahlen. Das Bildungspaket von Frau von der Leyen kommt für die Kosten der Nachhilfe nicht auf, weil meine Tochter gute Schulleistungen erbracht hat, mit denen sie sich den Eintritt zum Gymnasium erkämpft hat. Erst wenn sie versetzungsgefährdet ist, könnte das Paket von Frau von der Leyen in Anspruch genommen werden.

Meine Damen und Herren, das ist ein überflüssiger Kropf. Das Kooperationsverbot muss fallen.

Wo wir gerade bei den sozialen Themen sind, will ich einmal auf die Rente eingehen. Mir hat ein Zitat von Norbert Blüm gefallen. Dieses Zitat steht ziemlich diametral entgegengesetzt zu dem, was Frau Merkel hier gesagt hat, als sie meinte, der Mindestlohn habe mit Altersarmut eigentlich gar nichts zu tun. Das CDU-Mitglied Norbert Blüm hat heute gesagt: „Aus Hungerlöhnen entstehen Hungerrenten.“ Dieser Satz stimmt.

Mich ärgern die fragwürdigen Zahlen der Rentenministerin und mich ärgert, dass sie die gesetzliche Rentenversicherung am Ende noch schlechtredet. Ich sage Ihnen, was wir wollen: Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung stärken, und zwar auch durch eine Garantierente. Jemand, der mindestens 30 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt hat, soll im Alter nicht unter die Grenze von 850 Euro pro Monat fallen. Diese Garantierente, die nötig ist, um auf 850

Euro zu kommen, müsste unserer Meinung nach steuerfinanziert werden; denn es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, diese Rente zu finanzieren. Dies ist nicht nur die Aufgabe von den etwas über 60 Prozent, die in die Rentenkasse einzahlen. Vielmehr müssen auch die Besserdienenden an dieser sozialen Absicherung beteiligt werden.

Wir wollen die Rentenansprüche von Frauen erhöhen. Eines wissen wir: Durch bessere Jobchancen, durch Mindestlöhne und Gehälter, die tariflich vereinbart über den Mindestlöhnen liegen, werden die Erwerbsarmut und damit faktisch die Altersarmut bekämpft.

Was ist denn Ihre Bilanz, Frau Merkel, im letzten Jahr von Schwarz-Gelb? Wo ist denn Ihr gesellschaftlicher Aufbruch, wo bleibt die Anerkennung gesellschaftlicher Realitäten? Sie agieren doch vollkommen an den Bedürfnissen heutiger Familien vorbei. Beginnen wir einmal mit den gleichgeschlechtlichen Familien. Ich bezeichne sie als Familien, weil es zwei Erwachsene sind, die

**Frau Merkel, ich würde mir wünschen, Sie hätten mehr Mut. Helmut Kohl hatte ihn.**

**Wo beziehen Sie zur Finanzierung des Gemeinwesens die Vermögenden mit ein?**



Verantwortung füreinander und für Kinder übernehmen.

Bis heute kann ich nicht verstehen, wie es Ihr christliches Weltbild zulässt, dass Sie die Ehe für homosexuelle Partnerschaften nicht öffnen wollen; Sie verweigern ihnen überdies das volle Adoptionsrecht. Seien wir doch froh über diese Verantwortungsübernahme.

Aber das ist noch nicht alles. Wo bleibt der Aufbruch für den Ausbau von Kitaplätzen? Sie wollen das Betreuungsgeld finanzieren, statt mehr Geld in ein Sofortprogramm zu stecken. Ich sage Ihnen ehrlich: Es ist ja schön, dass Sie nach so vielen Jahren jetzt ein paar 100 Millionen Euro

für den Ausbau der Kitaplätze ausgeben wollen. Aber erstens es ist zu wenig und zweitens frage ich mich, wie es eigentlich um die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher bestellt ist.

Einen weiteren Gedanken möchte ich der Energiewende widmen. Das wäre die Zukunft des Industrielandes Deutschland. Mit Verlaub, selbst der BDI kritisiert Sie. Die Menschen haben Sorgen wegen der ungleichen Verteilung der Kosten. Wer aber, Herr Brüderle, hat denn diese Kosten so hochgetrieben? Unter Ihrer Regentschaft, unter Schwarz-Gelb, konnte es passieren, dass dieses angebliche Gemein-

schaftswerk Energiewende die Industrie und Großunternehmen mit Beträgen in Höhe von 9 Milliarden Euro privilegiert. 5 Milliarden Euro davon müssen von den Privathaushalten und von den kleinen und mittleren Unternehmen getragen werden. Der Kostentreiber der EEG-Umlage heißt Schwarz-Gelb. Das ist die Wahrheit.

Sie arbeiten faktisch an der Zerstörung des besten Instrumentes, das wir haben, nämlich des EEG. An dieser Stelle frage ich Sie: Wir sparen Importkosten in Höhe von 9 Milliarden Euro, und Sie bezeichnen das EEG als eine Fehlentwicklung? Und dann kommt Herr Brüderle noch

mit dem Begriff „Quotenmodell“. Die Quote ist im Bereich der erneuerbaren Energien schon in Polen und in Großbritannien gescheitert. Das brauchen wir nicht nachzumachen. Wir wollen das EEG weiterentwickeln, aber durchaus bei selbigem bleiben.

Meine letzte Bemerkung richtet sich an Sie, Frau Merkel: Ich wünsche mir ein Mehr bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Das war mir zu wenig. Die Frage lautet: Brauchen wir einen MAD? Die Antwort heißt: nein.

Ich sage Ihnen auch: Es reicht nicht, nur zu gedenken. Vielmehr brauchen wir eine Reform des Ver-

fassungsschutzes, die ein echter Neustart ist, und zwar mit ganz neuem Personal; denn dieses Personal wird es nicht können.

Damit habe ich, so glaube ich, dargestellt, dass Sie die Kernaufgaben nicht angepackt haben. Weder in sozialer noch in ökologischer oder in finanzieller Hinsicht haben Sie das Land neu aufgestellt. Auch deshalb sage ich: Das ist das letzte Jahr von Schwarz-Gelb. Eine andere Politik ist möglich, und sie wird kommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Volker Kauder, CDU/CSU:

## Diese Regierung hat Europa vor dem Zusammenbruch gerettet



Volker Kauder (\*1949)  
Wahlkreis: Rottweil – Tuttlingen

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Dass der eine oder die andere aus der Opposition heute keine große Lust hatte, über Europa zu reden, mag ich ja noch verstehen. Aber dass man nicht darüber spricht, dass heute ein Meilenstein in Europa geschaffen worden ist, das verstehe ich überhaupt nicht. Frau Künast, wenn etwas mit der Stabilisierung in Europa verbunden wird, dann sind es diese Bundesregierung und diese Bundeskanzlerin.

Das hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts heute eindrücklich gezeigt. Denn zwei Dinge, die noch vor Monaten für unmöglich gehalten worden sind, sind heute vom Bundesverfassungsgericht bestätigt worden, nämlich erstens, dass der Weg, uns solidarisch zu verhalten – ESM –, richtig und verfassungsgemäß ist, und zweitens, dass wir auf der anderen Seite auch Strukturveränderungen – Stichwort Fiskalpakt – verlangen müssen. Diese beiden Dinge sind heute vom Bundesverfassungsgericht bestätigt worden.

Herr Gysi, ich kann dazu nur sagen: Ich erwarte von allen, die vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt haben, dass sie jetzt sagen: Das,

was die große Mehrheit des Deutschen Bundestages auf den Weg gebracht hat, ist verfassungsgemäß. Das erwarte ich jetzt auch von Ihnen.

Wenn man sich das Urteil genauer anschaut – das sind ja einige Seiten –, stellt man fest, dass das Bundesverfassungsgericht nur eine Bestätigung für das verlangt hat, was wir in unseren Gesetzen klar und deutlich festgelegt haben, nämlich – das ist der erste Leitsatz in dem Urteil –, dass ohne Befassung und Zustimmung des Deutschen Bundestages die festgelegten Haftungsgrenzen nicht verändert werden können. Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt: Es muss bestätigt werden, dass es im System des Rettungsschirms keinen Automatismus gibt, der die Haftungsgrenzen verändert, und es muss sichergestellt sein, dass der Deutsche Bundestag beteiligt wird. Genau dies haben wir hier im Deutschen Bundestag mit breiter Mehrheit beschlossen.

Da brauchen wir von Ihnen, Herr Gysi, keine Nachhilfe. Eines muss man auch sagen, Herr Gysi: Als wir diese Stärkung des Deutschen Bundestages beschlossen haben, haben Sie sich vom Acker gemacht; da haben Sie sich in die Büsche geschlagen. Sie waren nicht dabei. Sie brauchen heute also überhaupt gar nichts zu diesem Thema zu sagen.

Dass wir in Europa damit einen gewaltigen Schritt vorangekommen sind, können wir nur begrüßen. Wir wissen alle, dass jetzt, nachdem diese konkreten Maßnahmen getroffen worden sind, natürlich auch die Diskussion über die Weiterentwicklung in Europa geführt werden muss. Ich bin der Bundeskanzlerin außerordentlich dankbar dafür, dass sie heu-

te in ihrer Regierungs-erklärung auf einen Punkt hingewiesen hat, der in den letzten Wochen und Monaten noch kein Schwerpunkt war. Es geht um die Frage: Wie können wir die Parlamentsbeteiligung und demokratische Entscheidungsstrukturen in Europa auch für die Zukunft aufrechterhalten? Wir wollen kein Europa der Bürokraten, sondern ein Europa der Demokraten.

Deswegen ist dieser Hinweis der Bundeskanzlerin genau richtig. Wir können und werden uns mit dieser Frage im Deutschen Bundestag beschäftigen; denn wir spüren alle, dass wir an Grenzen kommen, wenn 17 oder 27 nationale Parlamente in relativ kurzer Zeit Entscheidungen für Europa zu treffen haben. Dann müssen wir uns die Frage stellen: Wie können wir erreichen, dass wir auch noch eigenständige Positionen vertreten können? Deswegen ist nicht die erste Frage: „Was übertragen wir an neuen Kompetenzen auf irgendwelche europäischen Institutionen?“, sondern: „Wie können wir demokratische Legitimation in diesem

### Wir wollen kein Europa der Bürokraten, sondern ein Europa der Demokraten.

Europa sicherstellen?“ Da sind wir im Deutschen Bundestag noch alle ganz kräftig gefordert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dass die erste Nachkriegsgeneration die große Vision von einem einigen Europa hatte und dass wir diese Vision in den Parteien weiterverfolgen, wird ja wohl niemand bestreiten. Aber es stellt sich die Frage: Was für ein Europa wollen wir? Da ist doch der Hinweis der Bundeskanzlerin richtig, dass wir aus dem Europagedanken der Nachkriegszeit – ein Europa des Friedens; kein Krieg mehr in Europa – und unter Berücksichtigung des sen, was wir erreicht

haben, jetzt eine weitere Perspektive entwickeln müssen. Das ist ein Europa der Zukunft und der Chancen, gerade für die junge Generation.

Nur ein Europa, das wettbewerbsfähig im Vergleich zu anderen Regionen in dieser Welt ist, wird ein Europa der Zukunft, ein Europa der Chancen, ein Europa mit sozialer Sicherheit und mit ausreichend vielen Arbeitsplätzen sein. Ein Europa, das diese Wettbewerbsfähigkeit nicht hat, wird kein Europa der Zukunftschancen sein. Deswegen ist es so wichtig, dass wir die Wahrheit aussprechen. Es nützt überhaupt nichts, Europa mit Geld zu fluten, sondern es müssen die notwendigen Strukturreformen durchgesetzt werden, damit dieses Europa stark ist und im Wettbewerb bestehen kann.

Herr Kollege Steinmeier, es ist ja völlig unbestritten, dass von der Agenda 2010, die auch von Ihnen im Kanzleramt mitformuliert worden ist, wichtige Impulse ausgegangen sind. Wir haben im Übrigen vieles von dem, was im Rahmen der Agenda 2010 gemacht worden ist, unterstützt.

Deswegen kann ich nur sagen: Da sind richtige Weichenstellungen erfolgt. Wir haben diese Reform weiterentwickelt und neue Akzente gesetzt. Aber jetzt können Sie sich nicht an dieses Rednerpult stellen und verkünden: Wir haben in all den Fragen klare Standpunkte. – Denn wenn es darum geht, durch eine richtige Rentenpolitik Altersarmut zu verhindern, haben Sie überhaupt kein Konzept, weil Sie sich nicht mehr trauen, zu dem zu stehen, was Sie einmal gesagt haben.

Ich sehe doch, wie die Diskussion bei der SPD läuft. Die einen wollen die Reform wieder zurückdrehen und wollen wieder auf ein Niveau von 53 Prozent kommen. Die anderen sagen, wir müssen mit Mindestlöhnen die Rente stabilisieren. Einen Plan, ein Programm haben Sie auf jeden Fall nicht; das muss ich Ihnen einmal klar sagen.

Das hängt auch damit zusammen, dass Sie sich noch immer nicht entschieden haben, wer im nächsten Jahr die Speerspitze im Wahlkampf sein soll.

Jeder hält sich bedeckt. Herr Gabriel traut sich nicht so recht, zu sagen, was bei der Rente passieren soll. Sie haben zwar eine klare Meinung, die in vielen Punkten mit dem übereinstimmt, was auch wir denken. Aber auch Sie trauen sich nicht, darüber zu sprechen, weil Sie noch nicht nominiert sind. Deswegen wird das im Augenblick gar nichts mit einem Gespräch mit Ihnen.

Ich kann nur sagen: Wir werden eine Antwort auf die Frage geben: Wie können wir gewährleisten, dass Menschen, die jahrzehntelang eingezahlt haben, im Jahr 2030 – um diesem Zeitpunkt geht es; es geht nicht um die aktuelle Rentengeneration – eine entsprechende Rente bekommen? Darauf werden wir eine Antwort geben.

Aber eines muss auch klar sein, weil viele Menschen in den neuen Ländern davon betroffen sein werden: Sie von Rot-Grün haben die Grundsicherung geschaffen, um – wie Sie es damals formuliert haben – Altersarmut zu bekämpfen. Wir werden auf keinen Fall zulassen, dass die Grundsicherung, für die wir jetzt über 4 Milliarden Euro in den Bundeshaushalt eingestellt haben, mit Armut verglichen wird.

Wir haben sie geschaffen, damit bei bestimmten Gruppen Armut gar nicht erst entsteht. Sie sollten zu dieser Entscheidung, die Sie damals getroffen haben, stehen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition.

Wir haben zum ersten Mal seit vielen Jahren in diesem Land wieder eine sehr gute Ausgangssituation. Wir alle können uns daran erinnern, worum es in diesem Land in den Wahlkämpfen der letzten Jahre ging. Die Wahlkämpfe waren immer zu einem beachtlichen Teil davon beeinflusst, dass wir Defizite im Sozialversicherungssystem hatten und dass wir ständig darüber diskutieren mussten: Was werden wir machen, um das System zu stabilisieren? Was werden wir machen, um zu garantieren, dass bestimmte Leistungen erfolgen? Das können Sie nicht wegreden; denn es ist Fakt. Jetzt sind wir



Fortsetzung von Seite 11: Volker Kauder (CDU/CSU)

zum ersten Mal seit langem in einer Situation, in der wir sagen können: Die Sozialversicherungssysteme in diesem Land sind intakt. Sie können die Leistungen, die wir zugesagt haben, auch in den nächsten Jahren erbringen. Wir können weiterhin sagen: Beitragserhöhungen wird es in nächster Zeit nicht geben. – Wann hat es das schon einmal gegeben? Auch das ist ein Erfolg dieser christlich-liberalen Koalition.

Wir alle führen ja Gespräche mit den Menschen und hören, was sie uns sagen. Sie haben Sorgen über das, was in Europa passiert. Sie vertrauen aber dieser Bundesregierung, dass sie richtig handelt. Sie sind sehr zufrieden damit, dass sie sich zum ersten Mal seit längerer Zeit keine Gedanken darüber machen müssen, ob sie die notwendigen Leistungen

erhalten, die aus der Sozialversicherung finanziert werden.

Das ist eine große Beruhigung für die Bevölkerung. Wir alle miteinander sollten dankbar sein, dass dies dieser Regierungskoalition gelungen ist.

In der heutigen Zeit muss auch, glaube ich, ein Wort darüber gesagt werden, was wir in einem Teil der Welt erleben. Wir machen uns beispielsweise große Sorgen darüber, was in Syrien passiert. Wir überlegen miteinander, was wir tun können, um den Menschen dort zu helfen. Ich glaube, dass es ein Signal wäre, wenn wir uns in Europa noch einmal darauf einigen könnten, Herr Bundesinnenminister, da etwas zu tun. Umso dankbarer bin ich – auch das muss in einer solchen Debatte gesagt werden –, dass wir Anfang

Oktober die ersten 100 Flüchtlinge aus dem Irak bei uns in der Bundesrepublik Deutschland aufnehmen können. Das ist ein schönes Zeichen der Solidarität des reichen Deutschlands mit geschundenen Menschen in der Welt.

Natürlich sehen wir auch die Entwicklung in anderen Ländern. Wir freuen uns zwar darüber, was in Ägypten auf den Weg gebracht worden ist. Trotzdem beklagen wir, dass die Situation der koptischen Christen in Ägypten noch immer nicht stabil ist und dass die Zusage, dass Christen an der Regierung beteiligt werden, nicht eingehalten wurde. Wir sehen, wie Christen in Syrien zwischen die Fronten geraten und wie sie dort brutale Erniedrigung aushalten müssen. Deshalb bin ich der Bundesregierung, vor allem der

Bundeskanzlerin und dem Bundesaußenminister, dankbar, dass sie nicht nur auf ihren Auslandsreisen, sondern auch bei jeder anderen Gelegenheit die Menschenrechte, zum Beispiel Glaubensfreiheit und Schutz vor Verfolgung, ansprechen und deren Einhaltung einfordern. Auch dies ist ein Markenzeichen dieser christlich-liberalen Koalition. Ich finde, auch das gehört in eine solche Generaldebatte. Wir machen an diesem Punkt mehr als eine der Vorgängerregierungen, die von der linken Seite dieses Hauses gebildet wurde.

Man kann, wenn man die Situation betrachtet hat, klar und deutlich sagen – damit wird die Frage, die Sie, Frau Künast, an diesem Rednerpult gestellt haben, beantwortet –: Diese Bundesregierung, diese Bundes-

kanzlerin, diese Regierungskoalition werden sehr wohl in die Geschichtsbücher eingehen.

Dort wird stehen: Es war diese Regierungskoalition, die in schwierigster Zeit zur Stabilisierung Europas beigetragen hat. Es war diese Regierungskoalition, die dazu beigetragen hat, dass Europa auf den Pfad der Zukunftsfähigkeit zurückgekommen ist. Über diese Regierungskoalition wird in den Geschichtsbüchern stehen: Sie hat Europa vor dem Zusammenbruch gerettet. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir in diesem Hause sollten heilfroh sein, dass eine christlich-liberale Koalition die Regierung stellt. Das ist gut für Deutschland, und das ist gut für Europa.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Petra Merkel, SPD:

## Sie haben sich ins gemachte Nest gesetzt



**Petra Merkel (\*1947)**  
Wahlkreis: Berlin-Charlottenburg – Wilmersdorf

**S**ehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin seit 2002 Abgeordnete des Deutschen Bundestages und seit zehn Jahren Mitglied des Haushaltsausschusses. Ich habe in unterschiedlichen Regierungskoalitionen gearbeitet, und seit drei Jahren arbeite ich in der Opposition.

In zwei Legislaturperioden gab es erhebliche Veränderungen. Unter Rot-Grün haben wir die Agenda 2010 auf den Weg gebracht und haben die Sozialsysteme in Deutschland zukunftsfähig gemacht. In der Großen Koalition haben wir dann das Gesundheitssystem und die Rentenreform beschlossen und umgesetzt.

Auf Vorschlag der Föderalismuskommission II und mit Zustimmung einer breiten Mehrheit des Bundestages wurde 2009 eine neue Schuldenregel im Grundgesetz verankert. Diese Schuldenregel folgt unserer Lebenserfahrung: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Wir wollen mit dieser Schuldenregel

verhindern, dass in guten Jahren, in denen die Wirtschaft gut läuft und die Einnahmen sprudeln, Wohltaten unter das Volk gestreut werden und die Schuldenberge wachsen. Die Schuldenregel hat übrigens auch verhindert, dass sich die Steuersenkungspartei FDP in der schwarz-gelben Koalition mit ihrer Forderung nach Steuersenkungen durchsetzen konnte. Diese Schuldenregel ist inzwischen Vorbild in Europa und jetzt auch im Fiskalpakt verankert.

Insgesamt waren das harte Jahre; denn die Finanzminister Eichel und Steinbrück haben ein hartes Kürzungsregiment geführt. Ein ausgeglichener Haushalt war 2008 in Sicht, als Lehman Brothers kippte. Grundsätzlich gab es durch die bereits erfolgte Reduzierung der Nettoneuverschuldung aber die Möglichkeit, auf die beginnende Wirtschaftskrise zu reagieren. Die Luft war da. Wir haben Konjunkturpakete aufgelegt, die die Wirtschaft unterstützt und angekurbelt haben. In Deutschland haben wir uns für kleinteilige Programme entschieden, die Arbeitsplätze gesichert haben. Jeder kennt noch die Abwrackprämie, das Kurzarbeitergeld und das Programm zur energetischen Gebäudesanierung, das besonders in Schulen und Kitas zur Anwendung kam, um einige Beispiele zu nennen. Diese Maßnahmen sind bei den Menschen angekommen. Wir stellen heute fest: Das war außerordentlich erfolgreich. Die Konjunktur ist angesprungen, und Deutschland ist gut durch die Krise gekommen – bis jetzt.

### Schwache Schultern müssen bei der schwarz-gelben Koalition wahrlich mehr tragen als starke.

Nun komme ich zu dieser Legislaturperiode. Welche Reformen hat Schwarz-Gelb durchgesetzt? Welche Weichen wurden gestellt? Wo wurden Strukturen verändert? Wo haben Sie gestaltet? Richtig, Sie haben die Neuverschuldung verringert. Aber das wäre ja noch schöner: Die Steuereinnahmen sind gestiegen. Die Arbeitslosigkeit geht zurück. Dadurch sinken die Sozialausgaben. Sozialsysteme wie die Rente, der Gesundheitsfonds und die Bundesagentur für Arbeit verfügen über Rücklagen. Aber das ist nicht das Ergebnis schwarz-gelber Politik;

Sie mussten dafür keinen Finger krümmen. Das ist immer noch das Ergebnis unserer Strukturveränderungen.

Wir haben dafür hart gearbeitet. Aber Sie haben sich ins gemachte Nest gesetzt.

Sehen wir uns einmal den Finanzplan an. Im Jahre 2013 machen Sie neue Schulden in Höhe von 18,8 Milliarden Euro. Die tatsächliche Neuverschuldung war allerdings schon im Jahre 2011 geringer; damals lag sie bei 17,3 Milliarden Euro. Sie wollen laut Ihrem Entwurf also mehr Schulden machen, meinen aber, das sei ehrgeizig.

Sie senken die Neuverschuldung, indem Sie die Steuereinnahmen künstlich hochrechnen: Sie veranschlagen die Steuereinnahmen um 7,6 Milliarden Euro höher als in diesem Jahr. Das ist trickreich vor dem Hintergrund, dass die Wirtschaft warnt, dass die Zahl der Aufträge zurückgeht. Wenn dunkle Wolken am

Horizont auftauchen, dann denken Sie nicht an Vorsorge, sondern legen sich in die Sonne.

Sie senken die Neuverschuldung, indem Sie in die Rücklagen der Sozialsysteme greifen. Sie kürzen bei der Rentenkasse 1 Milliarde Euro, und beim Gesundheitsfonds wollen Sie 2 Milliarden Euro kürzen.

Das ist eine kurzsichtige Politik; denn die Systeme sollen sich auf eine Krise vorbereiten.

Stark kürzen Sie bei der Arbeitsförderung – 2,1 Milliarden Euro zuzulasten der Langzeitarbeitslosen – und reden gleichzeitig von Fachkräftemangel. Echte Umschulung ist angesagt, und die kostet.

Was ist von Ihrem Sparpaket übrig geblieben? Sie haben dieses Sparpaket nur in Teilen umgesetzt. Die Brennelementesteuer – 2,3 Milliarden Euro – hat sich in Luft aufgelöst. Die Bundeswehrreform ist von Minister zu Guttenberg vermurkt worden. Die angemessene Haftung der Finanzbranche sollte bis 2012 2 Milliarden Euro bringen. Auch das haben Sie nicht geschafft.

Gespart haben Sie bei den Menschen, denen es wirklich wehtut. Ihr Sparpaket spart bei den Schwachen, bei Langzeitarbeitslosen und Familien. Bei den Leistungen der Bundesagentur für Arbeit wird dauerhaft gespart; bis 2016 sind das 16 Milliarden Euro. Schwache Schultern müssen bei der schwarz-gelben Koalition wahrlich mehr tragen als starke.

Es gibt auch in diesem Haushalt wieder keine Vorsorge für Risiken aufgrund der Finanzkrise. Die Einnahmeerwartung, was den Bundesbankgewinn angeht, bleibt gleich. Und wie sieht es mit den Zinsen aus? Die haben Sie mit 31,7 Milliarden Euro um 2,5 Milliarden Euro niedriger angesetzt als 2012. Nach den Entscheidungen der EZB ist das fahrlässig.

Ihre größte Subvention ist weiterhin die Aufstockung von Dumpinglöhnen. Früher gab es in Deutschland eine Unternehmensethik; heute zahlt mancher Unternehmer Dumpinglöhne und schickt die Mit-

arbeiter zum Jobcenter zum Aufstocken. Das bedeutet eine Subvention von 8 Milliarden Euro. Der Mindestlohn muss endlich flächendeckend eingeführt werden.

Warum haben Sie in dieser Legislaturperiode eigentlich keine Reformprojekte umgesetzt? Auf der einen Seite hat die Europapolitik sicherlich Kräfte gebunden. Der Streit zwischen CDU und CSU sowie zwischen Union und FDP hat allerdings die Inlandsspalten der deutschen Zeitungen gefüllt. Die Kanzlerin hat die Richtlinienkompetenz nicht ausgeübt. Stattdessen schreiben Sie die Klientelpolitik weiterhin groß: hier ein Rettungsschirm für die FDP mit der Hotelsteuer, dort ein Rettungsschirm für die CSU mit dem Betreuungsgeld.

Die Konsequenzen der Beschlüsse der EZB werden wir im Haushaltsausschuss und im Plenum sicherlich noch beraten und analysieren.

Wir haben heute mit Spannung das Urteil des Bundesverfassungsgerichts erwartet. Karlsruhe sagt Ja zum ESM, mit Vorbehalten. Diese Vorbehalte stärken das Budgetrecht des Deutschen Bundestages. Das ist gut so. Ich muss sagen: Ich bin wirklich sehr erleichtert. Wahrlich, ein guter Tag für Europa, ein guter Tag für dieses Parlament mit seinen Rechten!

(Beifall bei der SPD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Michael Roth (SPD), Dr. Hermann-Otto Solms (FDP), Gerda Hasselfeldt (CDU), Siegmund Ehrmann (SPD), Bernd Neumann, Lukrezia Jochimsen (Die Linke), Rainer Deutschmann (FDP) und Agnes Krumwiede (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.



Einbringung des Bundeshaushalts 2013 / 190. Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 11. September 2012

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister der Finanzen:

## Deutschland ist gut durch die Krise gekommen



Wolfgang Schäuble (\* 1942)  
Bundesminister für Finanzen

Die wirtschaftliche Lage, in die jede Haushaltsberatung eingebettet ist, wird auch in diesem Jahr überschattet von der Vertrauenskrise, die man sich angewöhnt hat verkürzt Euro-Krise zu nennen. Sie ist nicht vorbei, auch wenn wir Kurs halten. Probleme aufgrund zu hoher Staatsverschuldung, Instabilitäten im Bankensektor und als Folge Phasen der Unsicherheit auch in der Realwirtschaft werden Europa und die Welt leider auch in den nächsten Monaten noch beschäftigen.

Deutschland ist bisher gut durch die Krise gekommen. Die hervorragende wirtschaftliche Entwicklung der letzten beiden Jahre schwächt sich allerdings etwas ab. Das ist zum guten Teil eine Normalisierung, die mit dem Auslaufen eines extrem dynamischen wirtschaftlichen Aufholens nach der Rezession 2009 notwendigerweise verbunden ist. Man muss einfach daran erinnern: Wir hatten als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 einen bis dahin nicht gekannten und unvorstellbaren Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 5,1 Prozent. Wir haben diesen schneller als alle anderen und schneller als erwartet in den Jahren 2010 und 2011 mit Wachstumsraten von jährlich 3,7 und 3,0 Prozent wieder aufgeholt. Aber dieser Prozess verlangsamt sich jetzt, und das ist auch bei uns zu spüren.

Auch das weltwirtschaftliche Umfeld ist nicht mehr so gut wie bisher. Im Übrigen blickt die ganze Welt auf uns in Europa. So stehen in den nächsten Wochen wichtige Weichenstellungen bevor. Das ist der Rahmen, in dem wir Finanzpolitik und damit den Bundeshaushalt 2013 gestalten müssen. Wir müssen uns wieder und wieder klarmachen, dass die Globalisierung ein Stadium erreicht hat, in dem sich wirtschaftliche oder politische Entwicklungen in allen

Teilen der Welt unmittelbar auf uns in Europa und in Deutschland auswirken.

Nach dem Zusammenbruch der Bank Lehman-Brothers war die Finanz- und Wirtschaftskrise ja im Wesentlichen noch eine Krise der westlichen Industriestaaten, die zunächst einmal durch eine starke Dynamik in den Schwellenländern teilweise ausgeglichen worden ist. Jetzt hat sich aber auch die Dynamik in den Schwellenländern abgeschwächt, in China wie in Lateinamerika. Gleichzeitig bleibt die Wachstumsdynamik der westlichen Industrieländer – in Europa und jenseits des Atlantiks – geprägt von großen Unsicherheiten.

Vor den Wahlen in den USA besteht eine große Unsicherheit über den künftigen Kurs der amerikanischen Politik bei der Bewältigung der viel zu hohen amerikanischen Staatsverschuldung.

Daran muss man gelegentlich erinnern. Die Weltwirtschaft weiß das und ist dadurch belastet.

Natürlich belastet auch die Unsicherheit im Euro-Raum. Investoren halten sich zurück. Sie warten ab, obwohl es – auch das muss man sagen – gute Investitionschancen in Europa gibt. Wir müssen uns darauf einstellen; und wir sind gut darauf eingestellt, anders als vor zehn Jahren: Da galt Deutschland noch – man muss sich daran erinnern; man glaubt es kaum – als der kranke Mann in Europa.

Dass wir heute besser dastehen, ist nicht nur daran festzumachen, dass wir die niedrigste Arbeitslosigkeit seit zwei Jahrzehnten, seit der Wiedervereinigung in Deutschland haben, und daran, dass wir den höchsten Beschäftigungsstand aller Zeiten aufweisen. In Wahrheit hat sich noch Grundlegenderes getan – das gibt uns allen auch für die kommende Entwicklung Zuversicht –: Deutschland ist ein ganzes Stück schockresistenter geworden. Unsere Widerstandskraft bei unvorhergesehenen Ereignissen ist größer geworden. Unternehmen, Arbeitnehmer, die Politik, wir alle haben im vergangenen Jahrzehnt die Globalisierung angenommen, und wir haben uns besser darauf eingestellt.

In diesen Tagen hat das World Economic Forum Deutschland für wettbewerbsfähiger als die Vereinigten Staaten von Amerika erklärt. Das ist vielleicht nur eine nette Randnotiz, aber, verehrte Kolleginnen und

Kollegen, der harte Kern, der solchen Meldungen zugrunde liegt, ist entscheidend. Die Unternehmen haben sich in teils schmerzhaften Prozessen grundlegend restrukturiert; sie haben ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessert und sich damit gestärkt. Wir haben in den zurückliegenden Jahren außerdem schmerzhaft Reformen unseres Arbeitsmarktes durchgeführt. Sie haben sich aber durch und durch bewährt. Und die Bundesregierung hat Deutschland gut durch die von außen kommende Krise geführt. Sie hat mit ihrer Politik dazu beigetragen, dass es erstmals seit langer Zeit wieder zu echtem Wirtschaftswachstum in Deutschland gekommen ist.

Wir haben übrigens auch Vorschläge aus der Opposition widerstanden, die auf eine Rückabwicklung der erzielten Reformfolge

ausgerichtet gewesen sind.

Wir werden auch die Herausforderungen der Energiewende bewältigen, Schritt für Schritt.

Auch das ist eine Riesenaufgabe. Weil ich davon spreche, dass unser Land in

allen seinen Teilen gegenüber nicht vorherzusehenden Krisen widerstandsfähiger geworden ist, erwähne ich auch die Energiewende. Niemand konnte mit der Katastrophe Anfang des vergangenen Jahres rechnen. Dass sie Auswirkungen hatte, ist aber auch klar. Die Energiewende trägt dazu bei, dass wir auch insoweit widerstandsfähiger werden, dass wir bezogen auf unvorhersehbare Entwicklungen besser vorbereitet sind. Das ist Vorsorge für die Zukunft, und deswegen werden wir diese Energiewende Schritt für Schritt umsetzen. Auch daraus erwächst eine Stärkung unseres Landes.

Sie können schwerlich bestreiten – Sie haben in den zurückliegenden Jahren übrigens daran mitgewirkt, Herr Kollege Poß, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition –, dass unser Land insgesamt krisenresistenter geworden ist, und das ist in einer nicht einfachen Zeit eine gute Botschaft und eine gute Grundlage für unsere weitere Arbeit. Das ist kein Grund, nachzulassen in den Anstrengungen, aber es ist eine gute Grundlage.

Jedenfalls können wir aufgrund dessen, was wir in Deutschland in den zurückliegenden Jahren geschaffen haben, zuversichtlich sein, dass selbst ein Nachlassen der weltwirt-

schaftlichen Dynamik – das ist der entscheidende Punkt – die deutschen Unternehmen und die deutsche Wirtschaft weniger stark trifft, als das in früheren Jahren der Fall gewesen wäre. Deswegen können wir selbst angesichts der eher pessimistischen Schätzungen wie etwa der jüngsten Schätzung der OECD in der vergangenen Woche, die einen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten im dritten und vierten Quartal vorhersagen, davon ausgehen, dass es nicht zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit kommen wird. Genau darauf hat der Präsident der Bundesagentur in diesen Tagen erneut hingewiesen. Auch das ist eine wichtige Grundlage für Zuversicht und für weitere konsequente Politik.

Aber natürlich bleibt die Überwindung der Vertrauenskrise im Euro-Raum von zentraler Bedeutung. Die Bundesregierung bzw. die Bundeskanzlerin hat wieder und wieder betont, dass es den einen Befreiungsschlag nicht geben wird. Wir müssen die Fehler da korrigieren, wo sie entstanden sind, und wir müssen Schritt für Schritt verlorengegangenes Vertrauen zurückgewinnen. Die Ursachen liegen – auch das darf man nicht übersehen, und man muss es wieder und wieder in Erinnerung rufen – in Fehlern der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer, und sie können nur dort korrigiert werden.

Daran führt kein bequemer Ausweg vorbei, weder in Form einer Vergemeinschaftung der Haftung noch durch einen lockeren Umgang mit der Banknotenpresse. Diese Einsicht, dass daran kein Weg vorbeiführt, ist die Grundlage aller Entscheidungen zu europäischen Rettungsschirmen und auch der Europäischen Zentralbank.

Die Europäische Zentralbank ist unabhängig.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir alle sind gut gefahren mit der Unabhängigkeit dieser vorrangig der Geldwertstabilität verpflichteten Institution. Deswegen muss die Unabhängigkeit

der EZB verteidigt und respektiert werden.

Man kann unterschiedlicher Meinung darüber sein, in welchem Maße eine Zentralbank ihre Entscheidungen für Märkte berechenbar machen sollte, weil mit Berechenbarkeit immer auch eine Einladung zu Spekulation verbunden sein könnte. Vor diesem Hintergrund kann man auch das Wort „unbegrenzt“ unterschiedlich interpretieren und darüber viel diskutieren. Nur, man muss das zu vor Gesagte bedenken.

Jedenfalls ist entscheidend, dass ohne konsequente Reformen, ausgehandelt mit den drei Institutionen Internationaler Währungsfonds, Eu-

ropäische Zentralbank und EU-Kommission und konsequent durch diese Institutionen überwacht – das ist das, was man „Troika“ nennt –, in den Mitgliedstaaten gar nichts geht. Das nennt man Konditionalität. Diese Konditionalität ist unabdingbare Voraussetzung für jedes europäische Hilfsprogramm.

Das steht in den Verträgen, in der EFSF und auch im ESM, wenn er denn demnächst in Kraft tritt. Daran ändert sich für die Zukunft nichts.

Übrigens weiß auch die Europäische Zentralbank, dass über Programme der EFSF oder zukünftig des ESM nur verhandelt werden kann, wenn zuvor der Deutsche Bundestag der Aufnahme solcher Verhandlungen über ein Anpassungsabkommen zugestimmt hat. Das ist bekannt, und auch daran wird sich nichts ändern.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mit dieser konsequenten, von manchen als engstarr angesehenen Haltung, dem Bestehen auf Konditionalität, darauf, dass jede Hilfe immer Hilfe zur Selbsthilfe sein muss und nicht daran vorbeiführen darf, dass die Ursachen der Probleme bekämpft werden, mit der Auffassung, dass wir Zeit kaufen können, aber dass wir nicht anstelle der Lösung Zeit kaufen dürfen und die Probleme nicht auf die lange Bank schieben dürfen, mit dieser Haltung also sind wir in der Krise gut vorangekommen. In Portugal zeigen die makroökonomischen Kennziffern, dass die Reformen greifen. Irland ist bereits dabei, wieder Zugang zu den Finanzmärkten zu finden. Selbst Griechenland hat beachtliche Schritte zur Reduzierung seiner Haushaltsdefizite unternommen.

Der nächste Troika-Report wird ergehen, ob und inwieweit die strukturellen Maßnahmen umgesetzt wor-

den sind. Aber es ist klar: Alle Verpflichtungen aus dem erst zu Beginn dieses Jahres vereinbarten Programm müssen erfüllt werden. Wenn das nicht der Fall wäre, würde -erneut Vertrauen zerstört und erneut die Ansteckungsgefahr für die gesamte Euro-Zone vergrößert werden. Deswegen kann es in dieser Frage keine neuen Verhandlungen geben. Vielmehr muss das, was vereinbart worden ist, von allen Beteiligten umgesetzt und erfüllt werden.

Im Übrigen haben alle Länder der Euro-Zone, insbesondere die oft genannten Länder Spanien und Italien, beachtliche Fortschritte gemacht: in der Finanzpolitik durch Reduzierung ihrer Defizite, durch strukturelle Reformen zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit.

**Wir werden auch die Herausforderungen der Energiewende bewältigen.**



Fortsetzung von Seite 13: Dr. Wolfgang Schäuble (Bundesminister der Finanzen)

Insgesamt sind wir in der Euro-Zone auf dem richtigen Weg.

Die Mängel in der Architektur der Währungsunion, die wir bei ihrer Gründung in Kauf nehmen mussten – darüber gab es in den 90er-Jahren eine intensive Debatte – werden konsequent korrigiert. Wir sind in der haushaltspolitischen Überwachung weit vorangekommen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat jetzt mehr Biss, und er kann nicht mehr so leicht ausgehebelt werden wie im Jahre 2003, als er unter den Regierungen Chirac und Schröder erheblich beschädigt worden ist. Das ist für die Zukunft ausgeschlossen.

Im Fiskalvertrag haben sich 25 europäische Staaten – alle Mitgliedstaaten der Euro-Zone und acht der zehn weiteren Mitgliedsländer der Europäischen Union – dazu verpflichtet, in ihre nationale Rechtsordnung Schuldenbremsen einzufügen, die der Schuldenbremse des Grundgesetzes sehr ähnlich sind. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wer vor zwei Jahren vorausgesagt hätte, dass sich darauf 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union verpflichten würden, der hätte im besten Fall ein mildes Lächeln geerntet. Dies zeigt, dass ein Einstellungswandel in Europa Platz gegriffen hat: Wir lernen aus den Fehlern der Vergangenheit; die Krise führt zu ihren Lösungen.

Wir sind übrigens auch bei der Finanzmarktregulierung gut vorangekommen. Das kann man länger ausführen, aber das will ich heute nicht tun. Auf eines will ich jedoch hinweisen: Finanzlehren zu ziehen aus dem Mangel an Regulierung, der zu den Übertreibungen, zur Finanz- und Wirtschaftskrise geführt hat, ist auch ein wichtiges Ziel; denn dadurch wird dazu beigetragen, die Staatsschuldenkrise zu überwinden. Wenn die Banken mehr Eigenkapital halten müssen, wenn das Leveraging stärker begrenzt wird, wird man zwar bei den Renditeerwartungen nicht mehr von einer Untergrenze von 25 Prozent ausgehen können, aber die Ansteckungsgefahren für Banken in Staatsschuldenkrisen werden reduziert. Auch das trägt dazu bei, dass wir weniger krisenanfällig als in der Vergangenheit werden.

Wir brauchen, auch das hat die Krise gezeigt, eine Mindestvereinheitlichung im europäischen Bankenrecht. Ich will das ein wenig präziser darlegen, weil in der öffentlichen Debatte ein paar Dinge durcheinandergehen. Eine durchgreifende europäische Bankenaufsicht und klare Regeln zur Restrukturierung notleidender Banken, die von dieser europäischen Bankenaufsicht durchgesetzt werden können, sind notwendig. Deswegen haben die Staats- und Regierungschefs die Finanzminister mit der Konkretisierung einer solchen Aufsicht beauf-

tragt, und sie haben die Kommission gebeten, Vorschläge dazu zu erarbeiten. Die Kommission wird morgen ihre ersten Vorschläge dazu vorstellen, die bis zum Jahresende im Rat beraten werden sollen.

Erst wenn eine solche europäische Aufsicht unter Einbeziehung der Europäischen Zentralbank, also ein wirksamer einheitlicher Aufsichtsmechanismus für Banken des Euro-Währungsgebiets, eingerichtet worden ist, könnte der Stabilitätsmechanismus ESM gemäß der Vereinbarung der Staats- und Regierungschefs vom 28. Juni 2012 und vorbehaltlich jeweiliger parlamentarischer Zustimmungen die Möglichkeit bekommen, Banken zu rekapitalisieren. Nur wer die Aufsichtskompetenzen hat – das war der Grund dieser Regelung – und auch Restrukturierung durchsetzen kann, kann notfalls Kapital zuschießen. Das darf man nicht voneinander trennen.

Im Übrigen will ich darauf hinweisen: Auch wenn ein solcher Beschluss gefasst würde, der übrigens eine Änderung der Leitlinien für den ESM voraussetzen würde, die wir wiederum zuvor im Bundestag beraten und verabschieden müssten, würde es dabei bleiben, dass mit einem Mitgliedsland, das einen Antrag für eine solche direkte Bankenrekapitalisierung durch den ESM stellt, auch entsprechende Anpassungsmaßnahmen – Stichwort „Konditionalität“ – vereinbart würden. Daran wird sich nichts ändern, und daran darf sich nichts ändern.

Im Übrigen muss allen Beteiligten klar sein, dass der Aufbau einer schlagkräftigen europäischen Bankenaufsicht eine komplexe Aufgabe ist. Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Übereilte Scheinlösungen werden uns dabei nicht helfen.

Wir sollten uns deswegen zunächst auf diejenigen Banken konzentrieren, die auf europäischer Ebene Systemrelevanz haben können.

Mir scheint es unrealistisch zu sein, in sehr kurzer Zeit eine schlagkräftige europäische Aufsicht für 6 000 bis 8 000 Institute aus dem Boden stampfen zu wollen. Im Übrigen brauchen wir eine klare Trennung vom geldpolitischen Mandat der Europäischen Zentralbank, die sich zumindest in den Organisations- und Entscheidungsstrukturen niederschlagen muss. Nicht zuletzt brauchen wir in jedem europäischen Staat eigene funktionierende Einlagensicherungssysteme und Rekapitalisierungsregeln.

Aber dies alles, verehrte Kolleginnen und Kollegen, muss von den Überlegungen, mit denen die vier Präsidenten, die sogenannte Van Rompuy-Gruppe, beauftragt sind, streng getrennt werden. Ihnen geht es darum, grundlegende institutionelle Veränderungen in Richtung auf eine wirkliche Fiskal- und Banken-

union voranzubringen. Das ist aber ein anderes Thema. Wir müssen uns auf das konzentrieren, was jetzt auf der Tagesordnung steht, und dürfen das nicht mit anderen Punkten verwechseln. Man leistet den ernsthaften Bemühungen um eine schlagkräftige europäische Bankenaufsicht im Übrigen einen Bärendienst, wenn man sie auf Fragen gemeinsamer oder geeigneter Mittelaufbringung reduziert.

Natürlich versteht mancher in Europa unter dem Stichwort „Bankenunion“ viel mehr. In der kurzen Frist sollte sich die Europäische Kommission allerdings auf den konkreten Auftrag konzentrieren, also auf das unmittelbar Anstehende und Machbare. Eine weitergehende Debatte über eine Bankenunion als Teil einer echten europäischen Stabilitätsunion hat gewiss ihre Berechtigung. Aber ein solches Konzept gehört in den Gesamtkontext der notwendigen institutionellen Vertiefung in Europa und in der Euro-Zone. Dafür werden die vier Präsidenten, Van Rompuy als Ratspräsident zusammen mit den Präsidenten von Kommission, EZB und Euro-Gruppe, den Staats- und Regierungschefs im Laufe des Herbstes entsprechende Vorschläge vorlegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Vertrauenskrise im Euro-Raum hat – das habe ich eingangs erwähnt – natürlich Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage in Europa und der ganzen Welt. Die Bundesregierung hat das Wirtschaftswachstum mit real 0,7 Prozent in diesem Jahr und 1,6 Prozent im nächsten Jahr – das waren die Zahlen der Frühjahrsprognose der Bundesregierung – von Anfang an vorsichtig geschätzt. Diese Schätzung ist, auch was die Entwicklung in diesem Jahr betrifft, mit Blick auf die aktuellen Zahlen nach unten gut abgesichert.

Die aktuellen Konjunkturlinien machen deutlich: Ohne ein wettbewerbsfähiges Europa und ohne solide Staatsfinanzen, auch in anderen europäischen Ländern, wird es auch für uns in Deutschland keine nachhaltige Entwicklung geben. Das gilt für die Wirtschaft wie für die öffentlichen Haushalte. Deshalb – ich wiederhole dies – ist unser Engagement in Europa und für Europa vor allem eine gute Investition in unsere eigene Zukunft.

Wir leisten mit dem Haushalt 2013 einen wichtigen Beitrag auch zur Stabilisierung der Euro-Zone. Wir setzen national unseren Weg der wachstumsfreundlichen Konsolidierung konsequent fort. Wir sind in dieser Legislaturperiode – daran muss man erinnern – mit einer im Haushaltsentwurf 2010 vorgesehenen Neuverschuldung von rund 86 Milliarden Euro gestartet. Wir konnten die Neuverschuldung seither konsequent abbauen, auf 18,8 Milliarden Euro im vorliegenden Entwurf des Bundeshaushalts 2013. Wir senken die Neuverschuldung in diesem Regierungsentwurf auch gegenüber den im März veröffentlichten und

festgelegten Eckwerten weiter ab. Im Vergleich zum Soll des Jahres 2012 – so wie es im Haushalt 2012 beschlossen worden ist, einschließlich des Nachtragshaushaltes – handelt es sich um einen Rückgang der Neuverschuldung um 13,3 Milliarden Euro.

Wir werden die Neuverschuldung auch im Haushalt 2014, dessen Eckwerte wir im Frühjahr des nächsten Jahres beschließen und vorstellen werden, weiter konsequent zurückführen. Das ist ein wesentlicher Beitrag der Bundesrepublik Deutschland, um die gesamtstaatlichen Verpflichtungen aus dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt und aus dem Fiskalvertrag zu erfüllen.

Ich will hinzufügen: Diese Leistungen aus dem Bundeshaushalt sind umso bemerkenswerter, als dass der Bund den Ländern und Gemeinden in dieser Legislaturperiode in erheblichem Umfang zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt hat, die dazu beigetragen haben, dass die Länder und Kommunen insgesamt gesehen bereits einen nahezu ausgeglichenen Haushalt haben. Auch das muss man sich gelegentlich in Erinnerung rufen.

Wir werden die Konsolidierungspolitik zur Reduzierung der Neuverschuldung in den weiteren Jahren des Finanzplanungszeitraums fortsetzen. Damit gelingt es uns nicht nur, die Vorgaben der Schuldenbremse im Grundgesetz einzuhalten, sondern wir übertreffen diese Vorgaben weit. Der Bund kann noch in dieser Legislaturperiode, also im nächsten Jahr, und damit drei Jahre früher als nach der Schuldenbremse des Grundgesetzes erforderlich, die eigentlich ab 2016 geltende Obergrenze für das strukturelle Defizit des Bundes von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts einhalten und in den Folgejahren deutlich unterschreiten. Das heißt, wir bleiben im kommenden Jahr um rund 24 Milliarden Euro unterhalb des vom Grundgesetz erlaubten Defizits.

Herr Kollege Schneider, Ihr Jahr für Jahr wiederholter und unredlicher Vorwurf, wir würden irgendwelche Polster ansparen, um am Ende der Legislaturperiode aus dem Vollen zu schöpfen, ist damit wohl endgültig widerlegt. Ich hoffe, Sie werden ihn heute erstmals nicht erheben.

Wir senken die Neuverschuldung, indem wir das Ausgabenwachstum strikt begrenzen. Der Regierungsentwurf zum Haushalt 2013 und der Finanzplan bis 2016 sehen vor, dass die Ausgaben des Bundes 2013 302,2 Milliarden Euro betragen sollen. Sie unterschreiten damit das Soll des Jahres 2012 um rund 10 Milliarden Euro. 2014 sollen sich die Ausgaben nach dem Finanzplan auf 302,9 Milliarden Euro, 2015 auf 303,3 Milliarden Euro und 2016 auf 309,9 Milli-

arden Euro belaufen. Wir führen unsere seit Beginn dieser Legislaturperiode eingeschlagene Linie einer fast vollständigen Konstanz des Ausgabevolumens bei veränderter Prioritätensetzung innerhalb des Plafonds also konsequent fort.

Die Begrenzung der Ausgabensteigerung auf einen Wert weit unterhalb der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts ist ein Paradigmenwechsel. In vergangenen Legislaturperioden sind die Ausgaben leider in der Regel stärker gewachsen als die Einnahmen oder das Bruttoinlandsprodukt. Als Folge daraus ist die Verschuldung des Bundes weiter angestiegen, und die finanzpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten haben abgenommen. Wir verringern die Verschuldung des Bundes im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt und erhöhen damit den Gestaltungsspielraum künftiger Generationen.

Mit dem Haushalt 2013 beraten wir heute auch das Haushaltsbegleitgesetz, das einige Maßnahmen im Bereich der Sozialversicherungen enthält, die im Saldo zu einer Entlastung des Haushalts um rund 4,9 Milliarden Euro führen. Wir senken unter anderem den Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds einmalig um 2 Milliarden Euro, weil dieser Betrag zur Finanzierung des Sozialausgleichs wegen einer entsprechenden einmaligen Erhöhung um 2 Milliarden Euro für Zusatzprämien nicht gebraucht wurde. Das ist eine positive Wirkung der guten wirtschaftlichen Entwicklung der Beitragseinnahmen am Arbeitsmarkt und zeigt: Eine solide Finanz- und Wirtschaftspolitik zahlt sich auch in Bezug auf die soziale Sicherheit aus.

Im Übrigen bleibt der Zuschuss zum Gesundheitsfonds unbeschadet der im Gesundheitswesen anfallenden Überschüsse auf einem hohen Niveau.

Es gibt übrigens Schlimmeres als Überschüsse in den gesetzlichen Sozialversicherungskassen, vor allem vor dem Hintergrund unserer demografischen Entwicklung. Man meint ja gelegentlich, es gebe kein größeres Problem als diese Überschüsse. Defizite sind jedenfalls ein sehr viel größeres Problem.

Es kommt zu einer Entflechtung zwischen dem Etat der Bundesagentur für Arbeit und dem Bundeshaushalt. Damit stärken wir die Eigenständigkeit der Bundesagentur weiter. Für den Wegfall der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung braucht die Bundesagentur im Gegenzug keinen Eingliederungsbeitrag mehr für Langzeitarbeitslose an den Bundeshaushalt zu leisten.

Die Sozialversicherungen erwirtschaften Überschüsse; ich habe es gerade gesagt. Ich wiederhole: Es gibt Schlimmeres. Für die gesetzli-

**Wir sind in der haushaltspolitischen Überwachung weit vorangekommen.**

**Wir leisten mit dem Haushalt 2013 einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Euro-Zone.**



che Rentenversicherung hat das Bundeskabinett am vergangenen Mittwoch eine Reduzierung des Beitragsatzes zum 1. Januar 2013 beschlossen. Das ist im geltenden Regelwerk aufgrund der gesetzlichen Rentenformel so vorgesehen, wenn die Reserven in der Rentenversicherung ein bestimmtes Niveau überschreiten. Ich plädiere sehr dafür: Es ist ein Ausdruck von Berechenbarkeit und Verlässlichkeit, wenn das für die Rentenversicherung geltende Regelwerk im Einzelfall konkret angewandt und nicht je nach Kassenlage manipuliert wird.

Wir stärken auf diese Weise das Versicherungsprinzip und vor allen Dingen Berechenbarkeit und Verlässlichkeit.

Im Übrigen bedeutet unser Konsolidierungskurs gerade eben nicht, dass wir Zukunftsinvestitionen im Bundeshaushalt zurückfahren.

Um für nachhaltiges Wachstum in Deutschland zu sorgen, setzen wir weiter auf gezielte Investitionen in Infrastruktur, in Bildung und Forschung. Die klassischen -Investitionen, insbesondere im Verkehrsreich, also Straße, Schiene, Wasserstraße und kombinierter Verkehr, werden bei einem Betrag in Höhe von rund 10 Millionen Euro stabilisiert.

Wir liegen mit diesen 10 Milliarden Euro deutlich oberhalb des Niveaus vor Beginn der konjunkturellen Ausgleichsmaßnahmen im Jahre 2009 – das ist die entscheidende Größe – also vor den Gegenmaßnahmen, die wir krisenbedingt beschlossen haben. Im Übrigen entfallen rund 53 Prozent, also mehr als die Hälfte, der Gesamtausgaben des Einzelplans des Verkehrsministeriums auf Investitionsausgaben.

Aber vor allem fließen in den nächsten Jahren erhebliche Mittel in die Bereiche Bildung und Forschung und damit in unabdingbare Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Bildung und Forschung sind die klar erkennbare Priorität dieser Bundesregierung. Zwischen 2006 und 2013 ist der Anteil des Einzelplans 30 an den Gesamtausgaben des Bundeshaushalts um mehr als 50 Prozent gestiegen. 2006 betrug der Anteil 3 Prozent; 2009 betrug er 3,4 Prozent, und im Jahre 2013 liegt der Anteil bei 4,6 Prozent. Die Bundesregierung meint es also ernst mit dem Motto „Vorfahrt für Bildung und Forschung“.

Wir hatten zu Beginn dieser Legislaturperiode vereinbart und verkündet, dass wir die Mittel für Bildung und Forschung trotz der notwendigen Konsolidierung insgesamt in der Legislaturperiode um 12 Milliarden Euro aufstocken werden. Wir haben in dieser Legislaturperiode mehr als Wort gehalten.

Mit Investitionen in Bildung und Forschung und in die Ausbildung der Jugend, mit Investitionen auch in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzt die Bundesregierung die richtigen Schwerpunkte,

um Wirtschaft und Gesellschaft auf den demografischen Wandel vorzubereiten. Die Bundeskanzlerin hat wieder und wieder darauf hingewiesen – nicht um neue Ängste zu schüren, sondern um uns diesen stattfindenden demografischen Wandel bewusst zu machen –, dass es ein Schwerpunkt unserer Bemühungen insgesamt, also gesamtstaatlich und gesamtgesellschaftlich, sein muss, uns auf diesen Wandel rechtzeitig vorzubereiten und Vorsorge zu treffen. Ich glaube, soweit wir haushalterisch unseren entsprechenden Beitrag leisten können, sind das die richtigen Maßnahmen.

Wir werden übrigens mit dem Haushalt 2013 auch unserer globalen Verantwortung weiter gerecht. Der Bund hat seine direkten Aufwendungen für Entwicklungszusammenarbeit in den zurückliegenden Jahren erheblich gesteigert. Nach der OECD-Statistik hat Deutschland im Jahr 2011 insgesamt rund 14,5 Milliarden US-Dollar an öffentlichen Mitteln für diesen Bereich aufgewandt. Wir waren damit in absoluten Zahlen nach den USA der zweitgrößte Geber weltweit. Man muss das auch einmal sagen.

Das hohe Ausgabenniveau des Einzelplans des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, aus dem ein Großteil der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit finanziert wird, wird 2013 noch einmal auf dann rund 6,42 Milliarden Euro erhöht. Gegenüber dem bislang geltenden Finanzplan werden damit zusätzliche Mittel in Höhe von rund 670 Millionen Euro als öffentliche Entwicklungshilfe – ODA – bereitgestellt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, nun will ich von der Ausgaben- zur Einnahmeseite des Haushalts und damit zur Steuerpolitik kommen.

Wir erheben Steuern zu nichts anderem als zur Finanzierung staatlicher Aufgaben und Ausgaben.

Deutschland hat wirklich kein Einnahmeproblem. Das Schwadronieren über eine angebliche Unterfinanzierung unseres Staates mag in manchen Ländern berechtigt sein. Aber wir in Deutschland haben ein insgesamt auskömmliches Einnahme- und Ausgabenniveau.

Wir schließen die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht, indem wir immer die Steuern erhöhen, sondern wir schließen diese Schere – die Haushalts- und Finanzpolitik zeigt es –, indem wir die Ausgaben langsamer wachsen lassen als die Einnahmen, und zwar ohne Steuererhöhungen. Das ist nachhaltige Finanz- und Steuerpolitik.

Eine moderate Begrenzung des Ausgabenwachstums ist die beste wachstumsfreundliche Politik. Dazu

gehört im Übrigen auch, dass der Staat nicht heimlich Inflationsgewinne einstreicht: durch verdeckte Steuererhöhungen, die sogenannte kalte Progression, die schleichend immer größere Teile des Einkommens der Bürgerinnen und Bürger betrifft.

Neben der Haushaltskonsolidierung und den Investitionen in Wachstumsbereichen gehört für uns zu einer wachstumsfreundlichen Finanzpolitik auch, durch gesetzgeberische Maßnahmen zu Korrekturen zu kommen, wenn es inflationsbedingte Mehreinnahmen gibt.

Der Verzicht auf Einnahmen aus der kalten Progression ist übrigens auch ein klares Bekenntnis zu dauerhafter Geldwert- und Preisstabilität und zu größerer Steuergerechtigkeit.

Es geht dabei um mehr als um einen einmaligen Schritt. Es geht um die systematische Überprüfung des Zusammenwirkens von Preissteigerungen und Steuerprogression. Dieses Zusammenwirken soll alle zwei Jahre überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden, um einen grundlegenden Ausstieg aus heimlichen, so vom Gesetzgeber nicht beschlossenen Steuererhöhungen sicherzustellen.

Das alles zeigt: Der soziale Ausgleich über die steuerliche Progression funktioniert in unserem Land ganz gut, nicht mehr und nicht weniger.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir haben vor der Sommerpause in einem breiten parlamentarischen Konsens dafür gesorgt – ich will dankbar daran erinnern –, dass es gelungen ist, Entscheidungen zur Bekämpfung der Euro-Schuldenkrise und auch zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags zu treffen. Wir haben damals vereinbart, dass wir das Kapital für die Europäische Investitionsbank, die sogenannte EIB, entsprechend aufstocken.

Deshalb haben wir uns entschieden, für das laufende Haushaltsjahr einen zweiten Nachtragshaushaltsentwurf vorzulegen, mit dem wir im Einzelnen unseren Verpflichtungen im Rahmen des europäischen Wachstumspakts und zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags nachkommen wollen. Damit erreichen wir, dass die Handlungsfähigkeit der Europäischen Investitionsbank schon jetzt gestärkt wird – das ist dringend notwendig –, dass sie in kurzer Frist zusätzliche wachstumsfördernde Investitionen anregt und sich selbst günstig refinanzieren kann.

Es wird uns aufgrund der günstigen Entwicklung in diesem Jahr bei Einnahmen und Ausgaben gelingen, die geplante Nettokreditaufnahme von 32,1 Milliarden Euro für 2012 auch weiterhin, auch mit einem sol-

chen Nachtragshaushalt, einzuhalten und nicht zu überschreiten.

Mit der vorzeitigen Einhaltung der von der Schuldenbremse erst für 2016 vorgesehenen Obergrenze für die strukturelle Nettokreditaufnahme haben wir ein ambitioniertes Ziel gesetzt.

Wir müssen davon ausgehen, dass die unseren Haushaltsplanungen zugrunde gelegte gesamtwirtschaftliche Projektion der Bundesregierung für 2013 – 1,6 Prozent – im kommenden Jahr nicht übertroffen werden wird; es gibt zu viele Unsicherheiten, weltwirtschaftlich und auch in der europäischen Entwicklung. Das heißt, dass sich aus der wirtschaftlichen Lage – anders als in den zurückliegenden Jahren – mit einer hohen Wahrscheinlichkeit keine weiteren Spielräume für den Bundeshaushalt ergeben werden. Also müssen wir davon ausgehen, dass sich die Steuereinnahmen nicht besser entwickeln werden, als bei der vorangegangenen Steuerschätzung prognostiziert worden ist.

Wir sind, in aller Bescheidenheit, für viele europäische Staaten ein Vorbild, und zwar nicht nur, was unsere wirtschaftliche Stärke angeht, mit der wir 2009 und 2010 aus der größten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg herausgekommen sind. Ich will doch noch einmal daran erinnern: Zum Anfang der Legislaturperiode, Frau Bundeskanzlerin, wurden Sie gefragt: Was ist denn Ihr Ziel? Sie haben damals gesagt: Na, wenn wir am Ende der Legislaturperiode da wären, wo wir vor der Krise waren, dann wäre es toll oder wäre es schon ganz gut. Wir sind Ende vergangenen Jahres da schon gewesen. Wir sind gut aus der Krise herausgekommen.

Wir haben mit unserer Politik in den vergangenen Jahren wie in diesem Jahr gezeigt, dass Wachstum und Konsolidierung – das ist die eigentliche Debatte, auch international – sich nicht ausschließen, sondern beides, im Gegenteil, zusammengehört. Unser Ansatz wachstumsfreundlicher Konsolidierung hat sich in der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland bewiesen. Es zeigt sich: Eine konsequente Selbstbindung an vernünftige Konsolidierung ist ein entscheidender Faktor, der zu nachhaltigem Wachstum positiv beiträgt.

So bieten wir auf der europäischen Ebene eine vernünftige, bessere Alternative zu den vielen Wünschen nach Vergemeinschaftung, Schuldenunion oder Euro-Bonds.

Wir vergemeinschaften die Schulden nicht. Sie haben lange genug die Forderung erhoben, die Haftung zu vergemeinschaften, ohne die Finanzpolitik zu vergemeinschaften, und Ähnliches mehr. Ich will es Ihnen wieder sagen: Wir bieten mit un-

serer Politik solider Finanzen und nachhaltigen Wirtschaftens eine bessere, seriöse Alternative.

Ich will ausdrücklich sagen: Jede Alternative, bei der versucht würde, mit einer weniger soliden Finanzpolitik die Probleme kurzfristig zu überwinden, würde am Ende nicht nur den Steuerzahler teuer zu stehen kommen, sondern sie würde vor allen Dingen nachhaltiges Wachstum in Europa nicht möglich machen. Alle modernen wirtschaftlichen Untersuchungen belegen, dass nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum nur auf der Grundlage solider finanzpolitischer Entwicklung möglich ist und dass eine unsolide Finanzpolitik zwar kurzfristig Stroheffekte hat, aber kein nachhaltiges Wachstum generieren kann. Deswegen entscheidet sich die Bundesregierung erneut für den Kurs von nachhaltiger, solider, stabiler politischer Entwicklung.

Wir nehmen mit unserer Politik als Stabilitätsanker und Wachstumslokomotive in Europa eine Vorreiterrolle ein. Wir haben als Konsequenz mit der Schuldenbremse im Grundgesetz die richtigen Weichen gestellt. Alle machen uns das nach. Es ist ja nicht schlecht, wenn wir sagen können: Andere haben ein Stück weit aus unseren Erfahrungen gelernt; wir haben ja auch selber genügend Fehler gemacht. Unsere Finanzpolitik ist glaubwürdig, und deshalb genießen wir auch das Vertrauen der Anleger an den Märkten in einem Maße, wie es auf die Dauer schon gar nicht mehr wünschenswert sein kann.

Im Übrigen steht noch etwas außer Zweifel; ich will noch darauf hinweisen. Die EU-Kommission hat kürzlich den Public Finances Report 2012 veröffentlicht. Darin

steht, dass sich eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen auf lange Sicht positiv und signifikant in höherem Wachstum wie in höherer Beschäftigung niederschlägt. Das ist die Grundlage unserer Politik.

Wir müssen Kurs halten. Wir müssen in schwierigen Zeiten und in schwierigem Umfeld unsere Aufgaben weiterhin meistern. Wir müssen die Herausforderungen des demografischen Wandels und der Energie-wende meistern.

Wir können in einer immer stärker vernetzten Welt, in Zeiten der Globalisierung unsere Interessen nur wahrnehmen und unserer Verantwortung nur gerecht werden, wenn wir Europäer dies gemeinsam tun. Ein starkes, ein einiges und ein handlungsfähiges Europa ist, wie es in der Präambel des Grundgesetzes steht, ein Beitrag zum Frieden in der Welt, aber es ist vor allem die beste Investition in unser aller Zukunft.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

### Wir haben mit unserer Politik gezeigt, dass Wachstum und Konsolidierung zusammengehört.

### Unsere Finanzpolitik ist glaubwürdig, deshalb genießen wir das Vertrauen der Anleger.



Joachim Poß, SPD:

## Sie haben in Ihrer Funktion als Bundesfinanzminister versagt



Joachim Poß (\*1948)  
Wahlkreis: Gelsenkirchen

Herr Minister Schäuble, mit Ihrer Rede haben Sie heute eines bewiesen, nämlich wofür Sie stehen: Sie stehen für soziale, gesellschaftspolitische Ignoranz.

Sie ignorieren, dass wir es mit einer Gesellschaft, die durch wachsende Ungleichheit geprägt ist, zu tun haben. Wer das ignoriert, der kann für unsere Bevölkerung nicht die richtige Politik machen.

Sie haben auch bewiesen, dass Sie das falsch analysieren, indem Sie bei Arbeitslosen und sozial Schwachen gekürzt und gespart und Vermögende sowie Spitzenverdiener geschont haben. Das war Ihre Politik.

Ich habe mich manchmal gefragt, warum ein Mensch mit Ihrer Intelligenz und auch Frau Merkel meinen, eine solche Politik vertreten zu können. Sie haben mir heute die Erklärung geliefert: Sie leben offenbar in dem Weltbild eines badischen Konservativen, der zum Beispiel gegen die steuerliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnern ist, solange das Verfassungsgericht das nicht festgestellt hat, und der nicht mehr auf der Höhe der Zeit ist. Ein moderner Sozialstaat braucht aber einen Finanzminister, der auf der Höhe der Zeit ist.

Sie können so, wie Sie denken, den Aufgaben, die heute zu leisten sind, schlicht nicht gerecht werden, Herr Minister Schäuble. Sie haben sich als überfordert gezeigt.

Da, wo Sie nicht überfordert sind, verstecken Sie Ihre Absichten hinter einem dichten Vorhang von Worten. Sie geben ja manchmal den Finanzphilosophen, aber in der Tradition der Aufklärung stehen Sie als Finanzphilosoph nicht, Herr Schäuble. Ihre Philosophie ist vielmehr die der taktischen Winkelzüge, mit denen Sie versuchen, Ihre politischen Freunde und Gegner bewusst auszu-tricksen. Das ist Ihre Methode.

Sie schmücken Ihre Haushalts- und Steuerpolitik – durchaus geschickt – so, dass eine glänzende Au-

ßenfassade entsteht. Damit wollen Sie die Grundlage für den Wahlkampf im nächsten Jahr legen. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Sie versuchen, eine Kontinuität in der Finanzpolitik zu konstruieren, die in dieser miserablen schwarz-gelben Regierungskoalition nie Realität war.

Herr Bundesfinanzminister, auch wenn Sie sich als Gestalter sehen: Letztlich sind Sie, Herr Schäuble, ein Getriebener und seit drei Jahren ein Erfüllungsgehilfe von Frau Merkel. Das ist Ihre Rolle in den letzten drei Jahren gewesen. Frau Merkel aber will und wollte nie gestalten. Sie wollte auf dem schwankenden Grund ihrer Koalition immer nur überleben und ihre Macht verteidigen. Dem mussten Sie sich unterordnen, auch da, wo Sie in der Europapolitik womöglich andere Wege gegangen wären.

In der Haushaltspolitik zeichnen Sie ein Bild, das schlicht falsch ist. Ich könnte jetzt lange Zitate der Deutschen Bundesbank – nicht der deutschen Opposition – verlesen. Zum Beispiel im August-Monatsbericht der Bundesbank wird festgestellt, dass die günstige Haushaltsentwicklung weitgehend auf steuerlichen Mehreinnahmen im Gefolge der robusten Entwicklung der deutschen Wirtschaft und auf deutlichen Entlastungen beim Schuldendienst beruht. Weiter stellt die Bundesbank fest, dass Sie sich vom Konsolidierungsprogramm aus dem Juni 2010 sogar abgekehrt haben.

Zu Ihrer mittelfristigen Finanzplanung, die Sie hier so gelobt und als realistisch dargestellt haben, stellt die Bundesbank fest, dass sie nur unter der Annahme anhaltenden gesamtwirtschaftlichen Wachstums, sehr niedriger Zinsen und ausbleibender Belastungen aus Gewährleistungen im Rahmen der Schuldenkrise im Euro-Raum funktionieren könne. So weit die Analyse der Deutschen Bundesbank, auf die Sie, gerade Sie von der schwarz-gelben Koalition, doch so stolz sind. Eigentlich müssten Sie zu den Zitaten, die ich gebracht habe, jetzt klatschen!

Ihre Planung setzt also voraus, dass es mindestens bis 2016 keinerlei Krisen und Abschwünge geben wird. Wer kann so etwas glauben und annehmen? Es geht Ihnen nicht um Wahrhaftigkeit, sondern um etwas anderes: Sie betreiben Schönfärberei mit Blick auf den kommenden Bundestagswahlkampf.

Sie haben das Sparpaket nur bei den sozial Schwachen umgesetzt. Sie haben die soziale Schieflage in unserem Lande verstärkt. Sie haben die Klientelpolitik zum Markenzeichen Ihrer Koalition gemacht.

Eine Ihrer steuerpolitischen Absichten im Koalitionsvertrag war die Bereinigung der Mehrwertsteuer. Nichts haben Sie an Bereinigung zustande gebracht. Vielmehr haben Sie einen Ausnahmetatbestand für die Hoteliers hinzugefügt. Sie haben schon zu Beginn in dieser Koalition reiche Erben und einkommensstarke Hoteliers begünstigt. Daran muss man immer wieder erinnern. Sie haben heute mit Ihrer Rede gezeigt, wo Sie gesellschaftspolitisch stehen. Da müssen Sie auch gestellt werden.

Das von Ihnen so unzulänglich ausgehandelte Deutsch-Schweizer Steuerabkommen ist ein Beispiel für diese Klientelpolitik. Selbst in der nachverhandelten Form bleiben die Steuerhinterzieher geschützt und im Dunkel der Anonymität; sie können auch weiterhin in Deutschland nichtversteuerte Gelder in die Schweiz bringen. Das, Herr Bundesfinanzminister, ist eine Provokation der ehrlichen Steuerzahler und nichts anderes.

Ihnen scheint – dies haben Sie auch in Ihrer Rede gezeigt – die persönliche Gesichtswahrung wichtiger zu sein als die effektive Verfolgung der Steuerhinterzieher und ihrer Helfer.

Norbert Barthle, CDU/CSU:

## Das ist der Beweis für unsere erfolgreiche Politik



Norbert Barthle (\*1952)  
Wahlkreis: Backnang – Schwäbisch Gmünd

Lieber Herr Kollege Poß, ich will nicht lange auf Ihre Rede eingehen. Lassen Sie mich aber feststellen: Eine Opposition, die hier mit so viel Schaum vor dem Mund auftritt und versucht, die gute Entwicklung mit derart unsachlichen Vorwürfen schlechtzureden, diskreditiert sich selbst.

Als Bundesfinanzminister sollten Sie auf der Seite der deutschen Steuererfahrender stehen und nicht gegen sie arbeiten oder sich gegen sie äußern.

Auch in der Euro-Zone sind Sie nicht frei von taktischen, juristisch verbrämten Winkelzügen. Trotz Ihrer unbestrittenen europäischen Gesinnung, die ich durchaus anerkenne, folgen Sie dabei der Bundeskanzlerin – die gerade in die Reihen des Plenums entschwindet –, der Meisterin der verschlungenen Wege.

Sie weisen, wie auch Frau Merkel, strikt und entrüstet die Vergemeinschaftung von Schulden und eine Transfer- und Haftungsunion als großen Irrweg zurück. Das ist das, was Sie reden. Was Sie und Frau Merkel aber tatsächlich tun,

ist etwas anderes: Sie schieben die Verantwortung zur Stabilisierung des Euro auf die Europäische Zentralbank, weil Sie für die notwendigen Maßnahmen keine Mehrheit in Ihrer schwarz-gelben Koalition in diesem Parlament haben.

Sie lassen bewusst eine heimliche Vergemeinschaftung von Schulden in der Euro-Zone durch die EZB ohne jegliche demokratische Legitimierung zu.

Hier rächt sich, Herr Schäuble, dass Sie – bei all Ihren sonstigen europapolitischen Verdiensten – und Frau Merkel in der eigenen Ko-

alition und gegenüber der Öffentlichkeit nicht für Orientierung gesorgt haben und immer feige weggetaucht sind. Sie suchen immer den Ausweg für Feiglinge, anstatt sich zu stellen und in der Öffentlichkeit die notwendige Debatte über die Konsequenzen zu führen, die wir zur Stabilisierung des Euro benötigen. Das ist ein historisches Versagen.

Erhard Eppler schreibt Frau Merkel zu Recht ins Stammbuch, dass Deutschland nicht immer nur bremsen, sondern führen soll. Solidarität in Europa wird die Deutschen am Ende weniger kosten als immer wieder neu von Deutschland erzwungene Zugeständnisse. Eppler sagt zu Recht: Wer

ständig bremsst, verliert. Die schwarz-gelbe Koalition mit Frau Merkel nimmt die fortbestehende Unsicherheit in Europa und in der Euro-Zone und die daraus folgenden Mehrkosten aus parteipolitischen Gründen in Kauf. Warum? Um innenpolitische Feindbilder zu pflegen. Das ist schamlos, das ist verantwortungslos.

Entgegen all Ihrer Semantik stelle ich fest: Sie haben in Ihrer Funktion als Bundesfinanzminister versagt, Herr Schäuble

(Beifall bei der SPD)

**Ein moderner Sozialstaat braucht aber einen Finanzminister, der auf der Höhe der Zeit ist.**



auch das Richtige gesagt. Dem schließe ich mich voll an.

Ich will mich für den Haushaltsentwurf 2013 der Regierung, den der Finanzminister eben eingebracht hat, bedanken. Er zeigt, dass sich das Top-down-Verfahren, das wir anwenden, bewährt. Dieser Regierungsentwurf ist ein guter Erfolg, ein Ausweis unserer erfolgreichen Politik und eine gute Grundlage für die anstehenden Beratungen. Denn er zeigt: Wir halten konsequent an der vereinbarten Linie der wachstumsorientierten Konsolidierung fest. Das ist und bleibt Generalaussage bei allen Haushaltsberatungen. Das zeigt sich auch in der mittelfristigen Finanzplanung, in der vorgesehen ist, dass sich die Neuverschuldung in den kommenden Jahren stetig verringert: In diesem Jahr liegt sie bei 32 Milliarden Euro, im nächsten Jahr bei 18 Milliarden, dann bei 13 Milliarden, dann bei 4 Milliarden und im Jahre 2016 bei 0 Milliarden. Für das Jahr 2016 ist sogar der Beginn der Schuldentilgung mit Zuführung von 1 Milliarde Euro aus dem Bundeshaushalt an den Schuldentilgungsfonds vorgesehen.

Das ist der Beweis für unsere kontinuierliche und erfolgreiche Politik. Wenn Sie es nicht sagen, dann sage ich es: Wir sind richtig gut!

Wenn Sie genau hinschauen, dann werden Sie feststellen, dass wir die Neuverschuldung gegenüber dem bisherigen Finanzplan für die Jahre 2013 bis 2015 um über 20 Milliarden Euro verringern. Was sagt die Opposition dazu? Wir hören immer wieder, es müsse noch schneller und noch mehr gemacht werden. Liebe Kollegen von der Opposition, ich kann nur an Sie appellieren: Sorgen Sie dafür, dass Ihre Ministerpräsidenten das Steuerabkommen mit der Schweiz nicht weiterhin blockieren, sondern dass es endlich zustande kommt; denn dann haben wir Steuermehreinnahmen. Die Experten sprechen von rund 10 Milliarden Euro, die wir sofort einnehmen könnten. Diese würden wir sofort zur Absenkung der Nettokreditaufnahme nutzen. Also, handeln Sie dort, wo Sie können, anstatt Luftblasen zu verbreiten.

Ein weiterer Punkt, an dem sich unser Erfolg ablesen lässt, ist die Tatsache, dass wir die Schuldenbremse konsequent einhalten und sogar vorzeitig erfüllen werden, und zwar nicht, wie vorgeschrieben, erst 2016, sondern aller Voraussicht nach bereits im kommenden Jahr. Dies hängt natürlich von der konjunkturellen Entwicklung ab, die ja die Konjunkturkomponente ausmacht. Aber wir liegen bei der maximal möglichen Nettokreditaufnahme wesentlich unter dem, was uns die Schuldenbremse vorschreibt. Wir werden bereits im kommenden Haushalt einen Puffer in Höhe von 24 Milliarden Euro einhalten. In den Folgejahren werden es 20 Milliarden, 15 Milliarden und 11 Milliarden sein. Nach dem Jahr 2016 brauchen wir keinen Puffer mehr; denn dann sind wir bei null.

Ein ganz wichtiger Grund für diese erfolgreiche Entwicklung ist, dass wir Disziplin wahren, und zwar bei den Ausgaben. Ich will nochmals darauf hinweisen: Wir hatten im Ist des Haushaltes 2010 Ausgaben von knapp 304 Milliarden Euro. Wir werden im kommenden Jahr Ausgaben von 302 Milliarden Euro haben und im Jahr 2014 Ausgaben von 303 Milliarden Euro.

Bei kontinuierlich steigenden Preisen und bei kontinuierlich steigenden Einnahmen das Ausgabenniveau zu senken, das ist etwas, das bisher noch keine Vorgängerregierung geschafft hat. Das schaffen wir. Die Koalition aus CDU/CSU und FDP schafft es, bei steigenden Einnahmen weniger auszugeben. Das nennt man bei mir zu Hause im Schwabenland "sparen". Ich weiß nicht, wie Sie "sparen" definieren. Wer bei mehr Einnahmen weniger ausgibt, der spart. Wir können sparen, und wir tun es.

Genau mit dieser Strategie wird sich die Schere weiter schließen, hin zu einem ausgeglichenen Haushalt. Dass dies nicht ganz einfach ist, das wissen wir. Gerade in guten Zeiten ist Konsolidierung besonders schwer. Erinnern wir uns an die Anfangsjahre der rot-grünen Regierung. Damals wurde uns vor Augen geführt, wie schwer es ist; denn es fand das Gegenteil statt.

Eine weitere Anmerkung: Mit diesem Haushalt und der Strategie der wachstumsfreundlichen Konsolidierung halten wir auch internationale Verpflichtungen ein. Beim G-20-Treffen in Toronto – 2010 war das – haben sich die Industrieländer dazu verpflichtet, die Staatsdefizite bis 2013 zu halbieren und die Staatsverschuldung in Relation zum BIP bis 2016 zu senken. Diese Zusage erfüllt Deutschland. Auch das ist im internationalen Kontext wichtig. Denn gerade vor dem Hintergrund der sich weltweit auswirkenden Staatsschuldenkrise in Europa ist es entscheidend, dass wir in diesem Punkt unsere Linie halten und mit gutem Beispiel vorangehen.

Ich will dies nochmals mit Zahlen unterfüttern: Im Jahre 2010 betrug das Staatsdefizit 3,3 Prozent gegenüber dem BIP. Im nächsten Jahr, also im Jahre 2013, werden wir bei 0,5 Prozent, bei einem halben Prozent, sein. Das ist eine hervorragende Entwicklung. Nur zur Erinnerung: Unter Rot-Grün wurde in den Jahren 2002 bis 2004, drei Jahre hintereinander, dieses 3-Prozent-Ziel nicht eingehalten, sondern jedes Mal überschritten. Sprich: Wir halten nicht nur die internationalen Verpflichtungen ein, sondern wir halten auch den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt und die Vorgaben des Fiskalpaktes ein. Bereits im vergangenen Jahr waren wir unterhalb des 3 Prozent-Ziels. Deshalb wurde Deutschland in diesem Jahr aus dem sogenannten Defizitverfahren entlassen.

Wir setzen damit unsere seriöse Haushaltspolitik fort.

Lassen Sie mich nochmals zurückblicken auf das Jahr 2010. Damals sagte mein Kollege, der haushaltspolitische Sprecher der SPD, Carsten Schneider, bei den Beratungen:

Wenn man sich den Haushalt 2011 ansieht, dann kann man zu einem ganz klaren Urteil kommen: Dieser Haushalt wird der Scheidepunkt sein, was die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahren angeht.

Kollege Poß – heute mit Kassandrarufer – hat damals gemeint, diese Regierung sei für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes eher eine Bedrohung als ein Pluspunkt.

**Wir halten konsequent an der vereinbarten Linie der wachstumsorientierten Konsolidierung fest.**

Schauen Sie sich die Zahlen der Jahre 2011 und 2012 an: Wir hatten ein Wirtschaftswachstum von 3 Prozent, die Erwerbslosenquote ging deutlich auf 7,1 Prozent zurück. Mit über 41 Millionen Beschäftigten verzeichnen wir Rekordbeschäftigung. Diese Entwicklung setzt sich weiter fort. Deshalb sind die Kritikpunkte, die Sie hier vorgetragen haben, mühsam an den Haaren herbeigezogen, aber wenig ernst zu nehmen.

Im Haushaltsbegleitgesetz für das Jahr 2013 haben wir diese positive Entwicklung entsprechend abgebildet. Aufgrund dieser Entwicklung ist es uns möglich, den Haushalt um rund 5 Milliarden Euro zu entlasten. In den Konsolidierungsmaßnahmen enthalten sind die geringere Beteiligung des Bundes an den Kosten der

Arbeitsförderung, ebenso die einmalige Verminderung des Bundeszuschusses an den Gesundheitsfonds im Jahr 2013 um 2 Milliarden Euro – das sind die 2 Milliarden Euro, die wir wieder zurückholen – sowie die Kürzungen des Bundes in der Rentenversicherung um rund 1 Milliarde Euro.

Das ist alles andere als ein sozialer Kahlschlag, so wie es die Opposition, vor allem die Linke, immer wieder darzustellen versucht. Die soziale Sicherung ist nach wie vor ein Schwerpunkt in diesem Haushalt. Rund 145 Milliarden Euro geben wir für die soziale Sicherung aus; mit rund 48 Prozent der Gesamtausgaben ist dieser Bereich der größte Ausgabenblock im Bundeshaushalt. Das ist ein Beweis dafür, dass wir soziale Verantwortung wirklich ernst nehmen.

Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt für 2013 setzt die richtigen Schwerpunkte. Der Bundesfinanzminister hat bereits darauf hingewiesen: Die Ausgaben für Bildung und Forschung steigen im kommenden Jahr um weitere 800 Millionen Euro auf 13,7 Milliarden Euro an. Das bedeutet ein Plus von gut 6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auch das hat bisher noch keine Vorgängerregierung geschafft; das ist einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Auch darauf sind wir stolz.

Der Haushalt des BMI wird ebenfalls um knapp 330 Millionen Euro ansteigen; das ist ein Plus von 6 Prozent. Hier bildet sich unser Bestreben ab, mehr für die innere Sicherheit zu tun. Das ist ein wichtiges Anliegen der Bevölkerung. Hierzu gehört zum Beispiel auch der Kampf gegen Rechtsextremismus.

Die Verkehrsinvestitionen verstetigen wir auf rund 10 Milliarden Euro. Wir halten das Niveau, auch wenn vielleicht noch einzelne Umschichtungen vorgenommen werden müssen.

Die Ausgaben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung werden ebenfalls erneut erhöht, und zwar auf 6,42 Milliarden Euro. Gegenüber dem alten Finanzplan werden damit zusätzliche Mittel von rund 670 Millionen Euro bereitgestellt. Damit werden wir internationalen Verpflichtungen gerecht.

Das sind die richtigen Schwerpunkte im Haushaltsentwurf. Sie bilden eine sehr gute Basis für die anstehenden Haushaltsberatungen, die noch bis zum November andauern werden. Im Laufe der Haushaltsberatungen werden wir sicherlich noch die eine oder andere Schwerpunktsetzung korrigieren oder Veränderungen vornehmen.

Dabei hoffe ich auf konstruktive Vorschläge seitens der Opposition, die wir gerne aufnehmen können, wenn sie denn sinnvoll sind.

Ich bin davon überzeugt, dass wir nach dem Ende der Beratungen die Erkenntnis gewonnen haben werden, dass wir unsere Politik konsequent fortsetzen können. Es bleibt zu hoffen, dass die Opposition dort, wo sie Einfluss hat – nämlich beim Bundesrat –, darauf hinwirkt, dass sich auch der Bundesrat zu unserer Gesamtverantwortung, der Konsolidierung unserer Haushalte, bekennt und nicht konterkariert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Dietmar Bartsch, DIE LINKE:

## Dies ist der letzte Haushaltsentwurf dieser Regierung



Dietmar Bartsch (\*1958)  
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Herr Schäuble, Sie haben zu Recht von einer Vertrauenskrise gesprochen. Hierzu kann ich nur eines feststellen: Ihre Koalition und die Regierung haben zu dieser Vertrauens-

krise einen erheblichen Beitrag geleistet.

Erinnern Sie sich an die Äußerungen, die in diesem Sommer gefallen sind: Der Bundeswirtschaftsminister sagt, die Vorstellung vom Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone habe ihren Schrecken verloren. Der bayerische Finanzminister sagt sogar, man müsse an Griechenland ein Exempel statuieren. Was sind denn das für unverantwortliche Aussagen? Da kann doch kein Vertrauen entstehen. Sie sind wesentlich mitverantwortlich dafür, dass es diese Vertrauenskrise in Deutschland und in Europa gibt.

Sie sagen, Deutschland sei gut durch die Krise gekommen. Ja, dieser Haushaltsentwurf bringt zum Ausdruck, dass Sie versuchen, bis zum Wahltag im Jahr 2013 zu kommen. Ich behaupte, dass niemand hier im Hause überblicken kann, ob

wir nicht vielleicht ganz schnell in eine große Krise geraten. Doch nichts von dem, was notwendig wäre, ist in diesem Haushaltsentwurf abgebildet. Ja, es gibt eine sehr gute Botschaft im Zusammenhang mit diesem Haushaltsentwurf, und das ist die Botschaft, dass dies der letzte Haushaltsentwurf dieser Regierung ist. Das ist die gute Botschaft.

Das ist Anlass, um eine kritische Bilanz zu ziehen. Ich will aus Ihrem Koalitionsvertrag zitieren, in dem steht: "Mit Mut zur Zukunft - Für unser Land." Wenn man sich anschaut, was Sie gemacht haben, stellt man fest, dass das ganz knallharte Klientelpolitik war. Daran war nichts mutig, daran ist nichts mutig. Da gibt es keine Zukunftsorientierung. Sie rennen immer den Entwicklungen in



Fortsetzung von Seite 17: Dr. Dietmar Bartsch (DIE LINKE)

Europa hinterher. Das ist keine Politik für die Mehrheit der Menschen in diesem Lande, sondern das ist konsequente Klientelpolitik.

Ich will zum Kern des Haushaltsentwurfs kommen. Sie sprechen von soliden Staatsfinanzen, und Sie gerieren sich in Europa immer als Klassenprimus, aber in Wahrheit wird viel Wasser gepredigt und Wein getrunken. Schauen wir uns die Zahlen an: Auch im nächsten Jahr wollen Sie neue Schulden machen: 18,8 Milliarden Euro. Wenn man sich die vier Jahre anschaut, stellt man fest, dass das insgesamt 112,2 Milliarden Euro neue Schulden sind. Wenn man angesichts dessen von Sparsamkeit spricht, Herr Barthle, ist das für mich wirklich nicht verständlich. Was hat es mit Sparen zu tun, wenn man neue Schulden macht? Ich habe das Sinnbild von der „schwäbischen Hausfrau“ immer so verstanden, dass man etwas zurücklegt. Das ist hier aber nicht der Fall. Sie haben in dieser Legislaturperiode über 100 Milliarden Euro neue Schulden gemacht.

Um einen Vergleich zu ziehen: In meinem Bundesland, in Mecklenburg-Vorpommern, beträgt der Haushalt des gesamten Landes für ein Jahr 7 Milliarden Euro.

Das sind die Relationen. Sie haben inzwischen in der Bundesrepublik Deutschland auf der Bundesebene Schulden in Höhe von 1,2 Billionen Euro angehäuft. Um das einmal zu veranschaulichen: Wenn wir jeden Monat 1 Milliarde Euro zurückzahlen würden, dann wäre diese Schuld in 168 Jahren noch nicht getilgt. Und dann sagen Sie noch, wir hätten kein Einnahmeproblem. Das ist doch abstrus. Wir müssen bei den Einnahmen etwas tun.

Ich will etwas zu dem Punkt sagen, den Sie gelobt haben, Herr Schäuble. Sie haben gesagt, dieser Haushaltsplan sei hinsichtlich der Investitionen vorbildlich. Ich kann nur feststellen: Ja, in der Krise sind Investitionen, die den Namen verdienen, also Zukunftsinvestitionen, die Arbeitsplätze bringen und vor al-

lem die Binnennachfrage stärken, sehr dringend notwendig. Aber hier bleibt der Haushaltsentwurf hinter allen Erwartungen und allen Anforderungen zurück. Es gibt keine gestaltende Finanzpolitik. Es wäre nicht einmal mutig, sondern einfach nur normal, im Bereich Investitionen mehr zu tun.

Ich will nur die Themen Städtebauförderung und energetische Gebäudesanierung aufrufen. Diesbezüglich bleiben Sie sogar hinter den Forderungen, die die CDU-Landesminister stellen, zurück.

Warum hören Sie denn nicht einmal auf die? Die CDU-Landesminister wollen auch mehr Investitionen, weil dadurch das Handwerk vor Ort und die Konjunktur gefördert werden. In diesem Bereich sind Sie aber nicht nur zurückhaltend, sondern Sie kürzen sogar. Als weitere Beispiele nenne ich den Ausbau der Kitas, der dringend notwendig wäre, und die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Überall bleiben Sie hinter den Anforderungen zurück. Krankenhäuser, Schienenwege, all das sind Bereiche, in denen mehr getan werden müsste.

Sie sagen, die Energiewende sei Ihr Anliegen. Abgesehen von der Tatsache, dass es diesbezüglich bisher offensichtlich nur Fehlstarts gab, frage ich mich: Warum kürzen Sie bei der Energieeffizienzforschung? Das ist doch völlig irre. Warum kürzen Sie in diesem Bereich, obwohl das ein Zukunftsthema ist? Das ist eine völlig absurde Investitionspolitik. Das machen Sie falsch. Sie setzen weiter auf den Export. Richtig wäre es, die Binnennachfrage zu stärken.

Die Zahlen zeigen, dass Sie bei den Investitionen kürzen: 0,8 Prozent weniger. Es sind nur noch 26,1 Milliarden Euro. In den Jahren 2014 bis 2016 wollen Sie noch weiter kür-

zen. Das ist keine zukunftsorientierte Politik, Herr Schäuble.

In Ihrem Haushaltsentwurf gibt es sehr viel Optimismus. Kollege Poß hat von Schönfärberei gesprochen. Ich glaube, da hat er recht. Alle Risiken wurden ausgeblendet, beispielsweise die Schattenhaushalte und die Zinsentwicklung. Glauben Sie denn, dass das Zinsniveau für Deutschland so bleiben wird? Das ist doch wirklich eine absurde Annahme. Das kann sich ganz schnell auch für uns verändern.

Ich glaube im Übrigen, dass hier endlich die Diktatur der Finanzmärkte gebrochen werden muss. Bei der Regulierung sind wir nicht vorgekommen. Elementare Dinge, über die auch Sie geredet haben, sind nicht passiert. Der Schuldenchnitt Griechenlands kostet letzt-

lich den Haushalt 10 Milliarden Euro. Das ist die Realität. Die Haftungsgrößenordnungen, die wir haben – über 400 Milliarden Euro –, können ganz schnell zu einem großen Problem für die Haushalte werden.

Dann sind da noch die vielen Baustellen in Ihrer Koalition. Das Betreuungsgeld könnte teuer werden. Ich hoffe im Übrigen, Herr Schäuble, dass Sie standhaft sind, wenn die FDP hier wieder Steuersenkungsvorschläge macht. Es wäre ja noch absurder, jetzt über -Steuersenkungen nachzudenken. Viele andere Dinge sind risikobehaftet. Deshalb ist diese Haushaltsplanung unsolid.

Jetzt will ich Sie einmal zitieren, Herr Schäuble. Es ist zwar schon ein bisschen her, aber Sie haben einmal erklärt, aufgrund der Struktur des Bundeshaushaltes seien Einnahmeverbesserungen zur Haushaltskonsolidierung unvermeidlich. Heute haben Sie etwas ganz anderes gesagt. Ich kann nur sagen: Natürlich haben wir in Deutschland ein Einnahmeproblem. Sie reden nur über die Ein-

kommensteuer. Darauf will ich mich jetzt nicht einlassen. Aber wir haben doch vor allen Dingen ein Problem bei der Vermögensbesteuerung. Bei den vermögensbedingten Steuern ist Deutschland im Vergleich aller OECD-Staaten – bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt – im unteren Drittel. Daran muss man doch einmal etwas ändern.

Die Zahl der Vermögensmillionäre in Deutschland steigt jedes Jahr. Inzwischen haben wir 924 000. Warum ist es denn so abstrus, über eine Millionärssteuer nachzudenken? Es gäbe den Freibetrag für Vermögen bis zu 1 Million Euro, und nur das private Vermögen wäre betroffen. Wir würden nicht den Mittelstand gefährden, aber wirklich Einnahmen gerieren.

Im Übrigen wäre es sinnvoll, diese Steuer europaweit durchzusetzen, damit auch in Griechenland Millionäre zur Kasse gebeten werden. Das wäre der richtige Ansatz, um über Einnahmen nachzudenken.

Selbst in den vergangenen Krisenjahren ist das private Geldvermögen noch einmal angestiegen. Warum denken wir nicht einmal über eine Veränderung bei der Erbschaftsteuer nach? Bis 2020 werden 2,6 Billionen Euro vererbt.

Aber es ist doch sehr wichtig, dass es auch dort Konsolidierung gibt. Wir sind es, die die Gesetze dafür verändern. Wir müssen das machen. Es ist notwendig, die Einnahmen über die jetzigen 4,2 Milliarden Euro hinaus zu erhöhen.

Die Geldvermögen in Deutschland sind in den letzten Jahren weiter gestiegen. Sie haben gesagt, wie viel dafür bezahlt wird. Aber man muss doch auch einmal feststellen, dass die privaten Geldvermögen in Deutschland im letzten Jahr auf 4,7 Billionen Euro gestiegen sind. Das ist, bezogen auf die letzten 20 Jahre, eine Verdoppelung. Es ist doch etwas nicht in Ordnung, wenn es auf der einen Seite diesen obszönen Reichtum gibt und wir auf der anderen Seite Rentnerinnen und Rentner haben, die in Mülltonnen wühlen, weil sie ihre Rente aufpolieren müssen. Da ist doch irgendetwas nicht in Ordnung.

In Deutschland besitzt 1 Prozent der Bevölkerung 35,8 Prozent des Vermögens. Da ist doch etwas nicht in Ordnung. Warum haben Sie nicht den Mut, hier einmal wirklich anzugreifen, um irgendetwas bei denjenigen abzuholen?

Mit Ihrem Haushaltsentwurf öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter. Das ist skandalös, das ist nicht akzeptabel. Im Übrigen ist Deutschland auch hier im OECD-Vergleich unrühmlich an der Spitze. Reiche sind reicher geworden, und es gibt mehr Menschen in Armut.

Sie haben jetzt umfassend von dem Jobwunder Deutschland gesprochen. Erst einmal wird es auch von der Opposition, von der Linken im Besonderen, begrüßt, wenn jemand in Arbeit kommt. Aber es muss gute Arbeit sein. Das Problem

in Deutschland ist doch die massenweise prekäre Beschäftigung. Ich will Ihnen nur sagen: Vergleichen Sie die Zahl der Arbeitsstunden, als es 5 Millionen Arbeitslose waren, mit der heutigen Zahl. Interessanterweise ist die Zahl der Arbeitsstunden gleichgeblieben. Das ist doch ein Ausweis dafür, dass wir viel Niedriglohn, viel prekäre Beschäftigung haben. Das müssen wir verändern. Es muss gute Arbeit entstehen, damit nicht immer mehr Menschen in Altersarmut fallen.

Dankenswerterweise hat Frau von der Leyen dieses Problem ins gesellschaftliche Bewusstsein gerückt. Da muss man wirklich danke sagen. Die Linke spricht darüber schon lange. Aber in dem Fall waren wir mit unserer Öffentlichkeitsarbeit nicht ganz so erfolgreich. Das wird sich sicherlich verbessern.

Eines will ich im Zusammenhang mit dem Haushaltsentwurf aber sagen: Wie können Sie in einer Situation, in der alle zum Thema Altersarmut reden, als Kabinetttage auf die Idee kommen, die Rentenbeiträge zu senken? Warum senken Sie in dieser Situation die Rentenbeiträge von 19,6 auf 19 Prozent? – Nein, wir müssen mehr tun für die Rentnerinnen und Rentner. Das ist doch völlig unbestritten. Es geht um immerhin 71,5 Milliarden Euro. Das ist fast ein Viertel des Haushalts, wie wir alle wissen.

Gerade deshalb müssen wir hier ein anderes Konzept fahren. Die Senkung ist wirklich ein absurder Vorschlag.

Im Übrigen will ich auf Folgendes verweisen: Altersarmut ist nicht nur ein Zukunftsproblem, sondern auch ein aktuelles Problem. Es wird immer so getan, als würde dies erst 2030 ein Problem werden und als ob nur die sogenannten gebrochenen Erwerbsbiografien davon betroffen wären. Jetzt wissen wir, dass auch Leute, die normal beschäftigt sind, in Altersarmut fallen können. Schon heute gibt es 800 000 Empfänger von Grundsicherung im Alter. Diese Zahl muss uns doch alle alarmieren. In diesem Bereich müssen wir wirklich mehr tun. Natürlich ist ein Mindestlohn wichtig, aber viel mehr Maßnahmen sind notwendig. Ich kann sie jetzt nicht alle darlegen; sicherlich werden Kollegen aus meiner Fraktion dies während der Haushaltsberatungen tun.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben einmal zu Recht formuliert: „... Kranke, Kinder und ... Ältere. Die Menschlichkeit unserer Gesellschaft entscheidet sich daran, wie wir mit ihnen umgehen.“ Ja, das ist richtig. Ich kann Sie nur auffordern: Machen Sie das endlich, und reden Sie nicht nur darüber! Lassen Sie nicht zu, dass sich in Deutschland die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnet. Mit diesem Haushaltsentwurf tun Sie das. In diesem Sinne ist es wirklich gut, dass es Ihr letzter ist.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

### Das ist keine Politik für die Mehrheit der Menschen in diesem Lande, sondern konsequente Klientelpolitik.



Die Euro-Krise bedroht das Fortbestehen der gemeinsamen Währung.



Otto Fricke, FDP:

## Dieser Haushalt ist ein zukunftsorientierter Haushalt



Otto Fricke (\*1965)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Herr Kollege Bartsch, was ist die größte soziale Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland? Stabile Haushalte.

In diesen stabilen Haushalten, Herr Kollege Bartsch, ist eine für den Sozialstaat richtige Sozialquote notwendig. Da sind wir uns einig. Das ist das, was wir und auch Sie als Opposition den Bürgern sagen sollten. Diese Bundesregierung gibt auch weiterhin nahezu 50 Prozent der Ausgaben für den Sozialstaat aus. Zu sagen, dass das ein Abholzen ist, dass die Schere auseinandergeht, das ist an dieser Stelle schlichtweg der Versuch, mehr Geld zu bekommen. Man hat das genau gesehen. Das klang auch bei der SPD an. Es ist der Wunsch der linken Seite des Hauses, die Einnahmen zu erhöhen. Dafür ist Ihnen jedes Argument recht.

Jeder Bürger, der das hört, sagt: Ja, Mensch, es wäre doch toll, wenn der Staat mehr Einnahmen hat. Vielleicht bekomme ich etwas davon.

Aber Sie sagen nicht – das ist das Unfaire dabei –, dass Sie es sich beim Bürger holen werden. Die SPD hat uns doch mit ihrer Mehrwertsteuererhöhung das typische Beispiel geliefert. So kann man keine Haushalte sanieren.

Die rot-grüne Koalition und die Große Koalition haben es gezeigt. Was ist passiert? Es gab in der Vergangenheit immer wieder wirtschaftlich gute Zeiten. Auch jetzt befindet sich dieses Land in einer wirtschaftlich guten Zeit, während es für die Länder im Umfeld schwieriger ist. Was machen linke Regierungen in wirtschaftlich guten Zeiten? Sie erhöhen erstens die Steuern, so wie Sie es gerade beschrieben haben, und zweitens – das ist das eigentliche Gift, das wir die ganze Zeit aus dem Haushalt herausbekommen wollen – sagen Sie jedes Mal, wenn Sie auch nur 1 Euro mehr einnehmen können: Holla, wir müssen überlegen, wie wir 2 Euro mehr ausgeben können. Das ist der Grund, warum Ihre Haushalte nicht gut funktionieren und warum sich unsere Haushalte immer weiter stabilisieren.

Schauen wir auf die Fakten. Es ist schon von allen gesagt worden, deswegen will ich mich kurzfassen. Wir halten uns an alle rechtlichen Vorgaben auf nationaler und auf europäischer Ebene. Wenn Sie in das europäische Ausland fahren, hören Sie von den Menschen dort: Wie schafft ihr das eigentlich? Wir hätten gerne eure Zahlen. Hier aber geht die Opposition hin und redet alles schlecht, macht alles mies und verbreitet Angst; denn – so denkt wohl die Opposition – auf der Basis von Angst kann man am besten Politik machen. Nein, es ist unsere Aufgabe, auf der Basis von Solidarität Politik zu machen. Nur so wird bei den Bürgern das Vertrauen erzeugt, das wir als Politiker und Verantwortliche im Staat benötigen.

Ich finde es beachtlich, was diese Koalition geschafft hat. Schauen wir uns das einmal an.

Der Haushalt 2013 wird niedrigere Ausgaben haben als der Haushalt 2010. Damit gelingt es dieser Koalition, dass wir zum ersten Mal seit 30 Jahren am Ende einer Legislatur weniger Ausgaben haben als am Anfang einer Legislatur. Das hört sich zuerst nicht toll an, aber wir wollen doch einmal sehen, wie die SPD das in der Großen Koalition mit ihrem Finanzminister gemacht hat. Kleine Zahlenkunde: 30 Milliarden Euro mehr Ausgaben in Zeiten von Peer Steinbrück. In vier Jahren wurden die Ausgaben um 30 Milliarden Euro erhöht.

Was hat Rot-Grün in sieben Jahren gemacht? In sieben Jahren, liebe Freunde von den Grünen, – irgendwie scheint das zusammenzuhängen; man sieht ja in Baden-Württemberg, dass Sie das dort wieder so machen wollen –, haben Sie die Ausgaben um 30 Milliarden Euro erhöht. Das ist ein schlimmes Gift. Zuerst werden die Ausgaben erhöht, und dann wundert man sich über die Verschuldung.

Wir halten die Ausgaben stabil, weil wir weiterhin für Wachstum sorgen wollen. Außerdem sparen wir nicht dumm, sondern überprüfen genau, welche Investitionen wir tätigen.

Ich weiß, dass zum Beispiel der Verkehrsminister gerne 1 Milliarde Euro mehr hätte. Man muss aber klar sagen: Auch in diesem Bereich muss man Grenzen setzen. Hier einen Ausgleich hinzubekommen und zu sagen: „Wir haben Steuermehreinnahmen zu verzeichnen, weil die Wirtschaft wächst; allerdings wächst die Wirtschaft auch deshalb, weil wir die Ausgaben nicht hochfahren“, ist eine Kunst. Das ist eine Kunst, die Sie nicht beherrschen.

Meine Damen und Herren, ich will erwähnen, worin das größte Risiko für den Bundeshaushalt besteht.

Das größte Risiko für den Haushalt sitzt auf der Bundesratsbank.

Man kann auch heute wieder sehen: Es ist kein Vertreter des Bundesrates da. Aber – jetzt appelliere ich an die Verantwortung von SPD und Grünen – was wird passieren, wenn in den nächsten Wochen der Bundesrat zusammenkommt? Dann wird es vonseiten des Bundesrates heißen: Es gibt in dem und dem Bereich ein Gesetz, das kostet uns zwar nichts; aber wir machen nur mit, wenn es Mehrausgaben gibt. – Ist es denn wirklich die Aufgabe des Bundesrates, den Bundeshaushalt, wo man nur kann, zu schröpfen?

Sehen wir uns die Zahlen für das nächste Jahr an. Die Bürger fragen uns: Warum schafft ihr es in guten Zeiten eigentlich nicht, auf eine schwarz-gelbe Null zu kommen? Zu nennen sind zunächst einmal – ich glaube, da sind wir uns einig – die Sonderbelastungen durch den ESM in Höhe von 8 Milliarden Euro. Außerdem muss man sich fragen: Welche Zusatzbelastungen für den Haushalt 2013 entstehen dadurch, dass wir Länder und Kommunen entlasten müssen, obwohl sie mit ihren Haushalten besser dastehen und mehr Steuereinnahmen zu verzeichnen haben als der Bund? Hier kommt man auf einen Betrag von 10 Milliarden Euro. Rechnet man die durch den ESM bedingten Belastungen in Höhe von 8 Milliarden Euro und die 10 Milliarden Euro für die Freunde von der Ausgeberbank zusammen, kommt man auf einen Be-

trag von 18 Milliarden Euro. Auch die Neuverschuldung des Bundes beträgt im nächsten Jahr etwa 18 Milliarden Euro. Das heißt, der Kernhaushalt des Bundes, mit dem er seine Aufgaben erfüllt, basiert schon heute auf einer schwarzen Null.

Das haben Sie in Ihrer Regierungszeit nie erreicht. Wenn es nach Ihrer Politik geht, werden Sie das auch nie erreichen.

Letzter Punkt. Meine Damen und Herren, nach mir spricht zunächst die Kollegin Hinz und dann der Kollege Schneider. Ich würde mich freuen, wenn insbesondere der Kollege Schneider für seine Fraktion erklären würde, dass von seinen Kolleginnen und Kollegen in den Einzelplandebatten keine weiteren Ausgaben gefordert werden.

Ich werde mir seine Rede genau anhören. Eben hat Herr Poß für die Sozialdemokratie geredet und gesagt, wir würden beim Haushalt nicht richtig handeln und nicht genug sparen. Ich würde mich, wie gesagt, freuen, wenn die Sozialdemokraten sagen würden: Wir werden in den Fachdebatten keine neuen Ausgaben fordern. – Das werden Sie aber nicht tun. Sie werden Milliardenforderungen aufstellen.

Sie sagen heute hü und morgen hott und wundern sich, dass Ihre Politik genauso wenig konsistent ist wie Ihre Antwort auf die Frage, wer bei Ihnen Spitzenkandidat wird.

Meine Damen und Herren, zur Zukunftsfestigkeit. Der Hauptvorwurf, der vom Kollegen Schneider wahrscheinlich noch erhoben wird, lautet ja: Der Haushalt ist nicht zukunfts-

Das ist sehr bemerkenswert; Herr Schäuble hat schon darauf hingewiesen. Einerseits wird von Ihnen behauptet, wir würden uns für den Wahlkampf ein geheimes Polster zulegen. Ich wette mit Ihnen, dass Sie gleich sagen werden, wir hätten uns kein Polster für schlechte Zeiten zugelegt. Sie argumentieren, wie es Ihnen gerade gefällt.

Ich kann Ihnen nur sagen: Wir haben Vorsorge getroffen. Die Polster in den Sozialversicherungssystemen sind gerade schon erwähnt worden. Der Unterschied ist: Wann immer Sozialdemokraten an der Regierung waren, waren die Puffer in den Sozialkassen gleich null, weil Sie immer neue Ausgaben getätigt haben. Das ist übrigens auch der Grund, warum Sie keine Beitragssatzsenkung wollen. Sie wollen mehr Geld ausgeben. Wir hingegen stärken auf der einen Seite die Puffer in allen Sozialversicherungsbereichen und sorgen auf der anderen Seite dafür, dass wir vom Bürger nur das Geld nehmen, das der Staat für die Erledigung seiner Aufgaben braucht.

Dieser Haushalt ist nicht nur ein stabiler, sondern auch ein zukunftsorientierter Haushalt, weil er dafür sorgt, dass selbst in schlechten Zeiten ausreichende Puffer vorhanden sind, um negative Entwicklungen, die möglicherweise auf uns zukommen, denen diese Regierung aber entgegenwirkt, abzufangen. Stabile Haushalte sind nämlich die Voraussetzung für weiterhin gutes Wachstum.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Das heißt: Der Kernhaushalt des Bundes basiert schon heute auf einer schwarzen Null.**

Priska Hinz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Ein Dokument des andauernden Versagens der Bundesregierung



Priska Hinz (\*1959)  
Landesliste Hessen

Lieber Kollege Otto Fricke, dieser Etatentwurf ist kein Dokument der grandiosen Politik

dieser Bundesregierung, sondern schlicht und einfach ein Dokument des andauernden Versagens der Bundesregierung in der Haushaltspolitik.

In der Zeit der Euro-Krise wären eine finanzielle Vorsorge, eine Vorsorge für die Sozialpolitik und eine Vorsorge für die Energiepolitik notwendig. Denn in diesen drei Bereichen stehen wir vor Herausforderungen. Hier haben wir wichtige Entscheidungen zu treffen, für die eine finanzielle Vorsorge notwendig ist.

Zusätzlich zu dem Versagen dokumentiert der Etat auch noch die Widersprüchlichkeit zwischen dem Handeln der Bundesregierung auf europäischer Ebene und dem Handeln zu Hause. Sie verlangen von anderen europäischen Staaten eine

permanente Sparpolitik einseitig zugunsten der sozialen Bereiche und der Menschen, die wenig Geld haben, während Sie hier noch nicht einmal die Mindestanforderungen dafür erfüllen, mit einem Haushaltsentwurf zu konsolidieren. Auf diesen Punkt will ich hinweisen. Das ist Ihr Versagen in dieser Politik.

In den Euro-Staaten frisst die Rezession inzwischen die Erfolge der Sparpolitik und der rigiden Haushaltspolitik auf. Wir mussten Sie zu einem Investitionsprogramm treiben, um nachhaltige Investitionen in den krisengeschüttelten Ländern voranzubringen. Wir mussten Sie gegen die FDP dazu treiben, dass es ei-

Fortsetzung auf Seite 20



Fortsetzung von Seite 19: Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ne Finanztransaktionssteuer geben wird. Natürlich musste die EZB jetzt wieder eingreifen, weil Sie politisch versagen und es nicht schaffen, politisch kluge Entscheidungen zu treffen, um den Zinsdruck von den Ländern zu nehmen, die in einer Notlage sind, obwohl sie schon rigide Reformprogramme in ihren Ländern durchführen. Das ist Ihr klassisches politisches Versagen, und das prangern wir an.

Die EZB macht das im Moment sehr klug. Sie spielt den Ball an die politischen Entscheidungsträger im Parlament wieder zurück, indem sie sagt: Wir kaufen Staatsanleihen nur, wenn die Länder auch unter

den Rettungsschirm gehen. Das heißt, das deutsche Parlament muss dazu entscheiden. Das ist besser als das, was die EZB vorher gemacht hat, nämlich Staatsanleihen aufzukaufen, ohne dass ein Parlament dazu entschieden hat.

Trotzdem sagen wir: Eine andere Entscheidung wäre wichtiger, näm-

lich die Entscheidung für einen Alt-schuldentilgungsfonds. Dadurch gäbe es demokratische Entscheidungen in allen europäischen Staaten und einen Schuldenabbau auf der einen Seite verbunden mit einer Vermögensbelastung auf der anderen Seite. Wir werden Sie so weit treiben, dass Sie auch hier noch den richtigen Weg gehen werden.

Meine Damen und Herren von der Koalition, ich gestehe Ihnen ja gerne zu, dass die Neuverschuldung auf den ersten Blick ganz gut aussieht. 18,8 Milliarden Euro neue Schulden sind immerhin 13,3 Milliarden Euro weniger als im laufenden Jahr. Wenn doch eine Konsolidierungs-

leistung dahinterstecken würde! Aber was tun Sie? Sie streichen 2 Milliarden Euro beim Gesundheitsfonds, 2 Milliarden Euro bei der Agentur für Arbeit und 1 Milliarde Euro bei der Rentenversicherung. Das ist aber das Geld der Beitragszahler. Sie benehmen sich, als hätten Sie ein Girokonto, von dem Sie Geld

abbuchen können, um es in die andere Tasche zu stecken und auszugeben. Das ist aber doch keine Haushaltskonsolidierung.

Auch der Rest fällt Ihnen doch durch die äußeren Umstände in den Schoß: 7,5 Milliarden Euro höhere Steuereinnahmen, 2,5 Milliarden Euro weniger Zinskosten und 1,4 Milliarden Euro weniger Ausgaben durch niedrigere Arbeitslosigkeit. Obwohl man schon jetzt weiß, dass das nicht so bleiben wird und dass wir einen Puffer bräuchten, einen Vorsorgepuffer, unternehmen Sie keine eigenen Sparanstrengungen und machen nichts anderes, als auf dieser Konjunkturwelle zu surfen.

Der Kollege Barthle hat eben vorgetragen, in welchen Einzelplänen die Mittel überall noch erhöht werden. Ja, wunderbar. Sie sollten sich selber beim Wort nehmen, also einsparen und das, was Sie anderen Staaten aufoktrotyieren, hier durchführen, also strukturelle Reformen im Haushalt durchführen, damit wir auf Dauer insgesamt weniger Ausgaben haben, und auf stabile Einnahmen setzen. Das wäre Haushaltskonsolidierung.

Aufgrund der Entwicklung, die ich eben vorgetragen habe, nimmt der Finanzminister 16 Milliarden Euro ein. Sie jedoch senken die Nettokreditaufnahme um nur 13 Milliarden Euro. Das heißt, 3 Milliarden Euro werden schon wieder verbraten, zum Beispiel für die Bundeswehr, die zwar kleiner, aber um 1,3 Milliarden Euro teurer wird. Eigentlich sollten dort 8 Milliarden Euro – das hatten Sie einmal versprochen – eingespart werden.

Aber nicht nur da geben Sie unnötig Geld aus. Sie setzen dem Ganzen noch die Krone auf, indem Sie das Betreuungsgeld einführen und Eltern Geld dafür geben, dass Kinder Leistungen nicht in Anspruch nehmen. Was ist denn das für eine Absurdität von Haushaltspolitik? Das ist nicht nur inhaltlich und bildungspolitisch eine Katastrophe, sondern auch haushalterisch ein völliger Irrweg.

Der Haushalt verstärkt die soziale Ungerechtigkeit in diesem Land allein dadurch, dass Sie die Mittel für die Arbeitslosen ist dreimal in Folge wieder gewachsen, und zwar trotz Fachkräftemangels. Wo senken Sie die Mittel? Woher nehmen Sie das Geld? Sie kürzen die Mittel für Maßnahmen zur Qualifizierung und Wiedereingliederung. Das aber ist der falsche Weg. Wir wollen diese Menschen doch nicht auf Dauer alimentieren, sondern wir wollen sie qualifizieren, damit sie am Arbeitsmarkt teilhaben können und ein Einkommen haben. Das stärkt auch wieder die Einnahmeseite des Bundes. Das ist die richtige Politik, die man machen muss.

Auch bei der Energiewende liefert die Koalition nicht. Nach Fukushima ging es gar nicht grün genug voran. Was ist seitdem passiert? Aufgrund der völligen Fehleinschätzung der Zertifikatepreise wurde der Energie- und Klimafonds unterfinanziert, die Energiewende konnte nicht ausfinanziert werden. Das verursachte eklatante Mängel, zum Beispiel beim Marktanreizprogramm Erneuerbare Energien oder bei den Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz. Jetzt sind für 2013 dafür zwar höhere Mittel eingeplant, aber immer noch in einem Schattenhaushalt.

Wenn dieser Haushalt nicht funktioniert, dann wird die Energiewende nicht finanziert werden können. Dann bricht uns eine Wachstumsbranche weg. Dann brechen uns Arbeitsplätze im Handwerk, im Mittelstand weg. Das sind aber die, die wir brauchen werden, wenn die Konjunktur wieder stagniert oder lahm oder am Ende einbricht. Wir müssen auf die Energiewende setzen. Deswegen werden wir Grünen Ihnen zeigen, wie man einen Klimaschutzhaushalt auf den Weg bringt, der die Energiewende ausfinanziert, ohne

den Haushalt über Gebühr zu strapazieren.

Wir werden Ihnen zeigen, wie man den ökologischen Umbau der Wirtschaft mit einem konsequenten Konsolidierungskurs zusammenbringen kann, wie man ökologisch schädliche Subventionen abbauen kann. Wir werden Ihnen aber auch aufzeigen, wie man ein gerechtes Steuersystem auf den Weg bringen kann; denn das brauchen wir.

Sparen ist die eine Seite der Medaille. Aber wir brauchen auch ein gerechtes Steuersystem, weil wir für Maßnahmen gegen Altersarmut Geld brauchen. Wir brauchen Geld für den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze. Wir brauchen Geld für die soziale Teilhabe. Die Menschen im Lande haben auch verstanden, dass wir dafür Geld brauchen und dass die Steuersenkungsorgie der FDP kein Glück gebracht hat. Sie haben recht; denn die Leute wissen, dass neben dem Sparen auch Einnahmen notwendig sind, um die soziale Infrastruktur in diesem Land zu erhalten.

Wir werden ein Konzept für den Schuldenabbau vorlegen, nämlich unser Konzept einer Vermögensabgabe. Wir sind der Meinung, dass man auch Vermögende beteiligen kann.

Herr Fricke, wenn Sie die Länder beschimpfen nach dem Motto „Die Länder sind schuld daran, dass sie so viel Geld ausgeben müssen“, dann sage ich Ihnen: Sie haben in der Koalition und vor allem in der FDP mit der Mövenpick-Steuer die Steuerbasis erodiert.

Deswegen haben die Länder nicht genug Geld für Kitabetreuungsplätze.

Nur weil man Sie in einer Landesregierung mit der Lupe suchen muss, meinen Sie auf einmal, Sie

könnten die Länderparlamente und die Landesregierungen beschimpfen. Was ist denn das für ein Umgang miteinander von Verfassungsorgan zu Verfassungsorgan?

Unsinnige Ausgaben streichen: Ja. Aber Schuldenabbau durch Vermögensabgabe und ein gerechtes Steuersystem: Das ist unsere grüne Haushaltspolitik. Wir sorgen vor: sozial-ökologisch und finanziell. Das werden wir Ihnen in den Haushaltsberatungen bis zum November auch zeigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

### Wenn dieser Haushalt nicht funktioniert, dann wird die Energiewende nicht finanziert.



Die Kosten der Energiewende stellen den Bundeshaushalt vor enorme Herausforderungen.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Lothar Binding (SPD), Bartholomäus Kalb (CDU/CSU), Dr. Volker Wissing (FDP), Carsten Schneider (SPD) und Dr. Michael Meister (CDU/CSU). Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.